

DEUTSCHE BUNDESBANK

Memorandum
über die
Lohn- und Preisentwicklung

AUF WUNSCH DES HERRN BUNDESKANZLERS ERSTATTET

Januar 1960

Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung *)

I. Die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1959

Die Lohn- und Preisentwicklung ist eng verbunden mit der allgemeinen Konjunkturlage. Es erscheint daher notwendig, zunächst einige Bemerkungen über die Konjunkturlage zu machen.

1) Das Konjunkturklima, das zu *Beginn des Jahres 1959* noch ziemlich kühl war, ist im Verlauf des Jahres zunehmend heißer geworden. Etwa von Jahresmitte ab stieg die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen über die Ausweitungsmöglichkeiten des Angebots hinaus. Die wichtigste Triebkraft bildete die Investitionstätigkeit. Zunächst waren es der Wohnungsbau und der öffentliche Bau, die sich infolge der größeren Ergiebigkeit des Kapitalmarktes und des erhöhten Einsatzes öffentlicher Mittel kräftig entfalteten. Um Arbeitskräfte einzusparen, die sehr knapp geworden waren, ging dann auch die gewerbliche Wirtschaft zu verstärkten Rationalisierungsinvestitionen über; ferner führte die optimistischere Einschätzung der Konjunkturlage zu erhöhten Erweiterungsinvestitionen. Gleichzeitig vollzog sich im Handel und in den verarbeitenden Industrien ein Umschwung in der Lagerhaltung; die bis zu Beginn des Jahres 1959 anhaltende Tendenz zur Verminderung der Lager wurde überraschend schnell abgelöst durch die wachsende Bereitschaft, die Lagerbestände zu erhöhen. Hand in Hand mit dieser Zunahme der Nachfrage seitens der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft ging seit dem Frühjahr eine nicht minder starke Steigerung der Auslandsnachfrage.

2) In der *ersten Hälfte des Jahres 1959* verlief der Konjunkturaufschwung noch ohne größere Spannungen; das Wiederansteigen der im Vorjahr verminderten Auftragsbestände, das kräftige Wachstum der Produktion und die Rückkehr zu einer angemessenen Kapazitätsausnutzung wurden zunächst als Normalisierung empfunden. Da gleichzeitig die Einfuhr stärker zunahm als die Ausfuhr, ergab sich mit der Verminderung des Außenhandelsüberschusses eine leichte Entlastung der inländischen Warenmärkte.

3) *Vom Sommer 1959 ab* begann sich aber die Gefahr einer Konjunkturerhitzung deutlicher abzuzeichnen. Die Lieferfristen wurden länger, die Fertigstellung der angefangenen Bauten verzögerte sich, die Produktionskapazitäten wurden vielfach über das normale Maß hinaus ausgelastet, und überall erwies sich der Mangel an Arbeitskräften als ein nur noch schwer zu überwindender Engpaß für eine weitere Produktionssteigerung. Der Arbeitskräftebedarf konnte nicht annähernd befriedigt werden.

Seit Juni lag die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten offenen Stellen erheblich über der Zahl der Arbeitslosen. Die Möglichkeiten für eine Erweiterung des Angebots wurden damit sowohl von der Seite der Produktionskapazitäten als auch von der Arbeitskräfteseite her zusehends geringer.

4) Bei der Nachfrage waren bis zum Jahresende *keine Anzeichen für eine Verlangsamung der Expansion* zu erkennen, in einzelnen Bereichen war vielmehr eine weitere Beschleunigung zu beobachten. So stieg vor allem die Auslandsnachfrage; im Oktober und November 1959 waren die Auftragseingänge aus dem Ausland bei der Industrie um rund 40 % höher als in den gleichen Vorjahrsmonaten. In der letzten Zeit erreichten die effektive Ausfuhr und die Außenhandelsüberschüsse neue Rekorde. Neuerdings sind auch Anzeichen für ein stärkeres Wachstum des privaten Verbrauchs bemerkbar. Der private Verbrauch, der bisher von der Beschleunigung der Nachfrage nur wenig betroffen war, scheint ebenfalls in den Sog der Hochkonjunktur zu geraten.

5) Bei dem wachsenden Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage schwächte sich der Wettbewerb der Unternehmer ab, die Neigung, Kostenvermindierungen in sinkenden Preisen weiterzugeben, erlahmte, und die *preissteigernden Tendenzen* gewannen schließlich die Oberhand. Ein ähnlicher Wandel vollzog sich auch auf dem Gebiet der Löhne. Während sich die Gewerkschaften zu Beginn des Jahres 1959 unter dem Eindruck der konjunkturellen Abschwächung des Vorjahres in ihrer Lohnpolitik zunächst verhältnismäßig bescheidene Ziele gesteckt hatten, sahen sie sich im späteren Verlauf des Jahres infolge ihrer verbesserten Position auf dem Arbeitsmarkt zu größeren Forderungen ermutigt, zumal sie dabei auf die aus der Mengenkonzunktur herrührende Steigerung der Produktivität und der Gewinne sowie auf das veränderte Preisklima verweisen konnten.

II. Die Preisentwicklung im Jahre 1959

6) *In der ersten Hälfte des Jahres 1959* blieb das Preisniveau *praktisch unverändert*. Als Nachwirkung der konjunkturellen Flaute des Vorjahres und infolge rückläufiger Weltmarktpreise überwogen bei den industriell erzeugten Produkten die Preissenkungen. Die Erzeugerpreise agrarischer Produkte blieben, im Durchschnitt betrachtet, stabil. Eine kräftige Erhöhung der Schlachtviehpreise in diesen Monaten wurde im Gesamtindex der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise durch die niedrigen

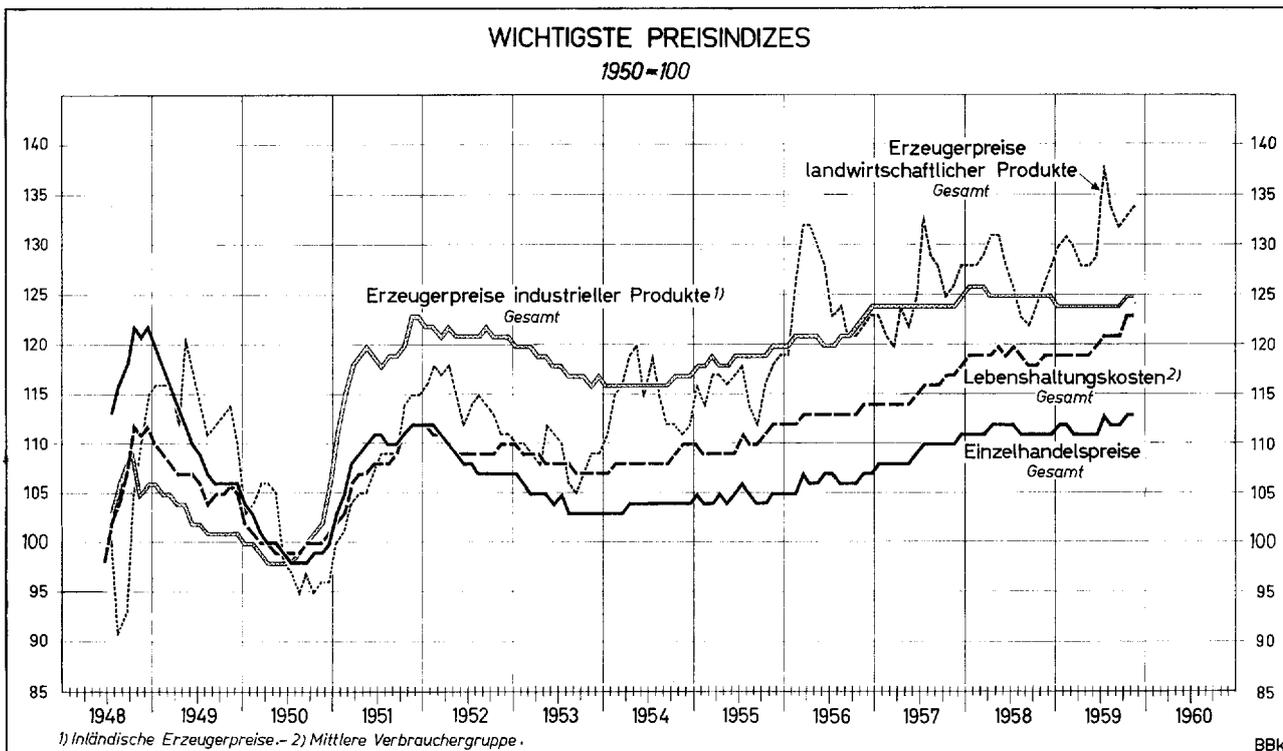
*) Abgeschlossen am 12. 1. 1960.

Preise einiger pflanzlicher Produkte ausgeglichen. Der Lebenshaltungskostenindex verharrte auf dem im Jahre 1958 erreichten Stand von 119. (Vgl. Tabelle 1.)

7) Seit der Jahresmitte 1959 hat sich die Preissituation jedoch grundlegend geändert. Zwei ihrer Natur nach verschiedene Faktoren spielten dabei eine entscheidende Rolle: Im Agrarsektor führte die Dürre zu einer Ver-

November 1959 rund 55 000 Rinder — eingelagert hätte. Insgesamt lagen die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im November 1959 um 6,3 % höher als im November 1958.

9) Der Index für die Erzeugerpreise industrieller Produkte, der vom Februar 1958 an ständig leicht gesunken war, stieg erstmals im August 1959 um 0,3 % und erhöhte



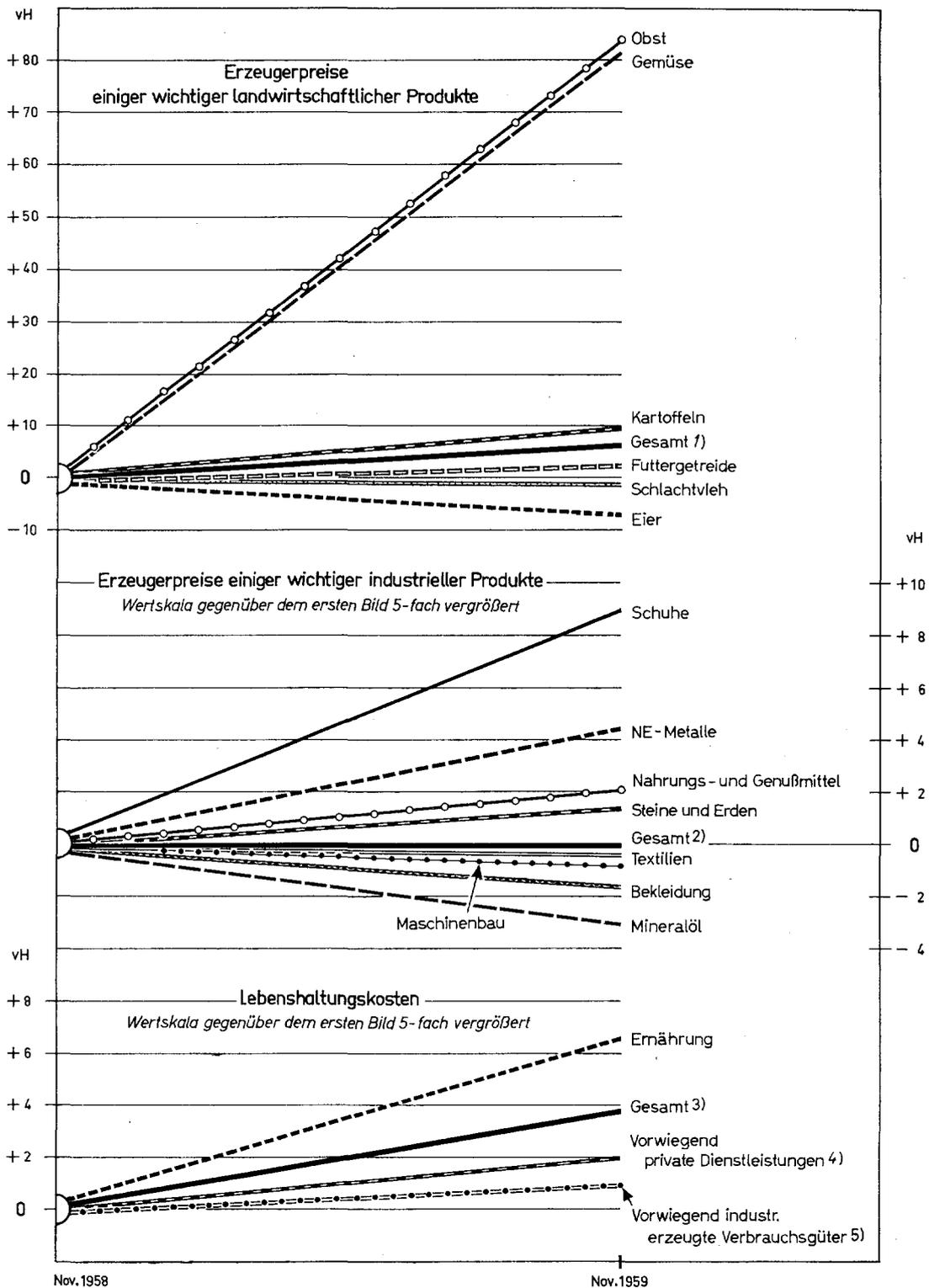
knappung des Angebots und zu erheblichen Verteuerungen, und im industriellen Sektor änderte sich das Preisklima infolge des Steigens der Nachfrage.

8) Von Juni bis November sind die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte insgesamt um 3,6 % gestiegen, darunter die Preise für pflanzliche Produkte, die in dieser Periode zurückzugehen pflegen, um reichlich 6 %. Im November übertrafen sie ihren Stand von vor Jahresfrist um 17 %, darunter bei Obst und Gemüse, deren Ernten um 50 bzw. 25 % geringer als 1958 waren, um gut 80 %. Bei den tierischen Produkten haben sich die Preise seit dem Sommer relativ wenig erhöht. Ihr Index war Ende November gut 2 % höher als im Juni, aber nur um 0,9 % höher als im November 1958. Die Verteuerung betraf vor allem Milch sowie Wolle, Häute und Felle. Dagegen sanken die Preise für Schlachtvieh vom Oktober ab unter das entsprechende Vorjahrsniveau, da infolge der Futterknappheit der Auftrieb an Schlachtrindern größer wurde; die Preise wären zweifellos mehr zurückgegangen, wenn die Einfuhr- und Vorratsstelle nicht erhebliche Mengen an Schlachtvieh — von September bis

sich seither um weitere 0,8 %. Der entscheidende Anstoß hierzu ging, wie erwähnt, von dem konjunkturellen Anstieg der Nachfrage aus. So wurden in den Verbrauchsgüterindustrien, die im Vorjahr infolge der Absatzflaute Preiszugeständnisse machen mußten, nun aber wieder einen hohen Auftragseingang zu verzeichnen hatten, die Preise von Juli bis November um gut 2 % erhöht; sie lagen damit freilich erst wenig über dem Stand von Ende 1958 und immer noch unter dem von Ende 1957. Die stärkste Steigerung erfuhren die Preise für die Erzeugnisse der Leder verarbeitenden Industrie und der Schuhindustrie — um 8 % von November 1958 bis November 1959 —, doch waren dafür nicht nur konjunkturelle Faktoren, sondern auch Weltmarkteinflüsse maßgebend. Bei den übrigen Industrien sind die Erzeugerpreise bisher nur geringfügig heraufgesetzt worden, sie blieben aber noch etwas unter dem Stand von November 1958. Das heißt aber nicht, daß sich Angebot und Nachfrage hier besser im Gleichgewicht befänden als in den Verbrauchsgüterindustrien. Insgesamt waren die Erzeugerpreise industri-

ZUR PREISENTWICKLUNG IM JAHRE 1959

Preisveränderungen von November 1958 bis November 1959 in vH



1) Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte. - 2) Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte. - 3) Preisindex für die Lebenshaltung (mittlere Verbrauchergruppe). - 4) Bildung und Unterhaltung, Reinigung und Körperpflege. - 5) Hausrat, Bekleidung.

eller Produkte im November 1959 nicht höher als im November 1958.

Nicht unerhebliche Preissteigerungen waren im Verlauf dieses Jahres — in der ersten Hälfte noch mehr als in der zweiten — bei den Baustoffpreisen zu verzeichnen. Sie waren im November 1959 um rund 1,5 % höher als ein Jahr zuvor. Weit stärker haben sich die Preise für Bauleistungen erhöht. Nach vorläufiger Berechnung waren im November 1959 die Preise für Bauleistungen an Wohngebäuden um 7,0 % und die Preise für Baunebenleistungen im Wohnungsbau um 5,8 % höher als im gleichen Vorjahrsmonat.

10) Von der Jahresmitte ab zeigten auch die lohnpolitisch so bedeutungsvollen Verbraucherpreise einen aufwärts gerichteten Trend. Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg von November 1958 bis November 1959 um 3,8 %, davon allein von Juli bis November um 3,3 %. Das Schwergewicht der Preissteigerungen lag im Ernährungssektor. Hier waren die Verbraucherpreise im November um 6,6 % höher als im November v. J. Von der Steigerung der gesamten Lebenshaltungskosten um 3,8 % entfielen etwa 3,0 % auf die Ernährungskosten und nur 0,8 % auf die übrigen Waren und Leistungen. Zu beträchtlichen Preissteigerungen kam es insbesondere bei pflanzlichen Nahrungsmitteln, wengleich der Anstieg unter dem Einfluß verstärkter Importe nicht so hoch war wie auf der Erzeugerstufe und der Großhandelsstufe. Bis November erhöhten sich auch die Fleischpreise weiter. Da Schlachtvieh seit August laufend billiger geworden ist, sind also die Gewinn- und Verarbeitungsspannen des Fleisch verarbeitenden Handwerks in diesem Zeitraum gestiegen; erst im Dezember sind die Verbraucherpreise für Fleisch etwas gesunken. Die Preissteigerungen in den übrigen Verbrauchsbereichen betrafen vor allem Schuh- und Lederwaren sowie Textilerzeugnisse. Außerdem hat sich der Preisanstieg bei den Dienstleistungen, wie Handwerkerreparaturen, Leistungen des Friseurgewerbes und Verkehrsleistungen, fortgesetzt.

11) Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Steigerung des allgemeinen Preisniveaus im Jahre 1959 überwiegend auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückzuführen ist. Es waren auch in erster Linie die Lebensmittelpreise, die das Publikum beunruhigten und die als ein Argument für Lohnerhöhungen herangezogen wurden. Dabei war die Steigerung der Lebensmittelpreise sehr viel weniger konjunkturbedingt als witterungsbedingt. Die zunächst etwas zögernd, dann aber mit größerer Energie durchgeführten Maßnahmen zur Vermehrung des Angebots an Nahrungsmitteln — durch Öffnung der Einfuhrschleusen — haben in jüngster Zeit wieder zu einer Rückbildung von einzelnen Lebensmittelpreisen

(z. B. für Butter, Fleisch, Kartoffeln) geführt. Es ist zu hoffen, daß bei Fortsetzung dieser Maßnahmen und bei günstigerer Ernte im Jahre 1960 weitere Rückgänge, vor allem bei Obst und Gemüse, eintreten werden. Was die Preisbildung bei industriellen Verbrauchsgütern betrifft, so wäre es unrichtig, die seit Sommer eingetretenen leichten Preissteigerungen zu überschätzen. Auf der anderen Seite darf man aber die Augen nicht vor den latenten Gefahren verschließen, die von der konjunkturellen Übernachfrage und den massiven Lohnforderungen auf die künftige Preisentwicklung ausgehen. Schlimm ist nicht so sehr, was passiert ist, schlimm ist vielmehr das, was passieren wird, wenn man diesen Gefahren nicht entgegentritt.

III. Löhne und Produktivität im Jahre 1959

12) Mit der allgemeinen wirtschaftlichen Expansion im Jahre 1959 war auch ein ständiger Anstieg der Löhne und Gehälter verbunden. Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten erhöhten sich im Durchschnitt des Jahres 1959 um rund 4 %¹⁾. In der gleichen Zeit hat das reale Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen — das üblicherweise als ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Produktivität gewertet wird — ebenfalls um rund 4 % zugenommen²⁾. Daraus ergibt sich — unter Berücksichtigung der Tatsache, daß derartige Zahlen nur grobe Anhaltspunkte geben —, daß in der Gesamtwirtschaft die Erhöhung der Durchschnittsverdienste im Jahre 1959 durch die Produktivitätserhöhung im großen und ganzen kompensiert worden ist. Mit anderen Worten: die Lohnsteigerungen im Jahre 1959 sind praktisch „preisneutral“ gewesen. Allerdings haben sich die Verhältnisse zwischen Löhnen und Produktivität sowohl in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen als auch im zeitlichen Ablauf des Jahres sehr unterschiedlich entwickelt. (Vgl. Tabelle 3.)

13) In der Industrie allein wurde ein wesentlich größerer Produktivitätsfortschritt als in der Gesamtwirtschaft erzielt, während die Löhne und Gehälter kaum stärker als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt stiegen. Das Produktionsergebnis, bezogen auf den Beschäftigten, das hier ebenfalls als Maß für die Produktivitätssteige-

¹⁾ Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit betrug nach vorläufiger Schätzung im Jahre 1959 rund 116 Mrd DM und übertraf damit den Vorjahrswert um 7,2 %. Bei einer gleichzeitigen Zunahme der Zahl der unselbständigen Erwerbspersonen um 2,8 % entspricht dies einem Zuwachs des durchschnittlichen Arbeitseinkommens aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten um 4,3 %.

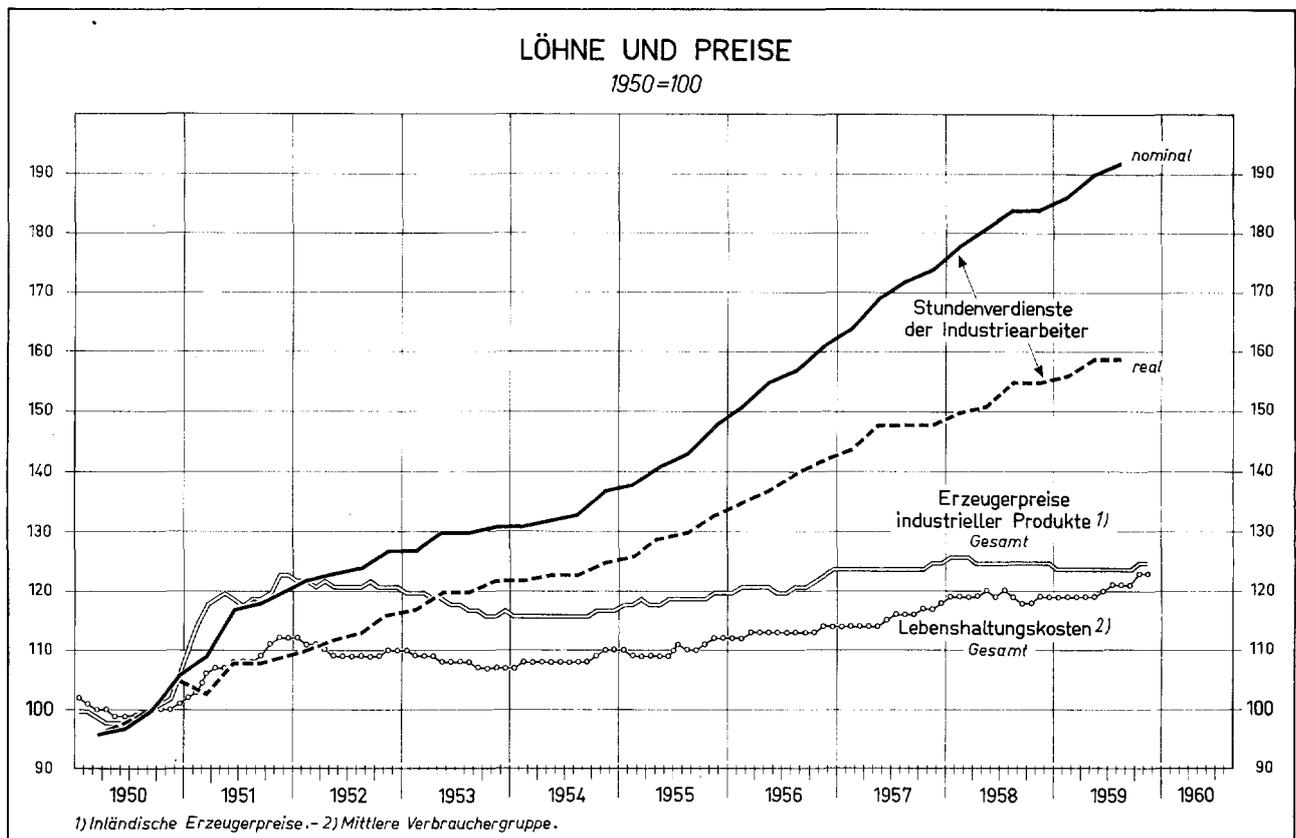
²⁾ Nach vorläufiger Schätzung betrug das Bruttosozialprodukt — mit welchem Ausdruck die gesamtwirtschaftliche Produktion gemeint ist — im Jahre 1959 im Bundesgebiet (ohne Berlin) knapp 239 Mrd DM gegen gut 222 Mrd DM im Jahre 1958. Die Zunahme betrug 7,4 % bzw. unter Ausschaltung der inzwischen erfolgten Preissteigerung 5,6 %. Bei einer Erhöhung der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (Unselbständige und Selbständige) um etwa 1,7 % ergibt dies einen Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen um 3,9 %.

...ung benutzt wird¹⁾), erhöhte sich nach unserer Schätzung 1959 um 6,9 %, demgegenüber stiegen die Durchschnittslöhne und -gehälter um 4,6 %. Der hohe Produktivitätsfortschritt — der vor allem mit dem Hineinwachsen der Produktion in die bis dahin nicht voll genutzten Kapazitäten zusammenhing — übertraf den Anstieg der Löhne und Gehälter, ermäßigte also die Lohnkosten je Produktionseinheit. Es entstand mithin Raum für eine Preissenkung. Wie erwähnt, gingen die Erzeugerpreise der Industrie bis zum Sommer 1959 zurück. Seit August aber zeigten die Preise leicht steigende Tendenz, obgleich die Lohnkosten je Produktionseinheit sich auch in dieser Zeit eher weiter verringerten. Soweit nicht andere Kostensteigerungen, wie z. B. eine Verteuerung der eingeführten Rohstoffe, im Spiel waren, dürften sich im zweiten Halbjahr die Gewinne nicht nur infolge wachsender Umsätze, sondern auch infolge einer Ausweitung der Gewinnmargen erhöht haben. (Vgl. Tabelle 4.)

14) In den Bereichen außerhalb der Industrie wurden dagegen im Jahre 1959 nur verhältnismäßig geringe Produktivitätsfortschritte erzielt. Nach unserer Schätzung

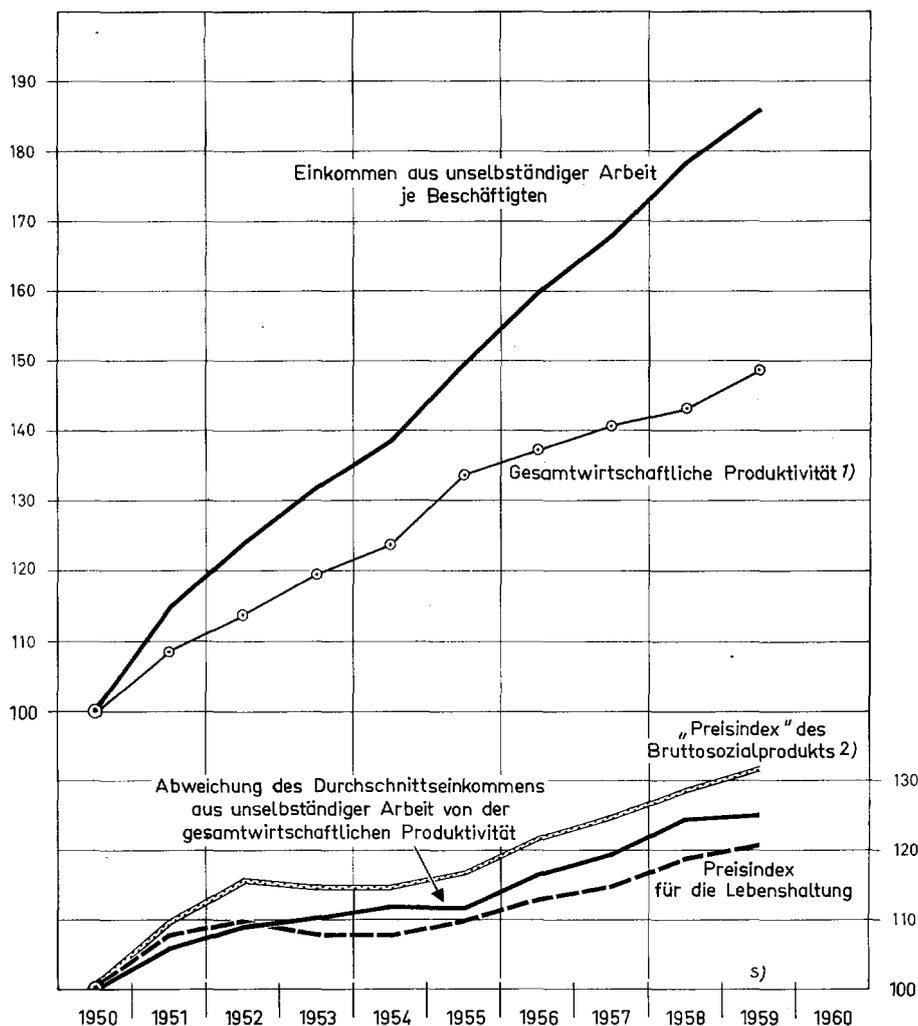
¹⁾ Häufig wird die industrielle Produktivität am Produktionsergebnis bezogen auf die Arbeiterstunde gemessen und mit den Stundenlöhnen verglichen. Dabei läßt sich aber weder die Veränderung der Zahl der Angestellten noch die der diesen gezahlten Gehälter berücksichtigen. Die von uns angestellte Betrachtungsweise ist deshalb umfassender, wengleich ihr Endergebnis für das abgelaufene Jahr zu keiner großen Abweichung von dem der anderen Berechnungsart führt.

dürfte zwar in der Landwirtschaft, nicht zuletzt dank der guten Getreideernte und der weiteren Abnahme der Beschäftigtenzahl, das Produktionsergebnis bezogen auf den Erwerbstätigen um etwa 4 % gestiegen sein, in den übrigen nichtindustriellen Bereichen (Handel, Banken, Verkehr, öffentliche Verwaltung und andere Dienstleistungsbranchen) hat sich dagegen das Produktionsergebnis bezogen auf den Erwerbstätigen — im Durchschnitt gesehen — nicht erhöht, sondern ist eher leicht gesunken, da sich hier die Produktionsleistung bezogen auf die Arbeitsstunde nur wenig steigern läßt und außerdem die Arbeitszeit verringert wurde. Für die Erhöhung der Löhne und Gehälter bzw. die Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Verdiensten bestand in vielen dieser Bereiche daher keine oder nur eine ungenügende Kompensationsmöglichkeit, so daß ein Ausgleich dafür in der Heraufsetzung der Preise (Gebühren) bzw. in einem Ausweiten der Handelsspannen gesucht wurde. Wenn das allgemeine Preisniveau stabil bleiben soll, ist demnach unerlässlich, daß der in der Industrie erzielte Produktivitätszuwachs nicht in vollem Ausmaß zu Lohn-erhöhungen verwandt wird, sondern daß ein Teil davon in Form von Preissenkungen an die Konsumenten weitergegeben wird. Nur so kann ein Gegengewicht gegen die Preissteigerungen in den Dienstleistungsbereichen geschaffen werden, die sich bei einer allgemeinen Er-



DURCHSCHNITTSVERDIENSTE, PRODUKTIVITÄT UND PREISENTWICKLUNG IN DER GESAMTWIRTSCHAFT

1950=100



1) Bruttosozialprodukt in Preisen von 1954 je Erwerbstätigen. — 2) Errechnet aus dem Sozialprodukt zu jeweiligen Preisen im Verhältnis zum Sozialprodukt zu konstanten Preisen. In diesem „Preisindex“ wirken sich u.a. Gehaltserhöhungen im öffentl. Dienst als Preissteigerungen aus. — s) Geschätzt.

BBK

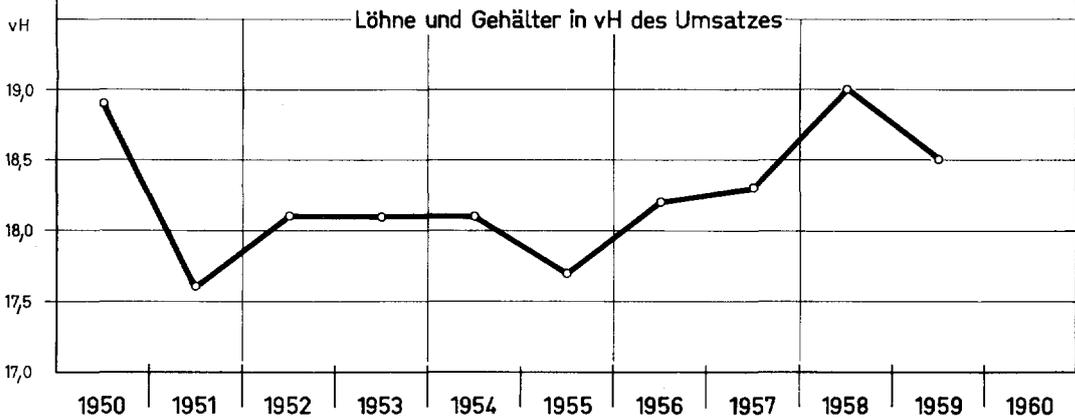
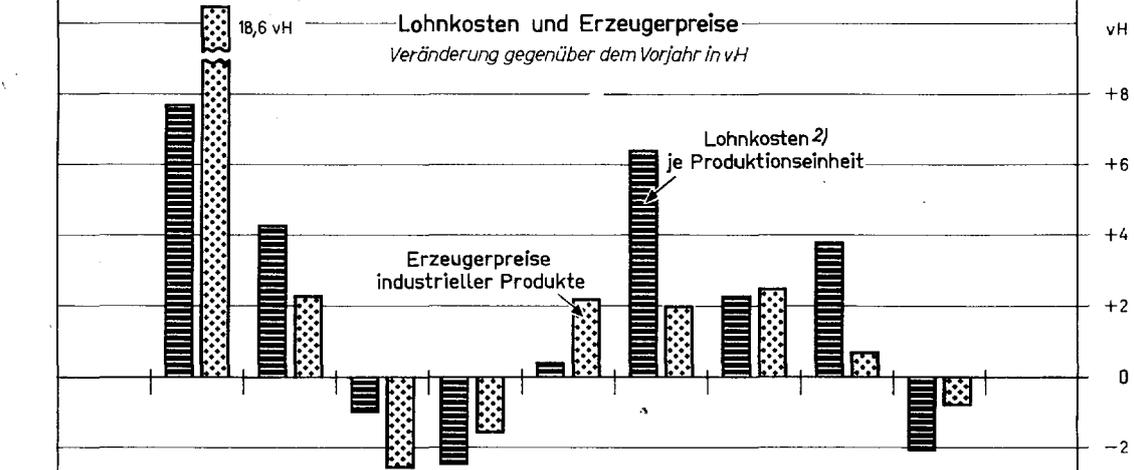
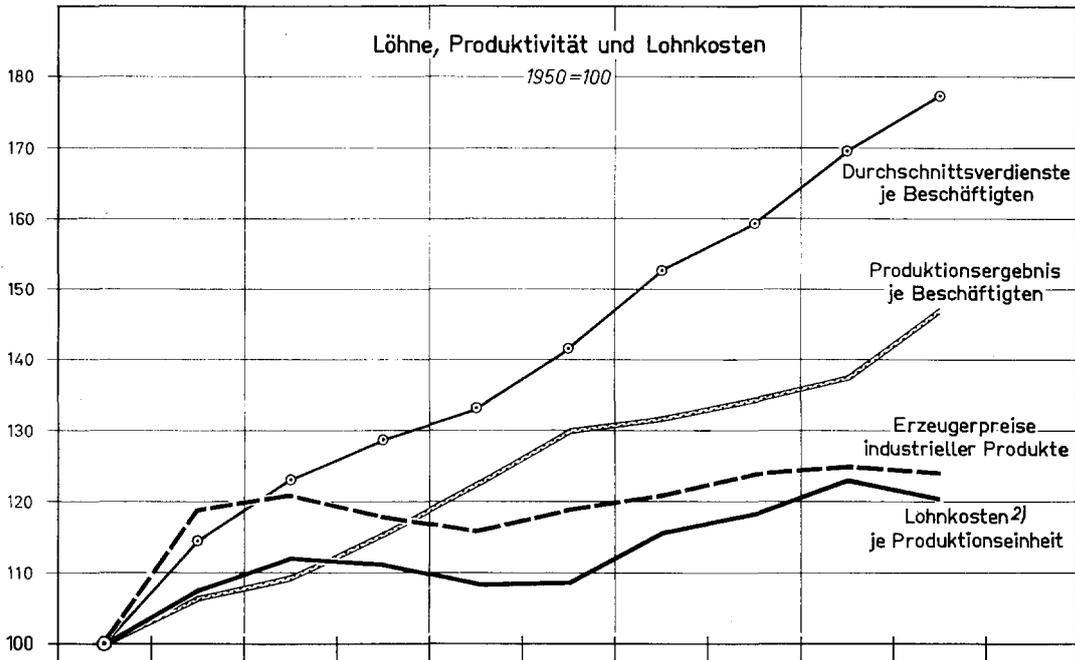
höhung des Lohnniveaus dort mehr oder weniger zwangsläufig ergeben. Es ist bedauerlich, daß es von der Jahresmitte 1959 ab durch den Umschwung der Preistendenz bei industriellen Erzeugnissen nicht mehr zu diesem Ausgleich gekommen ist.

15) Wenn auch im Durchschnitt des Jahres 1959 die Lohnbewegung, global betrachtet, annähernd preisneutral war, so zeigt eine Betrachtung der *Effektivlohnentwicklung* im Verlauf des Jahres, daß sich gegen Jahresende auch in diesem Sektor die konjunkturellen Auftriebstendenzen auszuwirken begannen. Der Zuwachs der durchschnittlichen Stundenverdienste in der Industrie gegenüber der jeweiligen Vorjahrszeit hat sich von Vierteljahr zu Vierteljahr erhöht; er betrug im Februar

4,5 %, im Mai 4,8 % und im August — dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen — 5,1 %. In den übrigen Bereichen verlief die Entwicklung ähnlich; jedenfalls übertrafen die Durchschnittsverdienste in der Gesamtwirtschaft im ersten Quartal 1959 den Stand in der entsprechenden Vorjahrsperiode um 3,7 %, im vierten Quartal dagegen um schätzungsweise 4,5 %. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich gegen Ende des Jahres auch die Produktivitätssteigerung eher verstärkt haben dürfte und daß sich die Preise, auch im industriellen Bereich, teilweise bereits leicht erhöht haben. (Vgl. Tabelle 5.)

16) Das Niveau der *Tariflöhne und -gehälter* hat sich im Jahresdurchschnitt 1959 etwas weniger als das der Effektivverdienste — um 3,3 % gegen 4,1 % — erhöht.

LOHNKOSTEN, PRODUKTIVITÄT UND ERZEUGERPREISE IN DER INDUSTRIE 1)



1) Ohne Bau und Energie.-2) Löhne und Gehälter.

Diese Differenz hängt mit der zunehmenden Bedeutung der „kalten“ Lohnerhöhungen zusammen, die vor allem eine Folge der wachsenden Konkurrenz der Arbeitgeber um die knapp gewordenen Arbeitskräfte sind und sich überdies nicht auf übertarifliche Lohnzulagen beschränken, sondern auch in anderen Formen — Einmalzahlungen, Gewährung von Trennungentschädigung, Erstattung von Fahrtkosten zum Arbeitsplatz u. ä. — in Erscheinung traten. Die Löhne wurden mithin erhöht, bevor ein tariflicher Zwang vorlag. Bei den Tarifabschlüssen vollzog sich — ähnlich wie bei den Effektivverdiensten — im Verlauf des Jahres insofern eine Tendenzänderung, als gegen Ende des Jahres größere Lohnerhöhungen zugestanden wurden als in den vorangegangenen Monaten. So betragen nach unseren Unterlagen die im zweiten Halbjahr wirksam gewordenen Erhöhungen der Tariflöhne und -gehälter — auf Stundenbasis gerechnet — 5,2 % gegen 4,8 % in der ersten Hälfte des Jahres. Die Zahl der von diesen Tarifierhöhungen begünstigten Arbeitnehmer war allerdings im zweiten Halbjahr mit 6,5 Millionen Beschäftigten — gegen 8,4 Millionen Beschäftigte im ersten Halbjahr — wesentlich niedriger, da in dieser Periode weniger Tarifverträge zur Erneuerung anstanden. Die wichtigsten, zuletzt vereinbarten Tariflohnaufbesserungen gingen über den obengenannten Durchschnitt von 5,2 % erheblich hinaus. So wurden im November in der Textilindustrie und in der Chemischen Industrie die alten, etwa 1 1/2 Jahre lang gültig gewesenen Tarifverträge durch neue ersetzt, die eine Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne um durchschnittlich 9 bzw. 8 % zur Folge hatten. (Vgl. Tabelle 6.)

IV. Die lohnpolitische Situation Anfang 1960 und ihre währungspolitische Beurteilung

17) Die Verstärkung der lohnpolitischen Aktivität, die bereits gegen Ende des Jahres 1959 zu beobachten war, wird sich aller Voraussicht nach in den ersten Monaten des neuen Jahres fortsetzen. Am Jahresende waren *Lohntarifverträge für etwa 4,8 Millionen Arbeitnehmer, das heißt für gut ein Viertel aller Arbeitnehmer, für die überhaupt Tarifverträge abgeschlossen werden, gekündigt*. Die Forderungen der Gewerkschaften, über die in den nächsten Wochen verhandelt werden wird, richten sich hauptsächlich auf Lohnerhöhungen, jedoch ist verschiedentlich auch eine neuerliche Verkürzung der Arbeitszeit zur Debatte gestellt. Soweit die Lohnforderungen bisher schon präzisiert wurden, beliefen sie sich in der Industrie und im Handwerk auf 6 bis 12 %, im Handel auf 8 bis 15 %, im öffentlichen Dienst auf 12 bis 15 % der Grundgehälter der Angestellten und der Ecklöhne der Arbeiter¹⁾. Die einzelnen Forderungen sind untereinander allerdings

¹⁾ Außerdem fordern die Beamtenvertreter eine Erhöhung der Beamtenbezüge um 12 %.

nicht ohne weiteres vergleichbar, da die gekündigten Tarifverträge unterschiedlich lang in Kraft waren. In der Industrie betrug die Laufzeit teilweise — so z. B. beim Lohntarif für die Bauarbeiter — weniger als ein Jahr, während die Tarifverträge der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst 1 3/4 Jahre in Kraft waren. (Vgl. Tabelle 7 A.)

18) *Bis zum Ende des zweiten Quartals* werden weitere wichtige Lohntarifabkommen für nahezu 5 Millionen Beschäftigte kündbar, darunter Ende Juni die meisten Tarifverträge in der Metallindustrie. Gemäß den jüngsten Erklärungen aus Gewerkschaftskreisen ist kaum daran zu zweifeln, daß sie die Kündigungen, sobald es die Verträge zulassen, aussprechen werden.

19) Angesichts der Häufung von Kündigungen und der dabei geltend gemachten Forderungen erhebt sich die Frage, inwieweit im Jahre 1960, güterwirtschaftlich betrachtet, ein Spielraum für Lohnerhöhungen besteht.

Lohnerhöhungen bedeuten zweierlei: Erhöhung der Produktionskosten und zusätzliche Kaufkraft im Konsumbereich. Erhöhte Kosten haben nur dann keine preissteigernde Tendenz, wenn sie durch erhöhte Leistungen bezogen auf den Beschäftigten, sei es durch stärkere Ausnutzung der Kapazitäten, sei es durch erhöhten Maschineneinsatz, sei es durch bessere Betriebsorganisation, kompensiert werden können, das heißt wenn die *Produktivität* entsprechend gesteigert werden kann. Sie wirken auch insoweit nicht preissteigernd, als sie durch eine Verringerung der Gewinnspanne der Unternehmen aufgefangen werden. Ein erhöhtes Arbeitseinkommen ist nur dann preisneutral, wenn ihm ein entsprechend erhöhtes Angebot an Gütern und Dienstleistungen gegenübersteht oder im gleichen Umfang mehr gespart wird.

Wegen dieser vielschichtigen Zusammenhänge können Angaben über den möglichen Spielraum für künftige Lohnerhöhungen nur mit Vorbehalten gemacht werden.

20) Um einen Anhaltspunkt dafür zu bekommen, ist es zweckmäßig, sich eine Vorstellung darüber zu verschaffen, mit welcher *realen Steigerung des Sozialprodukts und der Produktivität* im Jahre 1960 voraussichtlich gerechnet werden kann. Nach sorgfältiger Abwägung der maßgeblichen Faktoren kommen wir zu dem Ergebnis, daß sich das Sozialprodukt im Jahre 1960 kaum mehr im gleichen Ausmaß steigern lassen wird wie im Jahre 1959. Einmal ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr so stark zunehmen wird wie im Vorjahr (weitgehende Ausschöpfung des heimischen Arbeitsmarktes, wahrscheinlicher Rückgang der Zuwanderung). Während sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahre 1959 noch um 1,7 % erhöht hat, dürfte sie im Jahre 1960 höchstens noch um 1 % zunehmen. Zum an-

deren ist nicht ohne weiteres mit einer gleichen Produktivitätssteigerung wie im Jahre 1959 — nämlich etwa 4 % — zu rechnen. Einer gleich starken Produktivitätssteigerung wird vor allem entgegenstehen, daß unausgenützte Kapazitäten, wenn überhaupt, so nur noch in geringem Maße vorhanden und auch die Arbeitskräfte-reserven in den Betrieben wesentlich geringer geworden sind. Kompensierend könnte allerdings wirken, daß die Arbeitszeit nicht wie im Jahre 1959 weiter eingeschränkt wird. Ob das der Fall sein wird, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Aber selbst wenn auf eine weitere Einschränkung der Arbeitszeit verzichtet würde, wird das Produktionsergebnis berechnet je Erwerbstätigen infolge der angeführten Gegenkräfte kaum stärker als im Jahre 1959 — 4 % — zunehmen können. Im Falle einer ähnlich starken Kürzung der Arbeitszeit wie im Jahre 1959 würde die mögliche Zunahme des Produktionsergebnisses bezogen auf den Erwerbstätigen um etwa 1 % geringer sein.

Unter Berücksichtigung der Zunahme der erwähnten Zahl der Erwerbstätigen um rund 1 % ergibt sich, daß das *gesamte Bruttosozialprodukt* im Jahre 1960 — in konstanten Preisen gerechnet — um maximal 5 %, bei Annahme einer gleich großen Arbeitszeitverkürzung wie 1959 aber nur um etwa 4 % steigen könnte.

21) Die von uns für möglich gehaltene Produktivitätssteigerung um 3 bzw. 4 % im Jahre 1960 kann natürlich nur als ein grober Maßstab dafür gelten, bis zu welcher Höhe Lohn- und Gehaltssteigerungen *von der Kostenseite* her als preisneutral zu betrachten wären. Dabei ist in Rechnung gestellt, daß in vielen industriellen Bereichen ein Produktivitätszuwachs erzielt werden wird, der den Durchschnitt von 3 bis 4 % erheblich übersteigt. Dies besagt natürlich nicht, daß in diesen Bereichen eine Erhöhung der Löhne über den durchschnittlichen Produktivitätszuwachs hinaus ungefährlich wäre, wenn dort für sich betrachtet auch stärkere Lohnerhöhungen kostenmäßig verkraftet werden könnten. Bei der weitgehenden Interdependenz der Löhne ist nämlich zu befürchten, daß in Bereichen mit geringem oder gar keinem Produktivitätszuwachs das Lohnniveau im ähnlichen Umfang nachgezogen wird, obgleich hier nur eine geringe oder gar keine Kompensationsmöglichkeit für derartige Kostensteigerungen besteht. In diesen Zweigen wäre deshalb mit erheblichen Preisauftriebstendenzen zu rechnen. Die Stabilerhaltung des Preisniveaus würde damit von der Kostenseite her in Frage gestellt.

22) Die Preisentwicklung hängt allerdings nicht allein von der Entwicklung der Kosten, sondern auch von der jeweiligen *Marktlage* ab. Die beiden letzten Jahre illustrieren dies deutlich. Im Jahre 1958 war in der Gesamt-

wirtschaft die Lohnsteigerung erheblich stärker als der Produktivitätszuwachs. Infolge der flauerer Geschäftstätigkeit und des dadurch verursachten Wettbewerbsdrucks haben sich aber die Preise nur geringfügig erhöht; vielmehr sind die Gewinnspannen eingengt worden. Im Jahre 1959 hielten sich die Lohnerhöhungen ungefähr im Rahmen der Produktivitätssteigerung, trotzdem stiegen aber die Preise gegen Ende des Jahres — auch außerhalb des Sondereinflüssen unterliegenden Agrarsektors — leicht an, weil der Wettbewerb mit dem Konjunkturaufschwung nachließ; die Gewinnmargen weiteten sich mithin aus. Diese Entwicklung ist vom Standpunkt eines ruhigen stabilen Wachstums der Gesamtwirtschaft aus zweifellos zu bedauern. Hätten die Unternehmer der Wirtschaftszweige mit überdurchschnittlich hohem Produktivitätszuwachs ihre Produktivitätsgewinne in den Jahren 1958 und 1959 in stärkerem Maße zu Preissenkungen verwandt, so hätte dies die Lohnforderungen der Gewerkschaften sicher gemäßigt und nicht zu einem so starken Investitionsboom geführt, wie er augenblicklich festzustellen ist. Die Marktlage gestattete ihnen jedoch eine Preisgestaltung, bei der solche längerfristigen volkswirtschaftlichen Überlegungen zu kurz kamen.

23) Auch heute muß damit gerechnet werden, daß es den Unternehmern möglich wäre, erhöhte Lohnkosten über die Preise auf die Abnehmer zu überwälzen, so daß Lohnerhöhungen, die über die durchschnittliche Produktivitätserhöhung hinausgehen, die Preisauftriebstendenzen verstärken würden. Die Marktlage steht, wie erwähnt, nach wie vor im Zeichen einer Übernachfrage. Die Bremsen der Kreditpolitik sind zwar bereits merklich angezogen, aber die Kreditpolitik hat bislang noch keine ausreichende Unterstützung durch die öffentliche Finanzpolitik gefunden. Der Trend der öffentlichen Ausgaben ist noch immer stark nach oben gerichtet, und für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Ausgaben ist weiter die Kreditfinanzierung vorgesehen. Sehr stark ist ferner seit einiger Zeit wieder der Sog der Auslandsnachfrage. Auch die Entwicklung der *Spartätigkeit* ist in diesem Zusammenhang von erheblicher Bedeutung. In den vergangenen Jahren war der Anteil der Ersparnis an der Einkommenssteigerung zeitweise sehr hoch, so vor allem 1957 und 1958, das heißt in Jahren, in denen die Preise weitgehend stabil blieben. Auch im Jahre 1959 hat die Ersparnis der privaten Haushalte weiter zugenommen, jedoch nicht mehr stärker als das Einkommen selbst. Seit dem dritten Vierteljahr 1959 hat sich das Verhältnis zwischen der Ersparnisbildung und dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte eher verschlechtert. Hält diese Tendenz an, so wird die aus Lohn- und Gehaltserhöhungen resultierende Einkommenssteigerung in ihrer Wirkung auf die Nachfrage nach Konsumgütern

also nicht mehr, wie es noch bis Mitte 1959 der Fall war, durch die Erhöhung der Sparquote bis zu einem gewissen Grade kompensiert. Die Preissteigerungstendenzen werden sich infolgedessen verstärken.

24) Lohnsteigerungen über die Erhöhung der durchschnittlichen Produktivität hinaus würden in der gegenwärtigen Konjunkturlage also mit ziemlicher Sicherheit preissteigernde Tendenzen auslösen, da die Unternehmer auf Grund der derzeitigen Marktlage zumindest einen Teil der erhöhten Lohnkosten auf die Abnehmer abwälzen könnten. Im Interesse der Wahrung der Preisstabilität müßte daher den expansiven Tendenzen der Nachfrage noch stärker als bisher entgegengewirkt werden. Für die Notenbank, die schon seit dem Herbst des vergangenen Jahres, als die — bislang kaum kostenmäßig bedingten — Preissteigerungen einsetzten, durch restriktive Maßnahmen in dieser Richtung wirkt, würde das den Zwang zu einer weiteren Verschärfung ihres restriktiven Kurses bedeuten. Um so dringlicher werden dann aber auch entsprechende Maßnahmen der übrigen konjunkturpolitischen Instanzen.

25) Ob sich in Kürze die Steigerung der Nachfrage so eindämmen lassen wird, daß eine über den durchschnittlichen Produktivitätszuwachs hinausgehende Erhöhung der Löhne nicht mehr auf die Preise überwältigt werden könnte, ist allerdings fraglich. Es muß daher mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine stärkere Lohnwelle nicht preisneutral bleiben würde. Erst wenn es gelingt, die Marktlage so zu verändern, daß Kostenerhöhungen nicht mehr auf den Preis abgewälzt werden, würde sich die Lage ändern. Die den Produktivitätszuwachs übersteigenden Lohnerhöhungen müßten dann nolens volens in der Gewinnspanne aufgefangen werden.

26) Zweifellos wird es in jedem Falle nötig sein, auf einen Abbau der derzeitigen Übernachfrage, die Preissteigerungen verhältnismäßig leicht möglich macht, hinzuwirken. Zwingt die Stärke der Lohnforderungen zusammen mit der bisherigen Preisstarrheit in einigen Bereichen der Wirtschaft jedoch dazu, zu diesem Zweck drastische Maßnahmen zu ergreifen, um die Preisauftriebstendenzen in einem möglichst frühen Stadium zu unterbinden, so könnte als unvermeidliche Nebenwirkung dieser Entwicklung allerdings auch eine ausgesprochene Konjunkturabschwächung einsetzen. Starke Lohnkostenerhöhungen bei einer fühlbaren Verschlechterung der Absatzbedingungen (wie sie sich unter Umständen aus einer im Interesse der Preisstabilität unumgänglich harten Kredit- und Finanzpolitik ergeben könnte) würden aller Erfahrung nach über die Einschränkung der Investitionen sehr bald zu einer Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit und damit auch der Beschäftigung führen und so auf ihre Urheber selbst zurückschlagen. Im Interesse der Aufrechterhaltung eines angemessenen, aber nicht durch Preissteigerungen erkauften (und damit auf weitere Sicht ebenfalls gefährdeten) Wachstums ist es daher dringend notwendig, daß die — innerhalb vernünftiger Grenzen berechtigten — Lohnforderungen nicht überspannt werden. Ebenso muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Gewerkschaften nicht dadurch erschwert wird, daß Preisrückgänge, die auf Grund der Kostenlage möglich wären, unterbleiben. Durch eine möglichst liberale Einfuhrpolitik, durch eine entsprechende Handhabung der landwirtschaftlichen Marktregulierung, durch eine stärkere Rationalisierung des Handelsapparates und durch eine schärfere Einflußnahme auf Preisfestsetzung monopolistischer und quasi-monopolistischer Unternehmungen — um nur diese Beispiele zu nennen — ließe sich sicher manches erreichen.

Anhang: Zahlenübersichten

Die Zahlenangaben beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin (West). Die Angaben über das Sozialprodukt und das Arbeitseinkommen für die Jahre 1950 bis 1958 beruhen auf den Ergebnissen der bisher geltenden Berechnung des Statistischen Bundesamts; die Zahlen für 1959 stellen Schätzungen der Deutschen Bundesbank dar. Die nach Abschluß des Memorandums durch das Statistische Bundesamt zusammen mit den revidierten Ergebnissen für die Jahre 1950 bis 1958 bekanntgegebenen ersten vorläufigen Angaben für 1959 bestätigen — von geringen, die Grundtendenz jedoch nicht berührenden Abweichungen abgesehen — die hier veröffentlichten eigenen Schätzungen.

Tab. 1: Die Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Zeit	Lebenshaltungskosten			Einzelhandelspreise	Erzeugerpreise industrieller Produkte				Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte			Einkaufspreise für Auslandsgüter
	Gesamt	davon			Gesamt	darunter			Gesamt	davon		
		Ernährung	Übrige Bereiche			Grundstoffindustrie	Investitionsgüterindustrie	Verbrauchsgüterindustrie		Pflanzl. Produkte	Tierische Produkte	
	1950 = 100											
1950	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1951	108	109	107	109	119	127	117	122	108	102	111	128
1952	110	114	107	109	121	138	127	105	114	119	112	112
1953	108	112	105	104	118	132	125	97	109	111	108	103
1954	108	114	104	104	116	129	122	96	115	119	112	103
1955	110	116	105	105	119	136	124	96	116	120	114	103
1956	113	119	107	106	121	137	128	98	125	129	123	107
1957	115	122	110	109	124	139	132	102	125	122	127	106
1958	119	126	113	111	125	139	134	101	127	127	127	100
1959 ¹⁾	120	127	115	112	124	137	133	99	132	131	132	97
1958 1. Vj.	119	126	113	111	126	139	134	102	129	133	126	101
2. "	119	127	113	112	125	139	134	101	130	144	122	102
3. "	119	125	114	111	125	138	134	100	124	116	128	100
4. "	119	124	114	111	125	139	134	99	126	116	132	99
1959 1. Vj.	119	125	114	112	124	138	134	98	130	129	131	96
2. "	119	125	114	111	124	137	133	98	129	125	131	97
3. "	121	128	115	112	124	136	133	99	135	138	133	97
Okt.	123	131	115	113	125	137	133	100	133	135	132	99
Nov.	123	133	116	113	125	137	133	100	134	135	133	100
	Veränderung gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit in vH											
1958	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,1	+ 0,7	— 0,0	+ 1,8	— 1,1	+ 1,3	+ 3,8	— 0,1	— 5,2
1959 1. Vj.	+ 0,4	— 0,8	+ 1,5	+ 0,2	— 0,9	— 0,6	— 0,1	— 4,1	+ 1,3	— 2,7	+ 3,8	— 5,0
2. "	— 0,1	— 1,0	+ 0,7	— 0,6	— 1,2	— 1,2	— 1,0	— 3,4	— 1,1	— 13,2	+ 7,2	— 4,9
3. "	+ 1,8	+ 2,9	+ 0,8	+ 1,1	— 0,8	— 1,3	— 1,0	— 1,4	+ 9,0	+ 18,6	+ 3,9	— 3,0
Okt.	+ 3,7	+ 6,6	+ 1,1	+ 1,6	— 0,4	— 1,5	— 0,8	+ 0,4	+ 7,9	+ 23,0	+ 0,6	+ 0,0
Nov.	+ 3,8	+ 6,6	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,0	— 1,0	— 0,7	+ 1,1	+ 6,3	+ 16,8	+ 0,9	+ 1,4

¹⁾ Durchschnitt der Monate Januar bis November.

Tab. 2:
Bruttosozialprodukt, Beschäftigte und Produktivität

A. Gesamtwirtschaft						
Jahr	Bruttosozialprodukt		Brutto- sozial- produkt in Preisen von 1954	Zahl der Erwerbs- tätigen	Brutto- sozial- produkt ¹⁾ je Erwerbs- tätigen „Gesamt- wirtschaft- liche Produkt- tivität“	
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1954				
	Mrd DM		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
1950	97,20	111,80
1951	119,60	124,95	+11,8	+ 3,0	+ 8,5	.
1952	134,20	133,45	+ 6,8	+ 1,7	+ 5,0	.
1953	143,75	143,80	+ 7,8	+ 2,7	+ 5,0	.
1954	153,95	153,95	+ 7,1	+ 3,3	+ 3,6	.
1955	175,60	172,10	+11,8	+ 3,6	+ 7,9	.
1956	193,40	183,05	+ 6,4	+ 3,6	+ 2,6	.
1957	209,60	192,25	+ 5,0	+ 2,5	+ 2,5	.
1958 P)	222,30	197,70	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,8	.
1959 *)	238,80	208,80	+ 5,6	+ 1,7	+ 3,9	.

B. Arbeitsproduktivität nach Wirtschaftsbereichen								
Jahr	Bruttoinlandsprodukt ²⁾ in Preisen von 1954 je Erwerbstätigen							
	Land-, Forst- wirtschaft und Fischerei		Industrie und Handwerk ³⁾		Übrige Wirtschafts- bereiche ⁴⁾		Insgesamt	
	1950 =100	Ver- ände- rung in vH des Vor- jahres	1950 =100	Ver- ände- rung in vH des Vor- jahres	1950 =100	Ver- ände- rung in vH des Vor- jahres	1950 =100	Ver- ände- rung in vH des Vor- jahres
1950	100	.	100	.	100	.	100	.
1951	125	+25,2	107	+ 7,3	103	+ 3,4	108	+ 8,5
1952	131	+ 4,7	113	+ 4,9	106	+ 2,6	114	+ 4,9
1953	140	+ 6,5	119	+ 5,4	107	+ 1,2	119	+ 5,0
1954	143	+ 2,6	123	+ 3,8	111	+ 3,0	124	+ 4,1
1955	144	+ 0,3	135	+ 9,5	116	+ 5,1	134	+ 8,0
1956	145	+ 1,2	136	+ 0,6	120	+ 3,4	138	+ 2,6
1957	149	+ 2,3	138	+ 1,9	122	+ 1,6	141	+ 2,4
1958 P)	157	+ 6,0	141	+ 2,0	122	- 0,4	143	+ 1,8
1959 *)	164	+ 4,3	150	+ 6,2	121	- 0,5	149	+ 3,9

¹⁾ In Preisen von 1954. — ²⁾ Eine Aufteilung nach Wirtschaftsbereichen ist nur für das Brutto-Inlandsprodukt möglich, das vom Bruttosozialprodukt um die Höhe des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland abweicht. — ³⁾ Bergbau und Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. — ⁴⁾ Handel, Nachrichtenübermittlung, Banken und Privatversicherungen, Wohnungsvermietung, Staat und sonstige Dienstleistungen. — P) Vorläufig. — *) Schätzung.

**Tab. 3: Arbeitseinkommen
und Gesamtwirtschaftliche Produktivität**

A. Einkommen aus unselbständiger Arbeit						
Jahr	Einkommen aus unselbständiger Arbeit			Be- schäf- tigte Arbeit- nehmer	Ein- kommen aus unselb- stän- diger Arbeit je Beschäftigten	Brutto- löhne und -ge- hälter
	Brutto- löhne und -ge- hälter	Arbeit- geberbei- träge zur Sozialver- sicherung	Insgesamt			
	Mrd DM			Mio	DM	
1950	39,8	4,2	44,0	13,8	3 190	2 880
1951	48,4	5,0	53,4	14,6	3 660	3 320
1952	53,8	5,6	59,4	15,0	3 960	3 590
1953	59,2	6,4	65,5	15,6	4 210	3 800
1954	64,9	6,9	71,7	16,2	4 420	4 000
1955	73,8	7,9	81,7	17,1	4 770	4 310
1956	82,9	8,9	91,8	18,0	5 100	4 600
1957	89,5	10,4	99,9	18,7	5 350	4 800
1958	96,4	11,9	108,3	19,0	5 690	5 060
1959 *)	103,2	12,9	116,1	19,6	5 930	5 270
	Veränderung ¹⁾ gegenüber dem Vorjahr in vH					
1957	+ 8,0	+17,4	+ 8,9	+3,6	+5,1	+4,2
1958	+ 7,7	+13,7	+ 8,3	+2,0	+6,2	+5,6
1959 *)	+ 7,1	+ 8,8	+ 7,2	+2,8	+4,3	+4,1

B. Durchschnittsverdienste, Gesamtwirtschaftliche Produktivität und Preisentwicklung						
Jahr	Ein- kommen aus unselb- ständiger Arbeit je Be- schäftigten	Brutto- sozial- produkt in Preisen von 1954 je Erwerbs- tätigen — „Gesamt- wirtschaft- liche Pro- duktivität“	Abwei- chung des Durch- schnitts- einkom- mens aus unselb- ständiger Arbeit von der gesamt- wirtsch. Produkt- tivität ¹⁾	Zum Vergleich:		
				Preis- index des Brutto- Sozial- produkts	Preis- index für die Lebens- haltung	Anteil des Ein- kommens aus unselb- ständiger Arbeit am Volks- ein- kommen
	1950 = 100			1950 = 100		vH ²⁾
1950	100	100	100	100	100	57,7
1951	115	109	106	110	108	56,7
1952	124	114	109	116	110	59,1
1953	132	120	111	115	108	60,7
1954	139	124	112	115	108	61,0
1955	150	134	112	117	110	60,5
1956	160	137	117	122	113	61,6
1957	168	141	120	125	115	62,2
1958	179	143	125	129	119	64,1
1959 *)	186	149	125	132	121	64,9
	Veränderung ¹⁾ gegenüber dem Vorjahr in vH					
1957	+5,1	+2,5	+2,5	+3,1	+2,3	.
1958	+6,2	+1,8	+4,3	+3,1	+3,1	.
1959 *)	+4,3	+3,9	+0,4	+1,8	+1,4	.

¹⁾ Errechnet aus nicht abgerundeten Zahlen. — ²⁾ Index des Einkommens aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten, dividiert durch den Index des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1954 je Erwerbstätigen. — *) Schätzung.

Tab. 4:
Zur Entwicklung der Lohnkosten in der Industrie¹⁾

A. Produktion, Produktivität, Löhne und Gehälter					
Jahr	Industrielle Produktion ²⁾	Beschäftigte	Produktion je Beschäftigten	Löhne und Gehälter	Durchschnittsverdienste je Beschäftigten
1950	100	100	100	100	100
1951	119	111	107	128	115
1952	126	115	110	142	123
1953	139	120	116	154	129
1954	155	126	123	168	133
1955	179	137	130	194	142
1956	192	146	132	223	153
1957	203	151	135	240	160
1958	209	152	138	257	170
1959 ³⁾	223	152	147	269	177
	Veränderung ³⁾ gegenüber dem Vorjahr in vH				
1956	+ 7,8	+ 6,3	+ 1,4	+14,7	+ 7,8
1957	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,0	+ 7,8	+ 4,3
1958	+ 3,1	+ 0,7	+ 2,4	+ 7,0	+ 6,3
1959 ⁴⁾	+ 6,9	± 0,0	+ 6,9	+ 4,6	+ 4,6
B. Lohnkosten, Erzeugerpreise und Lohnquote					
Jahr	Lohnkosten je Produktionseinheit	Erzeugerpreise der Industrie	Lohnkosten je Produktionseinheit	Erzeugerpreise der Industrie	Löhne und Gehälter in vH des Umsatzes „Lohnquote“
1950	100	100	.	.	18,9
1951	108	119	+ 7,7	+18,6	17,6
1952	112	121	+ 4,3	+ 2,3	18,1
1953	111	118	- 1,0	- 2,6	18,1
1954	108	116	- 2,5	- 1,6	18,1
1955	109	119	+ 0,4	+ 2,2	17,7
1956	116	121	+ 6,4	+ 2,0	18,2
1957	119	124	+ 2,3	+ 2,5	18,3
1958	123	125	+ 3,9	+ 0,7	19,0
1959 ⁴⁾	120	124	- 2,1	- 0,8	18,5

¹⁾ Ohne Energie und Bauindustrie. — ²⁾ Kalendermonatlich. — ³⁾ Errechnet auf Grund von Indexzahlen mit einer Dezimale. — ⁴⁾ Schätzung auf Grund der Zahlen für Januar bis Oktober bzw. November 1959.

Tab. 5:
Effektiv-Löhne und Arbeitszeit in der Industrie¹⁾

Zeit	Durchschn. Brutto-Stundenverdienste	Wochenarbeitszeit ²⁾	Wochenverdienste	Stundenverdienste		Wochenverdienste	
				nominal ³⁾	real ⁴⁾	nominal ³⁾	real ⁴⁾
	Pf	Std	DM	1950 = 100			
1950	130,0	48,4	62,91	100,00	100,02	100,00	100,02
1951	149,1	47,8	71,30	114,69	106,39	113,34	105,14
1952	160,6	47,9	76,87	123,54	112,28	122,19	111,05
1953	167,4	48,1	80,58	128,77	119,13	128,09	118,50
1954	170,9	48,7	83,39	131,46	121,44	132,55	122,45
1955	182,7	48,9	89,31	140,54	127,75	141,96	129,04
1956	198,8	48,2	95,77	152,92	135,48	152,23	134,87
1957	216,8	46,5	100,74	166,77	144,45	160,13	138,70
1958	231,5	45,7	105,73	178,08	149,65	168,07	141,24
1958 Febr.	226,9	45,1	102,27	174,54	146,65	162,57	136,59
Mai	231,5	45,8	105,95	178,08	149,00	168,42	140,91
Aug.	233,5	45,7	106,79	179,62	151,34	169,75	143,02
Nov.	234,1	46,1	107,92	180,08	151,49	171,55	144,32
1959 Febr.	237,1	44,4	105,35	182,38	152,79	167,46	140,29
Mai	242,7	45,9	111,45	186,69	156,65	177,16	148,65
Aug.	245,4	45,8	112,49	188,77	156,06	178,81	147,83
	Veränderung gegen Vorjahr in vH						
1957	+ 9,1	- 3,5	+ 5,2	+ 9,1	+ 6,6	+ 5,2	+ 2,8
1958	+ 6,8	- 1,7	+ 5,0	+ 6,8	+ 3,6	+ 5,0	+ 1,8
1959 Febr.	+ 4,5	- 1,6	+ 3,0	+ 4,5	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,7
Mai	+ 4,8	+ 0,2	+ 5,2	+ 4,8	+ 5,1	+ 5,2	+ 5,5
Aug.	+ 5,1	+ 0,2	+ 5,3	+ 5,1	+ 3,1	+ 5,3	+ 3,4

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Einschl. Bau und Energie. — ²⁾ Bezahlte Arbeitsstunden. — ³⁾ Berechnet auf Grund der Durchschnittsverdienste (ungewichteter Index). — ⁴⁾ Nominallohn dividiert durch Preisindex für die Lebenshaltung (mittlere Verbrauchergruppe).

Tab. 6: Tarifloohnerhöhungen im Bundesgebiet¹⁾

Posten	1957	1958 ⁴⁾	1959 ⁴⁾	1958				1959			
				1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ⁵⁾
A. Gesamtwirtschaft											
1) Zahl der Beschäftigten, für die Tarifloohnerhöhungen in Kraft getreten sind											
insgesamt, in Tsd	12 030	14 920	11 710	5 900	6 290	2 050	2 925	4 180	6 590	3 550	3 100
in vH der tarifstatistisch erfaßten Beschäftigten ²⁾	75	92	72	36	39	13	18	26	40	22	19
2) Ausmaß der jeweiligen Tarifloohnerhöhung in vH											
a) Stundenverdienste	8,8	7,0	6,4	6,3	6,2	5,9	5,4	2,7	4,5	4,8	5,4
b) Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung	3,6	1,7	1,5	0,8	0,8	0,8	4,8	2,2	0,4	0,3	1,6
c) Wochenverdienste	5,2	5,3	4,9	5,5	5,4	5,1	0,6	0,5	4,1	4,5	3,8
3) Tarifloohniveau ³⁾											
a) 1956 = 100											
Stundenverdienste	106,7	113,7	119,0	109,1	111,8	112,6	113,7	114,5	116,5	117,8	119,0
Wochenverdienste	104,0	109,1	112,9	106,1	108,3	109,0	109,1	109,2	111,0	112,1	112,9
b) Veränderung gegen Vorjahr in vH											
Stundenverdienste	+6,7	+6,6	+4,7	+7,9	+6,4	+6,1	+6,6	+4,9	+4,2	+4,6	+4,7
Wochenverdienste	+4,0	+4,9	+3,5	+5,3	+5,0	+5,1	+4,9	+2,9	+2,5	+2,8	+3,5
B. Industrie (einschl. Bauhauptgewerbe)⁵⁾											
1) Zahl der Beschäftigten, für die Tarifloohnerhöhungen in Kraft getreten sind											
insgesamt, in Tsd	5 005	7 760	7 990	4 680	2 770	640	560	3 820	4 640	2 290	2 760
in vH der tarifstatistisch erfaßten Beschäftigten der Industrie ⁶⁾	63	93	95	56	33	8	6	45	55	27	33
2) Ausmaß der jeweiligen Tarifloohnerhöhung in vH											
a) Stundenverdienste	8,4	5,8	6,5	5,8	5,1	3,8	2,3	2,4	3,9	4,2	5,3
b) Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung	5,5	0,2	1,9	0,1	0,2	0,2	1,4	2,1	0,4	0,1	1,7
c) Wochenverdienste	2,9	5,6	4,6	5,7	4,9	3,6	0,9	0,3	3,5	4,1	3,6
Quelle: Eigene Berechnung der Deutschen Bundesbank, erstellt auf Grund von Einzelangaben der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen.											
¹⁾ Ohne Berlin (West) und Saarland. — Zu den Tarifloohnerhöhungen werden hier auch die Erhöhungen der Verdienste der Angestellten und Beamten gerechnet. Wird für Angestellte und Beamte die Arbeitszeit verkürzt, ohne daß die Monatsverdienste geändert werden, so wird eine entsprechende Erhöhung der Stundenverdienste und ein entsprechender Lohnausgleich unterstellt. — ²⁾ Insgesamt werden die Tarifverträge für etwa 85 vH aller unselbständig Beschäftigten erfaßt. — ³⁾ Stand jeweils am Ende des angegebenen Zeitraums. — ⁴⁾ Abweichungen der Jahresergebnisse von den Summen bzw. dem Durchschnitt der Vierteljahreswerte erklären sich daraus, daß in den Jahresergebnissen bei mehrfachen Lohnerhöhungen im Laufe eines Jahres die Beschäftigten nur einmal und die Lohnerhöhungen mit ihrem jährlichen Gesamtbetrag erfaßt werden. — ⁵⁾ In den Angaben unter A mitenthalten. — ⁶⁾ Insgesamt werden die Tarifverträge von etwa 95 vH aller Beschäftigten in der Industrie einschließlich Bau erfaßt. — ⁷⁾ Vorläufig.											

Tab. 7: Gekündigte und kündbare Tarifverträge
A. Gekündigte Lohntarifabkommen

Wirtschaftsbereiche	Forderungen ¹⁾ in vH	Beschäftigte Arbeiter und Angestellte, in Tsd						Insgesamt
		Die Kündigung				wird wirksam		
		wurde wirksam		wird wirksam		im 1. Vj. 1960	im 2. Vj. 1960	
im 1. Hj. 1959	im 3. Vj. 1959	im 4. Vj. 1959	bis Ende 1959	im 1. Vj. 1960	im 2. Vj. 1960			
1) Industrie	6,0—12,0	40	40	220	300	1 315	—	1 615
darunter:								
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	10,0	—	—	(90)	(90)	(10)	—	(100)
Bauhauptgewerbe	.	—	—	—	—	(1 300)	—	(1 300)
Schuhindustrie	8,0—9,0	—	—	(110)	(110)	—	—	(110)
2) Handwerk	8,0—12,0	60	30	110	200	—	—	200
3) Landwirtschaft ²⁾	.	—	—	—	—	320	230	550
4) Handel und Verkehr	8,0—15,0	370	50	40	460	355	—	815
5) Öffentlicher Dienst ³⁾	12,0—15,0	—	—	1 550	1 550	—	—	1 550
6) Sonstige	.	30	—	—	30	—	—	30
Alle Wirtschaftsbereiche		500	120	1 920	2 540	1 990	230	4 760

¹⁾ Ohne Berücksichtigung etwaiger zusätzlicher Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung bzw. auf Verbesserung der Bedingungen der Rahmentarifabkommen, die sich u. U. ebenfalls in einer Erhöhung der Lohnkosten niederschlagen können. — ²⁾ Die Kündigung ist noch nicht erfolgt, jedoch sollen lt. Beschluß der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft vom 24. 11. 1959 die Lohnsätze der Landarbeiter zum nächstmöglichen Termin, d. i. im März bzw. Mai 1960, gekündigt werden. — ³⁾ Ohne die Beamten im öffentlichen Dienst (1,3 Millionen), für die kein Tarifvertrag abgeschlossen wird, für die aber ebenfalls Forderungen auf Gehaltserhöhungen gestellt wurden.

B. Kündigungstermine laufender Tarifverträge¹⁾

Wirtschaftsbereiche	Beschäftigte Arbeiter und Angestellte, in Tsd					
	Die Tarifverträge werden kündbar					
	bis Ende 1959	im 1. Vj. 1960	im 2. Vj. 1960	im 3. Vj. 1960	im 4. Vj. 1960	erst im Jahr 1961
1) Industrie	60	210	3 620	1 500	300	720
darunter:						
Steinkohlenbergbau	—	—	—	—	—	(520)
Eisen schaffende Industrie	—	—	(220)	—	—	—
Chemische Industrie	—	—	—	(200)	(100)	(130)
Metallindustrie	—	(80)	(3 020)	—	—	—
Graphisches Gewerbe	—	—	—	(170)	—	—
Textilindustrie	—	—	—	(610)	—	—
Bekleidungsindustrie	—	—	—	(310)	—	—
2) Handwerk	100	170	70	240	60	—
3) Landwirtschaft ²⁾	—	—	—	—	—	—
4) Handel und Verkehr	520	—	160	220	310	100
5) Öffentlicher Dienst	—	—	—	—	—	—
Alle Wirtschaftsbereiche	680	380	3 850	1 960	670	820

¹⁾ Nur soweit der frühestmögliche Kündigungstermin eines Tarifvertrages gemeldet wurde. — ²⁾ Vgl. Anmerkung A ²⁾.

MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

JANUAR 1960

INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Winter 1959/60	3
Geld und Kredit	3
Öffentliche Finanzen	21
Produktion und Märkte	30
Außenhandel und Zahlungsbilanz	42
Vorläufiger Überblick über die Zahlungsbilanz des Jahres 1959	50
Statistischer Teil	57
Bankenstatistische Gesamtrechnungen	58
Deutsche Bundesbank	63
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	63
Ausweis	66
Kreditinstitute	68
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	68
Zwischenbilanzen	80
Zinssätze	93
Kapitalmarkt	97
Öffentliche Finanzen	108
Außenwirtschaft	113
Produktion und Märkte	118
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	122
Zinssätze im Ausland	124

Diesem Bericht liegt das im Januar 1960 erstattete Memorandum der Deutschen Bundesbank über die Lohn- und Preisentwicklung bei.

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben dieses Berichts auf das Bundesgebiet ohne Saarland, aber einschließlich Berlin (West).

Abgeschlossen am 1. Februar 1960

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Winter 1959/60

Geld und Kredit

Geldmarkt und Bankenliquidität

Als die Deutsche Bundesbank im Herbst 1959 in Anpassung an die veränderte Konjunkturlage das Steuer ihrer Kreditpolitik herumwarf und in diesem Zusammenhang auch liquiditätspolitisch einen restriktiven Kurs einschlug, wurde verschiedentlich die Vermutung geäußert, daß sie damit keinen Erfolg haben würde. Außenwirtschaftliche Gegenwirkungen würden vielmehr den Versuch, den Liquiditätsspielraum der Kreditinstitute einzuengen, vereiteln, da die restriktiven Maßnahmen den Zustrom von Devisen unvermeidlich intensivieren und damit die bisher schon wichtigste Liquidierungsquelle noch reichlicher sprudeln lassen würden. Die bisherige Entwicklung hat diese Voraussetzungen nicht bestätigt. Obwohl in den letzten Monaten an die Stelle der in den ersten drei Quartalen von 1959 zu verzeichnenden Devisenabflüsse zeitweilig wieder beträchtliche Devisenzugänge traten und die Zahlungsbilanzentwicklung den Kreditinstituten insofern zum Teil wieder erheblich mehr Mittel zuführte als im ersten Teil des Jahres, hat sich der Liquiditätsspielraum des Bankenapparates im ganzen vermindert und der Geldmarkt so versteift, wie es die Effektivmachung des zweimal erhöhten Diskontsatzes der Bundesbank erforderte. Der Umlauf an Geldmarktpapieren, vor allem an Mobilisierungstiteln, die einen bedeutenden Teil der Liquiditätsreserven der Kreditinstitute bilden, ist seit dem Herbst 1959 um ungefähr 1,7 Milliarden DM zurückgegangen, die kurzfristigen Auslandsanlagen der Banken — ein weiterer wichtiger Teil ihrer Liquiditätsreserven — haben ebenfalls abgenommen, und die im Herbst nicht unwesentlich gekürzten Rediskontkontingente mußten in den letzten Monaten — und zwar auch im Januar, der sonst gewöhnlich im Zeichen einer beträchtlichen Verringerung des Refinanzierungskredits der Notenbank stand — stärker in Anspruch genommen werden als in den ersten neun Monaten des Jahres 1959. Der Tagesgeldsatz, dessen Verhältnis zum Diskontsatz weitgehend symptomatisch für die Verfassung des Geldmarktes ist, hat dementsprechend in den letzten Monaten fast durchweg in engerer „Tuchföhlung“ mit dem erhöhten Diskontsatz gestanden, als es Jahre hindurch der Fall gewesen war. Er lag auch im Januar, ungeachtet der in diesem Monat wirksamen saisonalen Entspannungstendenzen, bis auf die letzten Tage des Monats bei 4 0/0, also auf der Höhe des

derzeitigen Diskontsatzes, während er im Januar 1959 in der Regel um 1 bis $\frac{3}{4}$ 0/0 unter dem damaligen Diskontsatz von 3 bzw. (ab 10. d.M.) $2\frac{3}{4}$ 0/0 gelegen hatte. Auch die für befristete Ausleihungen am Geldmarkt geforderten und gezahlten Sätze waren mit $4\frac{1}{8}$ bis $4\frac{1}{4}$ 0/0 für Monatsgeld und $4\frac{3}{8}$ bis $4\frac{1}{2}$ 0/0 für Dreimonatsgeld relativ hoch, zumal das Angebot an solchen Mitteln eher noch knapper war als das von Tagesgeld.

Unter den Faktoren, auf die diese Anspannung zurückging, ist in erster Linie die *Erhöhung der Mindestreserven* zu nennen. Mit Wirkung vom 1. November 1959 wurden die Mindestreservesätze, die je nach der Art der reservepflichtigen Verbindlichkeiten und je nach dem Domizil der reservepflichtigen Kreditinstitute bis dahin 5 bis 13 vH betragen hatten, um durchweg 10 vH heraufgesetzt. Das Reserve-Soll der Kreditinstitute (einschließlich der Geldinstitute der Bundespost) war unter dem Einfluß dieser Maßnahme bereits im November mit rd. 8 340 Mio DM um gut 870 Mio DM höher als im Oktober. Im Dezember stieg es weiter auf 8 400 Mio DM, da sich mit dem Anstieg der reservepflichtigen Verbindlichkeiten naturgemäß auch der Betrag der Mindestreserve erhöhte, und für den Januar ist mit einer weiteren Zunahme um 900 bis 1 000 Mio DM zu rechnen. Wie schon im letzten Monatsbericht dargelegt, sind nämlich mit Wirkung vom 1. Januar d. J. die Mindestreservesätze abermals erhöht worden, und zwar — ebenso wie ab November — generell um jeweils 10 vH ihres Standes von Oktober 1959, aber darüber hinaus noch insofern, als ein etwaiger Zuwachs an reservepflichtigen Auslandsverbindlichkeiten gegenüber dem Stande von Ende November 1959 ab Januar mit den jeweiligen gesetzlich zulässigen Höchstsätzen belegt wird, also ein Zuwachs an Sichtverbindlichkeiten mit 30 vH, ein Zuwachs an befristeten Verbindlichkeiten mit 20 vH und ein Zuwachs an Spareinlagen mit 10 vH. Da anzunehmen ist, daß das dem Reserve-Soll für Januar zugrundeliegende Volumen an reservepflichtigen Verbindlichkeiten größer war als das für November, und da es weiter den Anschein hat, als seien dabei auch die Auslandsverbindlichkeiten gewachsen, dürfte die Mindestreserveerhöhung betragsmäßig also noch über die vom November hinausgegangen sein. Alles in allem dürfte man mithin kaum fehlgehen, wenn man den Anstieg

der Mindestreserveanforderungen zwischen Oktober 1959 und Januar 1960 auf ungefähr 1,9 Mrd DM veranschlagt.

Auch durch die *Kassentransaktionen des Bundes und seiner Sondervermögen sowie der Länder* sind den Geschäftsbanken in den letzten Monaten weiter in nicht unerheblichem Umfang Mittel entzogen worden. Die sogenannten „inlandswirksamen“ Kassentransaktionen dieser Haushalte schlossen nämlich, wie im Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ näher dargelegt wird, im vierten Quartal von 1959 und vor allem im Januar mit Überschüssen ab, so daß die Geschäftsbanken durch sie per Saldo Einlagen verloren. Der Umstand, daß der Bund im November und Januar zwei Anleihen im Betrage von 300 bzw. 500 Mio DM begab, hat dabei eine Rolle gespielt, wenn auch zu beachten ist, daß mit den Anleiheerlösen teilweise kurzfristige Schulden getilgt wurden, die am offenen Markt — und zwar hauptsächlich in Form von Schatzwechselkrediten — aufgenommen worden waren, so daß die Kreditbelastung des Marktes nicht ganz den Anleihebeträgen entsprach. Dem Liquiditätsentzug, den die Banken durch die Kassentransaktionen des Bundes und der Länder insofern erfuhren, als sie im Rahmen der Einnahmen dieser Haushalte mehr Mittel an die Bundesbank abführen mußten, als sie über die Ausgaben der Haushalte wieder zurückerhielten, stand allerdings der große Mittelzustrom entgegen, der ihnen mit den DM-Ausgaben der in der Bundesrepublik stationierten fremden Truppen regelmäßig zufließt. Da er fast ausschließlich auf Deviseneinreichungen der Truppendienststellen bei der Bundesbank beruht, wird er freilich gewöhnlich nicht unter den Liquiditätswirkungen der öffentlichen Haushaltsgebarung, sondern unter den Devisentransaktionen behandelt, auf die unten eingegangen wird. Aber es dürfte angebracht sein, sich gerade in diesem Zusammenhang zu vergegenwärtigen, daß ein Teil der von den Devisenzugängen ausgehenden liquiditätsfördernden Wirkungen auf Ausgaben beruht, die im Grunde zum öffentlichen Bereich gehören.

Unter den die Bankenliquidität und den Geldmarkt belastenden Faktoren hat schließlich in den letzten Monaten von 1959, wie üblich um diese Jahreszeit, die *Zunahme des Bargeldumlaufs* eine große Rolle gespielt. Der Bargeldumlauf war im Tagesdurchschnitt des Oktober um 111 Mio DM höher als im September, im November ging er (etwas abweichend vom üblichen Saisonrhythmus) im Tagesdurchschnitt ebenfalls leicht über den Betrag des Vormonats hinaus, und im Dezember erreichte seine Zunahme (mit 924 Mio DM im Tagesdurchschnitt gegenüber November) wie üblich ihr

jahreszeitliches Maximum. Zusammengenommen bedeutete das für die Banken eine Liquiditätsbelastung um rd. 1,1 Mrd DM. Die jahreszeitlichen Einflüsse waren dabei, wie gesagt, ausschlaggebend, aber die trendmäßige, durch den Konjunkturaufschwung im letzten Halbjahr eher beschleunigte Ausdehnung des Bargeldumlaufs spielte ebenfalls eine Rolle. Sie kann daraus ersehen werden, daß der Bargeldumlauf im Tagesdurchschnitt des Dezember auch nach Ausschaltung des (geschätzten) Umlaufs im Saarland um ebenfalls rd. 1,1 Mrd DM höher war als zur gleichen Zeit des Vorjahres — eine Zunahme, die, ebenso wie die mit dem Anstieg der reservspflichtigen Verbindlichkeiten auch bei unveränderten Reservesätzen verbundene Erhöhung des Mindestreserve-Solls, deutlich zeigt, in wie starkem Maße die Bankenliquidität normalerweise allein durch den Wachstumsprozeß belastet wird. — Im Januar ist der Bargeldumlauf, dem üblichen Saisonrhythmus entsprechend, natürlich wieder beträchtlich zurückgegangen. Soweit sich bisher überblicken läßt, dürfte die Abnahme, im Tagesdurchschnitt gerechnet, ebenso stark gewesen sein wie die Zunahme im Dezember, d. h. rd. 900 Mio DM betragen haben. Diese Entlastung wurde jedoch durch die bereits erwähnte, nicht zuletzt zum Zwecke der Kompensation der saisonmäßigen Liquidisierungstendenzen vorgenommene Erhöhung der Mindestreserven ausgeglichen, so daß sie der Entwicklung des Marktes nicht wie in anderen Jahren ihren Stempel aufzudrücken vermochte.

Angesichts dieser verschiedenen Anspannungsfaktoren waren die Banken in den letzten Monaten selbstverständlich gezwungen, liquiditätsmäßig völlig anders zu disponieren als in den vorangegangenen Monaten, in denen sie per Saldo einen erheblichen Mittelzugang buchen konnten. Deutlich im Zeichen dieser Umstellung standen zunächst einmal ihre *Devisendispositionen*. In den Monaten Januar bis Oktober 1959 hatten die Banken, als Ganzes betrachtet, die ihnen auf Grund von laufenden Überschüssen im Zahlungsverkehr mit dem Ausland zufließenden Mittel bekanntlich weitgehend dazu verwendet, um ihre Guthaben bei ausländischen Banken und ihre Geldmarktanlagen im Ausland aufzustocken, zumal mit dem Rückgang der Geldsätze in der Bundesrepublik Auslandsanlagen vielfach lukrativer geworden waren als entsprechende Inlandsanlagen. Zum Teil waren sogar inländische Geldmarktanlagen abgebaut worden, um dafür in größerem Maße Auslandsanlagen zu unterhalten. Mit der im Herbst einsetzenden Anspannung der Bankenliquidität wurde diese Tendenz nun fürs erste unterbrochen und der bei den Banken anfallende Devi-

Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute
in Mio DM

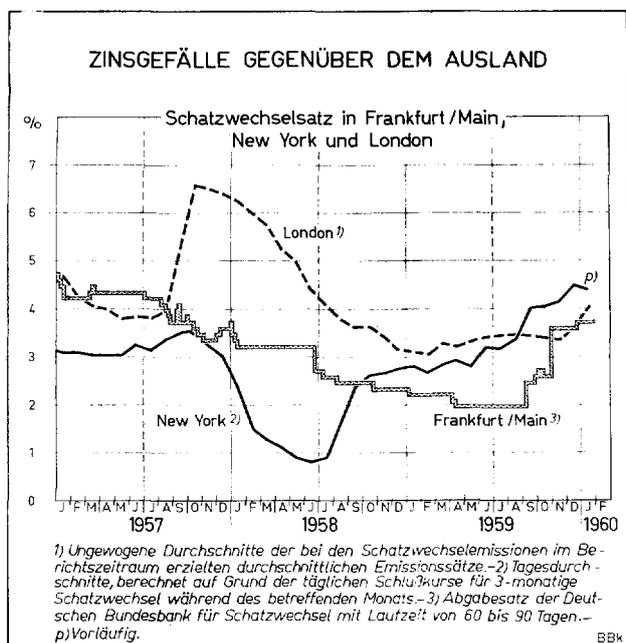
Vorgänge	Veränderung im Vierteljahr bzw. Monat (berechnet auf der Basis von Durchschnitten aus den 4 Bankwochen- stichtagen der Monate bzw. Quartalschlußmonate)					
	1959					
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.
A. Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund von Veränderungen der folgenden Positionen	Die Vorzeichen geben an, ob die Veränderungen der in der Vorspalte genannten Positionen Mittelzuflüsse (+) oder -abflüsse (—) beim Banksystem bewirkt haben ^{o)}					
I. Noten- und Münzumlauf	— 227	— 210	— 991	— 108	— 63	— 820
II. Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank ¹⁾ davon: 1) Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden 2) Sonstige ²⁾	+ 196 (+ 134)	— 1 457 (— 1 323)	— 487 (— 873)	— 208 (— 480)	— 25 (— 90)	— 254 (— 303)
III. Netto-Devisenkäufe bzw. -verkäufe der Deutschen Bundesbank ³⁾	+ 521	+ 834	+ 2 348	+ 453	+ 809	+ 1 086
IV. Sonstige Faktoren ⁴⁾	+ 38	— 107	— 46	+ 22	+ 114	— 182
Gesamtwirkung der oben genannten Faktoren auf die Bankenliquidität	+ 528	— 940	+ 824	+ 159	+ 835	— 170
B. Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund der Offenmarktoperationen der Deutschen Bundesbank, gesamt	— 445	+ 644	+ 564	— 109	— 138	+ 811
davon über Ankäufe bzw. Verkäufe von						
1) Geldmarkttiteln des Bundes aus der Umwandlung von Ausgleichs- forderungen der Bundesbank (Mobilisierungstitel),	(— 571)	(+ 672)	(+ 632)	(— 67)	(— 256)	(+ 955)
2) sonstigen Titeln	(+ 126)	(— 28)	(— 68)	(— 42)	(+ 118)	(— 144)
C. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank, gesamt ⁵⁾	— 19	— 17	+ 1 462	+ 176	+ 828	+ 458
			Zunahme: +, bzw. Abnahme: —			
D. Veränderung der Zentralbankkredite an Kreditinstitute (Refinanzierungskredite)	— 102	+ 279	+ 74	+ 126	+ 131	— 183

^{o)} Die Veränderungen der unter A und B in der Vorspalte der Tabelle genannten Vorgänge sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Mittelzufluß bzw. -abfluß für die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Ausweis der Deutschen Bundesbank (bzw. für frühere Termine der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken). Nähere Erläuterungen zu diesen Abweichungen s.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1957, S. 8.

¹⁾ Saldo aus Guthaben und aufgenommenen Kassenkrediten (ohne die im Rahmen der Offenmarktpolitik angekauften Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie ohne Ankaufszusagen für Schatzwechsel). — ²⁾ Einschließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sie sich seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreservehaltung am 1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbankeinlagen der Bundespost nicht mehr trennen lassen. — ³⁾ Einschließlich der Devisentransaktionen der Bundesbank mit den deutschen Geschäftsbanken im Zusammenhang mit „Geldexporten“. — ⁴⁾ Schwebende Verrechnungen; Sonderkredite an den Bund zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber Währungsfonds und Weltbank sowie andere Positionen, die den obigen Faktoren nicht eindeutig zugerechnet werden können. — ⁵⁾ Ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. dazu Anmerkung ²⁾.

senüberschuß wieder an die Bundesbank verkauft, um den Erlös für die höheren Mindestreserveanforderungen, die Beschaffung des benötigten Bargeldes und die erforderlichen Netto-Einzahlungen auf die Zentralbankkonten des Bundes und der Länder zu verwenden. Es kam den Banken sehr zustatten, daß sich dabei ab Herbst die laufenden Devisenüberschüsse wieder etwas erhöhten, weil, wie im Abschnitt über „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ dargelegt, in den letzten Monaten des vergangenen Jahres der Aktivsaldo der Leistungsbilanz zunahm und gleichzeitig der Passivsaldo der Kapitalbilanz, und zwar auch der sonstigen privaten Kapitalbewegungen, zurückging. Allein im November und Dezember sind den Banken jedenfalls auf Grund der laufenden Devisenüberschüsse rd. 1,4 Mrd DM zugeflossen. Im gleichen Zeitabschnitt waren jedoch die Anspannungsfaktoren so stark, daß sich ein Teil der Banken veranlaßt sah, über die Realisierung der laufenden Devisenüberschüsse hin-

aus auch noch Teilbeträge ihrer kurzfristigen Auslandsanlagen zu „repatriieren“, d. h. zur Deckung der heimischen Liquiditätsansprüche zu verwenden. Zins-erwägungen dürften dagegen für die „Repatriierung“ im ganzen nur eine nachgeordnete Rolle gespielt haben, denn obwohl die inländischen Geldsätze unter dem Einfluß der Diskonterhöhungen und der Liquiditätsanspannungen in den letzten Monaten des Jahres wesentlich höher waren als vordem, ist doch kein „Zinsgefälle“ entstanden, das einen stärkeren Geldzustrom begünstigt hätte, weil auch im Ausland, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika, die Geldsätze in die Höhe gingen und die Bundesbank die Kurssicherung für kurzfristige Auslandsanlagen schließlich wieder ohne Berechnung eines Deportsatzes übernahm. Tatsächlich sind in Einzelfällen Geldexporte auch in den Monaten November und Dezember, in denen im ganzen die Repatriierung von Auslandsanlagen überwog, noch getätigt worden, und im Januar, als die Liquidi-



tätslage aus Saisongründen nicht ganz so angespannt war wie gegen Ende des Jahres 1959, scheinen die kurzfristigen Auslandsanlagen der Geschäftsbanken sogar per Saldo wieder gewachsen zu sein, und zwar offenbar im Betrage von einigen Hundert Millionen DM. Im November und Dezember sind sie jedoch um rd. 740 Mio DM vermindert worden, nachdem sie in den ersten zehn Monaten des Jahres 1959 um mehr als 2 Mrd DM zugenommen hatten, wenn von den durch die Einbeziehung des Saarlandes bedingten statistischen Veränderungen abgesehen wird. Bemerkenswert ist ferner, daß im Dezember — und zwar anscheinend erst in der zweiten Hälfte des Monats — die Einlagen von Ausländern bei den deutschen Geschäftsbanken nicht unbeträchtlich (nämlich um fast 500 Mio DM gegenüber dem Stande von Ende November) gestiegen sind. Es ist möglich, daß termingebundene Inlandszahlungen an Ausländer von Einfluß waren, obwohl natürlich auch nicht die Möglichkeit von der Hand zu weisen ist, daß sich die Banken — vielleicht zum Zwecke des „window-dressing“ — in jener Zeit in stärkerem Maße um Auslandsgeld bemühten. Auch hier scheint aber im Januar, parallel zu den erneuten „Geldexporten“ der Banken, wieder ein Abfluß eingesetzt zu haben, auf den es gegebenenfalls mit zurückzuführen war, daß die saisonmäßigen Entspannungstendenzen, die sonst die Geldmarktentwicklung im Januar charakterisierten, in diesem Jahr kaum in Erscheinung getreten sind.

Trotz der Entlastung, die sich die Kreditinstitute in den Monaten November und Dezember durch die Weiterleitung der bei ihnen anfallenden laufenden Devisenüberschüsse an die Bundesbank und durch die Auf-

lösung von Auslandsanlagen verschafften, waren sie jedoch gezwungen, auch noch andere Liquiditätsreserven zu mobilisieren. So haben sie insbesondere weiter in beträchtlichem Umfang auf ihre Bestände an Geldmarktpapieren oder, genauer, an sogenannten *Mobilisierungstiteln* zurückgegriffen. Der Umlauf an derartigen Titeln hatte bereits im Verlauf des dritten Quartals von über 5 Mrd DM auf weniger als 4,4 Mrd DM abgenommen, so daß er am 30. September 1959 um gut 2,7 Mrd DM niedriger war als an seinem bisherigen Höhepunkt im August 1958; die Bevorzugung der — seinerzeit zinsmäßig zum Teil günstigeren — Auslandsanlage liquider Mittel hatte dabei eine Rolle gespielt. Ende Oktober 1959 schnellte der Umlauf an Mobilisierungstiteln dann noch einmal in die Höhe, weil die Kreditinstitute vor der Diskonterhöhung vom 22. d. M. verhältnismäßig viel diskontiert hatten und für die damit aufgenommenen Mittel nach der Diskonterhöhung dann Anlage zu den höheren Sätzen suchten. Aber schon gegen Ende des Monats setzte ein neuer starker Abbau ein, der sich in der zweiten Dezemberhälfte noch wesentlich beschleunigte. Ende Dezember betrug der Gesamtumlauf an Mobilisierungstiteln daher nur noch 3 046 Mio DM, wovon 2 208 Mio DM an die Kreditinstitute und 790 Mio DM an die Bundespost (hauptsächlich zur Anlage von Mitteln der Postscheckämter und der Postsparkassen) abgegeben waren. Erst in den letzten Tagen des Januar stieg der Umlauf im Zusammenhang mit der Anlage der für die Erfüllung des Reserve-Solls für diesen Monat nicht benötigten Bundesbankguthaben der Kreditinstitute noch einmal stark an. Mit 3 577 Mio DM am 31. d. M. blieb er jedoch noch immer, wie schon eingangs erwähnt, um etwa 1,7 Mrd DM hinter dem Stand von Ende Oktober 1959 zurück; der an die Kreditinstitute abgegebene Betrag stellte sich dabei auf 2 558 Mio DM gegen 4 461 Mio DM am 31. Oktober 1959.

Aber auch durch *verstärkte Inanspruchnahme des Refinanzierungskredits der Bundesbank* haben sich die Kreditinstitute im Verlauf der letzten Monate in gewissem Umfang Mittel beschafft. Der Bestand der von der Bundesbank rediskontierten Inlandswechsel betrug im Tagesdurchschnitt des Oktober 1 041 Mio DM gegen 841 Mio DM im September. Er stieg — jeweils im Tagesdurchschnitt — auf 1 179 Mio DM im November, hielt sich im Dezember auf 1 091 Mio DM und war im Januar mit 1 158 Mio DM entgegen der saisonüblichen Entwicklung etwas höher als im Vormonat.

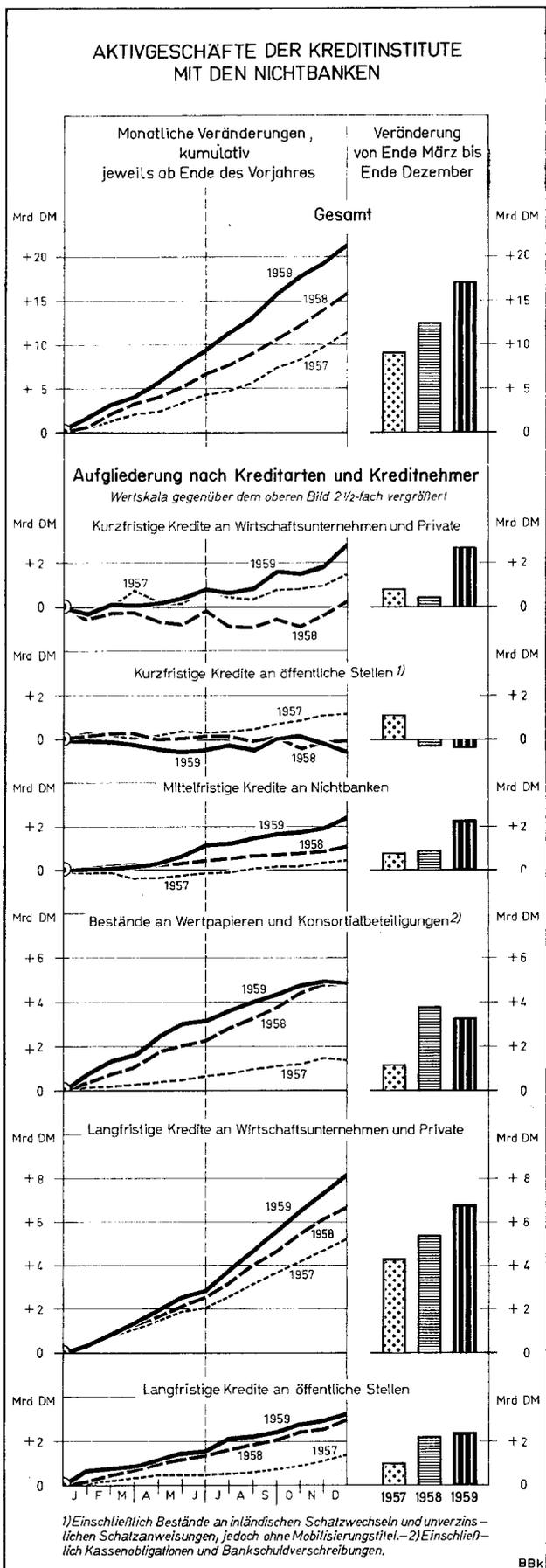
Alles in allem haben sich also die Liquiditätspolster der Kreditinstitute seit der Schwenkung der Kreditpolitik auf einen restriktiven Kurs trotz der anhaltend hohen, ja im Vergleich zu den Vormonaten sogar ver-

stärkten laufenden Devisenzuflüsse merklich vermindert: Der Bestand an Mobilisierungstiteln war Ende Januar um rd. 1,9 Mrd DM geringer als Ende Oktober, die kurzfristigen Auslandsforderungen dürften, trotz einer gewissen Wiedererhöhung im Januar, noch um mehrere Hundert Millionen DM unter ihrem bisherigen Höchststand von etwa 4,2 Mrd DM am 31. Oktober 1959 liegen, und die — seit dem Oktober erheblich gekürzten — Rediskontkontingente waren in den letzten Monaten stärker in Anspruch genommen als vordem. Absolut betrachtet sind die Reserven allerdings noch immer hoch. Aber tendenziell ist an die Stelle der früheren ständigen Liquidisierung doch eine Liquiditätsverknappung getreten, die es der Bank ohne weiteres ermöglichte, ihren höheren Diskontsatz effektiv zu machen und die Banken zu einer stärkeren Zurückhaltung beim Eingehen neuer Engagements zu veranlassen.

Kredite und Wertpapieranlagen der Banken

In der Entwicklung der ausgewiesenen Aktiva der Kreditinstitute kommt dieser Einfluß bisher allerdings nur in einer gewissen Verlangsamung der Expansion der Kredite und Wertpapieranlagen zum Ausdruck. Der Gesamtbetrag des Zugangs an Krediten und Wertpapieren stellte sich nach der monatlichen Bankenstatistik im vierten Quartal auf 5,4 Mrd DM. Er war damit um ungefähr 1,1 Mrd DM geringer als im Vorvierteljahr, aber an sich noch immer beträchtlich; über die Expansion im vierten Viertel von 1958 z. B. ging er um 284 Mio DM hinaus. Bemerkenswert ist auch, daß sich eine Einschränkung praktisch bisher nur beim Wertpapiererwerb der Banken bemerkbar machte, während sich die Kreditgewährung i. e. S. des Wortes bisher noch kaum vermindert, sondern zum Teil sogar verstärkt hat, wobei allerdings Saisoneinflüsse eine wesentliche Rolle gespielt haben dürften.

Im einzelnen sind im vierten Quartal vor allem die *kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private* beträchtlich gewachsen. Ihre Zunahme stellte sich auf rd. 1,25 Mrd DM und war damit um fast eine halbe Milliarde DM größer als im Vorvierteljahr. Der Saisoneinfluß in dieser Ausweitung ist vor allem daran zu erkennen, daß sie sich weitgehend auf den Dezember konzentrierte, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, daß die großen Unternehmen in diesem Monat (ganz abgesehen von ihrer liquiditätsmäßigen Belastung durch den „großen“ Steuertermin) gewöhnlich bestrebt sind, durch Abgabe von Kundenwechseln an die Kreditinstitute eine möglichst hohe Liquidität am Bilanzstichtag auszuweisen. Allerdings hat sich die kurzfristige Kreditgewährung an Wirtschaftsunternehmen und Pri-



vate auch im Vergleich zum vierten Quartal von 1958 erheblich — nämlich ebenfalls um rd. eine halbe Milliarde DM — verstärkt. Faßt man die Ziffern für das dritte und vierte Quartal zusammen, so ergibt sich sogar eine Zunahme um rd. 2 Mrd DM, die annähernd fünfmal so groß ist wie im zweiten Halbjahr von 1958, in dem die Kredittilgungen verhältnismäßig umfangreich und der neue Kreditbedarf relativ schwach gewesen waren. Im Januar dagegen scheinen die kurzfristigen Wirtschaftskredite der üblichen Saisontendenz entsprechend wieder kräftig abgebaut worden zu sein; die Statistik der 480 halbmonatlich berichtenden Kreditinstitute weist für die erste Januarhälfte 1960 jedenfalls eine Abnahme um rd. 420 Mio DM aus, die größer war als im entsprechenden Vorjahrsabschnitt, in dem sie rd. 380 Mio DM betragen hatte.

Ein gewisses Gegengewicht gegen den im vierten Quartal 1959 zu verzeichnenden Anstieg der kurzfristigen Wirtschaftskredite bildet ferner die Tatsache, daß die *kurzfristigen Kredite an öffentliche Stellen* gleichzeitig um 554 Mio DM gesunken sind. Die gesamte kurzfristige Kreditgewährung der Banken war infolgedessen in den letzten drei Monaten von 1959 per Saldo wesentlich schwächer als im Vorvierteljahr. Der Rückgang der Kredite an öffentliche Stellen entfiel etwa zu gleichen Teilen auf die Buchkredite und auf die auf der Basis von Geldmarktpapieren gewährten Kredite. Die Abnahme der Buchkredite war, ebenso wie bei fast allen früheren Veränderungen dieser Kredite, durch den Abbau der Verpflichtungen der Bundesbahn gegenüber der Verkehrskreditbank bedingt, während der Rückgang der verbrieften Kurzkredite mit dem stark verminderten Umlauf an Schatzwechseln des Bundes zusammenhing.

Relativ kräftig haben auch wieder die *mittel- und langfristigen Kredite* der Banken zugenommen. Mit 4,19 Mrd DM war ihr Zuwachs im vierten Quartal um rd. 80 Mio DM stärker als im dritten, in dem er bereits sehr beträchtlich gewesen war. Verglichen mit dem vierten Quartal 1958, in dem die mittel- und langfristigen Kredite um 3,30 Mrd DM gewachsen waren, war die Verstärkung der Zunahme sogar noch wesentlich ausgeprägter.

Im Rahmen dieser Gesamtentwicklung hat sich auch der Anstieg der mittelfristigen Kredite, die zum überwiegenden Teil an Wirtschaftsunternehmen und Private gewährt werden, in den letzten Monaten nach einer vorübergehenden Abschwächung im dritten Vierteljahr 1959 wieder verstärkt; mit 745 Mio DM war er um 163 Mio DM größer als im vorangegangenen Quartal, wenn er auch hinter dem des zweiten Viertel-

jahres (fast 1 Mrd DM) zurückblieb. Im Vergleich zur entsprechenden Zeit von 1958 hat sich die Zunahme dieser Kredite sogar nahezu verdoppelt. Maßgebend hierfür dürfte neben dem erhöhten Kreditbedarf der Wirtschaft vor allem die Auszahlung der letzten Schuldscheindarlehen gewesen sein, zu denen sich die Banken während der „Zusagenwelle“ vom Mai 1959 verpflichtet hatten. Dagegen ist die Bedeutung des Kleindarlehnsgeschäftes, das im Frühjahr 1959 auch von den Großbanken in größerem Maße aufgenommen worden war, in den letzten Monaten des Jahres wieder zurückgegangen. Im September 1959 hatte die Zunahme dieser Kredite noch 77 Mio DM betragen, im Oktober verminderte sie sich auf 46 Mio DM, im November auf 36 Mio DM und im Dezember auf 33 Mio DM.

Kleinkredite¹⁾ nach Bankengruppen
in Mio DM

Bankengruppen	Stand am		
	31. Okt. 1959	30. Nov. 1959	31. Dez. 1959 ²⁾
Kreditbanken	265	283	298
davon			
Großbanken	(213)	(227)	(238)
Staats-, Regional- und Lokalbanken	(42)	(46)	(50)
Privatbankiers	(9)	(9)	(9)
Spezial-, Haus- und Branchebanken	(1)	(1)	(1)
Girozentralen	2	2	2
Sparkassen	370	384	399
Kreditgenossenschaften	162	166	169
davon			
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	(143)	(147)	(151)
Ländliche Kreditgenossenschaften	(19)	(19)	(18)
Alle Bankengruppen	799	835	868

¹⁾ Als Kleinkredite gelten alle mittelfristigen Darlehen mit vereinbarter Tilgung, deren ursprünglicher Auszahlungsbetrag 2 000,— DM nicht übersteigt.
— ²⁾ Vorläufig.

Die langfristigen (d. h. die mit einer vereinbarten Laufzeit von vier Jahren und mehr gewährten) Kredite sind im abgelaufenen Quartal um 3,45 Mrd DM und damit fast um den gleichen Betrag gewachsen wie im dritten Vierteljahr (3,53 Mrd DM); gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsabschnitt hat sich die Zunahme um 0,53 Mrd DM verstärkt. Bei den langfristigen Krediten an Wirtschaftsunternehmen und Private, die im Berichtsquartal um 2,61 Mrd DM (gegen 2,65 Mrd DM im dritten Quartal und 2,03 Mrd DM im vierten Quartal 1958) gestiegen sind, handelt es sich zum überwiegenden Teil um Darlehen der Realkreditinstitute (einschließlich der Girozentralen und der Sparkassen), die zum weitaus größten Teil der Baufinanzierung dienen. So bezifferten sich allein die Hypothekenauszahl-

lungen für den Wohnungsbau auf 1,47 Mrd DM; sie waren damit um rd. 240 Mio DM größer als im dritten Quartal und um knapp eine halbe Milliarde DM höher als im vierten Quartal von 1958. Auch die neuen Hypothekenzusagen der erwähnten Institute für den Wohnungsbau gingen in den letzten drei Monaten mit 1,39 Mrd DM noch um rd. 220 Mio DM über den Betrag der entsprechenden Vorjahrszeit hinaus, wenn sie auch unter dem Einfluß der erschwerten Refinanzierungs-

möglichkeiten bereits um rd. 180 Mio DM geringer waren als im dritten Quartal von 1959.

Die langfristigen Kredite an öffentliche Stellen haben im Berichtsquartal mit 837 Mio DM ebenfalls wieder sehr stark zugenommen. Immerhin blieben auch sie schon hinter dem Betrag des Vorvierteljahres (884 Mio DM) knapp zurück; der Zuwachs vom vierten Quartal 1958 wurde gleichfalls nicht mehr ganz erreicht. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Anstieg

Zur Entwicklung der Aktiv- und Passivgeschäfte der Kreditinstitute *)

in Mio DM

Posten	1958				1959						Stand am Monatsende
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. P)	Okt.	Nov.	Dez. P)	
Kredite an Nichtbanken und Wertpapierbestände	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)										
Kurzfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen und											
Private	— 182	+ 50	— 335	+ 749	+ 738	+ 763	+ 1 246	— 48	+ 238	+ 1 056	34 916
Öffentliche Stellen	+ 162	— 37	— 79	— 139	— 136	+ 58	— 263	— 78	— 1	— 184	321
Mittel- und langfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen und											
Private	+ 1 426	+ 1 579	+ 2 315	+ 2 330	+ 2 537	+ 3 176 4)	+ 3 266	+ 1 038	+ 1 081	+ 1 147	65 176
Öffentliche Stellen	+ 805 4)	+ 739	+ 617	+ 968	+ 652 4)	+ 940 4)	+ 928	+ 352	+ 173	+ 403	17 582
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	+ 1 676	+ 439	+ 575	— 2 079	+ 147	— 69	— 1 391	+ 1 172	— 1 011	— 1 552	5 694
darunter: Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Austausch gegen Ausgleichsforderungen (Mobilsicherungstitel)	(+ 1 372 4)	(+ 640)	(+ 521)	(— 2 151)	(— 37)	(— 461)	(— 1 412)	(+ 885)	(— 723)	(— 1 574)	(2 914)
Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen 1) 2)	+ 1 107	+ 1 235	+ 1 450	+ 1 126	+ 1 552	+ 1 222	+ 511	+ 349	+ 223	— 61	18 107
darunter: Bankschuldverschreibungen 2)	(+ 810)	(+ 775)	(+ 993)	(+ 514)	(+ 1 003)	(+ 685)	(+ 229)	(+ 61)	(+ 177)	(— 9)	(10 949)
Bankeinlagen und andere Passivposten											
Sichteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und											
Privaten	— 1 108	+ 1 204	+ 942	+ 2 236	+ 1 477	+ 657	+ 1 436 4)	+ 700 4)	+ 76	+ 660	25 233
Öffentlichen Stellen	— 69	— 163	+ 87	+ 381	— 194	+ 55	+ 340	— 180	+ 364	+ 156	3 224
Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und											
Privaten	+ 720	— 44	+ 256	— 489	— 32	+ 394	+ 507	+ 401	— 39	+ 145	10 795
Öffentlichen Stellen	+ 168	+ 112	+ 328	+ 12	+ 101	+ 309	+ 395	— 10	+ 301	+ 104	7 651
Spareinlagen von Wirtschaftsunternehmen und											
Privaten	+ 1 832	+ 1 207	+ 1 395	+ 1 878	+ 1 396	+ 1 537	+ 2 378	+ 740	+ 378	+ 1 260	41 375
Öffentlichen Stellen	+ 89	+ 94	+ 38	+ 181	+ 273	+ 143	+ 208	+ 56	+ 52	+ 100	2 893
Bei Nichtbanken aufgenommene Gelder und Darlehen	+ 564 4)	+ 493	+ 370 4)	+ 477	+ 224	+ 221 4)	+ 1 148	+ 658	+ 406	+ 84	29 649
darunter: mit Kündigungsfrist oder Laufzeit ab 6 Monate	(+ 513 4)	(+ 639)	(+ 244 4)	(+ 386)	(+ 189)	(+ 205 4)	+ 1 037	(+ 604)	(+ 359)	+ 74	29 174
Umlauf an Bankschuldverschreibungen 2) 3)	+ 1 188	+ 860	+ 1 509 4)	+ 833	+ 1 499	+ 1 325	+ 991	+ 182	+ 426	+ 383	25 618

*) Nach der monatlichen Bilanzstatistik der Kreditinstitute. Die Angaben umfassen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber inländischen und ausländischen Nichtbanken. — 1) Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen erklären sich aus der Einbeziehung der ausländischen Titel. — 2) Einschließlich Kassenobligationen. — 3) Ohne Schuldverschreibungen eigener Emissionen im Bestand der Kreditinstitute. — 4) Statistisch bereinigt. — 5) Mit anderen Ergebnissen nicht voll vergleichbar, da ab Juli 1958 die vorverkauften Schuldverschreibungen mit den „Schuldverschreibungen im Umlauf“ zusammengefaßt wurden. Netto-Absatz nach der Emissionsstatistik im Juli 1958: rd. 480 Mio DM gegen 714 Mio DM lt. Bankenstatistik. — 6) Nach Ausschaltung einer Zunahme von 190 Mio DM durch Umwandlung von „Verwaltungskrediten“ in Bankkredite. — 7) Vorläufig.

dieser Kredite im dritten Vierteljahr 1959 wesentlich durch den Sonderkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau an den Bund im Zusammenhang mit der Eingliederung des Saarlands beeinflusst war, während er im vierten Quartal vor allem auf relativ hohen Kreditgewährungen an die Bundesbahn und -post und einer verstärkten Kreditaufnahme der Gemeinden beruhte.

Die Wertpapieranlagen der Banken (einschließlich der Bestände an Konsortialbeteiligungen und Kassenobligationen) sind dagegen in den letzten Monaten wesentlich langsamer gewachsen als vordem. Insgesamt haben sich die Wertpapierbestände im vierten Vierteljahr nur noch um 511 Mio DM erhöht, während sie im dritten Quartal um 1,22 Mrd DM und im vierten Vierteljahr 1958 um 1,13 Mrd DM gewachsen waren. Besonders ausgeprägt war die Einschränkung bei den langfristigen festverzinslichen Wertpapieren, vor allem bei Bankschuldverschreibungen und öffentlichen Anleihen. Das Portefeuille der Kreditinstitute an Bankschuldverschreibungen, bei denen es sich im wesentlichen um Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen handelt, hat sich im Berichtszeitraum nur um 172 Mio DM erhöht (gegen 516 Mio DM im Vorquartal und 440 Mio DM im vierten Quartal 1958). Die Bestände an öffentlichen Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen sind im ganzen praktisch sogar unverändert geblieben, da der Betrag, den die Banken von der im November emittierten Bundesanleihe übernahmen, in etwa durch eine Verminderung ihres Bestandes an Schuldverschreibungen der Länder ausgeglichen wurde. Dagegen sind die Bestände der Banken an Kassenobligationen nach wie vor gewachsen. Der Zugang stellte sich im vierten Vierteljahr auf insgesamt 347 Mio DM gegen 383 Mio DM im Vorvierteljahr. Bei den Dividendenwerten dagegen ergab sich nur ein Zugang von 17 Mio DM (gegen 105 Mio DM im Vorquartal und 51 Mio DM im vierten Quartal 1958). Die Bestände der Banken an Konsortialbeteiligungen sind leicht — um 31 Mio DM — gesunken.

Das Aufkommen längerfristiger Fremdmittel bei den Banken

Das Aufkommen an längerfristigen Fremdmitteln bei den Banken — d. h. der Zugang an Spar- und Terminanlagen, die Erlöse aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen sowie die Aufnahme von längerfristigen Geldern und Darlehen bei Nichtbanken — stellte sich im letzten Quartal 1959 auf 5,5 Mrd DM. Damit hat es das Ergebnis des Vorvierteljahres — dem saisonalen Rhythmus folgend — um gut anderthalb Milliarden DM übertroffen und sich im Vergleich zum entspre-

chenden Vorjahrszeitraum, in dem es allerdings sehr niedrig gewesen war, nahezu verdoppelt.

Dem absoluten Betrage nach haben am stärksten die *Spareinlagen* zugenommen, nämlich um rd. 2,6 Mrd DM gegenüber rd. 1,7 Mrd DM im Vorquartal und rd. 2,1 Mrd DM im vergleichbaren Vorjahrsabschnitt. Die Zunahme beruhte freilich zu 1,1 Mrd DM auf den zumeist schon im Dezember gutgebrachten Zinsen. Aber auch die laufenden Einzahlungsüberschüsse waren mit rd. 1,4 Mrd DM um etwa 380 Mio DM höher als im vierten Quartal von 1958. Hierzu haben weiterhin in erster Linie die privaten Haushalte beigetragen, jedoch verdient Beachtung, daß sich der Anstieg der Spareinlagen öffentlicher Stellen und von Wirtschaftsunternehmen merklich beschleunigt hat und an der Zunahme des Gesamtbestandes an Spareinlagen deshalb prozentual stärker beteiligt war als in früheren Perioden. So sind die öffentlichen Spareinlagen in den letzten drei Monaten von 1959 um 208 Mio DM gewachsen gegen 143 Mio DM im vorangegangenen Quartal. Ihre Zunahme erreichte damit für das ganze Jahr 1959 den Betrag von 780 Mio DM, womit sie fast doppelt so groß war wie im Jahre 1958. Die Spareinlagen der Wirtschaftsunternehmen sind im Berichtsquartal um knapp 160 Mio DM gestiegen gegen etwa 110 Mio DM im dritten Quartal.

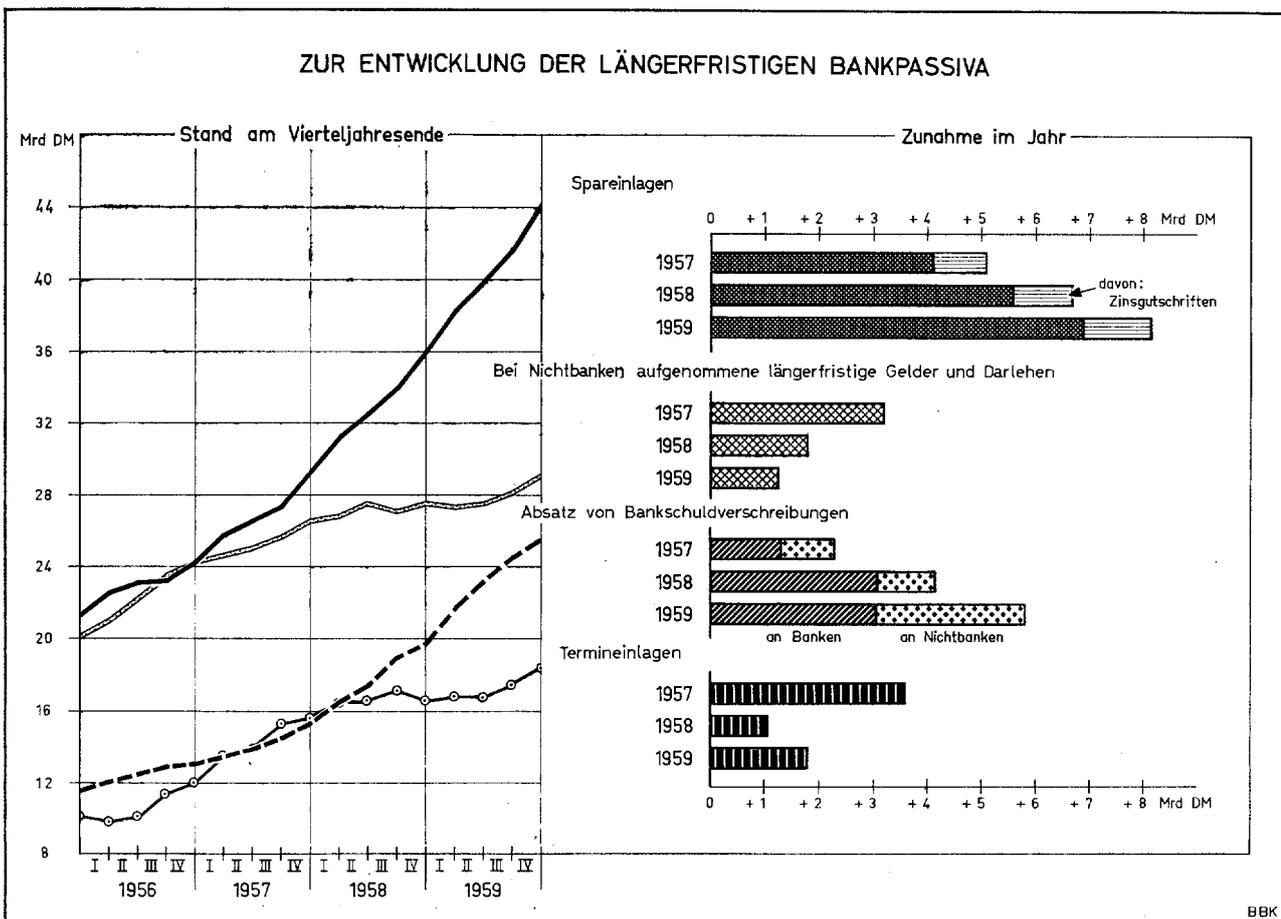
Im Rahmen der gesamten Spareinlagenzunahme spielten die *steuerbegünstigten Sparguthaben* im vergangenen Jahr keine Rolle mehr. Infolge des starken Rückgangs im dritten Quartal, in dem Spareinlagen im Betrage von 370 Mio DM (vor allem aus Einzahlungen auf Grund der sogenannten „Lex Preusker“ des Jahres 1956) frei wurden, und der nur noch relativ geringen Zugänge im übrigen Teil des Jahres, die im Gegensatz zum Vorjahr nur noch auf Ratensparverträgen und nicht mehr auf sogenannten „Einmalsparverträgen“ beruhten, hat sich der Bestand an steuerbegünstigten Spareinlagen im letzten Jahr vielmehr zum ersten Mal für ein ganzes Jahr vermindert, und zwar um 110 Mio DM. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das steuerbegünstigte Sparen im vergangenen Jahr durch das „prämienbegünstigte“ Sparen praktisch abgelöst wurde. Wie sich aus den erstmals für den Stichtag vom 31. Dezember 1959 erstatteten statistischen Meldungen der Kreditinstitute ergibt, sind seit dem Inkrafttreten des „Spar-Prämiengesetzes“ am 10. Mai 1959 Mittel im Betrage von 558 Mio DM auf „prämienbegünstigten“ Sparkonten eingezahlt worden. Auch wenn man hiervon den Rückgang der steuerbegünstigten Spareinlagen abzieht, verbleiben rd. 450 Mio DM, d. h. rd. 80 Mio DM mehr als der Zugang an steuerbegünstigten Sparein-

lagen im gesamten Vorjahr. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß der gesamte Spareinlagenzugang ohne staatliche Unterstützung entsprechend geringer gewesen wäre. Es ist vielmehr anzunehmen, daß in dem erwähnten Betrag zu einem erheblichen Teil Mittel stecken, die auch sonst gespart worden wären oder vielleicht sogar bereits gespart waren und für die nur von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, sich nach Ablauf der geforderten Festlegungsfrist die ausgesetzte Prämie zu sichern.

Auch der Bestand an *Termineinlagen* hat in den Monaten Oktober bis Dezember 1959 verstärkt zugenommen — nämlich um rd. 900 Mio DM gegen rd. 700 Mio DM im dritten Quartal —, während er in der vergleichbaren Vorjahrszeit um knapp eine halbe Milliarde DM zurückgegangen war. Zur Beschleunigung des Wachstums dürfte die Wiederangleichung der Zinssätze für Termineinlagen an die der Spareinlagen, die am 20. November 1959 im Rahmen der Neuregelung der Habenzinsen vorgenommen wurde, beigetragen haben. Eine große Rolle hat aber sicher auch die abwartende Haltung der Kapitalanleger gegenüber der weiteren Entwicklung am Wertpapiermarkt gespielt. Dabei sind

im Berichtsquartal sowohl die kurzfristigen als auch die längerfristigen Termineinlagen gestiegen. Bei den kurzfristigen (d. h. den bis maximal sechs Monate laufenden) Termineinlagen blieb die Zunahme von rd. 300 Mio DM freilich hinter der des Vorquartals (455 Mio DM) zurück; sie hat jedoch mit dieser zusammen den Rückgang in der ersten Jahreshälfte (rd. 570 Mio DM) um rd. 190 Mio DM übertroffen. Umgekehrt war bei den längerfristigen (für sechs Monate und mehr festgelegten) Termineinlagen der Zugang im vierten Quartal 1959 (rd. 600 Mio DM) stärker als im dritten Quartal (rd. 250 Mio DM). Von dem Gesamtzugang an Termineinlagen während des Berichtsquartals entfielen knapp drei Fünftel auf Guthaben von Wirtschaftsunternehmen und Privaten und die restlichen zwei Fünftel auf Guthaben von öffentlichen Stellen.

Die *Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen bei Nichtbanken* hat sich im vierten Quartal von 1959 gleichfalls wieder merklich erhöht. Sie bezifferte sich auf rd. 1,04 Mrd DM gegen nur 205 Mio DM im dritten Vierteljahr sowie rd. 390 Mio DM im vergleichbaren Vorjahrsabschnitt. Der Anstieg ist vor allem auf die verstärkte Aufnahme langfristiger Darlehen und den



Zuwachs an „durchlaufenden“ Krediten bei den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben zurückzuführen. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Mittel öffentlicher Stellen, die im Rahmen öffentlicher Investitionsförderungsprogramme vergeben werden. Der Bestand der von privaten Geldgebern hereingenommenen längerfristigen Gelder und Darlehen war im letzten Quartal 1959 dagegen weiter leicht rückläufig. Im ganzen letzten Jahr war das Aufkommen an längerfristigen Geldern und Darlehen aus den in unseren letzten Berichten dargelegten Gründen mit 1,26 Mrd DM — trotz des starken Anstiegs im vierten Quartal — merklich geringer als 1958 (1,78 Mrd DM); gegenüber 1957 war der Abstand sogar noch größer.

Die Erlöse aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen (einschließlich der von Banken emittierten Kassenobligationen) waren in der Zeit von Ende September bis Ende Dezember 1959 — in Fortsetzung der schon in den beiden vorangegangenen Quartalen verzeichneten Tendenz — weiter rückläufig. Mit etwa 990 Mio DM blieben sie um knapp 350 Mio DM hinter den im dritten Quartal und um reichlich eine halbe Milliarde DM hinter den im zweiten Quartal 1959 erzielten Erlösen zurück, sie waren jedoch abermals größer als im entsprechenden Vorjahrszeitraum (rd. 830 Mio DM). Setzt man die bei anderen Banken untergebrachten Bankschuldverschreibungen ab, so sind den Kreditinstituten aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen im vierten Quartal v. J. rd. 760 Mio DM zugeflossen, und damit mehr als im Vorvierteljahr (640 Mio DM) und im vierten Quartal 1958 (320 Mio DM).

Die Entwicklung der Wertpapiermärkte

Die Entwicklung der Wertpapiermärkte war in den letzten Monaten recht zwiespältig: Am Aktienmarkt sind die Kurse nach dem ziemlich scharfen Rückschlag, den sie im September und, einer nur kurzlebigen Erholung folgend, dann noch einmal im Oktober erlitten hatten, wieder beträchtlich — wenn auch mit immer neuen Unterbrechungen — gestiegen, während der Rentenmarkt, trotz gelegentlicher Befestigungen, im Zeichen einer bis in die letzte Zeit anhaltenden Schwäche neigung stand.

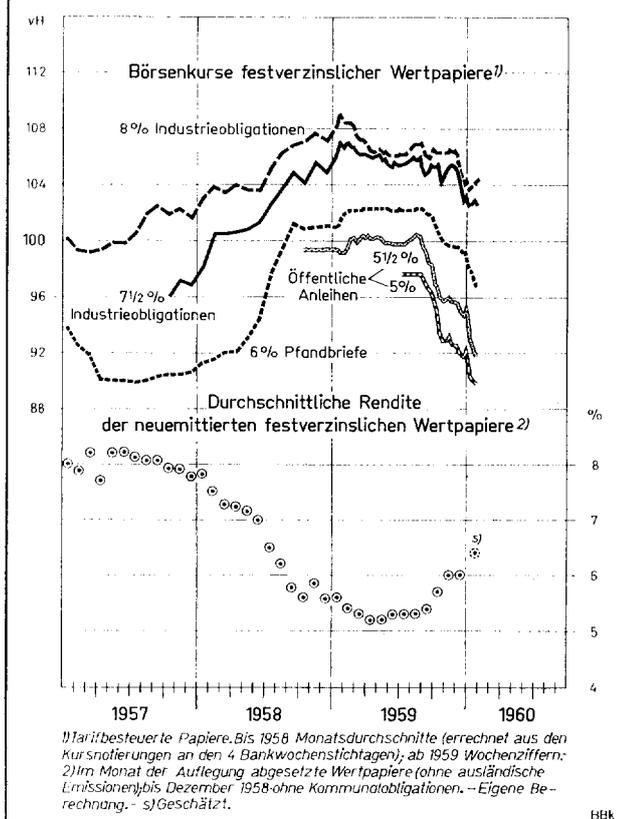
Der Rentenmarkt

Was zunächst die Entwicklung des Rentenmarktes angeht, so hat sich die Tendenz zur Zinserhöhung eindeutig fortgesetzt. Bereits im September hatten die Realkreditinstitute, der veränderten Lage des Marktes Rechnung tragend, den 5%igen Pfandbriefftyp allmählich durch den 5^{1/2}%igen Typ ersetzt; im Oktober war

darüber hinaus sogar zum Teil schon auf alte Bestände an 6%igen Papieren zurückgegriffen worden. In der Folgezeit schwenkten nun auch die übrigen Emittenten, die in den vorangegangenen zwei Monaten ihre Emissionspläne zumeist aufgeschoben hatten, in diese Linie ein. Von besonderer Bedeutung war dabei die bereits in unserem Oktober-Bericht erwähnte Begebung der 300 Mio DM-Bundesanleihe vom November 1959, die zwar nur mit einem Nominalzinsfuß von 5^{1/2}% ausgestattet wurde, unter Berücksichtigung des Emissionskurses von 96,5 vH und der mittleren Laufzeit (8^{1/2} Jahre) jedoch eine Effektivverzinsung von 6,12% aufwies. Die Resonanz der Anleihe war zunächst überraschend günstig. Die gesamte Anleihe war bereits am ersten Zeichnungstag — dem 5. November 1959 — voll untergebracht, und im anschließenden Freiverkehr wurden die Stücke zunächst nicht nur ohne jeden Bonifikationsabschlag, sondern sogar zu Kursen über 98 vH gehandelt. Die übrigen Marktbereiche profitierten sichtlich von diesem Erfolg, und noch im gleichen Monat kamen andere Emissionen zu ähnlichen Bedingungen heraus, deren Placierung keinerlei Schwierigkeiten bereitete. In einem Falle mußte eine Anleihe, trotz Aufstockung während der Zeichnungsfrist, sogar repartiert werden.

Die Festigung des Marktes war indes nur von kurzer Dauer. Bereits in der letzten Dekade des November schlug die Stimmung wieder um, und der Markt geriet abermals unter Abgabedruck. Der Kurs der Bundesanleihe sank im Freiverkehr innerhalb weniger Tage unter den Emissionskurs, und auch die kurz vorher placierten übrigen Anleihen wurden in größeren Posten und mit zum Teil erhöhten Bonifikationsabschlägen angeboten. Selbst auf der ermäßigten Kursbasis fanden sich jedoch nicht immer genügend Käufer. Es bildeten sich vielmehr Angebotsüberhänge heraus, die die Unterbringung der in der Folgezeit aufgelegten Wertpapiere noch mehr erschwerten, als es in Anbetracht der allgemeinen Marktentwicklung ohnehin der Fall gewesen wäre. Besonders die Realkreditinstitute, die im Hinblick auf ihre in den Vormonaten erteilten hohen Hypothekenzusagen auf eine zügige Kapitalbeschaffung angewiesen waren, sahen sich unter diesen Umständen veranlaßt, die Emissionskurse ihrer neuen Pfandbriefserien wiederholt zu senken und darüber hinaus erhöhte Bonifikationen einzuräumen. Auch in der Kursgestaltung der umlaufenden älteren Emissionen kam die Verschlechterung der Marktlage deutlich zum Ausdruck. Besonders betroffen waren neben den in den letzten Monaten von 1958 und den ersten Monaten von 1959 emittierten 5%igen Pfandbriefen und Industrieobligationen, deren Kurse größtenteils bis

KURSE UND RENDITE FESTVERZINSLICHER WERTPAPIERE



unter 90 vH absanken, vor allem die während der gleichen Zeit und zu ähnlichen Bedingungen begebenen Anleihen verschiedener öffentlicher Emittenten, zumal das relativ große Angebot an solchen Titeln von den kursregulierenden Stellen gewöhnlich nur in Teilbeträgen und nur zu sukzessiv weichenden Kursen aus dem Markt genommen wurde.

Auch zu Beginn des neuen Jahres hat sich die Lage des Rentenmarktes im Gegensatz zu den meisten früheren Jahren, in denen er gerade um diese Jahreszeit kräftige Impulse zu empfangen pflegte, nicht gebessert; der Druck hat sich eher verstärkt, obwohl die mit dem großen Zinstermin vom Jahresende für die Neuanlage verfügbar gewordenen Kapitalbeträge wesentlich größer gewesen sein müssen als in den vorangegangenen Jahren. Die am 14. Januar d. J. aufgelegte neue Bundesanleihe im Betrage von 500 Mio DM war in Erwartung dieser Entwicklung für den Käufer von vornherein insofern günstiger ausgestattet worden als die Anleihe vom November, als ihr Nominalzins 6 % (gegenüber 5 1/2 % bei der November-Anleihe) betrug. Unter Berücksichtigung des Emissionskurses von 98 vH und einer mittleren Laufzeit von 10 1/2 Jahren ergab sich

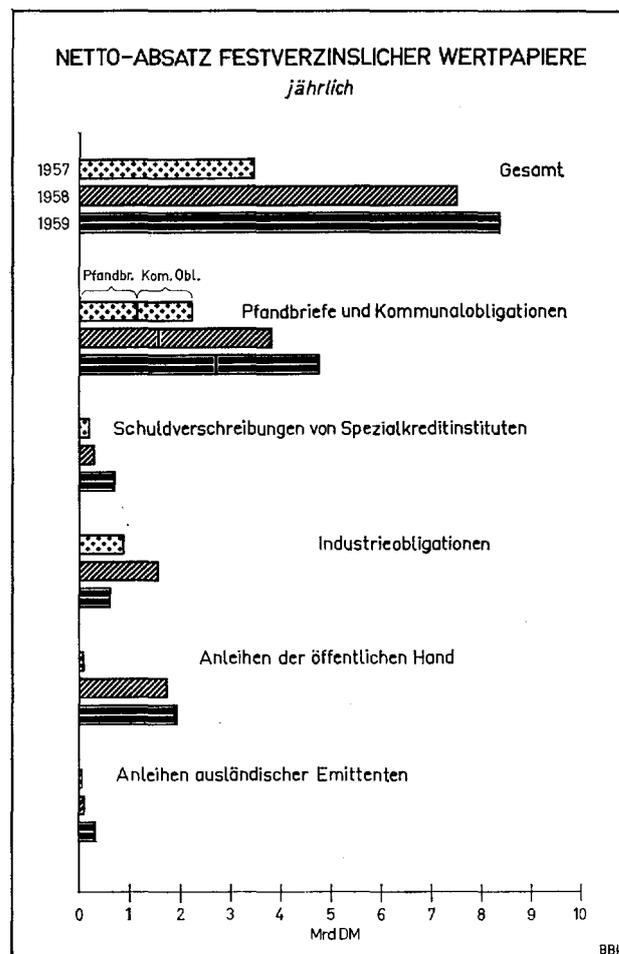
damit eine Rendite von 6,36 % gegenüber einer solchen von 6,12 % bei der vorangegangenen Anleihe. Gleichwohl ging die Unterbringung — anders als die ihrer Vorgängerin — nur schleppend vonstatten. Am Schluß der Zeichnungsfrist befanden sich bei einigen Konsortialbanken noch beachtliche unverkaufte Posten. Ein Rückfluß dieses Materials an die Bundesbank wurde zwar dadurch verhindert, daß für die neue Anleihe — ebenso wie für die im November aufgelegte — eine Bonifikationssperre vereinbart wurde, derzufolge die Konsortialbanken mit einer Rückbelastung der ihnen eingeräumten Bonifikation (in diesem Falle 2 vH) rechnen müssen, sofern Anleihestücke vor Ablauf der vereinbarten einjährigen Sperrfrist an die Bundesbank gelangen. Im freien Handel unter den Banken wird die Anleihe jedoch ebenso wie ihre Vorgängerin bereits zu Kursen gehandelt, die unter dem offiziellen Kurs liegen. Wenn auch die praktische Bedeutung solcher Transaktionen nicht überschätzt werden soll, so spiegelt sich in ihnen doch die weitere Verschlechterung des Marktklimas wider, die im Verlauf des Januar Platz gegriffen hat. Auch die übrigen Rentenurse lagen bis gegen Schluß des Monats, an dem sich eine leichte Entspannung anbahnte, überwiegend unter Druck. Der Kurs der im letzten Jahr begebenen 5 %igen öffentlichen Anleihen sank auf 90 vH und zum Teil sogar darunter, der der 5 1/2 %igen auf 92 3/4 und 91 3/4 vH. Neue 6 %ige Pfandbriefe wurden am Tiefpunkt zu 93 vH (netto) abgegeben, jedoch war in den letzten Tagen bei den meisten Kursen wieder ein leichter Anstieg festzustellen.

Geht man den Ursachen dieser Marktverschlechterung nach, so ist wohl an erster Stelle die Zurückhaltung zu nennen, die die Kapitalanleger seit dem Frühjahr vorigen Jahres in fast ständig wachsendem Maße den Rentenwerten gegenüber an den Tag gelegt haben. Ihr Motiv ist die Unsicherheit über die weitere Zinsentwicklung und die dadurch bedingte Furcht vor Kursverlusten. Die restriktive Kreditpolitik der Bundesbank und die Möglichkeit, daß die Konjunktorentwicklung zu einer weiteren Verschärfung zwingt, spielen in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Auch die Befürchtung, daß die öffentliche Hand, vor allem der Bund, den Markt in absehbarer Zeit mit neuen großen Emissionen in Anspruch nehmen könnte, bedeutete, wie hier öfters dargelegt, für die Kursentwicklung eine starke psychologische Belastung.

Daß der jeweilige Kurs der Kreditpolitik, im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern, in der Bundesrepublik einen so starken Einfluß auf die Entwicklung des Kapitalzins ausübt, hängt aufs engste

damit zusammen, daß zwischen dem Geldmarkt und dem Kapitalmarkt, wie von der Bank schon oft geschildert, infolge des hohen Anteils der Banken am Wertpapiererwerb eine relativ breite Nahtstelle besteht. Der Grund liegt darin, daß sich ein großer Teil der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung zunächst bei den Banken niederschlägt und erst von diesen an den Wertpapiermarkt weitergeleitet wird. Der Wertpapiermarkt ist damit in relativ hohem Maße den Schwankungen in der Anlagefähigkeit bzw. -willigkeit der Banken unterworfen, die ihrerseits wieder weitgehend von der jeweiligen, durch die Kreditpolitik stark beeinflussten Liquiditätslage des Kreditapparats abhängen. Tatsächlich hat die eingangs geschilderte Liquiditätsanspannung die Kreditinstitute in den letzten Monaten zu einer erheblichen Einschränkung ihrer Wertpapierkäufe veranlaßt. Nähere Angaben hierüber sind bereits im Abschnitt über die Aktivgeschäfte der Banken gemacht worden: Die Erhöhung der Wertpapierbestände der monatlich berichtenden Banken beschränkte sich danach im Monatsdurchschnitt des vierten Quartals von 1959 auf 170 Mio DM gegen rd. 400 Mio DM im Monatsdurchschnitt des dritten Quartals und rd. 540 Mio DM im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres. Daß eine solche Einschränkung das Marktklima nicht unbeeinflusst lassen konnte, liegt auf der Hand. Die Bundesbank hat, wie schon im Oktober-Bericht zum Ausdruck gebracht, diese Entwicklung insofern bedauert, als das deutsche Kapitalzinsniveau damit erneut über das vergleichbarer anderer Länder gestiegen ist, aber sie mußte diesen Gesichtspunkt zurückstellen hinter der währungspolitischen Notwendigkeit scharfer Maßnahmen gegen die Tendenzen zur Konjunkturübersteigerung. Sie konnte dies auch um so eher tun, als durch die Baisse des Rentenmarktes am stärksten jene Bereiche getroffen werden, die den Herd der Konjunkturüberhitzung des letzten Halbjahres gebildet haben, nämlich der Wohnungsbau und der öffentliche Bau, die alles in allem doch in relativ hohem Maße kapitalmarkt- und zinsabhängig sind.

In den letzten Wochen hat sich die starke Abhängigkeit des Rentenmarktes von den Wertpapierdispositionen der Banken insofern besonders nachteilig für seine Entwicklung ausgewirkt, als am Ende des vergangenen Jahres die Sperrfrist für einen großen Teil der sogenannten Preusker-Pfandbriefe ablief. Bei diesen Papieren handelt es sich um 6⁰/₁₀ige Pfandbriefe, die während der Geltungsdauer der „Lex Preusker“ (19. 12. 1956 bis 31. 3. 1957) von denjenigen Banken als Gegenposten für die bei ihnen eingezahlten, durch das betreffende Gesetz steuerbegünstigten Spareinlagen her-



eingonnen werden mußten, die diese Einlagen nicht unmittelbar für die im Gesetz vorgesehenen Zwecke (langfristige Kredite an den Wohnungsbau und an die nichtbuchführungspflichtige Landwirtschaft) verwenden konnten. Viele Banken waren nun bestrebt, diese Titel abzustoßen, solange dies noch zu einem günstigeren als dem seinerzeit bezahlten Kurs (94 vH abzüglich Bonifikation) möglich war. Es kam daher ein ziemlich großes Angebot an solchen Papieren an den Markt, so daß ihr Kurs von ca. 97 vH zu Beginn auf 93 vH gegen Ende des Monats herabgedrückt wurde. Die Realkreditinstitute mußten sich dieser Kursentwicklung bei der Unterbringung der neuen Emissionen selbstverständlich Zug um Zug anpassen.

Von ganz entscheidender Bedeutung für die Baisse des Marktes war jedoch, daß der offensichtlichen Zurückhaltung der Investoren über den Rückfluß an früher placierten Wertpapieren hinaus ein anhaltend starkes Angebot an neuen Titeln gegenüberstand. Die Emissionen neuer festverzinslicher Wertpapiere beliefen sich im vierten Quartal von 1959 auf 2,53 Mrd DM. Sie gingen damit um reichlich 100 Mio DM über den Emissions-

betrag sowohl des Vorvierteljahres als auch des letzten Quartals von 1958 hinaus, wenn sie auch die hohen Emissionsziffern der beiden ersten Vierteljahre von 1959 — 2,75 Mrd DM und 3,00 Mrd DM — nicht erreichten. Den bei weitem größten Anteil hieran hatten die Emissionen der Realkreditinstitute, auf deren hohen Refinanzierungsbedarf bereits hingewiesen wurde. Mit 1,61 Mrd DM machten die Emissionen von Pfandbriefen und Kommunalobligationen fast zwei Drittel der Gesamtemissionen von festverzinslichen Wertpapieren im vierten Quartal aus, obwohl aus den vorangegangenen Quartalen noch ein beträchtlicher Emissionsüberhang vorhanden war, wenn dieser auch zum Teil aus Typen bestand, die unter den neuen Zinsverhältnissen nicht mehr generell absetzbar waren. Im Januar dürfte die Emissionsziffer, schon auf Grund der 500

Mio DM-Anleihe des Bundes, ebenfalls sehr hoch gewesen sein.

Unter Inkaufnahme der erwähnten Kurseinbußen gelang es auch, einen beträchtlichen Teil — wenn auch bei weitem nicht den Gesamtbetrag — der neu emittierten Papiere abzusetzen. Der Absatz an festverzinslichen Wertpapieren stellte sich im vierten Quartal auf insgesamt fast 2 Mrd DM brutto. Er war damit nur unwesentlich niedriger als im Vorvierteljahr oder im vierten Quartal von 1958, in denen er 2,06 bzw. 2,07 Mrd DM betragen hatte. Auch wenn man berücksichtigt, daß es sich hierbei um Nominalwerte handelt und die auf den Kurswerten fußenden Ziffern einen stärkeren Rückgang aufweisen, wurde über den Rentenmarkt also noch immer ein stattlicher Kapitalbetrag aufge-

Der Absatz von Wertpapieren
in Mio DM

Zeit	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten						Anleihen ausländischer Emittenten	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Sonstige Schuldverschreibungen				
Brutto-Absatz										
1958 1. Vj.	480,4	709,5	32,1	501,8	331,1	—	—	2 054,9	277,7	2 332,6
2. "	262,8	448,7	157,7	525,5	708,2	—	—	2 102,9	299,7	2 402,6
3. "	387,6	760,7	154,8	299,6	299,2	0,0	—	1 901,9	265,6	2 167,5
4. "	488,0	418,7	77,5	325,0	664,2	2,0	92,0	2 067,4	296,5	2 363,9
1959 1. Vj.	838,0	806,8	194,5	283,8	640,2	0,0	124,6	2 887,9	279,3	3 167,2
2. "	615,0	652,0	152,6	425,8	834,3	—	220,0	2 899,7	110,9	3 010,6
3. "	756,4	408,7	299,8	127,8	462,4	0,0	—	2 055,1	552,0	2 607,1
4. " ^{*)}	734,0	382,8	183,2	81,3	603,3	0,8	—	1 985,4	315,0	2 300,4
Okt.	191,3	72,1	4,6	—	183,8	0,8	—	452,6	155,9	608,5
Nov.	244,5	148,7	62,7	50,0	331,5	—	—	837,4	17,9	855,3
Dez. ^{*)}	298,2	162,0	115,9	31,3	88,0	—	—	695,4	141,2	836,6
Tilgung										
1958 1. Vj.	7,1	4,6	53,2	13,3	51,7	0,1	—	130,0	—	130,0
2. "	1,7	4,8	0,1	5,9	113,5	0,1	—	126,1	—	126,1
3. "	6,2	56,7	0,0	11,4	49,3	0,0	—	123,6	—	123,6
4. "	45,3	34,3	40,3	71,4	45,3	0,2	—	236,8	—	236,8
1959 1. Vj.	39,1	57,8	55,8	34,7	29,9	—	—	217,3	—	217,3
2. "	53,3	72,1	9,1	57,3	413,1	—	—	604,9	—	604,9
3. "	49,0	44,5	1,6	78,9	113,3	0,1	—	287,4	—	287,4
4. "	90,1	48,7	42,9	134,9	46,9	3,7	—	367,2	—	367,2
Okt.	31,5	22,2	0,2	45,8	0,1	—	—	99,8	—	99,8
Nov.	12,4	0,3	0,3	19,1	39,0	3,5	—	74,6	—	74,6
Dez.	46,2	26,2	42,4	70,0	7,8	0,2	—	192,8	—	192,8
Netto-Absatz ¹⁾										
1958 1. Vj.	473,3	704,9	— 21,1	488,5	279,4	— 0,1	—	1 924,9	277,7	2 202,6
2. "	261,1	443,9	157,6	519,6	594,7	— 0,1	—	1 976,8	299,7	2 276,5
3. "	381,4	704,0	154,8	288,2	249,9	— 0,0	—	1 778,3	265,6	2 043,9
4. "	442,7	384,4	37,2	253,6	618,9	1,8	92,0	1 830,6	296,5	2 127,1
1959 1. Vj.	798,9	749,0	138,7	249,1	610,3	0,0	124,6	2 670,6	279,3	2 949,9
2. "	561,7	579,9	143,5	368,5	421,2	—	220,0	2 294,8	110,9	2 405,7
3. "	707,4	364,2	298,2	48,9	349,1	— 0,1	—	1 767,7	552,0	2 319,7
4. " ^{*)}	643,9	334,1	140,3	— 53,6	556,4	— 2,9	—	1 618,2	315,0	1 933,2
Okt.	159,8	49,9	4,4	— 45,8	183,7	0,8	—	352,8	155,9	508,7
Nov.	232,1	148,4	62,4	30,9	292,5	— 3,5	—	762,8	17,9	780,7
Dez. ^{*)}	252,0	135,8	73,5	— 38,7	80,2	— 0,2	—	502,6	141,2	643,8

¹⁾ D. h. Brutto-Absatz abzüglich Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet, daß im betr. Zeitraum die Tilgung von Wertpapieren den Neuabsatz übertraf. —
^{*)} Einschl. einzelner Nachmeldungen für zurückliegende Berichtszeiträume (16,0 Mio DM Pfandbriefe, 35,7 Mio DM Kommunalobligationen, 0,1 Mio DM Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten, — 23,3 Mio DM Aktien).

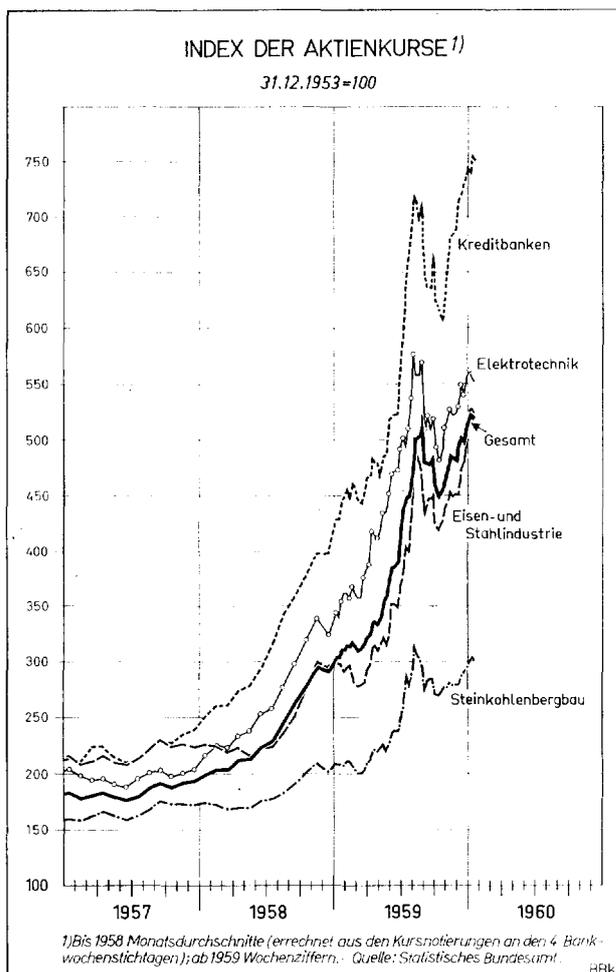
bracht¹⁾. Auf die Emissionen öffentlicher Stellen entfiel infolge der Begebung der 300 Mio DM-Bundesanleihe im November vom Gesamtabsatz des vierten Quartals mit rd. 600 Mio DM ein höherer Betrag als im Vorvierteljahr, in dem öffentliche Stellen Anleihen im Betrage von rd. 460 Mio DM untergebracht hatten. Die Industrie war mit rd. 80 Mio DM noch schwächer als im Vorvierteljahr beteiligt, während die Realkreditinstitute Pfandbriefe und Kommunalobligationen im Nominalwert von 1,12 Mrd DM placierten gegen 1,17 Mrd DM im dritten Quartal und rd. 0,9 Mrd DM im vierten Vierteljahr 1958. Sie standen dabei, wie erwähnt, unter dem Obligo der hohen, vordem erteilten Hypothekenzusagen, die nun honoriert werden mußten. Tatsächlich sind die Hypothekenauszahlungen der Realkreditinstitute im vierten Quartal auf 766 Mio DM — gegen 645 Mio DM im vorangegangenen Quartal und 555 Mio DM im vierten Vierteljahr 1958 — gestiegen. Die verschlechterten Finanzierungsmöglichkeiten für neue Bauten machten sich aber bereits insofern deutlich geltend, als die neuen Hypothekenzusagen der Realkreditinstitute in den letzten Monaten des vergangenen Jahres bei weitem nicht mehr den hohen Stand der Vorvierteljahre erreichten, in denen allerdings sehr viel Zusagen vorsorglich in Anspruch genommen worden waren. Im vierten Vierteljahr 1959 machten die laufenden Hypothekenzusagen nur noch einen Betrag von 540 Mio DM aus, verglichen mit 742 Mio DM im dritten, 809 Mio DM im zweiten und 700 Mio DM im letzten Quartal von 1958. Gefördert auch durch die gleichzeitige Steigerung der Auszahlungen ist der Bestand der unerledigten Hypothekenzusagen der Realkreditinstitute infolgedessen von seinem bisherigen Höchststand von 2,4 Mrd DM im Juli auf 2,1 Mrd DM am 31. Dezember gesunken. Daß die sich damit anbahnende Verminderung der hohen Ansprüche der Realkreditinstitute an den Rentenmarkt konjunkturpolitisch ebenso erwünscht ist wie kapitalmarktpolitisch, bedarf keines näheren Hinweises.

Der Aktienmarkt

Am Aktienmarkt sind die im September und Oktober eingetretenen Kursrückschläge, wie eingangs dieses Abschnitts erwähnt, in der Folgezeit von einer *neuen kräftigen Aufwärtsbewegung* abgelöst worden. Im Mittelpunkt der Hausse standen zunächst die Standardwerte des Chemiemarktes; im weiteren Verlauf griff die Erholung dann vor allem auf die Aktien von Versorgungsgesellschaften, auf Bankaktien und auf Mon-

tanaktien über, aber auch an den übrigen Werten ging die neue Nachfragebelebung zumeist nicht spurlos vorüber. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Aktienkursindex (31.12.1953 = 100) erhöhte sich infolgedessen von 451 am 15. Oktober 1959 auf 523 am 7. Januar 1960; auf diesem Niveau — das etwa dem Ende August vorigen Jahres erreichten Höchststand entsprach — hat es sich dann mit leichter Neigung zur Abschwächung im großen und ganzen gehalten.

Bestimmend für die anhaltend lebhaftere Nachfrage der Aktienanleger, unter denen zeitweilig auch wieder in- und ausländische Investmentgesellschaften sowie — zu Beginn des neuen Jahres — eine Reihe von neu gegründeten Investmentfonds eine bedeutende Rolle spielten, dürfte die gute Konjunktur im In- und Ausland gewesen sein, mit deren Fortgang ziemlich allgemein gerechnet wird. Anregend wirkten ferner die im Dezember verabschiedete Kleine Aktienrechtsreform, die nunmehr den Weg freigibt für die steuerfreie Ausgabe von Zusatzaktien aus Gesellschaftsmitteln, sowie zahlreiche Dividendenankündigungen für das Geschäftsjahr 1959, die zumeist — den Erwartungen entsprechend — etwas höher festgesetzt wurden als im



¹⁾ Für das ganze Jahr 1959 errechnet sich ein Bruttoabsatz an festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von reichlich 9,8 Mrd DM gegenüber gut 8,1 Mrd DM im Jahre 1958. Der Nettoabsatz (d. h. Bruttoabsatz abzüglich Tilgungen) betrug etwas weniger als 8,4 Mrd DM gegen reichlich 7,5 Mrd DM im Vorjahr (bei sämtlichen Angaben handelt es sich um Nominalwerte).

Vorjahr. Die durchschnittliche Dividende aller börsennotierten Aktien stieg infolgedessen von Ende Oktober bis Ende Dezember von 10,46 auf 10,63 %. Da die Kurse in der gleichen Zeit jedoch wesentlich schneller in die Höhe gingen, ist die aus dem jeweiligen Kursdurchschnitt und der jeweiligen letzten Durchschnittsdividende berechnete Durchschnittsrendite im gleichen Zeitraum wieder von 2,41 auf 2,19 % gesunken; sie liegt damit nur wenig über dem Stand von Ende August 1959, ihrem bisherigen Tiefpunkt. Beachtung verdient in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß die deutsche Aktienrendite im internationalen Vergleich äußerst niedrig ist; sie liegt leicht unter dem Niveau Frankreichs und der Schweiz, die bisher die geringste Realverzinsung für Aktienwerte aufzuweisen hatten, und um ein volles Prozent unter der Durchschnittsrendite der US-amerikanischen Aktien, ein Vergleich, dessen Aussagewert wegen der Problematik derartiger Berechnungen freilich nicht überschätzt werden darf.

Die erneute Aufwärtsbewegung der Aktienkurse ist um so beachtlicher, als die *Aktienemissionen* auch in den letzten Monaten des Jahres einen höheren Betrag erreichten als pro rata temporis in der ersten Hälfte des Jahres, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Kapitalerhöhungen in zunehmendem Maße zu Überpari-Bezugskursen erfolgten. So bezifferte sich der *Aktienabsatz* im letzten Quartal 1959 dem Kurswert nach auf 546 Mio DM gegen 699 Mio DM im Vorvierteljahr und 479 Mio DM im gesamten ersten Halbjahr (die entsprechenden Nominalwerte lauten: 315 Mio DM gegen 552 Mio DM im dritten Quartal und 390 Mio DM im ersten Halbjahr 1959). Im zweiten Halbjahr 1959 sind damit neue Aktien im Kurswert von 1,25 Mrd DM untergebracht worden, ein Betrag, der bisher noch in keinem der vorangegangenen Halbjahre erreicht worden ist. Im gesamten Jahr 1959 belief sich der Aktienabsatz auf 1,26 Mrd DM Nominalwert gegen 1,14 Mrd DM im Jahr davor. Dem Kurswert nach erreichte er 1,72 Mrd DM gegen 1,68 Mrd DM im Jahr 1958. Dieses Ergebnis wurde bisher nur im Jahre 1956 übertroffen, in dem sich der Kurswert des Aktienabsatzes auf 1,95 Mrd DM gestellt hatte.

Allerdings war der Umfang der Kapitalbeschaffung durch die Ausgabe von Aktien damit noch immer verhältnismäßig gering. Der Markt stand daher weiter im Zeichen der viel zitierten „Marktenge“, zumal viele Aktieninhaber in der Erwartung einer ständigen Erhöhung des „Substanzwertes“ der Aktien an ihrem Besitz festhalten. In letzter Zeit ist dem Markt überdies in gewissem Umfang dadurch Material entzogen worden, daß von der bis Ende vorigen Jahres noch bestehenden

Möglichkeit, Kapitalgesellschaften steuerlich begünstigt in eine andere Form zu überführen, in beachtlichem Maße Gebrauch gemacht wurde. Die betreffenden Unternehmen wurden dabei unter Abfindung der Minderheitsaktionäre häufig vollständig in den Besitz der jeweiligen Großaktionäre überführt, so daß das für den Börsenhandel in Betracht kommende Aktienmaterial entsprechend verringert wurde. In den nächsten Wochen sind allerdings wieder größere Kapitalerhöhungen zu erwarten. Nach den bisher bekanntgewordenen Plänen wird mit einem Nominalbetrag von über einer halben Milliarde DM und einem fast doppelt so hohen Kurswert gerechnet. Ein derartiger Betrag würde die Marktenge sicherlich merklich auflockern. Die Erwartung dieser Emissionen dürfte auch dazu beigetragen haben, daß die Aufwärtsbewegung der Kurse nach dem lebhaften Auftakt zu Beginn des Jahres im weiteren Verlauf des Januar unterbrochen wurde.

Monetäre Gesamtanalyse

Zum Schluß dieses Berichtsteils sei schließlich noch einiges Ziffernmaterial für eine „monetäre Gesamtanalyse“ präsentiert, wie sie an dieser Stelle zuletzt im April 1959 — für das erste Quartal des letzten Jahres — geboten wurde. Die wichtigsten Daten hierfür liegen nunmehr bis Ende 1959 vor und sind in der folgenden Tabelle zusammengefaßt. Einige methodische Erläuterungen zu ihnen sind im April-Bericht des letzten Jahres gegeben worden. Selbstverständlich bietet dieses Zahlenmaterial nur sehr allgemeine Anhaltspunkte für die Beurteilung der monetären Entwicklung, wenn es auch, trotz der summarischen Form, auf die es hier zusammengedrängt werden mußte, nicht uninteressante Schlaglichter auf die großen Entwicklungstendenzen zu werfen vermag.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung der Geldversorgung im vergangenen Jahr war danach, daß sich die *Kreditexpansion* erheblich verstärkt hat. Mit rd. 18,2 Mrd DM war die Ausdehnung der Kredite und Wertpapieranlagen des gesamten Bankensystems (einschließlich der von der Bundesbank an Nichtbanken gewährten Kredite) um fast die Hälfte größer als im Jahre 1958, wobei die Zunahme gegenüber dem Vorjahr im zweiten und dritten Quartal besonders ausgeprägt war. Hatte sie noch im ersten Quartal mit 2,7 Mrd DM nur knapp über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahrsquartals (2,5 Mrd DM) gelegen, so ging sie im zweiten und dritten Quartal mit 4,8 und 5,5 Mrd DM um 2,1 bzw. 2,7 Mrd DM über die entsprechenden Vorjahrswerte hinaus. Im vierten Quartal war sie dagegen mit 5,2 Mrd DM nur um 0,7 Mrd DM höher als in der gleichen Zeit des Jahres 1958; hinter

Zur Entwicklung der Geldversorgung des Bundesgebiets*)
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) in Mio DM

Posten	Jährlich				Vierteljährlich				
	1956	1957	1958	1959 P)	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
I. Bankkredite an inländische Nichtbanken, gesamt	+10 064	+ 9 983	+12 542	+18 174	1957	+1 850	+1 949	+2 464	+3 720
davon: Kurzfristige Kredite an inländische Nichtbanken (einschließlich Bestände an inländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, jedoch ohne „Mobilisierungstitel“ ¹⁾)	+ 1 528	+ 2 588	+ 301	+ 3 004	1958	+2 528	+2 678	+2 812	+4 524
Mittel- und langfristige Kredite an inländische Nichtbanken	+ 8 574	+ 7 234	+10 544	+13 479	1959	+2 709	+4 761	+5 500	+5 204 P)
Bestände an inländischen Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen ²⁾ (ohne die Bestände an Bankschuldverschreibungen ³⁾)	— 38	+ 161	+ 1 697	+ 1 691	1957	+ 655	+ 383	+ 244	+1 306
II. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen, gesamt	+11 125	+13 557	+11 598	+15 160	1958	+ 100	— 51	— 451	+ 703
davon: Spareinlagen ⁴⁾ von Inländern	+ 2 910	+ 5 085	+ 6 737	+ 8 094	1959	— 171	+1 243	+ 994	+ 938 P)
Termineinlagen von Inländern, gesamt	+ 1 850	+ 3 565	+ 1 013	+ 1 678	1957	+1 120	+1 398	+2 155	+2 561
darunter: mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von 6 Monaten und mehr	(+ 621) ^{ts)}	(+ 1 960) ^{ts)}	(+ 1 494)	(+ 1 565)	1958	+2 139	+2 283	+2 819	+3 303
Umlauf an inländischen Bankschuldverschreibungen (ohne Bestände der Kreditinstitute) ⁵⁾	+ 1 206	+ 969	+ 1 057	+ 2 744	1959	+2 374	+3 069	+4 026	+4 010 P)
Bei inländischen Nichtbanken aufgenommene längerfristige Gelder und Darlehen	+ 4 345	+ 3 093	+ 1 667	+ 1 247	1957	+ 75	+ 168	+ 65	— 147
Kapital und Rücklagen der Kreditinstitute	+ 814	+ 845	+ 1 124	+ 1 397	1958	+ 289	+ 446	+ 444	+ 518
I. + II. Überschuss der inländischen Kreditgewährung (+) bzw. der inländischen Geldkapitalbildung (—)	— 1 061	— 3 574	+ 944	+ 3 014	1959	+ 506	+ 449	+ 480	+ 256 P)
III. Netto-Forderungssaldo der Banken gegenüber dem Ausland *)	+ 4 242	+ 5 065	+ 4 218	— 255	1957	+4 061	+2 174	+3 604	+3 718
nachrichtlich: Mittelzugang zur Wirtschaft auf Grund von Devisentransaktionen ⁶⁾	(+ 4 669)	(+ 7 833)	(+ 6 816)	(+ 5 156)	1958	+3 943	+2 423	+2 667	+2 565
IV. Sonstige Einflüsse⁷⁾	+ 283	— 177	— 1 007	— 760	1959	+3 378	+2 728	+3 486	+5 568 P)
V. Bargeldumlauf⁸⁾ und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken gesamt (Saldo I bis IV)	+ 3 464	+ 1 314	+ 4 155	+ 1 999	1957	+1 473	+ 802	+ 835	+1 975
VI. Zentralbankguthaben inländischer öffentlicher Stellen⁹⁾	+ 1 055	— 2 606	— 616	— 2 686	1958	+1 909	+1 299	+1 429	+2 100
nachrichtlich: Mittelzugang (+) bzw. -abgang (—) bei der Wirtschaft auf Grund der inländischen Kassentransaktionen der öffentlichen Stellen mit der Bundesbank ¹⁰⁾	(— 1 850)	(— 377)	(— 1 767)	(— 2 584) ^{ts)}	1959	+2 223	+1 650	+1 661	+2 560 P)
VII. Bargeldumlauf⁸⁾ und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken ohne Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen gemäß VI.	+ 2 409	+ 3 920	+ 4 771	+ 4 685	1957	+1 512	+ 404	+1 350	+ 299
VIII. Termineinlagen von Inländern mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von weniger als 6 Monaten	+ 1 229 ^{ts)}	+ 1 605 ^{ts)}	— 481	+ 113	1958	+ 872	+ 55	+ 564	— 478
IX. Inländisches „Geldvolumen“ gemäß VII. zuzüglich der Termineinlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von weniger als 6 Monaten (VII. + VIII.)	+ 3 638 ^{ts)}	+ 5 525 ^{ts)}	+ 4 290	+ 4 798	1959	+ 119	+ 32	+ 641	+ 886 P)
					1957	(+ 540) ^{ts)}	(+ 516)	(+ 583)	(+ 321)
					1958	(+ 849)	(+ 638)	(+ 179)	(— 172)
					1959	(+ 336)	(+ 404)	(+ 237)	(+ 588) ^{P)}
					1957	+ 145	+ 125	+ 342	+ 357
					1958	+ 368	+ 91	+ 282	+ 316
					1959	+ 846	+ 506	+ 637	+ 755 P)
					1957	+ 697	+ 516	+ 947	+ 933
					1958	+ 464	+ 596	+ 222	+ 385
					1959	— 174	+ 159	+ 218	+1 044 P)
					1957	+ 234	+ 327	+ 130	+ 154
					1958	+ 330	+ 382	+ 170	+ 242
					1959	+ 364	+ 381	+ 329	+ 323 P)
					1957	—2 211	— 225	—1 140	+ 2
					1958	—1 415	+ 255	+ 145	+1 959
					1959	— 669	+2 033	+2 014	— 364 P)
					1957	+ 795	+1 570	+2 445	+ 255
					1958	+ 681	+1 490	+1 317	+ 730
					1959	—1 538	+ 168	+ 8	+1 107 P)
					1957	(+1 553)	(+2 372)	(+2 975)	(+ 933)
					1958	(+1 521)	(+2 129)	(+1 932)	(+1 234)
					1959	(+1 191)	(+1 153)	(+1 014)	(+1 798) ^{P)}
					1957	— 287	— 169	— 492	+ 771
					1958	— 523	— 249	— 542	+ 307
					1959	— 435	— 866	— 717	+1 258 P)
					1957	—1 703	+1 176	+ 813	+1 028
					1958	—1 257	+1 496	+ 920	+2 996
					1959	—2 642	+1 335	+1 305	+2 001 P)
					1957	— 67	— 414	— 987	—1 138
					1958	— 579	+ 237	— 304	+ 30
					1959	—2 237	— 370	— 14	— 65 P)
					1957	(— 903)	(— 360)	(+ 405)	(+ 481)
					1958	(— 311)	(— 564)	(— 400)	(— 492)
					1959	(— 708)	(— 126)	(—1 357) ^{ts)}	(— 393) ^{ts)}
					1957	—1 636	+1 590	+1 800	+2 166
					1958	— 678	+1 259	+1 224	+2 966
					1959	— 405	+1 705	+1 319	+2 066 P)
					1957	+ 972 ^{ts)}	— 112	+ 767	— 22
					1958	+ 23	— 583	+ 385	— 306
					1959	— 217	— 372	+ 404	+ 298 P)
					1957	— 664 ^{ts)}	+1 478	+2 567	+2 144
					1958	— 655	+ 676	+1 609	+2 660
					1959	— 622	+1 333	+1 723	+2 364 P)

*) Die Übersicht unterscheidet sich von früheren Veröffentlichungen durch eine neue Abgrenzung des „Auslandssaldos“ (Pos. III): Während bisher im „Auslandssaldo“ im wesentlichen nur die Forderungen und Verbindlichkeiten des heimischen Bankenapparates (einschließl. der Deutschen Bundesbank) gegenüber ausländischen Banken enthalten waren, umfaßt er neuerdings, soweit möglich, auch die Forderungen und Verbindlichkeiten des heimischen Bankenapparates gegenüber ausländischen Nichtbanken. Entsprechend der revidierten Abgrenzung des „Auslandssaldos“ sind die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken aus den übrigen Positionen der Tabelle ausgeschaltet worden; lediglich die in Händen von Ausländern befindlichen DM-Noten und -Münzen werden weiterhin zum heimischen Geldvolumen gerechnet, da sich ihr Umfang nicht feststellen läßt. — ¹⁾ D. s. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umlauf gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Bundesbank, deren Übernahme durch die Banken keine zusätzliche Kreditgewährung an Nichtbanken darstellt. Eliminierung aus den Bankbeständen teilweise auf Grund von Schätzungen. — ²⁾ Einschließlich Kassensobligationen. — ³⁾ Die Bankbestände an fremden Bankschuldverschreibungen stellen keine unmittelbare Kreditgewährung an Nichtbanken, sondern einen Bestandteil der Interbankverschuldung dar. — ⁴⁾ Die Ausgleichs- bzw. Entschädigungsschriften für Vertriebene bzw. Altspare sind nur insoweit berücksichtigt, als Deckungsforderungen gegen den Ausgleichsfonds eingelöst wurden. — ⁵⁾ Saldiert mit den Beständen der Kreditinstitute an eigenen und fremden Bankschuldverschreibungen; die im Rahmen der Altspareentschädigung ausgegebenen Schuldverschreibungen sind nur insoweit berücksichtigt, als Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleich eingelöst wurden. — ⁶⁾ Veränderung des Netto-Forderungssaldos der Banken gegenüber dem Ausland nach Ausschaltung der Netto-Auslandszahlungen öffentlicher Stellen (nur effektive Zahlungen aus Guthaben und Kreditaufnahme ohne Garantie- und Akkreditivstellung und daher mit den Angaben zu Position VI nicht ganz vergleichbar) sowie der Zinserträge der Bundesbank aus ihren Auslandsanlagen. — ⁷⁾ D. s. Aktiva: Münzgutschriften zugunsten des Bundes, Ausgleichsforderungen, Grundstücke und Gebäude, „sonstige“ Aktiva; Passiva: Gegenwertkonten bei der Bundesbank, Saldo der Interbankverschuldung, „sonstige“ Passiva. — ⁸⁾ Ohne Kassensbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — ⁹⁾ Einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben deutscher öffentlicher Stellen sowie — bis Ende 1958 — der Einlagen der Dienststellen der ehemaligen Besatzungsmächte. — ¹⁰⁾ Inlandswirksame Veränderungen der Nettoposition (d. h. also des Saldos aus Guthaben und aufgenommenen Kassenkrediten) der öffentlichen Stellen gegenüber der Bundesbank; einschl. der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben deutscher öffentlicher Stellen sowie — bis Ende 1958 — der Einlagen der Dienststellen der ehemaligen Besatzungsmächte. — ^{ts)} Teilweise geschätzt. — ^{P)} Vorläufig.

der des dritten Quartals blieb sie — anders als in den vergangenen Jahren — sogar zurück. Das Schwergewicht der Kreditexpansion lag, wie die Tabelle zeigt, auch im Jahre 1959 bei den mittel- und langfristigen Krediten, die um rd. 13,5 Mrd DM gewachsen sind gegen rd. 10,5 Mrd DM im Jahre 1958. Immerhin sind im vergangenen Jahr auch die kurzfristigen Kredite sehr kräftig — nämlich um 3 Mrd DM gegen nur 0,3 Mrd DM im Jahr zuvor — gestiegen. Dies war ausschließlich durch die vermehrte Gewährung kurzfristiger Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private bedingt, während der Gesamtbetrag der kurzfristigen Kredite an öffentliche Stellen — bei allerdings unterschiedlicher Entwicklung im zeitlichen Ablauf des Jahres — praktisch unverändert blieb, wobei den höheren Krediten der Bundesbank verminderte Kredite der Banken gegenüberstanden.

Auch die *Geldkapitalbildung* bei den Banken wies im Jahre 1959 mit rd. 15,2 Mrd DM (gegen 11,6 Mrd DM im Vorjahr) einen starken Anstieg auf. Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren, in denen sie jeweils im ersten Quartal am höchsten gewesen war, ist sie 1959 im dritten, vor allem aber im vierten Quartal über den Stand des ersten Vierteljahres hinausgegangen. Mehr als die Hälfte der gesamten Geldkapitalbildung entfiel auf Spareinlagen; diese haben, wie üblich, besonders im ersten und letzten Quartal stark zugenommen. Der Zuwachs an Termineinlagen — insgesamt 1,7 Mrd DM gegen 1,0 Mrd DM im Jahre 1958 — konzentrierte sich fast ausschließlich auf die längerfristigen Einlagen; jedoch ist 1959 auch der Bestand an kürzerfristigen Termineinlagen wieder etwas gewachsen, nachdem er im Vorjahr zurückgegangen war. Der Absatz an Bankschuldverschreibungen bei Nichtbanken ist demgegenüber erheblich über die Vorjahrsergebnisse hinausgegangen; er stellte sich auf rd. 2 ³/₄ Mrd DM, während er in den Jahren 1957 und 1958 nur je rd. 1 Mrd DM erreicht hatte. In der zweiten Hälfte des Jahres war der Absatz dabei ebenso hoch wie in der ersten Hälfte. Die aufgenommenen längerfristigen Gelder und Darlehen haben 1959 weiter an Bedeutung verloren; lediglich im vierten Quartal sind sie, worauf in anderem Zusammenhang bereits eingegangen wurde, verhältnismäßig stark gestiegen.

Die, absolut gesehen, sehr hohe *Geldkapitalbildung bei den Banken* blieb 1959 jedoch erheblich hinter der *Kreditexpansion* zurück; die Ausdehnung der Kreditgewährung war nämlich um rd. 3 Mrd DM stärker. Gegenüber dem Jahre 1958, in dem die Geldkapitalbildung nur um knapp 1 Mrd DM geringer gewesen war als die gleichzeitige Kreditausdehnung, hat sich die geldpolitisch expansive Wirkung der Kreditgewährung des Bankensystems also erheblich verstärkt. Eine äh-

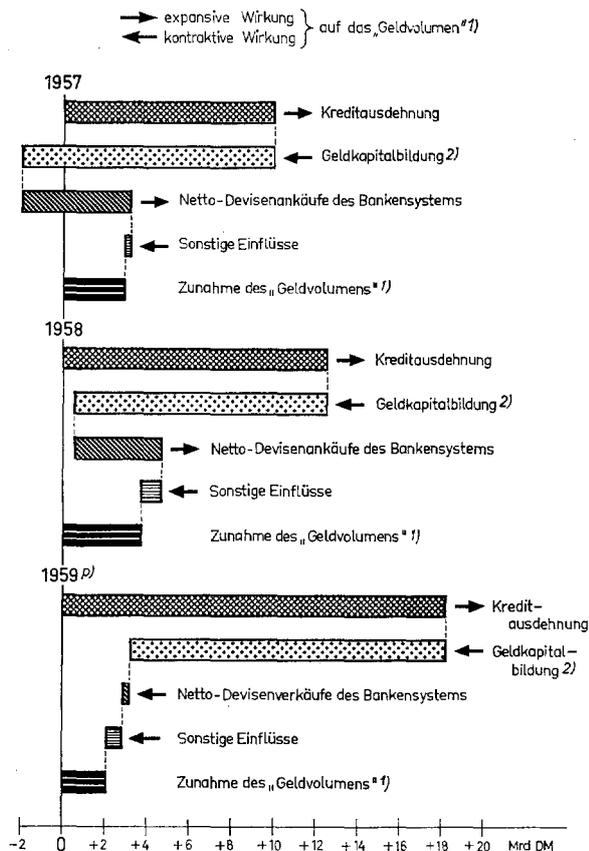
lich große Expansionswirkung war zuletzt im Jahre 1955 zu verzeichnen gewesen, während in den Jahren 1956 und 1957 umgekehrt die Geldkapitalbildung über die jeweilige Kreditexpansion hinausgegangen war (um rd. 1,1 Mrd DM im Jahre 1956 und rd. 3,6 Mrd DM im Jahre 1957) und demgemäß kontraktiv auf die zum „Geldvolumen“ gerechneten Mittel gewirkt hatte.

Die Entwicklung der übrigen Bestimmungsfaktoren des Geldvolumens weicht von der der vorangegangenen Jahre insofern völlig ab, als erstmals der *Netto-Forderungssaldo des Bankensystems gegenüber dem Ausland* abgenommen hat, und zwar auch dann, wenn man, wie es hier geschehen ist, die Veränderungen der Devisenposition der Bundesbank und der Geschäftsbanken zusammenfaßt. Im Rahmen der monetären Gesamtbilanz bedeutet das einen entsprechenden kontraktiven Einfluß auf die Geldversorgung, während sich in den vorangegangenen Jahren der *Netto-Forderungssaldo* regelmäßig beträchtlich erhöht und die Geldversorgung demgemäß in entsprechendem Maße expansiv beeinflusst hatte. Auf die Differenzierung, die sich dabei zwischen dem Einfluß auf die gesamte Geldversorgung und auf die Geldversorgung des nichtöffentlichen Bereichs ergeben hat, wird sogleich noch eingegangen.

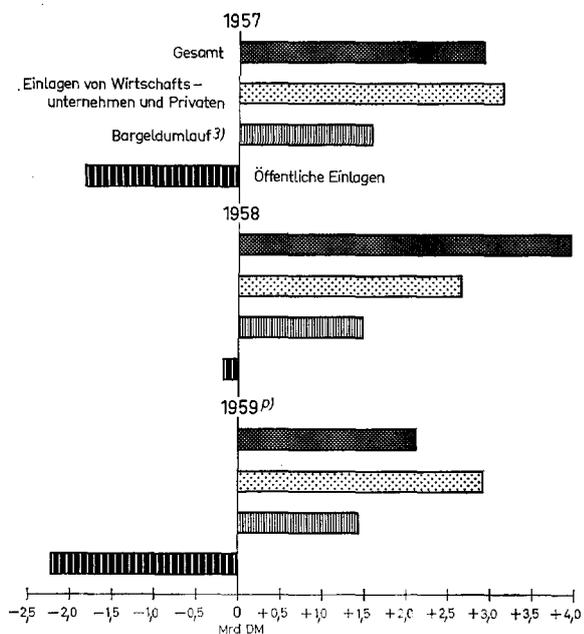
Zählt man zum „Geldvolumen“ außer dem Bargeldumlauf alle Sichteinlagen inländischer Nichtbanken, also auch die Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen, die im vergangenen Jahr um fast 2,7 Mrd DM gesunken sind, so ergibt sich auf Grund der Gesamtheit der in der Tabelle aufgeführten Bestimmungsfaktoren (von denen hier die drei wichtigsten behandelt wurden) eine Ausweitung des so definierten Geldvolumens um rd. 2 Mrd DM. Dieser Zuwachs war nicht einmal halb so stark wie der des Vorjahres. Läßt man die Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen außer Betracht, so belief sich die Zunahme des inländischen Geldvolumens allerdings auf knapp 4,7 Mrd DM, d. h. auf fast den gleichen Betrag wie im Jahr zuvor, da die Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen im Jahre 1959 mit der restlosen Auflösung des „Julius-Turms“, d. h. der Kassenreserven des Bundes, erneut stark zurückgegangen sind. Näheren Aufschluß über die Gründe, warum das Geldvolumen unter Außerachtlassung der Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen im Jahre 1959 wiederum stark gewachsen ist, geben die nachrichtlichen Positionen der Tabelle. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß der Wirtschaft auf Grund der Entwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland, d. h. durch den Überschuß ihrer Devisenabgaben an das Bankensystem über ihre Devisenkäufe vom Bankensystem, im Jahre 1959 wiederum fast 5,2 Mrd DM zugeflossen sind gegen allerdings 6,8 Mrd DM im Jahre 1958 und

ZUR ENTWICKLUNG DES INLÄNDISCHEN „GELDVOLUMENS“
einschließlich der Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen
in den Jahren 1957, 1958 und 1959

I. Bestimmungsfaktoren



II. Veränderung der einzelnen Komponenten des „Geldvolumens“¹⁾



1) Einschließlich Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen und kurzfristiger (d.h. bis zu 6 Monaten befristeter) Termineinlagen. - 2) Ohne die Veränderungen der kurzfristigen Termineinlagen. - 3) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute. - p) Vorläufig.

BBK

7,8 Mrd DM im Jahre 1957. Die Abnahme des Netto-Forderungssaldos der Banken gegenüber dem Ausland beruhte also lediglich darauf, daß vom Bund hohe Auslandszahlungen geleistet wurden und die von ihm hierfür erworbenen Devisen über den Betrag der von der Wirtschaft verkauften Devisen hinausgingen. Die DM-Beträge, die der Bund für diese Transaktionen benötigte, wurden zum Teil durch den Abbau seiner Einlagen bei der Bundesbank aufgebracht, zum Teil aber hat sich der Bund auch — anders als in den Vorjahren — Mittel durch Schuldaufnahme am offenen Markt beschafft, womit zumindest tendenziell eine Verminderung der Geldbestände bei der Wirtschaft und überhaupt beim „Publikum“ verbunden war. Durch die Devisenüberschüsse und den Überschuß der Kreditaufnahme über die Geldkapitalbildung bei den Banken ist dieser Geldentzug jedoch so weit überkompensiert worden, daß das „Geldvolumen“ ohne die Zentralbankeinlagen öffentlicher Stellen um, wie erwähnt, knapp 4,7 Mrd DM oder um fast den gleichen Betrag wie 1958 gewachsen ist. Dabei sind die bis zu sechs Monaten befristeten Termineinlagen durchweg zur „Geldkapitalbildung“ und nicht zum „Geldvolumen“ gerechnet worden. Verfährt man umgekehrt, so betrug die Zunahme des „Geldvolumens“ ohne die Zentralbankeinlagen öffentlicher Stellen sogar 4,8 Mrd DM gegen 4,3 Mrd DM im Vorjahr, weil die kurzfristigen Termineinlagen im Jahre 1959, wie schon angedeutet, um rd. 100 Mio DM gewachsen sind, während sie 1958 um fast 500 Mio DM zurückgegangen waren.

Immerhin würde auch bei einer solchen Definition des Geldvolumens festzustellen sein, daß sich die Verstärkung des Wachstums der Geldversorgung auf jene Geldarten beschränkte, die weniger oft umgeschlagen werden. Überhaupt dürfte die „Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“ im Jahre 1959, wie nun schon seit längerem, weiter gesunken sein. Setzt man das Brutto-Sozialprodukt zum „Geldvolumen“ in Beziehung, so hat sich der Quotient 1959 im Vergleich zum Vorjahr jedenfalls wiederum vermindert, und zwar gleichgültig, ob man die kurzfristigen Termineinlagen ins Geldvolumen einbezieht oder nicht. Zum gleichen Ergebnis gelangt man, wenn man die giralen Verfügungen der Nichtbankenkundschaft über ihre Zahlungsguthaben (vgl. Tabelle III A 5 im Statistischen Teil dieses Berichts) durch den jeweiligen Gesamtbestand an Sichteinlagen dividiert. Der Anteil der „ruhenden“ Geldbestände am Gesamtbestand an kurzfristigen Einlagen und an Bargeld hat sich also offenbar weiter erhöht oder m. a. W., die volkswirtschaftliche Nachfrage hat prozentual nicht ganz so stark zugenommen wie die Geldversorgung.

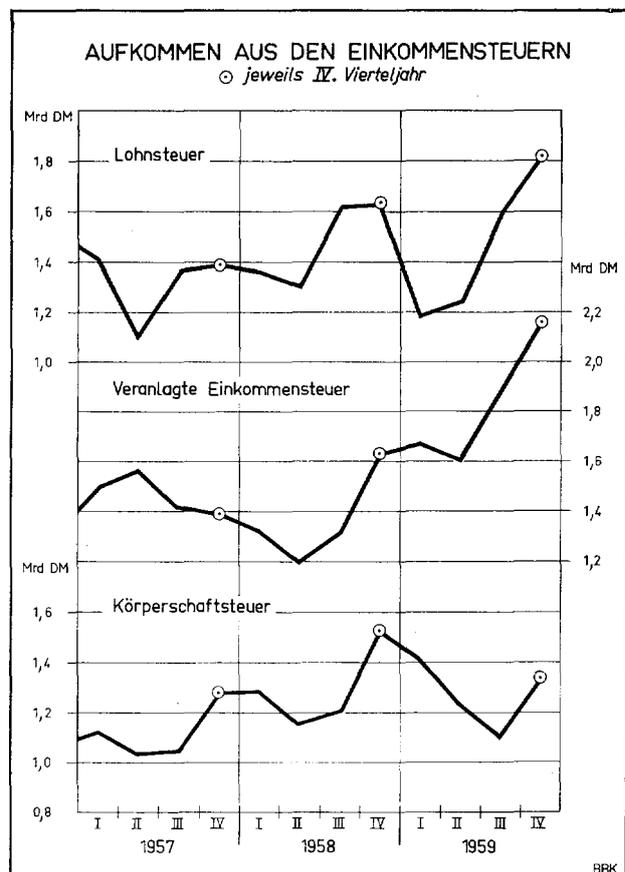
Öffentliche Finanzen

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte stand seit dem Abschluß der letzten in diesen Berichten gegebenen Wirtschaftsanalyse vor allem im Zeichen relativ hoher Steuereinnahmen und der beiden — im November 1959 und im Januar 1960 — aufgelegten Bundesanleihen. Die umfangreichen Mittel, die dem öffentlichen Bereich auf diese Weise zuflossen, sind trotz des weiteren Anstiegs der Ausgaben nicht sofort wieder voll verausgabt worden. Die Kassenreserven der Haushalte haben sich infolgedessen zunächst erhöht, aber es ist anzunehmen, daß sie sich in den nächsten Monaten wieder vermindern werden, weil die Ausgaben gegen Ende des Rechnungsjahres relativ hoch zu sein pflegen und die Steuereinnahmen im Februar und im März aus saisonalen Gründen den Stand der vergleichbaren Vormonate nicht erreichen dürften. Für das neue, am 1. April beginnende Rechnungsjahr wird — nach den bisher vorliegenden Haushaltsplänen — mit höheren als den im laufenden Haushaltsjahr effektiv zu erwartenden Fehlbeträgen und mit einem entsprechenden Kreditbedarf gerechnet. Daß eine solche Entwicklung währungspolitisch unerwünscht wäre, weil eine Kreditaufnahme, auch soweit sie am Kapitalmarkt stattfindet, in Anbetracht der relativ engen Verbindung zwischen Kapitalmarkt und Geschäftsbanken die Geldversorgung erweitern dürfte und damit die expansiven Konjunkturtendenzen fördert, ist von der Bank schon verschiedentlich, so namentlich in der „Resolution des Zentralbankrats über Währungspolitik und öffentlichen Kreditbedarf“ vom November 1959, betont worden. Offen bleibt ferner die Frage, ob die Lage der Kreditmärkte, vor allem die des Kapitalmarktes, eine Kreditaufnahme in dem Umfang, der sich aus der Summierung der Ansätze für die einzelnen Haushalte ergibt, überhaupt gestatten würde.

Die Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sind in den letzten Monaten weiter sehr kräftig gestiegen. Im vierten Quartal von 1959 stellten sie sich auf gut 13 Mrd DM gegen rd. 12,2 Mrd DM im Vorvierteljahr und rd. 11,7 Mrd DM im gleichen Quartal von 1958. Die jährliche Zuwachsrate betrug damit 11,6 vH gegen 13,2 vH im Vorvierteljahr. Die, wenn auch nur leichte, Verminderung war durch die Entwicklung des Einkommensteuerertrags bedingt. Zwar hat das Aufkommen aus der Lohnsteuer im vierten Quartal seinen entsprechenden Vorjahrsstand erstmals wieder übertroffen (und zwar um rd. 12 vH), während es in den ersten drei Vierteljahren von 1959 unter dem Einfluß der Steuer-

senkung des Jahres 1958 (die sich erst seit Herbst 1958 auszuwirken begann) jeweils unter dem entsprechenden Vorjahrsaufkommen geblieben war. Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer sind jedoch nicht mehr so kräftig gestiegen wie im Vorvierteljahr, was damit zusammenhängen dürfte, daß die Veranlagung für 1957 zu jenem Zeitraum bereits weitgehend beendet war. Der Ertrag der Körperschaftsteuer ist sogar noch mehr unter den entsprechenden Stand von 1958 gesunken als bereits im vorangegangenen Vierteljahr. Hier wird nämlich seit einiger Zeit die



Steuer für 1958 veranlagt, und da die für dieses Jahr erlassenen Steuererleichterungen mit einer wenig expansiven Gewinnentwicklung zusammentrafen, ist das Veranlagungsergebnis verhältnismäßig niedrig. Obwohl, wie alle Unterlagen zeigen, die Gewinnsituation im Jahre 1959 wieder sehr günstig war und daher auch die Steuerverpflichtungen für dieses Jahr merklich gestiegen sein dürften, hinken also viele Unternehmen auf Grund der in der Bundesrepublik bestehenden Veranlagungspraxis zur Zeit mit ihren Steuerzahlungen beträchtlich hinter ihrer Einkommens- und Gewinnent-

wicklung einher. Ähnliches gilt für die der veranlagten Einkommensteuer unterliegenden Steuerpflichtigen; hier ist der time-lag zwischen der Entstehung der Steuerschuld und der effektiven Steuerzahlung sogar noch um einige Monate größer als bei der Körperschaftsteuer. Finanzpolitische und konjunkturpolitische Gründe sprächen dringend dafür, dieses Nachhinken der Steuerzahlungen hinter der Einkommens- und Gewinnentwicklung gerade jetzt zu beseitigen und damit von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, das Steueraufkommen selbst ohne Änderung der geltenden Steuersätze zu erhöhen.

Die Einnahmen aus den übrigen Steuern, bei denen der Zeitabstand zwischen der Entstehung der Steuerschuld und der Steuerzahlung nur gering ist, haben in den letzten Monaten infolge der kräftigen Umsatzsteigerung und des stärker gewachsenen Verbrauchs beträchtlich zugenommen. Beim Aufkommen aus der Umsatzsteuer betrug die jährliche Zuwachsrate nahezu 12 vH, bei dem aus den Verbrauchsteuern war sie mit 14 vH noch höher.

Der Bundeshaushalt

Kassenentwicklung im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres 1959/60

Beim Bund hat sich die kassenmäßige Lage in den letzten Monaten nicht nur auf Grund der erfolgreichen Placierung zweier Anleihen, sondern auch auf Grund der Entwicklung des Verhältnisses zwischen den ordentlichen Einnahmen und den gesamten Ausgaben verbessert. Im dritten Quartal von 1959 war der Fehlbetrag mit 323 Mio DM erheblich geringer als in den beiden Vorvierteljahre, in denen er 727 bzw. 1 092 Mio DM betragen hatte; im Januar hat sich, wie in diesem Monat üblich, sogar ein Überschuß ergeben, der in der Größenordnung von 400 Mio DM gelegen haben dürfte. Das hing damit zusammen, daß die Einnahmen in den letzten Monaten schon aus Saisongründen erheblich höher waren als zu Beginn des Rechnungsjahres und daß die Ausgaben wieder merklich unter das Niveau des zweiten Rechnungsvierteljahres sanken, in dem sie stark durch hohe einmalige Sonderbelastungen beeinflußt worden waren. Im Vergleich zum vergangenen Rechnungsjahr ist aber, abgesehen vom

Zur kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts*) in Mio DM

	1958		1959				Zum Vergleich: Ansätze des Haushaltsplans für das Rechnungs- jahr 1959/60
	April/Dez.		April/Juni	Juli/Sept.	Okt./Dez.	darunter Dez.	
I. Kassentransaktionen, gesamt							
1) Eingänge	23 726	8 208	8 809	9 108	3 565	26 125	32 342
darunter:							
Nicht aus dem inneren Kreislauf stammende Beträge ¹⁾	(286 ²⁾	(21)	(51)	(76)	(19)	(148)	.
2) Ausgänge	23 581	8 935	9 901	9 431	3 695	28 267	37 378
darunter:							
Auslandszahlungen ³⁾	(1 919)	(911)	(1 844)	(826)	(376)	(3 581)	.
3) Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—)	+ 145	— 727	—1 092	— 323	— 130	—2 142	— 5 036 ⁴⁾
a) aus allgemeinen Kassentransaktionen	+ 145	— 727	+ 45	— 305	— 126	— 987	— 3 893
b) durch Saarrückgliederung bedingt	—	—	— 637	— 18	— 4	— 655	— 663
c) durch Quotenerhöhung beim Internationalen Währungsfonds bedingt	—	—	— 500	—	—	— 500	— 480 ⁵⁾
II. Finanzierung							
1) aus Kassenmitteln ⁶⁾	— 297	257	— 133	37	260	161	874 ⁷⁾
2) aus Kreditaufnahmen	179	536	1 230	295	— 99	2 061	4 162
3) aus dem Saldo der Verrechnungen mit dem Lastenausgleichsfonds ⁸⁾	— 27	— 66	— 5	— 9	— 31	— 80	—
Gesamt	145	727	1 092	323	130	2 142	5 036
III. Überschuß (+) der „inneren“ Kassentransaktionen ⁹⁾	+1 717	+ 278	+ 582	+ 425	+ 227	+1 285	.

*) Zur methodischen Abgrenzung vgl. Tab. VI, 4 des Statistischen Teils. — ¹⁾ Münzgutschriften, Eingänge aus dem Ausland und Übertragung von Zentralbankkonten anderer öffentlicher Stellen. — ²⁾ Äußerer Schuldendienst, Devisenzahlungen im Rahmen des Israelabkommens, Zahlungen und Anzahlungen des Verteidigungshaushalts, Beiträge an internationale Organisationen und Zahlungen im Rahmen des Bundesrückerstattungsgesetzes; Zahlungen für die individuelle Wiedergutmachung sind nicht berücksichtigt, da der Bund lediglich DM-Erstattungen an die Länder leistet und zudem der überwiegende Teil der gesamten Zahlungen, auch an ausländische Berechtigte, im Inland verbleibt. — ³⁾ Negatives Vorzeichen bedeutet: Anreicherung der Kassenmittel (ab April 1959 durch Auffüllung des Garantiedeckungskontos bedingt). — ⁴⁾ Aus der Weiterleitung der auf dem Konto der Bundeshauptkasse eingehenden Lastenausgleichsabgaben. — ⁵⁾ Saldo der den inneren Kreislauf berührenden Ein- und Auszahlungen; unter Berücksichtigung der Veränderungen auf den aus Bundesmitteln gespeisten NATO-Konten. — ⁶⁾ Darunter 200 Mio DM Kreditrückzahlung der Einfuhr- und Vorratsstellen zu Lasten von Zentralbankguthaben dieser Stellen. — ⁷⁾ Nach den Ansätzen ergibt sich ein durch ordentliche Einnahmen nicht gedeckter Ausgabefehlbetrag von 5 666 Mio DM. Hiervon wurden 630 Mio DM abgesetzt. — ⁸⁾ Nach den Ansätzen ergibt sich ein durch ordentliche Einnahmen nicht gedeckter Ausgabefehlbetrag von 5 666 Mio DM. Hiervon wurden 630 Mio DM abgesetzt. — ⁹⁾ Nach den Ansätzen ergibt sich ein durch ordentliche Einnahmen nicht gedeckter Ausgabefehlbetrag von 5 666 Mio DM. Hiervon wurden 630 Mio DM abgesetzt. — ¹⁰⁾ Die tatsächlichen Einzahlungen waren um 20 Mio DM höher als der Haushaltsansatz.

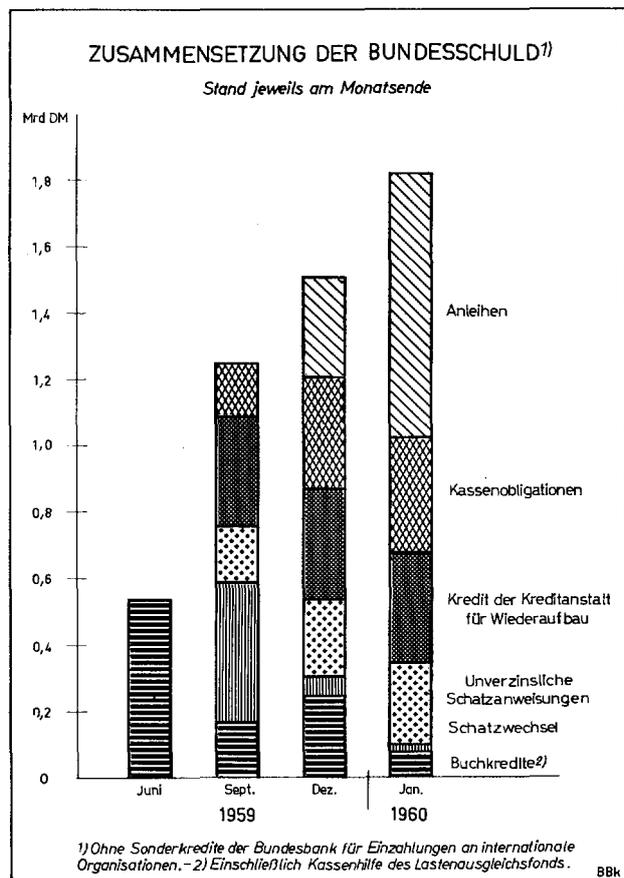
Januar, eine deutliche Verschlechterung der laufenden Kassenentwicklung festzustellen. Für die ersten zehn Monate des Rechnungsjahres (April/Januar) beträgt diese rd. 2,3 Mrd DM bzw. — wenn man die aus Sonderkrediten finanzierten einmaligen Ausgaben für die Währungsumstellung im Saarland und die Quotenerhöhung beim Internationalen Währungsfonds (1,16 Mrd DM) ausschaltet — reichlich 1,1 Mrd DM.

Der bis Ende Dezember v.J. entstandene kumulative Fehlbetrag belief sich auf 2 142 Mio DM insgesamt und auf 987 Mio DM im „allgemeinen“ Haushalt; er wäre noch erheblich größer gewesen, wenn nicht die Einnahmen des Bundes so kräftig gestiegen wären. Aus den Steuern sind in den Monaten April bis Dezember 1959 2 507 Mio DM (oder rd. 12 vH) mehr auf gekommen als in der gleichen Zeit des vorangegangenen Jahres, während im Haushaltsplan für das gesamte Rechnungsjahr nur Mehreinnahmen in Höhe von 1,56 Mrd DM angesetzt sind. Ins Gewicht fielen vor allem die Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer. Sie machten in den genannten neun Monaten rd. 1,05 Mrd DM aus gegen nur wenig mehr als 0,7 Mrd DM, die für das gesamte Rechnungsjahr veranschlagt sind. Hier und bei einzelnen Verbrauchsteuern des Bundes, namentlich der Mineralölsteuer, hat sich der Einfluß der im letzten Jahr zu verzeichnenden überaus kräftigen Konjunkturbelebung, die im Zeitpunkt der Steuerschätzungen noch nicht voraussehen war, besonders bemerkbar gemacht. Gleichwohl war der Anstieg der Ausgaben noch stärker. Mit 27,1 Mrd DM waren diese (ohne die erwähnten Sonderbelastungen) um 3,5 Mrd DM höher als in den ersten neun Monaten des Rechnungsjahres 1958/59. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Zunahme des Verteidigungsaufwands. In der Zeit von April bis November waren die Verteidigungsausgaben um etwa ein Drittel höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit, wobei vor allem die Inlandsausgaben für die eigenen Streitkräfte gestiegen sind. Auch andere laufende Ausgaben, wie die Zuschüsse zur Sozialversicherung, die Entschädigungszahlungen und die Subventionen, erforderten höhere Mittel als im vergangenen Jahr. Von Bedeutung war ferner, daß die Investitionsaufwendungen des Bundes stark zugenommen haben. In den ersten sechs Monaten des Rechnungsjahres (neuere Angaben liegen nicht vor) waren sie mit 3,2 Mrd DM um fast 0,6 Mrd DM (oder 22 vH) höher als in der entsprechenden Zeit des vorangegangenen Jahres; besonders groß war die Steigerung der Aufwendungen für den Wohnungsbau und für den Straßenbau.

Sowohl im Vierteljahr Oktober bis Dezember als auch im gesamten bisherigen Verlauf des Rechnungs-

jahres wurden die über die ordentlichen Einnahmen hinausgehenden Ausgaben des Bundes fast ausschließlich durch die Aufnahme von Krediten finanziert. Freie Kassenmittel standen dem Bund im laufenden Rechnungsjahr kaum mehr zur Verfügung. Sie waren bereits zu Beginn des Rechnungsjahres auf rd. 300 Mio DM gesunken, und ein Teil dieses Betrages mußte zur Wiederauffüllung des Garantiedeckungskontos verwendet werden, das am Schluß des Rechnungsjahres 1958/59 stark reduziert worden war. Im weiteren Verlauf des Rechnungsjahres haben die Kassenmittel nur vorübergehend (in der Regel nur unmittelbar nach den großen Steuerterminen) wieder einen etwas höheren Stand erreicht. Eine stärkere Anreicherung der Kassenreserven war erst im Januar 1960 möglich, als der Erlös aus der 500 Mio DM-Anleihe des Bundes mit einem relativ hohen laufenden Einnahmeüberschuß zusammentraf. Ende Januar verfügte der Bund infolgedessen über freie Kassenmittel bei der Bundesbank in Höhe von mehr als $\frac{1}{2}$ Mrd DM und außerdem über eine Forderung an die Bundesbahn im Betrag von 200 Mio DM aus einer an diese kurzfristig gewährten Liquiditätshilfe.

Die Neuverschuldung des Bundes an den Kreditmärkten betrug Ende Dezember 2 723 Mio DM. Hiervon entfielen 1 211 Mio DM auf die dem Bund für die Ein-



zahlungen an internationale Organisationen gewährten Sonderkredite und weitere 660 Mio DM auf die Sonderkredite für die Einführung der DM-Währung im Saarland. Für allgemeine Haushaltszwecke wurden somit in den ersten neun Monaten von 1959/60 fremde Mittel im Betrage von 850 Mio DM in Anspruch genommen. Im Januar kam hierzu noch die zweite Bundesanleihe, und zwar im Betrage von 500 Mio DM. Gleichzeitig wurde aber in diesem Monat die kurzfristige Verschuldung weiter abgebaut, so daß sich der Netto-Betrag der für allgemeine Haushaltszwecke aufgenommenen Verschuldung Ende Januar auf 1,16 Mrd DM stellte gegen rd. 3 Mrd DM, die für das gesamte Rechnungsjahr hierfür veranschlagt sind. Ob bis zum Ende des Rechnungsjahres die Aufnahme weiterer Mittel erforderlich sein wird, ist nicht sicher, da Ende Januar, wie erwähnt, noch freie Kassenmittel und eine kurzfristig zu realisierende Forderung im Betrage von insgesamt gut 700 Mio DM vorhanden waren, die zunächst zur Deckung der in den Monaten Februar und März zu erwartenden Fehlbeträge herangezogen werden können.

Wie das vorstehende Schaubild zeigt, ist die Verschuldung des Bundes, die anfänglich (bis Ende Juni) ausschließlich aus Buchkrediten der Bundesbank bestand, im Verlauf der letzten Monate stärker konsolidiert worden. Ende Dezember hatte der Bund zwar vorübergehend wieder Buchkredite in Anspruch genommen, jedoch wurden diese in den ersten Tagen des Januar voll zurückgezahlt. Auch der Umlauf an Schatzwechseln, mit deren Begebung im August v. J. begonnen worden war und dessen Betrag im Oktober vorübergehend 750 Mio DM erreicht hatte, war Ende Dezember bereits auf 65 Mio DM gesunken; der größte Teil dieses Restbetrages wurde im Januar ebenfalls getilgt. Demgegenüber hat sich die mittel- und langfristige Verschuldung in den letzten Monaten stark erhöht. Nachdem schon im Juli die Sonderkredite für die Saarrückgliederung (660 Mio DM) durch die Ausgabe von unverzinslichen Schatzanweisungen, Kassenobligationen und Direktkrediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau beschafft worden waren, wurde im Oktober mit der Emission von Kassenobligationen für den allgemeinen Haushalt begonnen, deren Umlauf zur Zeit 180 Mio DM beträgt. Vor allem aber wurde mit der Begebung der 300 Mio DM-Anleihe vom November v. J. und der 500 Mio DM-Anleihe vom Januar d. J. die Bundesschuld weitgehend auf langfristige Titel umgestellt. Von dem Ende Januar d. J. ausstehenden Gesamtbetrag der Verschuldung (ohne die Sonderkredite der Bundesbank) entfielen rd. 44 vH auf Anleihen, und unter Einschluß der vier- bzw. fünfjährigen Kassenobligationen und des

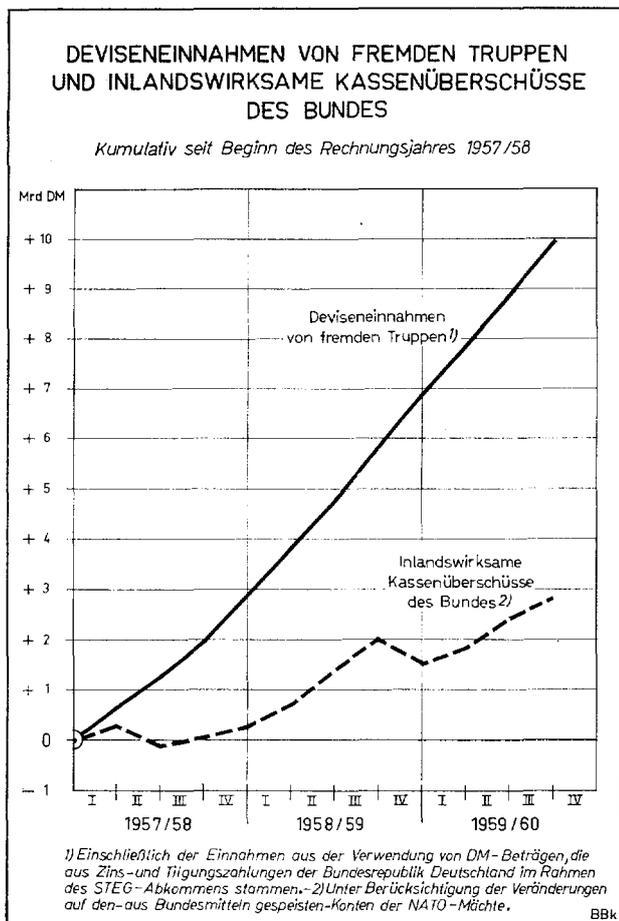
Direktkredits der Kreditanstalt für Wiederaufbau waren rd. 81 vH längerfristig begeben.

Was die Kreditgeber des Bundes anlangt, so ist der Anteil der Bundesbank im Vergleich zu den ersten Monaten des Rechnungsjahres stark zurückgegangen; Ende Januar stand nur noch ein geringfügiger Betrag an nicht abgerechneten Direktkrediten aus, die im Zusammenhang mit der Saarrückgliederung eingeräumt worden waren. Demgegenüber ist der Anteil der Kreditinstitute an der Unterbringung der Bundesschuld beträchtlich gestiegen. Nach den für Ende Dezember vorliegenden Angaben befanden sich zu diesem Zeitpunkt 86 vH aller Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen bei den Banken. Auch rd. 94 vH der vom Bund begebenen Kassenobligationen waren an diesem Stichtag im Bestand der Banken, und es ist anzunehmen, daß sich an diesen Relationen auch im Januar kaum etwas geändert hat. Die beiden Anleihen des Bundes waren jedoch zu einem erheblich größeren Teil außerhalb des Bankensystems placiert. Am Erstabatz der beiden Emissionen waren andere Abnehmer als inländische Banken mit 61 bzw. 57 vH beteiligt. Hiervon entfielen 46 bzw. 41 vH auf Privatpersonen, öffentliche und private Kapitalsammelstellen und 15 bzw. 16 vH auf ausländische Zeichner.

Auslandszahlungen und DM-Haushalt der NATO-Mächte

Die Auslandszahlungen des Bundes waren in der Zeit von April bis Dezember v. J. mit nahezu 3,6 Mrd DM außergewöhnlich hoch. Zum großen Teil lag dies daran, daß es sich bei den einmaligen Zahlungen, die im zweiten Rechnungsquartal geleistet wurden — Einzahlungen an den Internationalen Währungsfonds, Zahlungen an Frankreich im Zusammenhang mit der Saarrückgliederung —, ausschließlich um Auslandszahlungen handelte; aber auch abgesehen hiervon war der Umfang der vom Bund im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres ins Ausland transferierten Mittel größer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Trotz des hohen Gesamtdefizits hat sich daher bei den „inneren“ Kassentransaktionen ein Überschuß von 1 285 Mio DM ergeben, der nur um 432 Mio DM niedriger war als in der gleichen Zeit des vergangenen Rechnungsjahres.

Allerdings ist hieraus nicht etwa der Schluß zu ziehen, daß die Kassentransaktionen des Bundes in dieser Höhe „kontraktiv“ auf den inneren Wirtschaftskreislauf gewirkt hätten. Ein Teil der Auslandszahlungen des Bundes kehrt nämlich — finanzpolitisch betrachtet — alsbald in den inneren Kreislauf zurück, und zwar vor allem in Gestalt der relativ hohen DM-Ausgaben, die die Dienststellen der in der Bundesrepublik



stationierten fremden Truppen tätigen und die sie zum überwiegenden Teil durch Devisenabgaben an die Bundesrepublik finanzieren. Im Abschnitt über „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ finden sich nähere Angaben hierüber. Vergleicht man diese Ausgaben mit dem Überschuß der „inlandswirksamen“ Kassentransaktionen des Bundes, so zeigt sich übrigens, daß sie beträchtlich über diesen Überschuß hinausgehen. Faßt man die inlandswirksamen Ausgaben des Bundes mit denen der fremden Truppeneinheiten zusammen und setzt sie zu den „inlandswirksamen“ Einnahmen in Bezug, so ergibt sich also eindeutig ein Defizit, das klar die expansive Wirkung vor Augen führt, die von diesen beiden Bereichen der öffentlichen Finanzwirtschaft ausgeht.

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1960

Der Haushaltsplan des Bundes für das kommende Rechnungsjahr, der Anfang Dezember im Bundestag eingebracht wurde und zur Zeit in den Ausschüssen beraten wird, sieht Ausgaben (ohne durchlaufende Mittel) in Höhe von 40,2 Mrd DM vor gegen rd. 38,0 Mrd DM, die für das laufende Rechnungsjahr etatisiert sind. Alle Angaben des Haushaltsplans, dessen wichtigste

Posten in der nachstehenden Übersicht zusammengefaßt sind, beziehen sich auf ein volles Jahr; da aber im kommenden Rechnungsjahr eine Umstellung auf das Kalenderjahr vorgenommen werden wird, soll der Plan nur für die neun Monate April bis Dezember 1960 vollzogen werden. Wie sich das auf die Realisierung der Ansätze auswirken wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Es ist jedoch in Aussicht genommen, die Bewilligungen in den ersten neun Monaten, wo es angängig ist, nur mit drei Vierteln in Anspruch zu nehmen.

Bei der Beurteilung der Erhöhung der Ausgabeansätze — von insgesamt 38,0 auf 40,2 Mrd DM oder um 2,2 Mrd DM — ist zu berücksichtigen, daß wesentliche Belastungen des laufenden Jahres, wie die Kosten der Saarrückgliederung, die Einzahlungen an den Internationalen Währungsfonds und die vorzeitige Schuldentilgung gegenüber England und den USA im Betrag von insgesamt rd. 2¹/₄ Mrd DM, im kommenden Jahr nicht wiederkehren. Die verbleibenden Posten, bei denen es sich in der Regel um Dauerbelastungen handelt, sind also praktisch um rd. 4,5 Mrd DM höher angesetzt. Die Steigerung konzentriert sich weitgehend auf die Sozialausgaben (und hier besonders auf die Ausgaben für die bevorstehende Aufbesserung der Kriegsopferversorgung und die Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherungen), die Verteidigungsausgaben (einschließlich der Aufwendungen für die zivile Notstandsplanung), die Subventionen und die Investitionsaufwendungen, namentlich im Straßenbau und Wohnungsbau. Allein für diese Ausgabeposten sind Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt über 4 Mrd DM vorgesehen.

Die laufenden Einnahmen sind im Entwurf des Haushaltsplans mit rd. 36,9 Mrd DM veranschlagt; sie bleiben also um rd. 3,3 Mrd DM hinter dem Gesamtbetrag der Ausgaben zurück. In Höhe von 0,4 Mrd DM sollen sie durch Auflösung des Garantiedeckungskontos finanziert werden, während für den größten Teil des Restes, nämlich für 2,9 Mrd DM, die Aufnahme von Krediten geplant ist. Der Kreditbedarf ist damit etwa ebenso hoch veranschlagt wie der im diesjährigen Haushaltsplan für Zwecke des allgemeinen Haushalts (d. h. ohne Sonderkredite) angesetzte Betrag. Da dieser kaum erreicht werden wird, ist effektiv also eine Erhöhung der Kreditaufnahme in Aussicht genommen. Daß das konjunktur- und währungspolitisch nicht unbedenklich ist, wurde bereits einleitend erwähnt. Es kommt hinzu, daß nach der gegenwärtigen Lage der Kreditmärkte nicht ohne weiteres mit der Erfüllung dieser Kreditwünsche gerechnet werden kann, zumal außer dem Bund auch die Bundesbahn und die Bundespost hohe Kreditan-

**Der Haushaltsplan des Bundes
für das Rechnungsjahr 1960/61
in Mio DM**

	1960/61 ¹⁾	Zum Vergleich: 1959/60	Ver- änderung 1960/61 gegen 1959/60
I. Laufende Einnahmen			
1) Steuereinnahmen, gesamt	34 694	30 360	+ 4 334
a) im Bundesgebiet	33 857	30 360	+ 3 497
b) im Saarland	534	—	+ 534
c) Mehraufkommen aus Mineralölsteuererhöhung	303	—	+ 303
2) Sonstige laufende Einnahmen	2 176	1 982	+ 194
Summe I	36 870	32 342	+ 4 528
II. Ausgaben			
1) Verteidigungsausgaben, gesamt	10 720	9 772	+ 948
a) für eigene Streitkräfte	10 000	8 994 ²⁾	+ 1 006
b) Verteidigungsfolgekosten	720	778	— 58
2) Zivile Notstandsplanung	548	305	+ 243
3) Sozialausgaben, gesamt	13 484	11 750	+ 1 734
darunter:			
Zuschüsse an Sozialversicherungen	6 193	5 208	+ 985
Kriegsopferversorgung	4 171	3 336	+ 835
4) Subventionen und Vorratshaltung ³⁾	720	558	+ 162
5) „Grüner Plan“	1 341	1 341	± 0
6) Bundesfernstraßen	1 800	1 075	+ 725
7) Wohnungsbau und Siedlung ⁴⁾	2 077	1 795	+ 282
8) Saarrückgliederung	120	1 011	— 891
darunter:			
Kosten der Währungsumstellung	—	(660)	(— 660)
9) Quotenerhöhung beim Internationalen Währungsfonds	—	480	— 480
10) Vorzeitige Tilgung der Nachkriegswirtschaftshilfe	—	882 ⁵⁾	— 882
11) Alle übrigen Ausgaben	10 157	9 885	+ 272
Summe 1 bis 11	40 967	38 854	+ 2 113
abzüglich Globalkürzung	— 803	— 846	+ 43
Summe II	40 164	38 008⁶⁾	+ 2 156
III. Kassenfehlbetrag (I./II.)			
zu decken durch:			
1) Rückgriff auf Kassenmittel	399	1 504 ⁶⁾	— 1 105
a) allgemeinen Kassenbestand	—	1 200	— 1 200
b) Garantiedeckungskonto	399	304	+ 95
2) Schuldaufnahme (netto)	2 895	4 162	— 1 267
a) Sonderkredit für Währungsumstellung im Saarland	—	660	— 660
b) Sonderkredit für Einzahlungen an den Internationalen Währungsfonds	—	480	— 480
c) Schuldaufnahme für den Gesamthaushalt	2 895	3 022	— 127

¹⁾ Der Haushaltsplan ist für 12 Monate aufgestellt, wird aber, da das Rechnungsjahr auf das Kalenderjahr umgestellt werden soll, nur für 9 Monate (April bis Dezember 1960) vollzogen. — ²⁾ Ohne „Grünen Plan“. — ³⁾ Abzüglich der Globalkürzung in Höhe von 2 000 Mio DM. — ⁴⁾ Davon wurden 630 Mio DM (Tilgung an die USA) bereits im März 1959 kassenmäßig geleistet. — ⁵⁾ Abweichungen gegenüber der Tab. auf S. 22 ergeben sich daher daß der in Ziff. 4 genannte Betrag (630 Mio DM) dort ausgeschaltet wurde, um den Vergleich zur tatsächlichen Kassenentwicklung im laufenden Jahr zu erleichtern.

sprüche — rd. 1 Mrd DM bzw. rd. 0,7 Mrd DM — angemeldet haben und die übrigen Haushalte (Lastenausgleichsfonds, Länder, Gemeinden) ebenfalls einen beträchtlichen Teil ihrer Ausgaben durch Kreditaufnahmen zu finanzieren beabsichtigen. Die verantwortlichen Stellen werden also, wenn die Haushalte unter diesen Umständen nicht von vornherein einer angemessenen Kürzung unterworfen werden, dafür Sorge tragen müssen, daß die außerordentlichen Haushaltsansätze flexibel bleiben, damit sie kurzfristig eingeschränkt werden können, sofern sich ihre Finanzierung als unmöglich erweist.

Der Lastenausgleichsfonds

Die Kassenentwicklung des Lastenausgleichsfonds stand im vierten Quartal von 1959 stark unter dem Einfluß der hohen Auszahlungen, die gegen Ende d. J. für die Hauptentschädigung, die Hausratentschädigung und die Bedienung der im Rahmen der Altsparentschädigung entstandenen Deckungsforderungen geleistet wurden und die über die gleichzeitigen ordentlichen Einnahmen um rd. 300 Mio DM hinausgingen. Der Fonds mußte daher in erheblichem Umfang auf seine Kassenreserven zurückgreifen. Sein Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, das Ende September einen Stand von 230 Mio DM aufgewiesen hatte, betrug Ende Dezember nur noch 63 Mio DM. Darüber hinaus hat der Fonds die noch ausstehenden 110 Mio DM aus seiner Kassenhilfe an den Bund im Oktober und im Dezember voll zurückgerufen und verausgabt. Der seit dem Beginn des Rechnungsjahres bis Ende Dezember entstandene Fehlbetrag war mit rd. 630 Mio DM ungewöhnlich hoch; über den der ersten drei Quartale des letzten Rechnungsjahres ging er um mehr als 300 Mio DM hinaus.

Der im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich gestiegene Fehlbetrag des Ausgleichsfonds ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Hauptentschädigung — bei im übrigen ziemlich konstanten Ausgaben — stark vorangetrieben wurde; in den Monaten April bis Dezember wurden allein für diesen Zweck 370 Mio DM ausgegeben gegen 183 Mio DM in der entsprechenden Zeit des vorangegangenen Jahres. Eine Rolle hat ferner gespielt, daß der Fonds durch die teilweise Rückzahlung des 1955 vom Bund gewährten Überbrückungskredits mit 150 Mio DM belastet war. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben auf 3 424 Mio DM gegen 3 072 Mio DM im Vorjahr. Die laufenden Einnahmen des Fonds haben dagegen stagniert, und nur der ungewöhnlich starken Zunahme der vorzeitigen Ablösungen war es zu danken, daß der Fonds über höhere eigene Einnahmen verfügte als im Vorjahr. Obwohl die Eingänge aus vorzeitigen

Ablösungen in letzter Zeit — unter dem Einfluß der steigenden Zinssätze — nicht mehr so reichlich geflossen sind wie bis zum Herbst v. J., hat der Fonds doch in den ersten neun Monaten des Rechnungsjahres aus dieser Quelle bereits 286 Mio DM vereinnahmt gegen nur 153 Mio DM, die für das gesamte Rechnungsjahr veranschlagt sind. Trotz dieser erheblichen und unerwarteten Mehreinnahmen hat der Fonds in der Zeit von April bis Dezember v. J. bereits fremde Mittel im Betrage von rd. 350 Mio DM in Anspruch genommen gegen 500 Mio DM, die für das gesamte Rechnungsjahr vorgesehen sind.

Die Länderhaushalte

Die Kassenentwicklung der Länderhaushalte war im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres erheblich besser als bei der Aufstellung der diesjährigen Pläne erwartet worden war. Betrachtet man die unlängst veröffentlichten Ergebnisse der Länderfinanzstatistik für das erste Rechnungshalbjahr 1959/60, so zeigt sich, daß der Überschuß der laufenden Rechnung in dieser Zeit einen Betrag von 2,5 Mrd DM erreichte und damit um 1 Mrd DM höher war als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Allerdings ist es gleichzeitig auch zu einer starken Expansion der Investitionsausgaben gekommen. Mit 3,9 Mrd DM übertrafen diese Aufwendungen den Stand des Vorjahres um etwa 800 Mio DM (oder 26 vH), wobei die Investitionszuschüsse und -darlehen um rd. 520 Mio DM (oder 22 vH) und die Aufwen-

dungen für eigene Bauten und Beschaffungen um rd. 270 Mio DM (oder 37 vH) zugenommen haben. Angesichts der hohen „laufenden“ Überschüsse und der ebenfalls gestiegenen Investitionsdarlehen der zentralen Haushalte war der Bedarf an zusätzlichen Finanzierungsmitteln, d. h. Krediten und Kassenmitteln, verhältnismäßig gering. Mit 277 Mio DM betrug er nur etwa ein Drittel des in der Vergleichsperiode benötigten Betrages. Im darauffolgenden Quartal (Oktober bis Dezember) hat sich die Situation der Länderhaushalte eher noch weiter verbessert. Da die Investitionsaufwendungen — dem Saisonrhythmus folgend — offenbar etwas niedriger waren als im Vorvierteljahr, konnten sie, soweit nicht zweckgebundene Darlehen der zentralen Haushalte zur Verfügung standen, voll aus dem Überschuß der laufenden Rechnung gedeckt werden, ja, dieser war sogar noch höher als der Finanzierungsbedarf, so daß die flüssigen Mittel der Länder, jedenfalls soweit sie bei der Bundesbank unterhalten werden, etwas angereichert werden konnten. Ende Dezember v. J. erreichten sie mit 1 070 Mio DM (gegen 963 Mio DM am 30. September) einen neuen Höchststand.

Die Ursache für die seit dem Beginn des Rechnungsjahres sehr günstige Situation der Länderfinanzen liegt vor allem in der Entwicklung der Steuereinnahmen. Im vierten Quartal von 1959 haben diese mit 4,57 Mrd DM die Einnahmen in der gleichen Zeit des Jahres 1958 um 470 Mio DM (oder 11,5 vH) übertroffen, nachdem die Zunahme im zweiten und dritten

Kassenmäßige Entwicklung der Länderhaushalte *)

in Mio DM

Einnahmen / Ausgaben	1957/58	1958/59		1959/60	Veränderung 1. Rhj. 1959/60 gegen 1958/59	
	gesamt ¹⁾	gesamt ¹⁾	1. Rhj.	2. Rhj.		1. Rhj.
I. Laufende Rechnung						
1) Einnahmen, gesamt	22 412	23 517	11 487	12 030	12 813	+ 1 326
darunter: Steuereinnahmen ²⁾	13 986	14 989	7 055	7 934	8 072	+ 1 017
2) Ausgaben, gesamt	18 986	20 017	9 986	10 031	10 311	+ 325
darunter: Personalausgaben	8 030	8 868	4 410	4 458	4 463	+ 53
3) Überschuß (1 — 2)	3 426	3 500	1 501	1 999	2 502	+ 1 001
II. Investitionsrechnung						
1) Laufende Finanzierungsmittel, gesamt	5 405	5 605	2 390	3 215	3 634	+ 1 244
a) Überschüsse	3 426	3 500	1 501	1 999	2 502	+ 1 001
b) Sonstige Eigenmittel ³⁾	518	592	258	334	264	+ 6
c) Darlehen öffentlicher Haushalte	1 461	1 513	631	882	868	+ 237
2) Investitionsausgaben, gesamt	6 294	6 498	3 114	3 384	3 911	+ 797
a) Eigeninvestitionen	1 429	1 658	741	917	1 015	+ 274
b) Darlehen und Zuschüsse	4 865	4 840	2 373	2 467	2 896	+ 523
3) Fehlbetrag (1 — 2) = Bedarf an zusätzlichen Finanzierungsmitteln	— 889	— 893	— 724	— 169	— 277	Verbesserung: + 447

*) Errechnet nach den Angaben des Bundesministeriums der Finanzen; zum Teil durch eigene Schätzungen ergänzt. — ¹⁾ Einnahmen und Ausgaben der Auslaufperiode wurden jeweils dem I. Rechnungshalbjahr des folgenden Rechnungsjahres zugeordnet. — ²⁾ Landessteuern (einschließlich Anteil am Einkommensteuerertrag). — ³⁾ Darlehensrückflüsse und Einnahmen aus Vermögensveräußerung.

Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen
in Mio DM

	1958				1959							
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept. ¹¹⁾	Okt.	Nov.	Dez. ¹¹⁾
Einlagen der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank *)												
Gesamt	4 168	4 326	4 076	4 054	1 692	1 638	1 505	1 419	1 505	1 338	1 278	1 419
Bund ³⁾	3 189	3 355	3 440	3 487	404	148	281	243	281	531	504	243
Lastenausgleichsfonds	140	171	74	0	267	427	229	63	229	120	354	63
NATO-Mächte ²⁾	71	28	10	10	6	121	2	0	2	0	0	0
Länder	731	744	517	526	979	899	963	1 070	963	668	392	1 070
Gemeinden u. Sozialversicherungen	37	28	35	31	36	43	30	43	30	19	28	43
Einlagen öffentlicher Stellen bei Kreditinstituten *) ⁴⁾												
Gesamt	10 924	10 967	11 420	11 995	12 138	12 318	12 825	13 768	12 825	12 691	13 408	13 768
Sichteinlagen	2 741	2 578	2 665	3 046	3 023	2 829	2 884	3 224	2 884	2 704	3 068	3 224
Termineinlagen	6 383	6 495	6 823	6 835	6 846	6 947	7 256	7 651	7 256	7 246	7 547	7 651
Spareinlagen	1 800	1 894	1 932	2 114	2 269	2 542	2 685	2 893	2 685	2 741	2 793	2 893
Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)												
Inländische Kreditmarktverschuldung ⁴⁾												
Gesamt	11 744	12 204	12 791	13 485	14 171	15 372	16 925	...	16 925
darunter:												
Bund	483	609	662	662	662	1 198	2 428	2 723	2 428	2 693	2 822	2 723
Lastenausgleichsfonds	526	631	618	685	964	1 202	1 296	1 313	1 296	1 313	1 317	1 313
Länder ⁵⁾	3 713	3 631	3 864	4 190	4 358	4 614	4 596	...	4 596
Gemeinden ⁵⁾	6 940	7 280	7 600	7 900	8 140	8 300	8 550	...	8 550
Ausgleichsforderungen												
Gesamt	20 457	20 389	20 442	20 470	20 538	20 526	20 616	20 560	20 616	20 617	20 617	20 560
Bund	10 618	10 714	10 767	10 856	10 924	10 967	11 057	11 061	11 057	11 058	11 058	11 061
Länder	9 839	9 675	9 675	9 614	9 614	9 559	9 559	9 499	9 559	9 559	9 559	9 499
Deckungsforderungen (Lastenausgleichsfonds)	2 326	.	.	.	2 283
Auslandsverschuldung												
Bund	7 993	7 981	7 792	7 798	7 781	6 869	6 717	...	6 717
Länder	181	180	180	179	166	166	165	...	165
Verschuldung öffentlicher Unternehmen *)												
Bundesbahn ⁶⁾	4 275	4 563	4 760	5 234	5 452	5 520	5 515	...	5 515	5 546	5 616	...
Bundespost ⁷⁾	2 830	3 102	3 198	3 448	3 608	3 762	3 820	3 978	3 820	3 934	3 948	3 978
Einnahmen aus Steuern und Abgaben												
Steuereinnahmen von Bund und Ländern												
Gesamt ⁸⁾	10 312	10 120	10 761	11 688	11 214	11 341	12 178	13 049 ^{P)}	5 348	3 505	3 574	5 970 ^{P)}
darunter:												
Einkommensteuern ⁹⁾	4 086	3 850	4 294	4 875	4 432	4 386	4 891	5 417	2 977	989	916	3 512
Umsatzsteuer	3 201	3 090	3 217	3 454	3 352	3 367	3 587	3 855	1 170	1 293	1 303	1 259
Verbrauchssteuern und Zölle	2 123	2 189	2 403	2 416	2 396	2 492	2 643	2 700	914	927	882	890
Lastenausgleichsabgaben	508	523	480	561	649	581	521	589	55	113	406	70
Gemeindesteuern	1 705	1 716	1 789	2 096	2 027	2 082	2 143
Bundeshaushalt												
Kasseneingänge	7 663	7 626	7 850	8 250	7 888	8 208	8 809	9 108	3 238	2 893	2 650	3 505
Kassenausgänge	8 218	7 612	7 797	8 172	11 059	8 935	9 901	9 431	3 309	2 907	2 829	3 695
Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (-)	- 555	+ 14	+ 53	+ 78	- 3 171	- 727	- 1 092	- 323	- 71	- 14	- 179	- 130
Lastenausgleichsfonds												
Kasseneingänge ¹⁰⁾	881	877	833	902	923	852	869	1 000	148	215	606	179
Kassenausgänge ¹⁰⁾	950	951	862	1 124	850	995	1 056	1 303	318	373	352	578
Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (-)	- 69	- 74	- 29	- 222	+ 73	- 143	- 187	- 303	- 170	- 158	+ 254	- 399
Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten												
Beitragsaufkommen	2 623	2 584	2 813	2 868	2 778	2 865	3 014	3 164	995	1 020	1 010	1 134
Rentenzahlungen	2 944	3 013	3 092	3 107	3 251	3 262	3 292	3 318	1 098	1 104	1 106	1 108
Arbeitslosenversicherung												
Beitragsaufkommen	334	350	380	375	347	396	396	410	130	138	133	139
Unterstützungszahlungen	633	207	125	170	581	138	77	96	23	24	25	47

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VI, Öffentliche Finanzen, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes und früherer Hefte.

¹⁾ Stand am Vierteljahres- bzw. Monatsende. — ²⁾ Einschließlich des Garantiedeckungskontos, das im Ausweis der Deutschen Bundesbank unter den Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft nachgewiesen wird. — ³⁾ Nur insoweit, als aus Bundesmitteln gespeist. — ⁴⁾ Hierin sind außer den Einlagen der vorstehend aufgeführten Haushalte auch die Einlagen der Bundesbahn, der Bundespost und sonstiger öffentlicher Unternehmen (soweit diese keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen) sowie allierter Dienststellen enthalten. — ⁵⁾ Neuverschuldung seit der Währungsreform; ohne die Anleihestücke im eigenen Bestand. — ⁶⁾ Zum Teil geschätzt. — ⁷⁾ Ohne Verschuldung beim Bund, ohne Auslandsverschuldung und ohne rückständige Zahlungsverpflichtungen; jedoch einschließlich der bei Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen aufgenommenen Kredite. — ⁸⁾ Ohne Verschuldung bei öffentlichen Haushalten, ohne Auslandsverschuldung, ohne Anleihestücke im eigenen Bestand und ohne rückständige Zahlungsverpflichtungen. — ⁹⁾ Im Gegensatz zu den im Bundesanzeiger veröffentlichten Zahlen ohne Einnahmen aus Umsatzausgleichsteuer und Zöllen für Rüstungseinführen. — ¹⁰⁾ Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer. — ¹¹⁾ Eingänge auf bzw. Ausgänge aus dem bei der Bundesbank unterhaltenen Konto des Bundesausgleichsamts abzüglich der Verschuldungstransaktionen. — ¹²⁾ Monate mit vergleichbaren Steuerterminen. — ^{P)} Vorläufig.

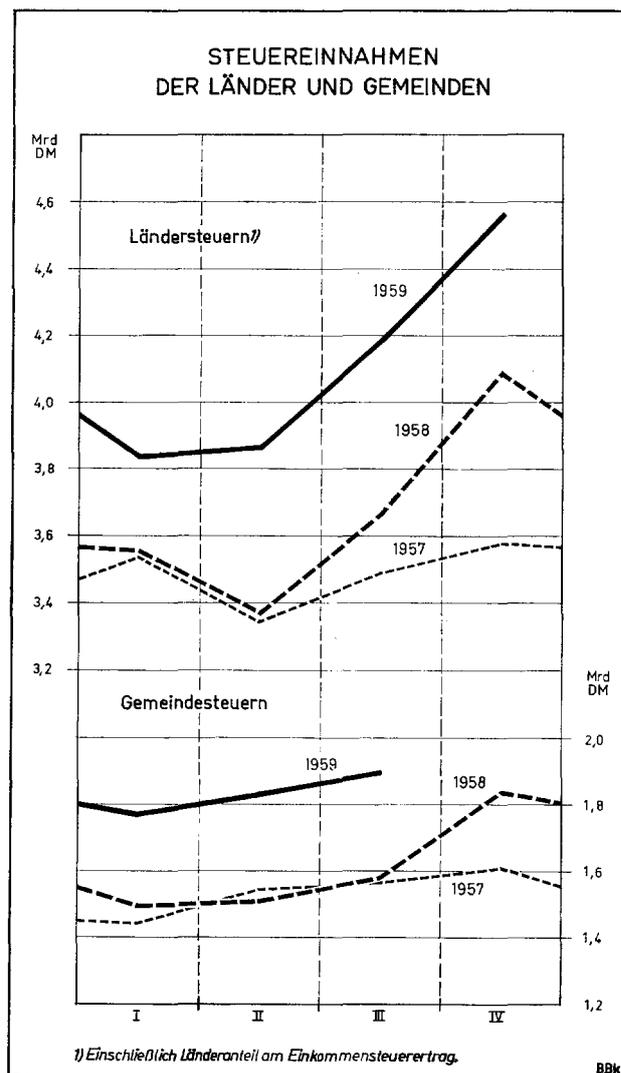
Quartal 500 Mio DM (15 vH) bzw. 520 Mio DM (14 vH) betragen hatte. Insgesamt haben die Länder in den ersten neun Monaten des laufenden Rechnungsjahres also Steuermehreinnahmen in Höhe von rd. 1 1/2 Mrd DM erhalten. Gleichzeitig sind die laufenden Ausgaben, unter denen vor allem die persönlichen Aufwendungen ins Gewicht fallen, nur wenig gestiegen, so daß die Länder nicht nur ihre Investitionsausgaben in starkem Maße erhöhen, sondern auch weitgehend auf Kreditaufnahmen verzichten konnten, zumal die Entwicklung des Kapitalmarktes die Realisierung der ursprünglichen Kreditpläne auch kaum gestattet hätte. Insgesamt ist die Verschuldung der Länder an den Kreditmärkten in den ersten neun Monaten des Rechnungsjahres nur um 190 Mio DM gewachsen gegen 475 Mio DM in der entsprechenden Vorjahrszeit. Im ersten Rechnungshalbjahr hatte sie zwar (vor allem auf Grund der vom Land Nordrhein-Westfalen im April 1959 begebenen 200 Mio DM-Anleihe) um 240 Mio DM zugenommen, jedoch ist sie in den darauffolgenden drei Monaten per Saldo um rd. 50 Mio DM vermindert worden. Die Kreditaufnahme ist damit wesentlich geringer geblieben als die in den Haushaltsplänen der Länder für dieses Jahr vorgesehenen Kreditermächtigungen, die sich auf brutto 1,5 Mrd DM und (nach Abzug der Schuldentilgungen) auf netto rd. 1,2 Mrd DM belaufen.

Die für das Rechnungsjahr 1960 vorliegenden Pläne zeigen, daß die Länder auch für dieses Jahr erhebliche, ja sogar höhere Kreditaufnahmen in Aussicht nehmen als für 1959/60. Für die Zwölfmonatsperiode von April 1960 bis März 1961 (auch im Falle der Länder sollen die Pläne wegen der Umstellung des Rechnungsjahres auf das Kalenderjahr nur für neun Monate vollzogen werden) betragen sie brutto etwa 1,8 Mrd DM gegen, wie erwähnt, 1,5 Mrd DM im laufenden Rechnungsjahr. Im einzelnen sind dabei bemerkenswerte Unterschiede festzustellen: Einer ungewöhnlich starken Heraufsetzung in Nordrhein-Westfalen — von 252 auf 543 Mio DM — und weiteren Steigerungen in Baden-Württemberg und Niedersachsen (um 79 bzw. 30 Mio DM) stehen niedrigere Beträge namentlich in Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz gegenüber. Daß Mittel in der zuvor genannten Größenordnung am Kapitalmarkt angesichts der zu erwartenden hohen Kreditnachfrage anderer öffentlicher Stellen, vor allem des Bundes und der Bundesbahn, nicht zu beschaffen sein werden, liegt auf der Hand. Sie sind auch vom Standpunkt der Länder in diesem Umfang nicht erforderlich, da für das neue Rechnungsjahr wiederum mit hohen Steuermehreinnahmen gerechnet werden kann. Sofern neue Belastungen, die sich für die laufende Rechnung aus dem

weiteren Anstieg der Wiedergutmachungszahlungen und — möglicherweise — aus einer Erhöhung der persönlichen Ausgaben ergeben können, hieraus nicht voll zu decken wären, müßten diese durch eine Beschränkung der Investitionsausgaben aufgefangen werden, zumal eine solche Beschränkung auch unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten erwünscht ist.

Die Gemeindehaushalte

Ebenso wie die Länder haben auch die Gemeinden im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres erhebliche Mehreinnahmen aus ihren Steuern erzielt. Beim Aufkommen aus der Gewerbesteuer, das weitgehend parallel mit dem aus der veranlagten Einkommensteuer verläuft, ist die Veranlagung für 1957 offensichtlich noch ertragreicher gewesen als bei der Einkommensteuer selbst. Gleichzeitig hielt sich die Zunahme der laufenden Ausgaben in engen Grenzen, und ähnlich wie bei den Ländern sind auch die Investitionsausgaben — bei rückläufiger Kredit-



aufnahme — stark gewachsen. So waren die Bauinvestitionen der Kommunen (auf die der überwiegende Teil der gesamten gemeindlichen Investitionen entfällt) in der Zeit von April bis September v. J. mit rd. 2 1/4 Mrd DM um reichlich 300 Mio DM oder rd. 16 vH höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit, während die Zunahme der Verschuldung mit rd. 400 Mio DM um 250 Mio DM geringer blieb.

Im darauffolgenden Vierteljahr Oktober bis Dezember ist die Verschuldung der Gemeinden — nach vorläufigen Angaben — allerdings wieder kräftig, nämlich um 350 Mio DM, gestiegen. Für die ersten neun Monate des Rechnungsjahres ergibt sich damit eine Zunahme um 750 Mio DM. Wenn diese auch bei weitem nicht so stark war wie in der entsprechenden Zeit der beiden Vorjahre, als sie 1 080 bzw. 960 Mio DM betragen hatte, so ist sie doch erheblich größer gewesen als der gleichzeitige Bedarf an zusätzlichen Finanzierungsmitteln, der vor allem wegen der starken Steigerung der Steuereinnahmen wesentlich niedriger war als in allen früheren Jahren. Zum Teil mag hierbei eine Rolle gespielt haben, daß die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Kapitalmarktes manche Gemeinden bewogen hat, sich vorsorglich um fremde Mittel zu bemühen; entscheidend dürfte aber sein, daß die

kommunalen Haushalte auf Grund der für sie bestehenden haushaltsrechtlichen Vorschriften die Mittel zur Durchführung ihrer Investitionsvorhaben weitgehend vor Beginn der Arbeiten beschaffen und sie zunächst ihren Reserven zuführen, d. h. überwiegend in Form von Spareinlagen oder Termineinlagen bei Banken anlegen. Nur so ist es zu verstehen, daß die in dem vergangenen Jahr ständig stark gestiegene Verschuldung¹⁾ mit einem nur selten unterbrochenen Anstieg der kommunalen Geldbestände Hand in Hand gegangen ist. Genaue Angaben über den Umfang dieser Bestände liegen zwar nicht vor, doch läßt die starke Zunahme der öffentlichen Spareinlagen bei den Banken, vor allem bei den Sparkassen, die zum überwiegenden Teil auf die Gemeinden entfallen, den Schluß zu, daß die Gemeinden (neben den Rücklagen, die sie zu bilden verpflichtet sind) seit geraumer Zeit über wachsende unverausgabte Kreditmittel verfügen. Daß dies nicht im Interesse des Kapitalmarktes liegt, versteht sich von selbst; aber auch für die Gemeinden dürften die Nachteile dieser Vorschrift, die ihre Haushaltsführung erschwert und verteuert, die Vorteile bei weitem überwiegen.

¹⁾ Vgl. hierzu: Die Entwicklung der kommunalen Verschuldung, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Dezember 1959, S. 11 ff.

Produktion und Märkte

Produktion und Märkte standen in den letzten Monaten weiter im Zeichen der Hochkonjunktur, die sich im Frühjahr des vergangenen Jahres anbahnte und seitdem zu erheblichen Spannungen geführt hat, die auch das Preisniveau nicht unberührt ließen. Unter dem Impuls der wachsenden Nachfrage hat sich die Wirtschaft bemüht, aus den vorhandenen Produktionskräften das Äußerste herauszuholen. Produktion und Beschäftigung sind daher im letzten Quartal überraschend stark gestiegen, aber zum Teil freilich nur unter Inkaufnahme einer Verstärkung der Preisauftriebstendenzen. Überdies hat die Nachfrage, ungeachtet der kreditpolitischen Gegenmaßnahmen, die sich naturgemäß nur allmählich auswirken können, vielfach weiterhin stärker als die Produktion zugenommen, so daß der volkswirtschaftliche Nachfrageüberhang fürs erste noch gewachsen sein dürfte. Daß es unter diesen Umständen unerlässlich ist, an einer restriktiven Konjunkturpolitik festzuhalten, und daß es erwünscht wäre, die zu diesem Zweck getroffenen kreditpolitischen Maßnahmen noch durch konjunkturpolitische Maßnahmen anderer Art zu ergänzen, liegt auf der Hand.

Anspannung der Produktionsfaktoren

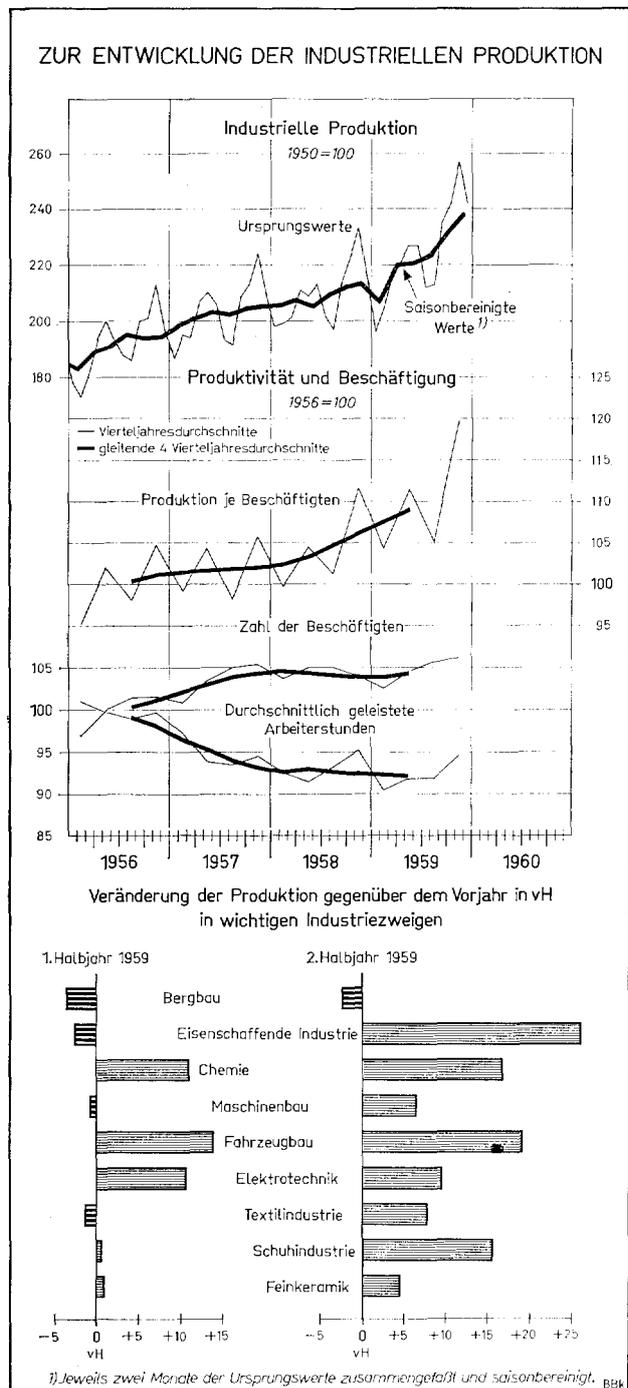
Die starke Anspannung der Produktionskräfte fand in den letzten Monaten vor allem in einer beträchtlichen Zunahme der Industrieproduktion ihren Niederschlag. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Index der Industrieproduktion (1936 = 100) ist von Juli bis November von 235 auf 285 gestiegen und im Dezember trotz der in diesem Monat üblichen starken Einschränkungen nur auf 269 gesunken. Seine Zuwachsrate gegenüber dem jeweiligen Vorjahrsstand hat sich damit ständig erhöht: sie betrug im Juli 5 vH, stieg in den beiden folgenden Monaten auf knapp 8 bzw. 9,5 vH und erreichte im November und Dezember 10,5 bzw. 12,9 vH, d. h. einen höheren Stand als — von Zufallseinflüssen abgesehen — jemals seit 1955. Trotz der nur geringen Steigerungsraten von Anfang des Jahres — 3,2 vH im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals und 4,7 vH im April — hat die Zuwachsrate des gesamten Jahres infolgedessen bei 7 vH gelegen und damit die der beiden Vorjahre — 6 vH für 1957 und 3 vH für 1958 — merklich übertroffen und die des Jahres 1956 fast wieder erreicht.

Gibt man sich über die Faktoren, die dieses Ergebnis ermöglicht haben, Rechenschaft, so ist sicher zunächst auf den anhaltenden Produktivitätsfortschritt und wohl auch auf die verschiedentlich noch gegebene Möglichkeit hinzuweisen, die vorhandenen Produktionskapazitäten und Arbeitskräfte stärker auszunutzen. Sehr wesentlich war in diesem Zusammenhang aber auch, daß das Arbeitspotential der Industrie im Verlauf des zweiten Halbjahres 1959 nicht unbeträchtlich gewachsen ist — viel mehr jedenfalls, als man auf Grund der bekannten allgemeinen Knappheit an Arbeitskräften hätte erwarten können. Das erklärt sich einmal daraus, daß unter dem Druck der angespannten Arbeitssituation in der Industrie im allgemeinen auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit verzichtet, ja teilweise sogar wieder in etwas größerem Umfang Überstundenarbeit geleistet wurde. Im Vergleich zu den vorangegangenen zwei oder drei Jahren, in denen die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Woche erheblich abgenommen hatte — von 1957 bis 1959 allein nach den bisher vorliegenden Zahlen von 43 auf 40 1/2 Stunden —, war das von erheblicher Bedeutung. Noch wichtiger war indes, daß sich gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten in der Industrie merklich erhöhte. Ende Juni 1959 war die Zahl der in der Industrie (ohne Bauhauptgewerbe) tätigen Arbeiter und Angestellten mit knapp 7,3 Millionen noch um ein Geringes niedriger gewesen als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Ende November, dem letzten Zeitpunkt, für den Angaben vorliegen, ging sie jedoch um 183 000 über den entsprechenden Vorjahrsstand hinaus, und im Dezember dürfte die Zunahme gegenüber dem gleichen Monat von 1958 noch größer gewesen sein.

Gerade diese Entwicklung läßt jedoch auch die Problematik einer so forcierten Produktionssteigerung erkennen, wie sie die Industrie im letzten Halbjahr aufwies. Die Steigerung des Arbeitskräftepotentials der Industrie hat gewiß insofern ihre positiven Seiten, als sie auf der Vermeidung unnötiger Saisonarbeitslosigkeit oder auf der Heranziehung bisher noch nicht erwerbstätiger Personen beruht. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß dabei in vielen Fällen Anreize geboten werden mußten, die praktisch auf eine Erhöhung der Kosten, insbesondere der Lohnkosten, hinausliefen. Vor allem aber ging die Erweiterung des Arbeitskräftepotentials der Industrie zum Teil zu Lasten anderer Wirtschaftszweige. Das kann nun zwar ebenfalls im Interesse der Gesamtwirtschaft liegen, sofern auf diese Weise Arbeitskräfte einer produktiveren Beschäftigung zugeführt werden, aber leider ist damit oft nicht nur ein Produktivitätsfortschritt verknüpft, sondern auch eine über die gesamtwirtschaftliche Produk-

tivitätserhöhung hinausgehende Lohnsteigerung, da solche Fluktuationen selbstverständlich Veränderungen im Lohngefälle zur Voraussetzung haben und den „verlierenden“ Wirtschaftszweigen in der Regel gar nichts anderes übrigbleibt, als sich gegen allzu starke Verluste dadurch zu schützen, daß sie den Lohnangeboten der abwerbenden Branchen allmählich folgen.

Ein Beispiel dafür, daß die starke Produktionssteigerung in der Industrie zum Teil mit einem um so größeren Arbeitsengpaß in anderen Bereichen verbun-



den war, bot in den letzten Monaten namentlich die Bauwirtschaft. Die Bauwirtschaft, oder genauer das Bauhauptgewerbe, hatte nämlich an der starken Produktionserhöhung in den meisten Zweigen der Industrie im engeren Sinne des Wortes nicht teil, obwohl die Nachfrage, wie noch zu zeigen sein wird, auch hier außerordentlich lebhaft blieb. Gemessen am Index des Statistischen Bundesamtes war die Bauproduktion im zweiten Halbjahr 1959 nur um 4 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, im vierten Quartal allein sogar nur um 2 vH, wobei sich im Dezember im Vergleich zu den beiden Vormonaten wiederum eine Abnahme ergab. Der Grund hierfür lag eindeutig im Mangel an Arbeitskräften. Im November war die Beschäftigtenziffer im Bauhauptgewerbe nur um 0,5 vH höher als im Vorjahr gegen fast 3 vH in der übrigen Industrie. Dabei mußte im Baugewerbe, im Gegensatz zur übrigen Industrie, eher noch eine leichte Einschränkung der effektiven Arbeitszeit hingenommen werden. Die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden war infolgedessen hier im November nur um 0,2 vH höher als im November 1958, und im Dezember blieb sie sogar hinter dem Vorjahrsstand zurück.

Vorläufig ist es auch noch nicht sicher, ob das Produktionspotential der Bauwirtschaft durch den sogenannten Winterbau in nennenswertem Maße erweitert werden wird. Dank der Maßnahmen zur Sicherung einer kontinuierlichen Beschäftigung namentlich um die Weihnachts- und Neujahrszeit hat im vergangenen Jahr die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe gegen Jahreschluß zwar nicht, wie sonst in der Regel, sprunghaft zugenommen, sondern die Zahl der Beschäftigten blieb auf relativ hohem Niveau. Es hat aber den Anschein, als sei damit zunächst nur eine Wahrung des Beschäftigungsverhältnisses, nicht aber die Aufrechterhaltung eines entsprechenden Arbeitsvolumens verbunden gewesen, denn trotz des geringen Anstiegs der Arbeitslosigkeit war die Produktion des Bauhauptgewerbes im Dezember, wie erwähnt, kaum höher als im Vorjahr, obwohl die Witterungsverhältnisse keineswegs ungünstiger waren. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Maßnahmen zugunsten des Winterbaus in den Monaten Januar und Februar, für die sie in erster Linie bestimmt sind, erfolgreicher sein werden. Es liegt auf der Hand, daß ein Verstreichenlassen der Möglichkeiten, die der Winterbau für die Erweiterung des Produktionspotentials der Bauwirtschaft bietet, sehr bedauerlich wäre, weil auf Grund der Nachfrage nach Bauleistungen — die, wie später noch zu zeigen sein wird, nach wie vor hoch ist und sicher noch verhältnismäßig lange gegen die Kapazitätsgrenzen pressen wird — bei Beginn der Bausaison

dann mit neuen erheblichen Spannungen gerechnet werden müßte.

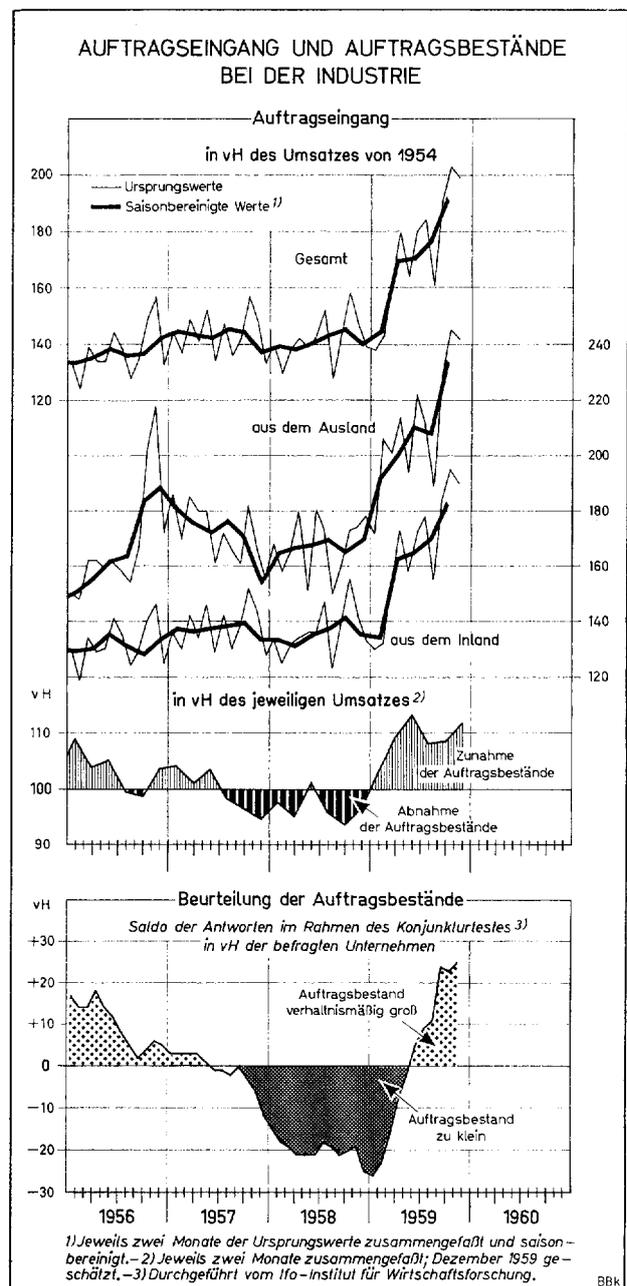
Das gilt um so mehr, als die allgemeine Arbeitssituation im laufenden Jahr wahrscheinlich noch angespannter sein wird als im letzten. Die Zahl der Arbeitslosen ist, von den Wintermonaten abgesehen, auf einen Stand gesunken, in dem kaum mehr Reserven stecken dürften; aber auch die Möglichkeiten für eine weitere Beschränkung der saisonalen Arbeitslosigkeit sind sicher nur noch bescheiden. Ende Dezember 1959, also zu einem Zeitpunkt, an dem die winterliche Arbeitslosigkeit sonst schon recht markant in Erscheinung zu treten pflegte, waren bei den Arbeitsämtern nur 443 000 Arbeitslose registriert gegen 938 000 zur gleichen Zeit des Vorjahres; die „Arbeitslosenquote“, d. h. das Verhältnis zwischen Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten, war damit auf 2,2 vH gesunken, verglichen mit 4,7 vH am Ende des Jahres 1958 und 6,2 vH am Ende des Jahres 1957. Der natürliche Zugang an neuen Arbeitskräften wird 1960 überdies wesentlich schwächer sein als im Vorjahr, da in diesem Jahr der geburtenschwächste Jahrgang, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen hatte, ins Erwerbsleben tritt. Ob und wie weit das durch eine verstärkte Zuwanderung von Arbeitskräften aus Mitteldeutschland und aus dem Ausland ausgeglichen werden wird, bleibt ungewiß. Die Erwartungen sind, auch was die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte anlangt, bei den zuständigen Stellen nicht sehr hoch. Positiv wird auf das Arbeitspotential allerdings wirken, daß im laufenden Jahr die durchschnittliche Arbeitszeit voraussichtlich nicht mehr weiter eingeschränkt werden wird, daß ferner die älteren Jahrgänge vielleicht später als normalerweise ihre Tätigkeit einstellen werden und daß sich schließlich der Kreis der Erwerbstätigen unter der Bevölkerung, speziell unter den Frauen, eventuell noch weiter ausdehnen wird. Allerdings würde das nach den bisherigen Erfahrungen nur mit entsprechenden Lohn- und Gehaltsanreizen erkaufte werden können und insofern nicht unbedenklich sein, d. h. nicht unbedingt den Spielraum für eine währungspolitisch neutrale Expansion der Nachfrage erweitern. Mehr ist dagegen von den produktionssteigernden Wirkungen der in letzter Zeit getätigten Investitionen zu erwarten, zumal gerade die gewerblichen Investitionen seit dem vergangenen Sommer wieder in starker Zunahme begriffen sind. Aber auch dieser Faktor sollte nicht überschätzt werden, da ja auch bisher schon Jahr für Jahr beträchtliche Investitionen produktionsreif wurden und man daher nur die Steigerung der Investitionen in Rechnung stellen darf. Diese aber wird

in ihrer Wirkung auf das Produktionspotential bis zu einem gewissen Grade wieder dadurch kompensiert, daß zur Zeit nur noch in sehr bescheidenem Umfang unausgenutzte Kapazitäten bestehen, während bei der starken Produktionsausdehnung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres noch auf erheblich größere Kapazitätsreserven zurückgegriffen werden konnte.

Anhaltender Nachfrageboom

Die Investitionstätigkeit

Das Schwergewicht der Nachfrageentwicklung, die, wie eingangs erwähnt, in der Berichtsperiode weiter im Zeichen eines starken Booms stand, lag in noch stärkerem Maße als in den vorangegangenen Monaten bei der Ausdehnung der *Anlageinvestitionen*. Gegenüber dem Wohnungsbau und dem öffentlichen Bau, die bis zum Sommer die hauptsächlichsten Faktoren in der Zunahme der Investitionstätigkeit bildeten, sind jedoch in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres mehr und mehr die gewerblichen Investitionen in den Vordergrund getreten. Verstärkte Ausrüstungsinvestitionen, bei denen das Rationalisierungsmotiv eine große Rolle spielt, waren dabei nach wie vor von großer Bedeutung. Dem effektiven Betrage nach dürften sie im zweiten Halbjahr 1959 um 12 vH höher gewesen sein als in der gleichen Zeit des Vorjahres gegen ungefähr 6 vH in der ersten Hälfte. Einen noch stärkeren Anstieg aber weisen die Planungen auf, wie insbesondere aus dem Auftragseingang bei den Investitionsgüterindustrien zu ersehen ist. Die neu erteilten Inlandsaufträge an die Investitionsgüterindustrien waren im November 1959, dem letzten Monat, für den bei Abschluß des Berichts Angaben vorlagen, dem Werte nach um 41 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im Oktober hatte die Zuwachsrate 25 vH betragen, im Monatsdurchschnitt des dritten Quartals 22 vH und im Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals 19 vH. Besonders der Maschinenbau, auf den sich die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen in erster Linie auszuwirken pflegt, konnte wesentlich höhere Aufträge buchen; bei ihm übertraf der Auftragseingang im November die entsprechende Vorjahrsziffer um 50 vH gegen 34 vH im Oktober, 28 vH im Monatsdurchschnitt des dritten und 19 vH im Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals. Auch im Dezember blieb die Zuwachsrate mit etwa 25 vH nach vorläufigen Meldungen relativ hoch. Die — beträchtlich gestiegenen — Auslieferungen an das Inland wurden damit im November um 33 vH überschritten gegen 4 bis 5 vH im Durchschnitt des zweiten und dritten Quartals. Ein ähnliches Bild bieten die Elektrotechnische Industrie und die Feinmechanische



und Optische Industrie, und selbst im Fahrzeugbau, der nun schon seit langem Objekt einer ungewöhnlich hohen Nachfragewelle ist, war der Auftragseingang im Oktober und November wieder um reichlich 20 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, womit er um rd. 12 vH über den laufenden Umsatz hinausging.

Zweifellos machen sich in diesem Investitionsboom zu einem erheblichen Teil die Sekundärwirkungen des allgemeinen Aufschwungs bemerkbar. Mit der starken Nachfragesteigerung wächst natürlich das Bedürfnis nach Erweiterung des Produktionsspielraums. Ausrüstungsinvestitionen spielen dabei schon deshalb eine besondere Rolle, weil der sich ständig verschärfende Mangel an Arbeitskräften in zunehmendem Maße die

Anwendung arbeitssparender Techniken erheischt. Es ist aber bezeichnend für die neueste Entwicklung, daß mit der starken Zunahme der Produktion auch immer mehr Erweiterungsinvestitionen vorgenommen werden müssen, weil die vorhandenen Kapazitäten nicht mehr ausreichen, um dem wachsenden Bedarf zu genügen. Neben die Ausrüstungsinvestitionen sind daher in letzter Zeit in immer stärkerem Maße auch *gewerbliche Bauinvestitionen* getreten. So war im November der veranschlagte Bauaufwand für die neu genehmigten gewerblichen Hochbauprojekte mit rd. 420 Mio DM um 38 vH höher als im November 1958 gegen gut 19 vH im Oktober sowie im Monatsdurchschnitt des zweiten und dritten Vierteljahres, während er im ersten Quartal von 1959 noch um ein Geringes unter dem Betrag der entsprechenden Vorjahrszeit gelegen hatte.

Dies ist konjunkturell um so gravierender, als die *Nachfrage nach Bauleistungen in den übrigen Sektoren* im allgemeinen ebenfalls noch im Wachsen ist, obwohl sich hier zum Teil bereits eine Verlangsamung anzubahnen beginnt. Der einzige Baubereich, in dem der Höhepunkt des Nachfragebooms überschritten zu sein scheint, ist bisher der öffentlich geförderte Wohnungsbau. Die Zahl der erteilten Bewilligungen für die finanzielle Förderung von Sozialwohnungen ging von rd. 22 000 im Oktober auf rd. 16 500 im November zurück und war damit um nahezu 30 vH niedriger als im gleichen Vorjahrsmonat, nachdem schon im dritten Quartal um 22 vH und im Oktober um 11 vH weniger Bewilligungen erteilt worden waren als ein Jahr zuvor. Diese Abnahme der Bewilligungen hängt mit dem Auslaufen gewisser Sonderprogramme, vor allem für den Sowjetzonen-Flüchtlingsbau, zusammen. Die Gesamtzahl der erteilten Bewilligungsbescheide dürfte hauptsächlich deshalb von 277 000 im Jahre 1958 auf rd. 250 000 im Jahre 1959 zurückgegangen sein. Da dieser Verminderung in den Bewilligungen eine Zunahme in der effektiven Bauleistung gegenübersteht — die Zahl der im Jahre 1959 fertiggestellten Sozialwohnungen wird nicht unerheblich über dem Bauergebnis des Jahres 1958 mit 295 000 Wohnungen liegen —, dürfte dadurch der Überhang an angefangenen, aber noch nicht fertiggestellten Bauten im Bereich des sozialen Wohnungsbaus abgenommen haben oder sich in Kürze verringern. Wie der weitere Verlauf der Bauplanungen in diesem Bereich sein wird, ist allerdings im Augenblick schwer zu übersehen. Durch die öffentliche Finanzierungshilfe ist dem sozialen Wohnungsbau im Jahre 1960 an sich noch ein verhältnismäßig weiter Rahmen gesteckt, sind doch vor allem im Haushalt des Bundes für das Rechnungsjahr 1960 nach dem jetzt vorliegenden Entwurf für die Förderung des

Wohnungsbaus im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt rd. 2,2 Mrd DM veranschlagt, d. h. ein um fast ein Zehntel höherer Betrag als im Vorjahr. Ein Teil dieser Mittel wird allerdings zur Finanzierung von Bauprojekten verwandt werden müssen, die bereits im Vorjahr in Angriff genommen wurden, während die für neue Bauvorhaben bewilligten Mittel etwas rückläufig sind. Andererseits ist aber zu berücksichtigen, daß infolge der Umstellung des Förderungsmodus von der reinen Kapitalsubvention auf die sog. Mischsubvention und die reine Zinssubvention die je Wohnungseinheit aufzuwendenden öffentlichen Mittel abnehmen — in den letzten Monaten beliefen sich die je geförderte Wohnung bereitgestellten öffentlichen Mittel auf 8 400 DM gegen 9 700 DM im ersten Quartal 1959 —, so daß selbst ein merklicher Rückgang der für noch nicht begonnene Bauten zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel nicht notwendigerweise eine Einschränkung der Zahl der zu fördernden Wohnungen zur Folge haben muß. Außerdem planen wichtige Länder, die Verminderung der Förderungsmittel aus den zentralen Haushalten durch Erhöhungen der eigenen Ausgaben für den Wohnungsbau zu kompensieren. Um so mehr wird es vom Verhalten der disponierenden Verwaltungsstellen, also vor allem von den Ländern, abhängen, ob die an sich verfügbaren Mittel nur in dem Maße eingesetzt werden, in dem sie die Baukonjunktur nicht weiter anheizen, da andernfalls die Baupreise, die schon im November um 7 vH über ihrem entsprechenden Vorjahrsstand lagen, zwangsläufig weiter in die Höhe getrieben und die Baumittel in ihrem Realwert dementsprechend vermindern würden.

Vor allem jedoch ist fürs erste die Expansion des frei finanzierten Wohnungsbaus noch relativ kräftig. Nach den verfügbaren Angaben ist in diesem Bereich bisher kein Rückgang, sondern lediglich eine gewisse Verlangsamung der zunächst sehr starken Steigerung der Nachfrage festzustellen. So wurden im Oktober und November von den Kapitalsammelstellen (einschl. Lebensversicherungen) erneut um gut 28 vH mehr Hypotheken als ein Jahr vorher für diesen Sektor des Wohnungsbaus zugesagt, nachdem im dritten Quartal die Zuwachsrate 45 vH und im ersten Halbjahr 1959 sogar 60 vH betragen hatte. Wenn demnach die Verteuerung und relative Verknappung der längerfristigen Finanzierungsmittel den frei finanzierten Wohnungsbau nicht ganz unberührt gelassen haben, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß die Veränderungen in den Zinsbedingungen die Entscheidungen der Bauherren so lange nicht merklich tangieren, als die erheblichen steuerlichen Vergünstigungen für den Wohnungsbau — namentlich der Abschreibungsvorteil nach

Zahlen zur Bauwirtschaft
Monatsdurchschnitte bzw. Monate, ohne Berlin (West) und ohne Saarland

	Einheit	1959				Veränderung 1959 gegenüber 1958 in vH			
		1. Hj.	3. Vj.	Oktober	November	1. Hj.	3. Vj.	Oktober	November
1) Bauproduktion, nur Rohbau (arbeitstäglich)	1936 = 100	206	249	239	249	+ 17,7	+ 6,2	+ 2,6	+ 2,4
2) Neu genehmigte Wohnungen	Anzahl	45 922	54 172	52 492	49 678	+ 12,0	+ 0,5	- 3,9	+ 6,7
Durch Bewilligung öffentlicher Mittel geförderte Wohnungen	"	21 426	21 542	21 942	16 540	+ 13,8	- 22,1	- 10,9	- 29,4
3) Veranschlagter Bauaufwand für genehmigte Hochbauten	Mio DM	1 644,1	2 063,1	2 055,2	2 031,0	+ 16,8	+ 12,9	+ 5,6	+ 28,7
Gesamt									
davon für:									
Wohngebäude	"	1 086,5	1 348,7	1 321,9	1 244,4	+ 20,7	+ 10,9	+ 8,3	+ 19,5
Öffentliche Gebäude ¹⁾	"	187,3	256,9	274,9	364,8	+ 9,4	+ 14,1	- 19,6	+ 57,6
Wirtschaftsgebäude ²⁾	"	202,0	457,6	458,4	421,8	+ 10,0	+ 18,6	+ 19,4	+ 38,2
4) Hypothekenzusagen für den Wohnungsbau ³⁾	Mio DM	784,5	841,5	801,8	752,2	+ 48,4	+ 40,1	+ 25,6	+ 28,6
Gesamt									
davon für:									
Öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau	"	366,8	381,4	365,6	344,7	+ 37,6	+ 34,6	+ 23,0	+ 27,7
Sonstigen Wohnungsbau	"	417,8	460,1	436,2	407,5	+ 59,5	+ 44,9	+ 27,8	+ 29,3
5) Noch nicht durch Auszahlungen erledigte Zusagen ⁴⁾	Mio DM	6 119,4	6 505,6	6 541,6	6 601,8	+ 47,1	+ 44,0	+ 41,7	+ 41,1

¹⁾ Nichtwohngebäude für Behörden und Verwaltungen. — ²⁾ Nichtwohngebäude für private Bauherren. — ³⁾ Kapitalsammelstellen einschl. Lebensversicherungen. — ⁴⁾ Jahres-, Halb- und Vierteljahres- bzw. Monatsendstände.

§ 7b des Einkommensteuergesetzes — beibehalten werden. Auch im öffentlichen Hochbau ist bislang noch keine eindeutige Tendenz zur Einschränkung zu erkennen. Der veranschlagte Bauaufwand für die im dritten Quartal 1959 baupolizeilich genehmigten öffentlichen Hochbauten war um 14 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres gegen 9 vH im ersten Halbjahr. Im Oktober blieb er dann zwar erheblich hinter dem entsprechenden Vorjahresbetrag zurück, im November schnellte die Zuwachsrate jedoch wieder auf 58 vH hinauf. Ob im weiteren Verlauf die wiederholten Appelle an die öffentlichen Stellen, sich bei ihren Bauaufträgen eines stärkeren „antizyklischen“ Verhaltens zu befleißigen, allmählich Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten. Es mehren sich jedoch die Anzeichen dafür, daß zumindest die zunehmende Erschwerung der Kreditaufnahme in absehbarer Zeit eine gewisse Reduktion der öffentlichen Bautätigkeit bewirken wird, wenn gleich sich dies in der ersten Phase der neuen Bausaison schon mit Rücksicht auf den hohen Überhang an alten Bauvorhaben kaum bemerkbar machen wird.

*Lageraufstockungen
und vorzeitige Auftragsvergabe*

Die Tendenzen zur Lageraufstockung und zur vorzeitigen Auftragsvergabe, die seit dem Frühjahr 1959 in erheblichem Umfange zur Intensivierung des Konjunkturaufschwungs beigetragen haben, halten z. Zt. ebenfalls noch an. Allein schon die Tatsache, daß im Jahre 1958 und teilweise auch noch Anfang 1959 die Lager-

bestände an Vorprodukten bzw. an Handelswaren bei der verarbeitenden Industrie und beim Handel mehr oder weniger stark abgebaut worden waren und die Lagerbestände inzwischen vielfach noch nicht auf ein dem jetzigen Umsatz- bzw. Produktionsvolumen entsprechendes Niveau gestiegen sind, verleiht diesen Tendenzen fürs erste noch einen erheblichen Nachdruck. Es kommt hinzu, daß die Vergabe von Aufträgen zum Teil auch deshalb forciert wird, weil wegen wachsender Lieferfristen der Wareneinfluß für eine immer längere Periode im voraus durch entsprechend terminierte Bestellung gesichert werden soll. Daß diese Einflüsse eine große Rolle spielen, geht insbesondere aus den für den Stahlbereich vorliegenden detaillierten Angaben und aus den für die Verbrauchsgüter verfügbaren Indikatoren hervor.

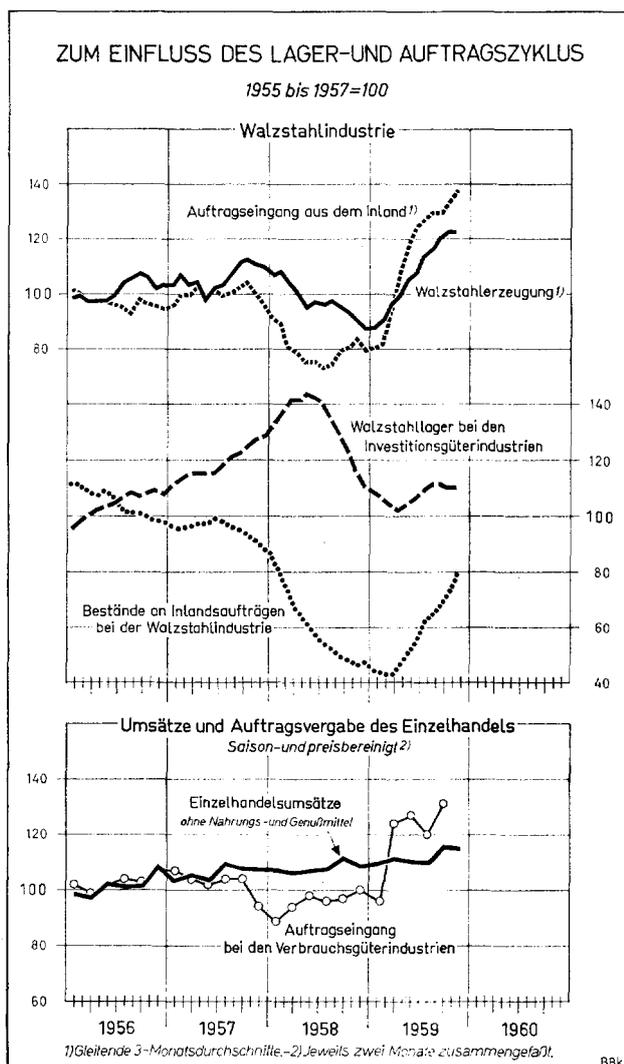
In der *Walzstahlindustrie* stiegen die Auftragseingänge aus dem Inland im Verlauf des Jahres 1959 von Vierteljahr zu Vierteljahr: Sie betragen im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals 0,9 Mio t, im zweiten Quartal 1,3 Mio t, im dritten 1,4 Mio t und im vierten Vierteljahr 1,5 Mio t. Vom Frühjahr ab gingen die Bestellungen ganz erheblich über den laufenden Bedarf hinaus, denn obgleich die Inlandslieferungen der Walzstahlindustrie bis zu einem Fünftel hinter den Bestellungen zurückblieben, konnten die verarbeitenden Industrien damit nicht nur ihren laufenden Bedarf decken, sondern darüber hinaus auch ihre Lagerbestände etwas erhöhen. Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung haben

die Walzstahlvorräte bei den Investitionsgüterindustrien vom April an laufend zugenommen, wenngleich sie auch im Spätherbst noch merklich unter dem zuletzt erreichten Höchststand lagen. Bei den Walzstahlerzeugern stiegen im Verlauf dieser Entwicklung die unerledigten Aufträge stark an; zusammen mit den noch nicht erledigten Auslandsaufträgen beliefen sich die Auftragsbestände Ende November auf rd. 5,1 Mio t. Sie waren damit um 2,0 Mio t höher als ein Jahr vorher und erreichten wieder den Stand von Anfang 1958. Im Hinblick darauf, daß sowohl der Verbrauch als auch die Produktion von Walzstahl stark steigende Tendenz aufweisen — die arbeitstägliche Erzeugung war im vierten Quartal 1959 um rd. 35 vH höher als im vierten Vierteljahr 1958 —, sind diese Auftragsbestände gegenwärtig weder von der Seite der Besteller noch von der Seite der Produzenten als überhöht anzusehen.

Auch bei den Verbrauchsgüterindustrien hat in der letzten Zeit der weitgehend lagerzyklisch bedingte Auftragsboom angehalten. Im Oktober und November

sind in den Verbrauchsgüterindustrien Inlandsbestellungen eingegangen, die um 26 vH höher waren als ein Jahr zuvor. Wenn damit die Zuwachsrate auch etwas niedriger war als im zweiten und dritten Quartal, in denen sie 31 bzw. 29 vH betragen hatte, so lag sie damit doch erheblich über der Steigerung des Endabsatzes. Die Lieferungen der Industrie an den Handel sind aber bei weitem nicht so stark gestiegen, so daß bisher nur eine mäßige Auffüllung der Lagerbestände möglich war. Nach einer vom Institut für Handelsforschung an der Universität Köln durchgeführten Berechnung haben die Vorräte des Einzelhandels von Ende 1958 bis Ende 1959 um etwa 10 vH zugenommen. Sie sind damit zwar etwas stärker gestiegen als die Umsätze, doch da im Jahre 1958 die gegenteilige Entwicklung vorlag, wurden damit lediglich die früheren Relationen zwischen Lagerhaltung und Umsatz wieder hergestellt. Darüber hinaus hat zweifellos der Betrag an unerledigten Bestellungen sehr stark zugenommen. Dies ist, ähnlich wie im Stahlbereich, ein Ausdruck dafür, daß infolge wachsender Lieferfristen Aufträge auf eine längere Zeit im voraus erteilt wurden. Ob der Handel dabei von realistischen Absatzerwartungen ausgegangen ist, läßt sich im Augenblick noch nicht beurteilen, denn dies hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung des gesamten privaten Verbrauchs ab.

Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte haben im bisherigen Konjunkturverlauf den geringsten Expansionsgrad aufgewiesen. Dies ist allerdings nicht ungewöhnlich, vielmehr folgt der private Verbrauch dem — in erster Linie von den Unternehmen über Anlage- und Vorratsinvestitionen ausgelöst — Konjunkturaufschwung in der Regel mit einem erheblichen time-lag; in der Tat war gegen Ende des Jahres auch auf diesem Sektor eine gewisse Beschleunigung zu erkennen. Im vierten Quartal 1959 dürften — einer vorläufigen Schätzung zufolge — die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte den Stand in der entsprechenden Vorjahrsperiode um rd. 7 vH übertroffen haben gegen 6 vH im dritten und 5 vH im ersten Halbjahr 1959. Der Einzelhandel hatte an dem Anstieg im vierten Vierteljahr in vollem Maße teil, während sich in den vorangegangenen Monaten die Ausgaben für die übrigen Verbrauchsbereiche — insbesondere soweit sie mit Reise und Erholung zusammenhängen — weit stärker ausgedehnt hatten. Die Beschleunigung des Anstiegs wirkte sich deshalb beim Einzelhandel noch mehr aus als bei den übrigen Verbrauchsbereichen, waren doch die Einzelhandelsumsätze im vierten Quartal 1959 um 7 vH höher als im gleichen Quartal des Jahres 1958, während im dritten Viertel-



jahr die Steigerungsrates nur 4 vH betragen hatte. Im Vordergrund des Käuferinteresses standen dabei — besonders im Weihnachtsgeschäft — die Güter des „gehobenen Bedarfs“, namentlich elektrotechnische Geräte, fototechnische Artikel und Luxusartikel wie Schmuck und Parfümeriewaren sowie Glas- und Porzellanwaren. In den Bekleidungsbranchen war die Geschäftsbelebung dagegen weniger deutlich ausgeprägt. Verhältnismäßig stark haben in den letzten Monaten auch die Umsätze der Nahrungs- und Genußmittelgeschäfte zugenommen — im Vergleich des vierten Quartals 1959 zum vierten Quartal 1958 um rd. 9 vH —, jedoch ist dies ausschließlich auf die besonders bei pflanzlichen Produkten eingetretene Verteuerung zurückzuführen, während volumenmäßig der Zuwachs sich gegenüber dem bisherigen Verlauf des Jahres nicht verändert hat.

Die jüngste Steigerung des privaten Verbrauchs hängt vor allem mit dem starken Wachstum des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zusammen. So ist nach den bis jetzt vorliegenden Angaben, die allerdings in der Regel nur bis November reichen, anzunehmen, daß das Einkommen aus unselbständiger Arbeit im vierten Quartal wegen einer weiteren Zunahme der Zahl der Beschäftigten, teilweise gesteigerter Lohnsätze und „kalter“ Lohnerhöhungen erheblich kräftiger wuchs als im dritten Vierteljahr. Dagegen spielt in diesem Zusammenhang eine Abnahme der Sparneigung keine Rolle. Wie in einem im Novemberheft dieser Monatsberichte veröffentlichten Aufsatz näher dargelegt wurde, hat sich im dritten Quartal die Sparquote zwar geringfügig ermäßigt, doch hing dies ausschließlich damit zusammen, daß die Sparfähigkeit durch die Preissteigerungen für Lebensmittel beeinträchtigt wurde¹⁾. Wie nach den bisher vorliegenden, noch unvollständigen Angaben zu schließen ist, scheint sich diese Tendenz im vierten Quartal jedoch nicht fortgesetzt zu haben, so daß eher wieder mit einer Steigerung der Sparquote gerechnet werden kann. Diese Tendenz könnte sich freilich leicht ändern, wenn es nicht gelänge, den Preissteigerungen Einhalt zu gebieten, weil dann über kurz oder lang auch der Sparwille nachlassen könnte.

Auslandsnachfrage

Unter den Faktoren, die in den letzten Monaten sehr stark zu der anhaltenden Erhöhung der volkswirtschaftlichen Nachfrage beigetragen haben, ist schließlich die wachsende Auslandsnachfrage zu erwähnen. Prozentual betrachtet, dürfte die Zunahme der Aus-

landsnachfrage sogar größer gewesen sein als die der Inlandsnachfrage, obwohl dem absoluten Betrage nach die Steigerung der Inlandsnachfrage wegen ihres weit größeren Volumens — vom gesamten Bruttosozialprodukt entfallen ungefähr 16 vH auf den Export — naturgemäß weit stärker in die Waagschale fiel.

Die kräftige Expansion der Auslandsnachfrage zeigte sich im Berichtszeitraum nicht nur in den Auftragseingängen, sondern noch deutlicher als schon in den vorangegangenen Monaten auch in der Entwicklung der effektiven Ausfuhr. Der Export war im November um 17,5 vH und im Dezember um 23,8 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit, während im dritten Quartal die Zuwachsrate nur 10 vH betragen hatte. Die entscheidende Grenze für die Zunahme lag dabei im allgemeinen auf der Produktionsseite, während von der Seite der Nachfrage her zweifellos ein noch steilerer Anstieg möglich gewesen wäre, denn die Auslandsorders nehmen schon seit dem Frühjahr 1959 sehr kräftig zu, und in den letzten Monaten hat sich das Tempo ihrer Zunahme sichtlich beschleunigt. Im Oktober und November wurden in der Industrie um jeweils 40 vH mehr Exportaufträge gebucht als vor einem Jahr. An diesem Anstieg hatten sowohl die wichtigsten Exportindustrien des Grundstoffsektors (vor allem Stahl und Chemie) als auch fast alle Zweige des Investitionsgütersektors (insbesondere Maschinen, Fahrzeuge, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik) und einige Verbrauchsgüterindustrien teil. Die entscheidende Triebkraft dieser Entwicklung liegt zweifellos in der Belebung der Investitionsgüterkonjunktur in den wichtigsten Abnehmerländern. Ein zusätzlicher Impuls dürfte zudem vom Stahlarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten von Amerika ausgegangen sein, der nicht nur die amerikanische Stahlindustrie von Mitte Juli bis Anfang November lahmlegte, sondern überdies zu erheblichen Produktionseinschränkungen in der Stahl verarbeitenden Industrie zwang. Bei der überaus wichtigen Rolle, die die Vereinigten Staaten im Export von Investitionsgütern spielen — im Weltmaschinenexport stehen sie mit Abstand an erster Stelle —, mußte sich eine Einschränkung der Liefermöglichkeit in einem verstärkten Zustrom von Auslandsaufträgen bei den anderen, auf dem Gebiete der Investitionsgütererzeugung führenden Ländern, wie der Bundesrepublik, auswirken. Nachdem der Stahlstreik beigelegt ist, wird dieser Sondereinfluß an Bedeutung verlieren, aber es bleibt abzuwarten, ob dieser Ausfall nicht fürs erste durch die zu erwartende weitere Intensivierung der Konjunktur in einem großen Teil der Abnehmerländer Deutschlands kompensiert werden wird, obwohl auch

¹⁾ Vgl.: Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte im dritten Quartal 1959, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, November 1959, S. 12 ff.

Zur Entwicklung von Produktion, Umsatz und Beschäftigung

	1958					1959						Veränderung 4. Vj. 1959 gegen 4. Vj. 1958 in vH P)	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.				
			insgesamt MD.	Nov.	Dez.				insgesamt P) MD.	Nov. P)	Dez. P)		
	MD.	MD.	MD.			MD.	MD.	MD.	MD.				
Index der Industrieproduktion (arbeitstäglich, 1936 = 100) *													
Gesamt	234	227	248	258	238	228	249	244	274	285	269	+ 10,5	
Bauwirtschaft	232	234	226	243	202	156	257	249	231	249	205	+ 2,2	
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	214	211	215	224	203	209	239	242	253	261	245	+ 17,7	
Investitionsgüterindustrien	313	293	325	337	319	307	332	314	367	378	368	+ 12,9	
darunter:													
Maschinenbau	291	262	285	291	295	265	294	273	310	311	317	+ 8,9	
Fahrzeugbau	561	510	575	590	538	593	648	584	709	729	708	+ 23,4	
Verbrauchsgüterindustrien	206	201	222	233	204	204	218	216	248	260	241	+ 12,1	
darunter:													
Textilindustrie	185	183	195	204	180	184	192	191	217	225	214	+ 11,7	
Steinkohlenbergbau (Tsd t)													
Förderung, arbeitstäglich	459,6	418,7	437,7	463,9	415,2	435,4	423,5	383,0	425,2	441,7	439,6	- 3,9	
Haldenbestände (Steinkohle und -koks) ¹⁾	7 425	10 359	13 065	12 762	13 065	15 107	16 432	16 850	16 470	16 864	16 470	+ 26,1	
Steinkohleneinfuhr (ohne Koks)	1 251	1 471	1 228	1 186	1 179	1 178	733	510	416	371	488	- 58,6	
Eisen- und Stahlindustrie (Tsd t)													
Roheisenerzeugung, kalendertäglich	44,6	44,2	43,2	44,2	41,2	43,4	48,9	53,2	56,1	56,7	53,8	+ 29,9	
Rohstahlerzeugung, arbeitstäglich	78,8	70,5	71,5	77,4	67,1	73,4	86,6	86,6	93,4	99,2	89,2	+ 30,6	
Walzstahlfertigerzeugnisse ²⁾													
Lieferungen	1 230	1 296	1 155	1 125	1 083	1 144	1 341	1 487	1 562 x)	1 533	...	+ 29,7 x)	
Auftragsgänge	1 165	1 093	1 136	1 034	1 195	1 214	1 641	1 753	1 880	1 864	1 837	+ 65,5	
Auftragsbestände ³⁾	4 115	3 344	3 162	3 106	3 162	3 149	3 901	4 516	...	5 109	
Auftragseingang bei der Industrie (Werte; kalendermonatlich in vH des Umsatzes von 1954)													
Gesamt	141	141	149	147	141	147	175	179	201 x)	199	...	+ 31,4 x)	
Grundstoffindustrien	137	142	138	133	134	137	167	181	187 x)	185	...	+ 32,6 x)	
Investitionsgüterindustrien	158	163	172	167	166	180	190	203	233 x)	231	...	+ 33,5 x)	
darunter:													
Maschinenbau	151	148	161	164	160	167	184	194	231 x)	235	...	+ 43,0 x)	
Fahrzeugbau	178	173	198	196	180	240	238	227	253 x)	239	...	+ 22,2 x)	
Verbrauchsgüterindustrien	124	109	133	140	115	117	164	140	179 x)	175	...	+ 26,1 x)	
darunter:													
Textilindustrie	104	94	110	114	94	108	156	137	169 x)	160	...	+ 43,8 x)	
Bauwirtschaft													
Geleistete Arbeitsstunden (Mio *)													
Gesamt	212,3	235,1	214,6	215,8	190,5	141,6	229,9	237,4	212,3	216,3	188,0	- 1,1	
Wohnungsbauten	100,9	110,9	100,4	101,2	88,1	63,5	109,2	107,2	98,3 x)	94,7	...	- 7,7 x)	
Öffentliche und Verkehrsbauten	63,2	72,9	68,8	69,8	61,1	44,3	73,1	77,8	75,0 x)	72,2	...	+ 22,2 x)	
Gewerbliche und industrielle Bauten	40,0	42,8	39,6	38,7	37,1	31,1	39,5	44,0	43,9 x)	42,7	...	+ 7,3 x)	
Geplanter Bauaufwand für genehmigte Hochbauten (Mio DM)													
Gesamt	1 607,3	1 827,0	1 670,8	1 578,1	1 487,9	1 335,3	1 952,8	2 063,1	2 043,1 x)	2 031,0	...	+ 15,9 x)	
Wohngebäude	1 053,9	1 216,0	1 064,8	1 041,5	932,3	876,5	1 296,5	1 348,7	1 283,1 x)	1 244,4	...	+ 13,4 x)	
Übrige Gebäude	553,4	611,0	606,0	536,6	555,6	458,8	656,3	714,4	760,0 x)	786,6	...	+ 20,4 x)	
Wohnungsbauhypotheken von Kapitalsammelstellen (Mio DM) ⁴⁾													
Monatliche Zusagen	511,9	521,7	569,0	536,3	580,7	662,4	796,7	775,0	710,6 x)	685,7	...	+ 26,2 x)	
Monatliche Auszahlungen	343,2	422,0	524,7	453,5	645,4	415,3	498,7	643,0	645,7 x)	621,8	...	+ 33,9 x)	
Umsätze im Einzelhandel (1954=100)													
Werte													
Gesamt	134	131	167	142	212	130	138	136	178	154	224	+ 6,6	
davon:													
Nahrungs- und Genussmittel	133	131	149	129	179	131	137	140	161	140	192	+ 8,1	
Bekleidung, Wäsche und Schuhe	129	115	181	154	240	121	130	116	185	161	242	+ 2,2	
Hausrat und Wohnbedarf	136	150	198	173	251	137	147	159	212	187	268	+ 7,1	
Sonstiges	141	143	171	142	225	139	149	147	185	156	245	+ 8,2	
Arbeitsmarkt (Tsd *)													
Arbeitslose ¹⁾													
Gesamt	406,7	333,0	937,5	431,8	937,5	593,1	259,3	187,2	443,3	230,6	443,3	- 52,7	
Männer	208,2	164,8	671,6	232,3	671,6	376,0	138,6	102,2	312,1	131,9	312,1	- 53,5	
Frauen	198,5	168,2	265,9	199,5	265,9	217,1	120,7	85,1	131,2	98,7	131,2	- 50,7	
Unselbständig Beschäftigte ²⁾	19 537,1	19 701,6	19 094,8	-	19 094,8	19 438,5	19 939,4	20 135,4	19 852,0 P)	-	19 852,0 P)	+ 4,0	

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VIII (Produktion und Märkte) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ¹⁾ Stand jeweils am Monats- bzw. Vierteljahresende. — ²⁾ Ohne gesamtes Halbzeug, Breitband und Stahlrohre einschl. Vorprodukte sowie einschl. Halbzeug für Röhrenwerke. — ³⁾ Bauhauptgewerbe insgesamt. — ⁴⁾ Ohne Lebensversicherungen. — ⁵⁾ Stand am Vierteljahresende. — ⁶⁾ Einschließlich Saarland. — ⁷⁾ Vorläufig. — ⁸⁾ Originalbasis 1950 = 100. — ⁹⁾ Nur Oktober-November. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

hier schon in zunehmendem Maße die Konjunkturbremsen gezogen werden.

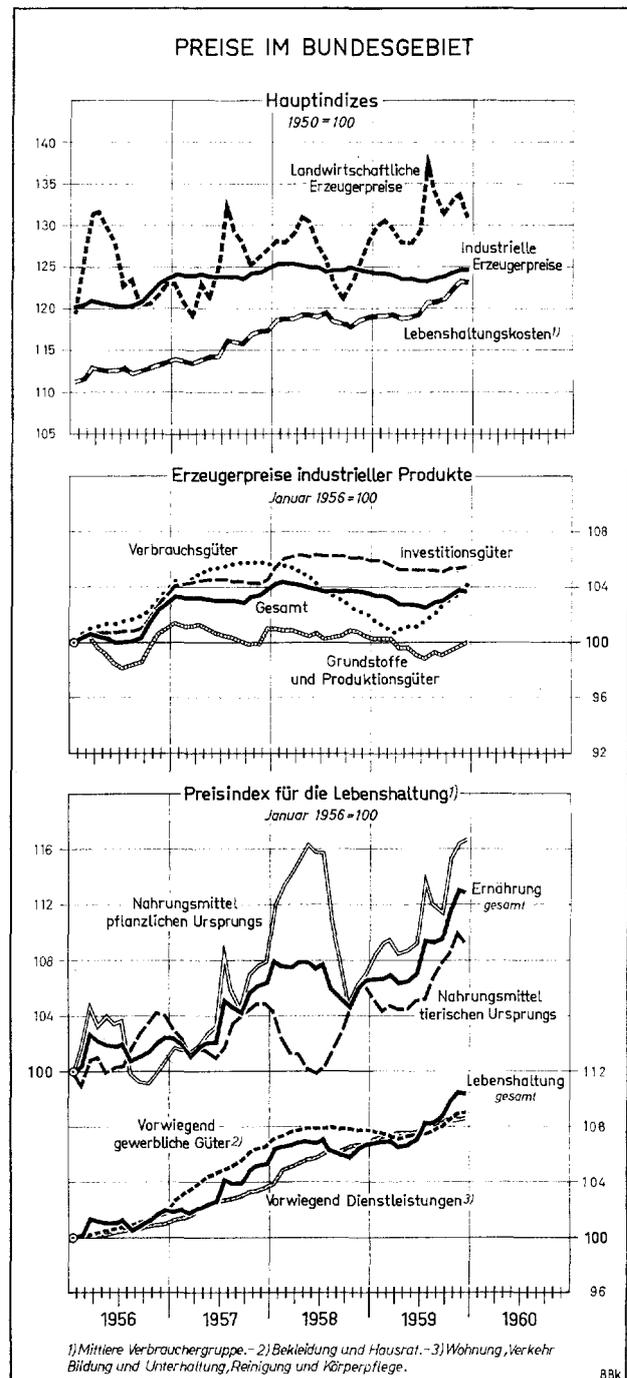
Die beträchtliche Erhöhung der Ausfuhr ist vom Standpunkt der Konjunktorentwicklung um so bedeutungsvoller, als sie in letzter Zeit nicht mehr mit einer entsprechend großen Zunahme der *Einfuhr* einherging. Die Einfuhr ist zwar bis November relativ stärker gestiegen als die Ausfuhr, ihre absolute Zunahme blieb aber schon seit längerem hinter der des Exports zurück, so daß sich der Ausfuhrüberschuß erhöhte; im Dezember war die Steigerung der Einfuhr auch prozentual geringer als die der Ausfuhr. Dabei verdient allerdings hervorgehoben zu werden, daß bei einzelnen gewerblichen Fertigerzeugnissen die Zunahme der Einfuhr ungewöhnlich stark war, so daß damit ein erheblicher Einfluß auf die Preisgestaltung im Inland erzielt wurde. So sind beispielsweise von Juli bis November 1959 um 27 vH mehr Maschinen und um 70 vH mehr Kraftfahrzeuge als in der gleichen Zeit des Vorjahres eingeführt worden; das bedeutet, daß sich der Anteil der Maschinen- und Kraftfahrzeugeinfuhr im zweiten Halbjahr 1959 auf etwa ein Zehntel des Inlandsabsatzes der betreffenden Industrien erhöhte. Gleichzeitig hat die Einfuhr von Textilerzeugnissen und Schuhen um 27 vH bzw. um fast 40 vH zugenommen. Schließlich ist gegen Ende des Jahres auch die Einfuhr wichtiger Agrarprodukte infolge erheblicher Einfuhrerleichterungen sehr stark gestiegen, wodurch sich bei einzelnen Produkten, wie z. B. bei Butter, die Marktlage schlagartig änderte.

Preise

Die Preisentwicklung bietet nach den neuesten Daten insofern einen etwas günstigeren Aspekt als vor einem Vierteljahr, als die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und, in engem Zusammenhang damit, die Ernährungskosten im Dezember merklich gesunken sind. Je nach dem Grade, in dem landwirtschaftliche Produkte in den einzelnen Preisindizes zu Buche schlagen, sind diese daher im Dezember wieder zurückgegangen, während sie im Sommer und Herbst v. J. unter dem Einfluß der damaligen Agrarpreisentwicklung, mehr oder weniger stark gestiegen waren. Der *Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte* selbst hat sich im Dezember auf 131 gegen 134 im November (1950 = 100) ermäßigt, der Index der Grundstoffpreise um 1,0 vH; der Lebenshaltungskostenindex ist um 0,1 vH gesunken (was auf seinen abgerundeten Stand — der seit Oktober bei 123 liegt — freilich keinen Einfluß hatte), und selbst der Erzeugerpreisindex industrieller Produkte war, dank der Entwicklung in der Nahrungsmittelindustrie im Dezember, zum ersten

Male seit dem Sommer wieder um eine Kleinigkeit niedriger als im Vormonat.

Die Rückbildung der Agrarpreise stellt im wesentlichen eine Reaktion auf den starken Anstieg dar, den sie im Sommer und dann noch einmal im Herbst unter dem Einfluß der durch die Dürre — bei teilweise zu später Öffnung der Einfuhrschleusen und auch zu starken Fleischeinlagerungen — bewirkten Angebotsverknappungen erfahren hatten. Neben marktmäßigen Normalisierungsfaktoren spielten dabei vor allem die energischen Maßnahmen eine Rolle, die die Regierung,



insbesondere auf dem Gebiete der Einfuhrpolitik, in letzter Zeit zur Entlastung der Märkte traf. Der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte ist nunmehr fast wieder auf das Niveau von Anfang 1959 gesunken. Er war im Dezember allerdings noch um 1,1 vH höher als im Juni 1959 und um 1,8 vH höher als im Dezember 1958. Die Preisrückgänge von November auf Dezember betrafen in erster Linie *tierische Produkte*. Namentlich die Schlachtviehpreise, die schon in den vorangegangenen Monaten sinkende Tendenz aufgewiesen hatten, gingen im Dezember weiter zurück; Schlachtrinder lagen im Durchschnitt aller Schlachtwertklassen knapp unter dem Vorjahrsstand, die Kälberpreise ermäßigten sich etwas stärker, und die Schweinepreise waren um 4 vH niedriger als im Dezember 1958. Zu dieser zuletzt genannten Preissenkung ist es vor allem deshalb gekommen, weil der aus Saisongründen wachsende heimische Auftrieb an Schlachtschweinen in den letzten Monaten des Jahres durch Einfuhren und durch Auslagerungen der Einfuhr- und Vorratsstelle ergänzt wurde. Von erheblicher Bedeutung für die Rückbildung der Agrarpreise war außerdem der Umschwung auf dem Buttermarkt, der zunächst von der durch Zollaussetzung und umfangreiche Ausschreibungen stimulierten Einfuhr ausgelöst wurde, inzwischen aber infolge des erheblich erhöhten Angebots aus der Inlandsproduktion auch vom heimischen Markt her fundiert wurde. Überraschenderweise ist die Inlandserzeugung an Milch nach dem Übergang zur Stallfütterung — für die bisher trotz der Dürreschäden offenbar genügend Vorräte vorhanden waren — kräftig gestiegen, so daß die Milchlieferungen bei den Molkereien im Dezember um 5 bis 6 vH höher als im entsprechenden Vorjahrsmonat waren und die Buttererzeugung dementsprechend ausgedehnt werden konnte. Die Großhandelsnotierungen für Inlandsbutter, die am Kölner Markt im November einen Höchststand von 7,00 DM je kg erreicht hatten, sind bis Mitte Dezember auf 6,25 DM je kg und bis Mitte Januar auf 5,90 DM je kg gesunken; sie lagen damit merklich unter dem Stand in den gleichen Monaten der letzten Jahre. Bei den *pflanzlichen Produkten* haben sich dagegen im Dezember die Preissteigerungen fortgesetzt. Brot- und Futtergetreide, Kartoffeln, Obst und Gemüse wurden etwas teurer; Rauhfutter ist infolge des erhöhten Zukaufbedarfs in den nördlichen Gebieten der Bundesrepublik sogar kräftig im Preis gestiegen. Die Verteuerungen waren aber nicht durchweg so stark wie in der gleichen Zeit des vorangegangenen Jahres, so daß verschiedene Produkte, z. B. Kartoffeln, etwas billiger gehandelt wurden als im Vorjahr. Die Obst- und Gemüsepreise lagen infolge der schwachen Ernte

auch in diesem Monat weit über dem Vorjahrsniveau, doch begünstigte die Aufhebung der Einfuhrschränken den Import von Obst, Gemüse und insbesondere von Südfrüchten, wobei letztere nicht wesentlich teurer waren als vor einem Jahr und eine dementsprechend günstige Versorgung der Konsumenten ermöglichten.

Mit den Erzeugerpreisen landwirtschaftlicher Produkte sind, wie erwähnt, auch die Nahrungsmittelpreise auf der Konsumentenebene etwas zurückgegangen. Der Gruppenindex für Ernährung im Lebenshaltungskostenindex war im Dezember um 0,2 vH niedriger als im Vormonat, was hauptsächlich an den Preisrückgängen für Fleisch, Butter und Kartoffeln lag, während Obst und Gemüse auch auf der Einzelhandelsstufe teurer geworden sind. Im Vergleich zu Dezember 1958 lag der Ernährungskostenindex jedoch noch um 5,8 vH höher.

Sieht man von den Preisen für landwirtschaftliche Produkte bzw. für Nahrungsmittel ab, so haben indes die Preisauftriebstendenzen bis in die letzte Zeit hinein überwogen. Das gilt sowohl für den Konsumentenbereich als auch für den Erzeugerbereich. So sind im Preisindex für die Lebenshaltung die *Preise für die gewerblichen Konsumgüter und für Dienstleistungen* im Durchschnitt weiter gestiegen. Auch der *Erzeugerpreisindex industrieller Produkte* zog, wenn man von der bereits erwähnten rückläufigen Preisentwicklung in den Nahrungsmittelindustrien absieht, weiter an. Besonders beachtlich war dabei der Anstieg der Verbrauchsgüterpreise um durchschnittlich 0,6 vH, wobei namentlich die fortgesetzte Preissteigerung für Textilien (um 1,4 vH) ins Gewicht fiel. Aber auch der Gruppenindex für Grundstoffe und Produktionsgüter ist weiter — um 0,3 vH — gestiegen, während der Gruppenindex für Investitionsgüter praktisch unverändert blieb.

Die entscheidende Rolle bei den Preissteigerungen spielte das veränderte Marktklima, das entweder die Weiterwälzung von Kostenerhöhungen in der Regel ohne Schwierigkeiten gestattete oder da, wo es die Kostenentwicklung an sich erlaubt hätte, Preissenkungen verhinderte. Unter den Kostenerhöhungen fielen, wie in dem als Beilage zu diesem Monatsbericht beigefügten „Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung“ näher dargelegt wird, Lohnerhöhungen nur in Einzelfällen ins Gewicht, da im Durchschnitt die bisherigen Lohnerhöhungen weitgehend durch Produktivitätssteigerungen kompensiert wurden. In einigen Fällen hat jedoch die Entwicklung der *internationalen Rohstoffpreise* den Preisauftrieb sichtlich gefördert, so namentlich durch den Anstieg der Weltmarktpreise für NE-Metalle, Eisen und Stahl, Holz und Textilrohstoffe,

Zur Preisentwicklung¹⁾

	1958		1959		Veränderung ⁴⁾					
	Dez.	Dez.	Dez. 1959 gegen Dez. 1958	Juli 1959	Aug. 1959	Sept. 1959	Okt. 1959	Nov. 1959	Dez. ⁵⁾ 1959	
	1950 = 100		gegenüber dem jeweiligen Vormonat vH							
Binnenmarkt										
Grundstoffe insgesamt	132	132	+ 0,4	+ 1,6	- 0,1	- 0,2	+ 0,3	+ 0,8	- 1,0	
davon: industrieller Herkunft	145	146	+ 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	
darunter: Mauerziegel	128	135	+ 5,3	+ 1,0	+ 0,4	± 0	± 0	± 0	± 0	
Kupfer (Halbzeug)	108	125	+15,8	- 1,4	+ 5,0	- 3,1	+ 5,1	+ 3,6	+ 4,3	
land-, forst- und pflanzenwirtschaftlicher Herkunft	120	120	+ 0,2	+ 3,6	- 1,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,6	- 2,2	
darunter: Baumwolle	84	83	- 0,8	- 0,4	- 2,7	- 0,7	- 1,4	+ 3,4	+ 4,7	
Rohwolle, ausländische	49	63	+30,1	+ 1,4	+ 9,0	- 0,9	- 0,8	- 1,3	+ 2,4	
Rohholz (Stamm), inländisches	186	182	- 2,5	- 1,4	- 0,0	- 1,5	+ 0,0	+ 6,6	± 0	
Rohkautschuk	81	115	+42,7	+ 0,4	+ 8,8	+ 0,3	- 1,7	+20,0	- 4,8	
Speisekartoffeln	163	159	- 2,7	+102,0	-27,8	-12,7	+ 0,8	- 5,7	+ 1,8	
Schweine	110	106	- 4,1	+ 2,3	+ 6,2	- 0,7	- 4,9	- 0,1	- 4,1	
Erzeugerpreise der Industrie insgesamt	125	125	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	
darunter: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	138	138	- 0,4	- 0,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	
darunter: Eisen- und Stahlindustrie	200	198	- 0,7	- 0,2	+ 0,0	± 0	± 0	± 0	± 0	
NE-Metallindustrie	102	116	+13,5	- 1,0	+ 4,4	- 2,3	+ 4,8	+ 2,8	+ 3,1	
Papierherstellung	131	127	- 2,9	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2	± 0	± 0	
Investitionsgüterindustrien	134	133	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	
darunter: Maschinenbau	143	142	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	
Fahrzeugbau	109	108	- 0,6	- 0,1	± 0	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	
Verbrauchsgüterindustrien	99	101	- 1,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	
darunter: Textilindustrie	85	86	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	
Schuhindustrie	107	116	+ 9,2	+ 1,9	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,0	
Holzverarbeitung	130	130	+ 0,2	± 0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	± 0	
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾										
insgesamt	133	135	+ 1,8	+ 7,1	- 3,3	- 1,6	+ 1,1	+ 0,5	- 2,4	
davon: Pflanzliche Produkte	148	167	+12,9	+ 20,5	-13,6	- 3,7	+ 5,4	+ 0,3	+ 1,4	
Tierische Produkte	126	122	- 3,7	- 0,4	+ 3,8	- 0,4	- 1,3	+ 0,6	- 4,1	
Einzelhandelspreise insgesamt	111	113	+ 1,6	+ 1,4	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	
darunter: Lebensmittelgeschäfte	113	117	+ 3,7	+ 3,2	- 0,6	- 1,1	+ 0,4	+ 1,4	- 0,2	
darunter: Gemüsegeschäfte	128	160	+24,4	+ 23,4	- 6,5	- 9,6	+ 1,1	+ 4,1	+ 1,9	
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	99	99	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	123	122	- 0,5	± 0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	
darunter: Geschäfte für Eisenwaren	144	145	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	
Möbel	123	122	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	
Elektrogeräte (ohne Rundfunkgeräte)	107	107	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	
Preisindex für die Lebenshaltung										
insgesamt	119	123	+ 3,5	+ 1,2	- 0,0	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,7	- 0,1	
darunter: Ernährung	125	132	+ 5,8	+ 2,2	- 0,1	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,2	- 0,2	
Heizung und Beleuchtung	145	146	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	
Hausrat	112	112	- 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	
Bekleidung	104	106	+ 1,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	
Reinigung und Körperpflege	114	115	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	
Bildung und Unterhaltung	122	125	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	
Verkehr	136	137	+ 0,5	± 0	+ 0,1	± 0	± 0	± 0	+ 0,1	
Weltmarkt⁵⁾										
Preisindex des „Volkswirt“ ^{2) 3)}										
insgesamt	94	96	+ 2,4	- 0,3	+ 0,7	- 0,1	- 0,2	+ 0,9	- 0,6	
davon: Nahrungsmittel ³⁾	99	96	- 2,9	- 1,0	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,4	- 2,0	
Gewerbliche Rohstoffe ³⁾	93	97	+ 5,0	± 0,0	+ 0,9	- 0,8	- 0,5	+ 1,2	+ 0,1	
Moody's Index ³⁾	94	90	- 4,1	- 1,3	- 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 0,8	- 2,3	
Reuter's Index ³⁾	81	84	+ 3,6	- 1,2	+ 2,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,3	

¹⁾ Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen VIII, 6 (Großhandels- und Erzeugerpreise) sowie 7 (Verbraucherpreise und Löhne) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ²⁾ Berechnet von R. Schulze. — ³⁾ Veränderungsprozentsätze unter Berücksichtigung einer Dezimalstelle des Index. — ⁴⁾ Veränderungsprozentsätze unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen der Indizes. — ⁵⁾ Veränderung in vH errechnet auf Grund der Indizes auf Originalbasis. — ⁶⁾ Originalbasis 1950/51 = 100.

die im Zuge des nun fast alle Industrieländer umfassenden Konjunkturaufschwungs allseits stark gefragt waren. Im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen in der Weltwirtschaft sind diese Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten bisher allerdings noch als mäßig zu betrachten. Offensichtlich ist die Angebotselastizität bei den wichtigsten Weltrohstoffen im allgemeinen noch sehr groß. Dies gilt nicht nur für viele Nahrungs- und Genußmittel — bei denen in den Erzeugerländern zum Teil hohe Überschußvorräte vorhanden sind (z. B. bei Getreide, Zucker, Kaffee und Kakao) —, sondern trifft bis zu einem gewissen Grade auch für die industriellen Rohstoffe zu, bei denen das Produktionspotential am Ende der letzten Baisse zu einem erheblichen Teil unausgenutzt war, so daß die Zunahme der Nachfrage und der Produktion zu einer wachsenden Kapazitätsausnutzung und damit eher zu rückläufigen Produktionskosten geführt hat. Sehr wesentlich war die Entwicklung der Weltmarktpreise auch für den im Sommer und Herbst erfolgten Anstieg wichtiger Agrarpreise im Inland, da an den Auslandsmärkten ähnliche Steigerungen Platz griffen wie auf den heimischen Märkten, so namentlich bei Obst und Gemüse. Die Möglichkeit, den Preissteigerungen im Inland durch Einfuhren entgegenzuwirken, war also schon aus diesem Grunde begrenzt. Unter dem Einfluß der Preissteigerungen am Weltmarkt ist der Index der *Einkaufspreise für Auslandsgüter* von Juli bis November 1959 um rd. 4 vH ge-

stiegen; erst im Dezember war auch hier ein Rückgang zu verzeichnen, und zwar hauptsächlich unter dem Einfluß der sinkenden Butterpreise in den wichtigsten Lieferländern. Die erwähnte Steigerung des Index in den vorangegangenen Monaten ging über die gleichzeitige Erhöhung einiger wichtiger Weltmarktpreisindizes hinaus. Die Erklärung dafür liegt u. a. darin, daß in dieser Zeit die Preise für Obst und Gemüse sowie für Molkereierzeugnisse besonders stark gestiegen und diese Produkte im Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter, der Zusammensetzung der deutschen Einfuhr entsprechend, mit einem relativ hohen Gewicht enthalten sind, während sie in den allgemeinen Weltmarktpreisindizes unberücksichtigt bleiben.

Versucht man die Preisentwicklung der letzten Wochen auf einen Nenner zu bringen, so ist festzustellen, daß der Rückgang der Agrarpreise den bisher aufwärts gerichteten allgemeinen Preistrend zwar aufgehalten hat, daß aber das Niveau der übrigen Preise nach wie vor nach oben tendiert. Immerhin kann gesagt werden, daß in der neuesten Zeit keine Beschleunigung dieser Entwicklung zu beobachten ist. Die Möglichkeit hierfür wäre jedoch gegeben, wenn der Zustand der Übernachfrage noch längere Zeit andauern und überdies gleichzeitig eine stärkere Lohnwelle einsetzen sollte. Zur näheren Beleuchtung dieser Zusammenhänge sei noch einmal auf das beigegefügte Memorandum der Bank über die Lohn- und Preisentwicklung verwiesen.

Außenhandel und Zahlungsbilanz*)

Die Zahlungsbilanzentwicklung der Bundesrepublik ist seit dem Herbst 1959 durch das Wiederauftreten von Überschüssen gekennzeichnet, nachdem sie in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres jeweils mit beträchtlichen Defiziten abgeschlossen hatte. Ganz eindeutig ist der neue Trend bisher jedoch nicht, wie sich darin zeigt, daß die Gold- und Devisenbestände der Bundesbank, in deren Zunahme oder Abnahme die Veränderungen der Zahlungsbilanz ihren umfassendsten Ausdruck finden, nach einem Anstieg um insgesamt etwa 1,9 Mrd DM in den Monaten Oktober, November und Dezember 1959, im Januar wieder um rd. 650 Mio DM gesunken sind. Die Gold- und Devisenbestände der Bank lagen damit Ende Januar 1960 um rd. 3 Mrd DM unter dem Stand von Ende Dezember 1958, als sie mit 26,2 Mrd DM ihren bisherigen Höchststand erreicht

hatten. In den meisten anderen europäischen Ländern sind die zentralen Währungsreserven dagegen seit Ende 1958 mehr oder weniger stark gewachsen, so allein im Jahre 1959 — in DM gerechnet — in Italien um rd. 4 Mrd DM und in Frankreich, trotz hoher Schuldentilgungen, um ungefähr 3 Mrd DM. Nur in Großbritannien sind die Reserven im vergangenen Jahr in größerem Umfang — und zwar um annähernd anderthalb Milliarden DM — zurückgegangen, wobei vorzeitige Kapitalrückzahlungen eine wichtige Rolle spielten. Trotzdem waren sie aber auch hier Ende 1959 noch erheblich höher als vor zwei Jahren, d. h. nach Abschluß der großen, durch Wechselkurspekulationen bedingten Geldbewegungen von 1957.

Die Veränderungen in der Kapitalbilanz

Die entscheidende Ursache für die veränderte Zahlungsbilanzsituation im vierten Quartal von 1959 bildete die Entwicklung der Kapitalbilanz: Wie aus der folgenden Übersicht (und noch deutlicher aus Tabelle 3 in

*) Zu den Zahlen im Text und in den Tabellen dieses Berichtsteils ist anzumerken, daß vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. Juli 1959) die Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland in die Zahlungsbilanz einbezogen wurden, während seine Transaktionen mit dem übrigen Bundesgebiet seitdem nicht mehr in der Zahlungsbilanz erscheinen.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz *)

in Mio DM

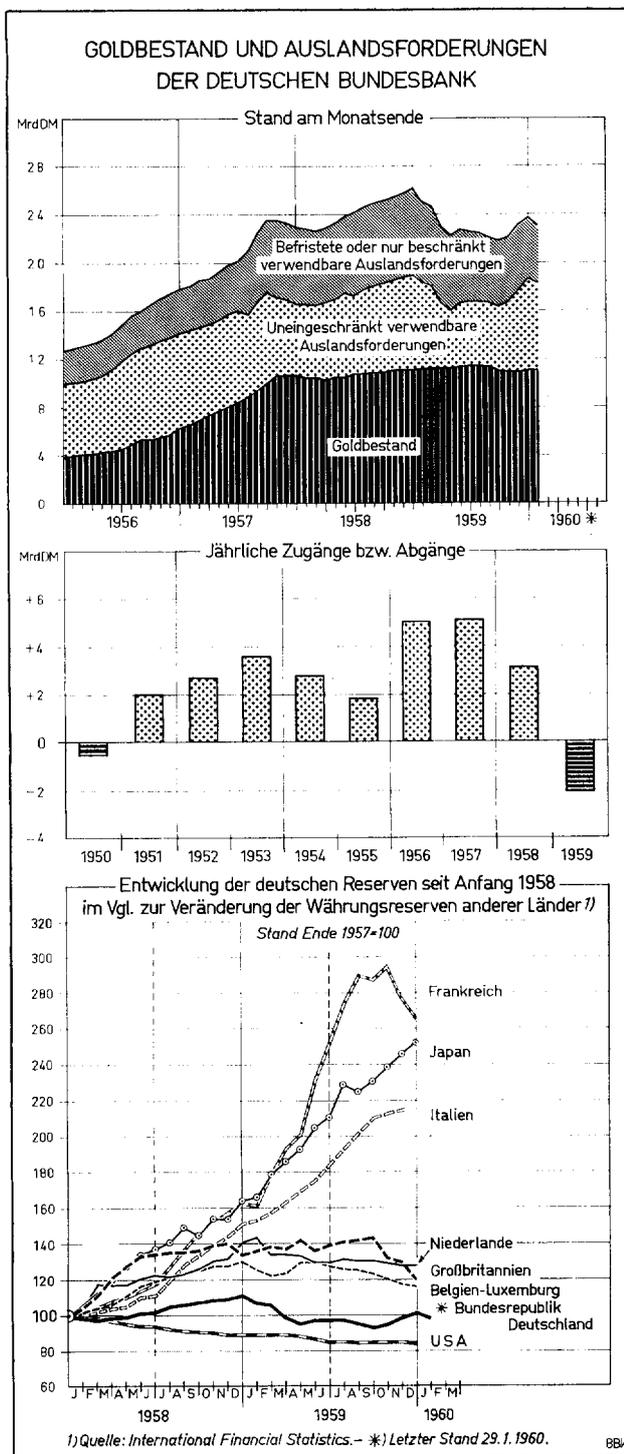
Zeit	II. Leistungs- und Kapitalbilanz														III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler ¹⁾ (I./II)	
	I. Devisenbilanz (Zugang bzw. Abgang an Gold und Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank; Zug.: +) ¹⁾	1. Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs				2. Saldo der unentgeltlichen Leistungen	3. Saldo des Kapitalverkehrs (eigene Leistungen: —, fremde Leistungen: +)									Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz
		Ins-gesamt	Handelsbilanz ²⁾	Dienstleistungs-bilanz ³⁾	Ins-gesamt		Langfristig ⁴⁾				Kurzfristig					
							Ins-gesamt	Ins-gesamt	Ins-gesamt	darunter: Saldo des Wertpapierhandels ⁵⁾	Öffentlich	Ins-gesamt	darunter			
											Vorauszahlungen für Verteidigungsein-führen (Zun.: —, Abn.: +) ⁶⁾	Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken ⁷⁾				
1956	+5 087	+5 497	+2 897	+2 600	-1 105	+ 116	- 557	+ 129	+ 272	- 686	+ 673	- 236	+ 911	+ 4 508	+ 579	
1957	+5 121	+7 699	+4 271	+3 428	-1 646	-2 632	- 730	+ 129	+ 723	- 859	-1 902	-1 929	- 24	+3 421	+1 700	
1958	+3 188	+8 827	+5 865	+2 962	-1 649	-3 186	-1 763	- 528	+ 284	-1 235	-1 423	- 626	- 727	+3 992	- 804	
1959 P)	-2 101	+8 180	+6 037	+2 143	-2 636	-6 906	-3 875	-1 494	- 999	-2 381	-3 031	-2 109	-1 029	-1 362	- 739	
1958 1. Vj.	- 52	+1 769	+ 917	+ 852	- 476	-1 466	- 194	+ 40	+ 147	- 234	-1 272	- 563	- 761	- 173	+ 121	
2. "	+1 293	+2 386	+1 681	+ 705	- 454	- 717	- 479	- 161	+ 172	- 318	- 238	- 118	- 113	+1 215	+ 78	
3. "	+ 975	+2 178	+1 612	+ 566	- 386	- 612	- 412	- 9	+ 42	- 403	- 200	+ 36	- 202	+1 180	- 205	
4. "	+ 972	+2 494	+1 655	+ 839	- 333	- 391	- 678	- 398	- 77	- 280	+ 287	+ 19	+ 349	+1 770	- 798	
1959 1. Vj.	-2 943	+1 969	+1 314	+ 655	- 643	-4 236	-1 341	- 515	- 399	- 826	-2 895	-1 609	-1 333	-2 910	- 33	
2. "	- 423	+1 930	+1 434	+ 496	- 611	-1 377	-1 049	- 558	- 363	- 491	- 328	- 79	- 353	- 58	- 365	
3. "	- 665	+1 593	+1 367	+ 226	- 793	-1 695	-1 087	- 213	- 265	- 874	- 608	- 58	- 381	- 895	+ 230	
4. " P)	+1 930	+2 688	+1 922	+ 766	- 589	+ 402	- 398	- 208	+ 28	- 190	+ 800	- 363	+1 038	+2 501	- 571	
1958 Okt.	+ 250	+ 932	+ 631	+ 301	- 132	- 380	- 88	- 70	- 15	- 18	- 292	- 33	- 178	+ 420	- 170	
Nov.	+ 376	+ 790	+ 444	+ 346	- 97	- 141	- 253	- 251	- 37	- 2	+ 112	+ 63	+ 36	+ 552	- 176	
Dez.	+ 346	+ 772	+ 580	+ 192	- 104	+ 130	- 337	- 77	- 25	- 260	+ 467	- 11	+ 491	+ 798	- 452	
1959 Jan.	- 856	+ 395	+ 229	+ 166	- 199	-1 458	- 287	- 228	- 114	- 59	-1 171	+ 13	-1 233	-1 262	+ 406	
Febr.	- 359	+ 988	+ 649	+ 339	- 123	- 859	- 283	- 179	- 218	- 104	- 576	- 354	- 250	+ 6	- 365	
März	-1 728	+ 586	+ 436	+ 150	- 321	-1 919	- 771	- 108	- 67	- 663	-1 148	-1 268	+ 150	-1 654	- 74	
April	- 748	+ 490	+ 387	+ 103	- 181	- 914	- 359	- 274	- 234	- 85	- 555	- 88	- 395	- 605	- 143	
Mai	+ 553	+ 658	+ 524	+ 134	- 149	+ 126	- 132	- 39	+ 15	- 93	+ 258	+ 21	+ 175	+ 635	- 82	
Juni	- 228	+ 782	+ 523	+ 259	- 281	- 589	- 558	- 245	- 144	- 313	- 31	- 12	- 133	- 88	- 140	
Juli	- 138	+ 357	+ 387	- 30	- 465	- 439	- 199	- 22	- 21	- 177	- 240	- 84	- 111	- 547	+ 409	
Aug.	- 313	+ 542	+ 431	+ 111	- 194	- 715	- 268	- 151	- 160	- 117	- 447	- 2	- 385	- 367	+ 54	
Sept.	- 214	+ 694	+ 549	+ 145	- 134	- 541	- 620	- 40	- 84	- 580	+ 79	+ 28	+ 115	+ 19	- 233	
Okt.	+ 308	+ 923	+ 595	+ 328	- 183	- 434	- 98	- 74	+ 43	- 24	- 336	- 72	- 266	+ 306	+ 2	
Nov.	+ 961	+1 000	+ 711	+ 289	- 130	+ 295	- 68	- 62	+ 17	- 6	+ 363	- 65	+ 449	+1 165	- 204	
Dez. P)	+ 661	+ 765	+ 616	+ 149	- 276	+ 541	- 232	- 72	- 32	- 160	+ 773	- 226	+ 855	+1 030	- 369	

*) Vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) einschl. der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland, jedoch ohne die bis dahin in der Zahlungsbilanz erfaßten Transaktionen des Saarlandes mit dem übrigen Bundesgebiet. Die durch die wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes bedingte Veränderung des Standes der Auslandsforderungen und -verpflichtungen des Bundesgebiets am 6. 7. 1959 ist mangels vollständiger statistischer Unterlagen nicht berücksichtigt. —

1) Ab Januar 1959 einschließlich der Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskonten sowie einschließlich der Veränderungen der Verpflichtungen aus „Einlagen ausländischer Einleger“ bei der Deutschen Bundesbank. — 2) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — 3) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. Außerdem wird hier im Gegensatz zu unseren sonstigen Zahlungsbilanzveröffentlichungen (z. B. Tab. VII, 2 und 5 im Statistischen Teil des vorliegenden Berichts) die Ausfuhr von Schiffs- und Flugzeugbedarf nicht den Dienstleistungen zugerechnet; die sonstigen den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen sind dagegen zusammen mit den Dienstleistungen erfaßt. — 4) Einschl. der Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte. — 5) Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligten inländischen Stellen angehören. — 6) Saldo des Handels in inländischen und ausländischen Wertpapieren, jedoch bis zum 30. 6. 1958 ohne den Erwerb und die Veräußerung von nicht notierten ausländischen Wertpapieren durch Inländer. — 7) Saldo aus der Veränderung von Forderungen und Verpflichtungen (Zunahme der Forderungen und Abnahme der Verpflichtungen: —). — 8) Hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — P) Vorläufig.

dem nachstehenden Sonderaufsatz über die vorläufige Zahlungsbilanz des Jahres 1959) hervorgeht, hatte die Bilanz des Kapitalverkehrs in den ersten drei Vierteljahren von 1959 mit einem Defizit von 7,3 Mrd DM abgeschlossen; der Überschuß der Waren- und Dienstleistungsbilanz in Höhe von fast 5,5 Mrd DM war allein hierdurch um 1,8 Mrd DM übertroffen worden, wozu dann noch das Defizit der Bilanz der unentgeltlichen

Leistungen im Betrage von reichlich 2 Mrd DM und der Passivsaldo der nicht erfaßbaren Posten (wie vor allem der Veränderungen der terms of payment) und der etwaigen statistischen Ermittlungsfehler in Höhe von etwa 170 Mio DM gekommen waren. Im vierten Quartal von 1959 dagegen schloß die Kapitalbilanz mit einem Überschuß von ungefähr 400 Mio DM ab, der das gleichzeitige Defizit der Bilanz der unentgeltlichen Lei-



stungen (fast 600 Mio DM) und den Passivsaldo der nicht erfaßten Posten und der etwaigen Ermittlungsfehler in Höhe von rd. 570 Mio DM zu einem nicht unbeträchtlichen Teil kompensierte, so daß sich der — erhöhte — Überschuß der Leistungsbilanz zum größten Teil als Aktivsaldo der gesamten Zahlungsbilanz niederschlagen konnte.

Bis zu einem gewissen Grade hängt diese Veränderung in der Kapitalbilanz zweifellos damit zusammen,

daß einmalige Sonderzahlungen der öffentlichen Hand, die in den ersten drei Quartalen von 1959 den Passivsaldo der Kapitalbilanz stark erhöht hatten, im vierten Quartal keine große Rolle spielten. Bei den Sonderzahlungen in den ersten neun Monaten hatte es sich bekanntlich vor allem um vorzeitige Schuldentilgungen an Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika, um Leistungen an Frankreich im Zusammenhang mit der Rückgliederung des Saarlandes und um Einzahlungen beim Internationalen Währungsfonds und bei der Weltbank gehandelt. Bereits bei der Darstellung dieser Sonderleistungen, die sich zusammen auf knapp 1,5 Mrd DM beliefen, war in unseren früheren Berichten darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich mit ihrem Wegfall der Saldo der Kapitalbilanz naturgemäß wieder verbessern werde.

Es kam hinzu, daß im vierten Quartal die Kapitalbilanz durch Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland im ganzen nicht mehr belastet wurde, während vordem auf diesem Wege erhebliche Devisenbeträge abgeflossen waren. Wie aus der beigefügten Zahlenübersicht zu ersehen ist, sind die Nettokäufe von ausländischen Wertpapieren durch deutsche Interessenten im vierten Quartal auf insgesamt rd. 140 Mio DM gesunken gegen 450 Mio DM im dritten Quartal und 1,3 Mrd DM in den ersten drei Quartalen von 1959 zusammen. In dieser Höhe wurden sie zahlungsbilanzmäßig völlig durch die gleichzeitigen Nettokäufe von inländischen Wertpapieren durch das Ausland (gut 160 Mio DM im vierten Quartal gegen 190 Mio DM im dritten und 260 Mio DM in den ersten drei Vierteljahren von 1959 zusammen) ausgeglichen, während in den ersten drei Quartalen der Erwerb von ausländischen Wertpapieren durch inländische Käufer per Saldo um rd. 1 Mrd DM über den Erwerb von inländischen Wertpapieren durch Ausländer hinausgegangen war und die Kapitalbilanz entsprechend belastet hatte¹⁾. Worauf diese Veränderung zurückzuführen ist, dürfte sich kaum eindeutig eruieren lassen. Zufällige Schwankungen, die Entwicklung des Kursniveaus, der jeweilige Umfang der für das Ausland interessanten Emissionen u. ä. Einflüsse spielten dabei gewiß eine Rolle. Auch der Umschwung in der deutschen Kreditpolitik war sicher von Einfluß, weil er es schwieriger und zum Teil auch weniger attraktiv gemacht haben dürfte, ausländische Effekten zu erwerben. Auf der anderen Seite darf man den Einfluß der Kreditpolitik aber auch nicht überschätzen. So liegen z. B. bisher keine Anzeichen dafür vor, daß der Anstieg der Rendite der deutschen festverzinslichen Werte einen stärkeren Kapitalimport hervorgerufen

¹⁾ Vgl. hierzu: Zur Entwicklung der Käufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Dezember 1959, S. 7 ff.

Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland
in Mio DM

Positionen ¹⁾	1958	1959 ²⁾		
		Ins- gesamt	1. bis 3. Vj.	4. Vj.
A. Transaktionen in ausländischen Wertpapieren ³⁾				
1) Käufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	381	1 991	1 645	346
davon: a) Dividendenpapiere	(194)	(1 385)	(1 104)	(281)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(187)	(606)	(541)	(65)
2) Verkäufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	104	567	358	209
davon: a) Dividendenpapiere	(46)	(397)	(217)	(180)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(58)	(170)	(141)	(29)
Nettokäufe (—) von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	— 277	—1 424	—1 287	— 137
davon: a) Dividendenpapiere	(— 148)	(— 988)	(— 887)	(— 101)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(— 129)	(— 436)	(— 400)	(— 36)
B. Transaktionen in inländischen Wertpapieren ³⁾				
1) Käufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	1 768	2 484	1 858	626
davon: a) Dividendenpapiere	(761)	(1 902)	(1 442)	(460)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(1 007)	(582)	(416)	(166)
2) Verkäufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	1 273	2 063	1 601	462
davon: a) Dividendenpapiere	(587)	(1 294)	(943)	(351)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(686)	(769)	(658)	(111)
Nettokäufe (+) bzw. -verkäufe (—) von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	+ 495	+ 421	+ 257	+ 164
davon: a) Dividendenpapiere	(+ 174)	(+ 608)	(+ 499)	(+ 109)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(+ 321)	(— 187)	(— 242)	(+ 55)
C. Saldo (A + B)	+ 218	—1 003	—1 030	+ 27
davon: a) Dividendenpapiere	(+ 26)	(— 380)	(— 388)	(+ 8)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(+ 192)	(— 623)	(— 642)	(+ 19)

¹⁾ Dividendenpapiere einschl. Investmentzertifikate. — ²⁾ Bis Mitte 1958 ohne nicht notierte Wertpapiere. — ³⁾ Einschließlich deutscher Auslandsbonds. — ⁴⁾ Vorläufig.

hätte, obwohl das Ausland an einzelnen Emissionen, wie z. B. den Bundesanleihen von November 1959 und Januar 1960, ein verhältnismäßig lebhaftes Interesse bekundete. Außerdem bleibt abzuwarten, ob nicht im Januar die deutschen Wertpapierkäufe im Ausland wieder zugenommen und damit zu dem beachtlichen Devisenabfluß in diesem Monat beigetragen haben.

Ausschlaggebend für die starke Veränderung der gesamten Kapitalbilanz war jedoch die *Entwicklung des kurzfristigen Kapitalverkehrs*, und hier war der Wandel der kreditpolitischen Lage zweifellos der entscheidende Faktor, da er namentlich im Devisenstatus der Geschäftsbanken zunächst einen weitgehenden Umschwung bewirkte. Der gesamte kurzfristige Kapitalverkehr schloß im vierten Quartal 1959 mit einem

Aktivsaldo in Höhe von 800 Mio DM ab, nachdem in den ersten drei Vierteljahren — mit besonderem Schwergewicht im ersten Quartal — die Abgänge um rd. 3,8 Mrd DM größer gewesen waren als die Zuflüsse. Die Verschlechterung der Netto-Devisenposition der Geschäftsbanken hat dabei für sich allein reichlich 1 Mrd DM ausgemacht, während sich in den ersten drei Vierteljahren die Relation zwischen den kurzfristigen Auslandsforderungen und den kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten der Geschäftsbanken um 2,1 Mrd DM verbessert hatte. Im einzelnen war in diesem Zusammenhang vor allem die Entwicklung der Auslandsaktiva der Geschäftsbanken von Bedeutung. In den ersten drei Quartalen waren diese unter dem Einfluß der damaligen „Geldexporte“ der Banken um 1,8 Mrd DM gewachsen, wenn man von dem durch die Einbeziehung der saarländischen Banken bedingten Zugang absieht; auch im Oktober hatten sie noch um reichlich 200 Mio DM zugenommen. Unter dem Einfluß der Diskonterhöhung vom 22. Oktober 1959 und der am 1. November in Kraft getretenen Heraufsetzung der Mindestreservesätze hörten jedoch die Geldexporte der Banken, global betrachtet, nicht nur auf, sondern es setzte zunächst sogar ein erheblicher Abbau der kurzfristigen Auslands Guthaben und -anlagen ein, der sich bis Ende Dezember auf rd. 740 Mio DM stellte. Vor allem die Liquiditätsanspannung, die die Erhöhung der Mindestreservesätze im Zusammenhang mit den — in die gleiche Richtung wirkenden — saisonalen Faktoren mit sich brachte, dürfte dabei maßgebend gewesen sein, da sie zumindest einen Teil der Banken zwang, auf die in Form von Guthaben bei ausländischen Banken und von Geldmarktanlagen im Ausland unterhaltenen Liquiditätsreserven zurückzugreifen. Dagegen war das Zinsmoment offenbar von geringerer Bedeutung, zumal die Geldsätze im Ausland zum Teil sogar noch stärker stiegen als in der Bundesrepublik und die Bundesbank ihre Swapsätze in rascher Folge bis auf Null herabsetzte, um der Repatriierung von Auslandsguthaben aus zinsmäßigen Erwägungen entgegenzuwirken. Daß von der Entstehung eines stärkeren, den Geldeinstrom begünstigenden Zinsgefälles durch die kreditpolitischen Maßnahmen vom Oktober keine Rede sein konnte, geht auch daraus hervor, daß der Zustrom von Fremdgeldern im großen und ganzen gering blieb. Die Einlagen von Ausländern und die im Ausland aufgenommenen kurzfristigen Kredite sind in den Monaten Oktober und November 1959 zunächst überhaupt nicht gestiegen, sondern praktisch unverändert geblieben. Erst im Dezember, und zwar anscheinend erst gegen Ende des Monats, war ein stärkerer Zugang — um etwa 500 Mio DM — zu verzeichnen, von dem jedoch nicht sicher ist, wie

Zur Außenwirtschaftslage *)

in Mio DM

	1958				1959						
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. *)	Okt.	Nov.	Dez. *)
Außenhandel											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
Alle Länder ¹⁾											
Ausfuhr (fob)	2 878	2 984	3 118	3 353	2 967	3 353	3 438	3 971	3 832	3 799	4 281
Einfuhr (cif)	2 573	2 423	2 580	2 801	2 529	2 875	2 983	3 330	3 237	3 088	3 665
Saldo *)	+ 305	+ 561	+ 538	+ 552	+ 438	+ 478	+ 455	+ 641	+ 595	+ 711	+ 616
Ländergruppen ²⁾											
EWA-Länder: Ausfuhr	2 102	2 155	2 168	2 311	2 125	2 327	2 408	...	2 654	2 633	...
Einfuhr	1 649	1 575	1 680	1 815	1 713	2 013	2 069	...	2 327	2 217	...
Saldo *)	+ 453	+ 580	+ 488	+ 496	+ 412	+ 314	+ 339	...	+ 327	+ 416	...
Dollar-Länder: Ausfuhr	372	396	427	478	427	509	534	...	618	585	...
Einfuhr	669	605	637	689	570	588	622	...	617	566	...
Saldo *)	- 297	- 209	- 210	- 211	- 143	- 79	- 88	...	+ 1	+ 19	...
Sonstige Länder: Ausfuhr	387	418	505	547	400	501	479	...	542	563	...
Einfuhr	253	241	260	294	243	271	289	...	290	302	...
Saldo *)	+ 134	+ 177	+ 245	+ 253	+ 157	+ 230	+ 190	...	+ 252	+ 261	...
Austauschrelation (terms of trade)											
1954 = 100											
Durchschnittswerte der Ausfuhrereinheit	106,3	105,2	104,7	103,7	103,1	102,9	102,0	...	101,6	101,4	...
Durchschnittswerte der Einfuhreinheit	99,7	97,2	94,7	94,2	93,6	91,7	91,7	...	91,7	91,4	...
Austauschrelation *)	106,6	108,2	110,5	110,1	110,2	112,2	111,3	...	110,9	111,0	...
Goldbestand und Auslandsforderungen³⁾ der Deutschen Bundesbank⁴⁾											
Stand am Ende des Berichtszeitraums											
Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)											
Insgesamt	+16 674	+17 348	+18 283	+18 990	+16 656	+16 842	+16 397	+18 779	+16 827	+17 788	+18 779
darunter:											
Goldbestand	+10 333	+10 814	+10 907	+11 085	+11 248	+11 355	+11 009	+11 077	+11 028	+11 029	+11 077
US-\$ (einschl. can. \$)	+ 6 245	+ 6 101	+ 7 265	+ 7 442	+ 5 766	+ 5 661	+ 5 370	+ 7 278	+ 5 654	+ 6 441	+ 7 278
Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)											
Insgesamt	+ 6 264	+ 6 883	+ 6 923	+ 7 188	+ 6 350	+ 5 741	+ 5 521	+ 5 069	+ 5 399	+ 5 399	+ 5 069
darunter:											
Kredite an die EZU	+ 4 202	+ 4 447	+ 4 287	+ 4 597	—	—	—	—	—	—	—
Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU	—	—	—	—	+ 4 121	+ 3 813	+ 3 621	+ 3 159	+ 3 484	+ 3 482	+ 3 159
Schuldverschreibungen der Weltbank	+ 808	+ 1 123	+ 1 323	+ 1 239	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 496	+ 1 496	+ 1 496	+ 1 496	+ 1 496
Zweckgebundene Guthaben bei ausländischen Banken und zweckgebundene Geldmarktanlagen	+ 897	+ 915	+ 1 002	+ 971	+ 707	+ 441	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353
Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken	+ 349	+ 303	+ 283	+ 265	+ 240	+ 223	+ 188	+ 175	+ 192	+ 192	+ 175
Zahlungsbilanz											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
I. Saldo der Devisenbilanz ⁵⁾ (Überschuß: +)	- 17	+ 431	+ 325	+ 324	- 981	- 141	- 222	+ 643	+ 308	+ 961	+ 661
II. Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz	- 58	+ 405	+ 393	+ 590	- 970	- 19	- 298	+ 834	+ 306	+ 1 165	+ 1 030
1. Waren- und Dienstleistungsverkehr	+ 590	+ 796	+ 726	+ 831	+ 656	+ 643	+ 531	+ 896	+ 923	+ 1 000	+ 765
2. Unentgeltliche Leistungen (eigene Leistungen: —)	- 159	- 152	- 128	- 111	- 214	- 203	- 264	- 196	- 183	- 130	- 276
3. Kapitalverkehr (eigene Leistungen: —)	- 489	- 239	- 205	- 130	- 1 412	- 459	- 565	+ 134	- 434	+ 295	+ 541
davon: Langfristig	- 65	- 160	- 137	- 226	- 447	- 350	- 362	- 133	- 98	- 68	- 232
Kurzfristig	- 424	- 79	- 68	+ 96	- 965	- 109	- 203	+ 267	- 336	+ 363	+ 773
III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler ⁷⁾ (I./II.)	+ 41	+ 26	- 68	- 266	- 11	- 122	+ 76	- 191	+ 2	- 204	- 369

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VII, Außenwirtschaft, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes.

*) Die Angaben dieser Tabelle beziehen sich vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) auf das Bundesgebiet einschl. Saarland und Berlin (West), für die Zeit bis zum 6. 7. 1959 dagegen auf das Bundesgebiet ohne Saarland, aber einschl. Berlin (West).

1) Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand und die Auslandsforderungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätskurs angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen; so können in der Zahlungsbilanz zur Zeit mangels statistischer Unterlagen über die Umsätze noch nicht alle in der Position „Einlagen ausländischer Einleger“ des Bundesbankausweises erfaßten Verpflichtungen berücksichtigt werden; von Anfang 1959 ab ist jedoch der größte Teil dieser Verpflichtungen einbezogen.

2) Einschl. Schiffsbedarf usw. — 3) Ausfuhrüberschuß (+), Einfuhrüberschuß (-). — 4) Einfuhr aus Einkaufsländern, Ausfuhr nach Käuferländern. — 5) Durchschnittswerte der Ausfuhrereinheit in vH der Durchschnittswerte der Einfuhreinheit. — 6) Guthaben auf laufenden Fremdwährungskonten und Ausländer-DM-Konten sowie befristete oder nur beschränkt verwendbare Forderungen, abzüglich der entsprechenden Verpflichtungen. — 7) Veränderung des Goldbestandes sowie der Auslandsforderungen und -verpflichtungen der Deutschen Bundesbank (vgl. Anm. 1)). — 8) Hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — 9) Teilweise vorläufig.

Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland
in Mio DM

Zeit	Saldo der Forderungen und Verpflichtungen	Forderungen						Verpflichtungen					
		Ins-gesamt	Guthaben bei ausländischen Banken		Geldmarkt-anlagen	Kurzfristige Kredite		Ins-gesamt	Einlagen von Ausländern		Kurzfristige Kredite		
			Täglich fällige Gelder	Termin-gelder		Aus-ländische Währung	DM		Aus-ländische Währung	DM	Aus-ländische Währung	DM	
Stand am Ende des Berichtszeitraums ¹⁾													
1956	-2 310	715	362	13	4	35	301	3 025	52	2 063	904	6	
1957	-2 287	1 320	307	20	448	22	523	3 607	50	2 602	930	25	
1958	-1 560	1 919	431	128	481	55	824	3 479	91	2 811	537	40	
1959 ^{P)}	- 276	3 465	939	358	1 246	224	698	3 741	333	3 075	317	16	
1959 März	- 208	2 747	486	916	620	143	582	2 955	96	2 403	398	58	
Juni	+ 145	3 356	662	1 099	890	161	544	3 211	203	2 690	285	33	
Sept.	+ 762	3 977	903	1 255	950	149	720	3 215	261	2 670	267	17	
Okt.	+1 028	4 201	1 153	1 152	970	164	762	3 173	270	2 613	266	24	
Nov.	+ 579	3 804	1 059	938	917	178	712	3 225	271	2 656	282	16	
Dez. ^{P)}	- 276	3 465	939	358	1 246	224	698	3 741	333	3 075	317	16	
Veränderung im Berichtszeitraum ²⁾													
(Verbesserung des Saldos: +, Verschlechterung: -; Zunahme der Forderungen und der Verpflichtungen: +, Abnahme: -)													
1957	+ 24	+ 606	- 54	+ 7	+ 444	- 13	+ 222	+ 582	- 2	+ 539	+ 26	+ 19	
1958	+ 727	+ 599	+ 124	+ 108	+ 33	+ 33	+ 301	- 128	+ 41	+ 209	- 393	+ 15	
1959 ^{P)}	+1 029	+1 309	+ 451	+ 86	+ 718	+ 167	- 113	+ 280	+ 215	+ 320	- 231	- 24	
1959 1. Vj.	+1 333	+ 818	+ 55	+ 778	+ 139	+ 88	- 242	- 515	+ 5	- 399	- 139	+ 18	
2. "	+ 353	+ 609	+ 176	+ 183	+ 270	+ 18	- 38	+ 256	+ 107	+ 287	- 113	- 25	
3. "	+ 381	+ 394	+ 184	+ 22	+ 13	- 14	+ 189	+ 13	+ 31	+ 27	- 29	- 16	
4. " ^{P)}	-1 038	- 512	+ 36	- 897	+ 296	+ 75	- 22	+ 526	+ 72	+ 405	+ 50	- 1	
Okt.	+ 266	+ 224	+ 250	- 103	+ 20	+ 15	+ 42	- 42	+ 9	- 57	- 1	+ 7	
Nov.	- 449	- 397	- 94	- 214	- 53	+ 14	- 50	+ 52	+ 1	+ 43	+ 16	- 8	
Dez. ^{P)}	- 855	- 339	- 120	- 580	+ 329	+ 46	- 14	+ 516	+ 62	+ 419	+ 35	+ 0	

¹⁾ Angaben ab Ende September 1959 einschl. der Forderungen und Verpflichtungen der saarländischen Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland, jedoch ohne die bis Ende Juni 1959 erfaßten Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken des übrigen Bundesgebietes gegenüber dem Saarland. Die dadurch bedingten Zugänge und Abgänge bei Forderungen und Verpflichtungen wurden bei der Ermittlung der Veränderungsziffern ausgeschaltet. — ²⁾ Nach Ausschaltung statistisch bedingter Veränderungen (vgl. außerdem Anm. ¹⁾). — ^{P)} Vorläufig.

weit er auf Zinsarbitrage, auf Jahresendzahlungen an Ausländer aus dem inneren Kreislauf oder auf Maßnahmen des window-dressing für die Jahresschluß-Bilanzen beruhte. Auf Grund der bisher vorliegenden Tagesmeldungen über den Auslandsstatus eines Teils der Geschäftsbanken hat es überdies den Anschein, als habe sich dieser Geldzugang im Januar d. J. nicht fortgesetzt, sondern als seien die Auslandsverbindlichkeiten der Geschäftsbanken eher wieder zurückgegangen. Der Umstand, daß die Banken für den Zugang an mindestreservspflichtigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Stand von Ende November ab Januar d. J., wie schon erwähnt, Mindestreserven nach den gesetzlich zulässigen Höchstsätzen halten müssen, würde dies durchaus begreiflich machen. Aber auch die Entwicklung des internationalen Zinsgefälles spricht in Anbetracht des in den letzten Monaten des vergangenen Jahres erfolgten Anstiegs der amerikanischen Zinssätze und der kürzlich vorgenommenen Erhöhung des Diskontsatzes der Bank von England fürs erste kaum für einen stärkeren Zugang an kurzfristigen Auslandsgeldern. Es scheint sogar, daß einzelne Banken, wie bereits in anderem Zusammenhang erwähnt, im Januar wieder stärkere Geldexporte getätigt haben, was wesentlich dazu beigetragen haben dürfte, daß die Währungsreserven

der Bundesbank in diesem Monat wieder zurückgegangen sind.

Im vierten Quartal 1959 war die Situation jedoch anders, und es ist anzunehmen, daß die Kapitalbilanz — solange eine fühlbare Liquiditätsverknappung und höhere Geldsätze, als sie bis zum Herbst des vergangenen Jahres herrschten, im Sinne der Kreditpolitik liegen — vor allem im kurzfristigen, aber auch im langfristigen Bereich ein wesentlich anderes Aussehen haben wird als in den ersten drei Quartalen von 1959, auch wenn die derzeitige Zinsentwicklung im Ausland der teilweise vorausgesagten Zunahme des Kapitalimports offensichtlich entgegenwirkt.

Die Entwicklung der Leistungsbilanz

In gewissem Umfang hat zur Verbesserung der Zahlungsbilanz im vierten Quartal 1959 allerdings über die Veränderung des Saldos der Kapitalbilanz hinaus auch eine erneute Erhöhung des Überschusses der Warenhandels- und Dienstleistungsbilanz beigetragen. Die Warenhandels- und Dienstleistungsbilanz schloß im vierten Quartal mit einem Aktivsaldo von fast 2,7 Mrd DM ab gegen weniger als 1,6 Mrd DM im dritten Quartal, je etwa 1,9 Mrd DM in den beiden ersten Quartalen von 1959 und knapp 2,5 Mrd DM im vier-

Zur Entwicklung der Leistungsbilanz und der Einnahmen von fremden Truppen

Jahr	Saldo der Leistungsbilanz	Einnahmen von fremden Truppen	davon			Einnahmen von fremden Truppen in vH des Überschusses der Leistungsbilanz
			Warenverkehr und sonstiger Dienstleistungsverkehr (= Leistungsbilanz ohne Einnahmen von fremden Truppen)			
			Insgesamt	Handelsbilanz ¹⁾	Sonstiger Dienstleistungsverkehr ¹⁾	
Mio DM						
1950	- 2 496	211	- 2 707	- 3 012	+ 305	-
1951	+ 765	367	+ 398	- 149	+ 547	48
1952	+ 2 335	850	+ 1 485	+ 706	+ 779	36
1953	+ 4 130	1 140	+ 2 990	+ 2 516	+ 474	28
1954	+ 3 982	1 022	+ 2 960	+ 2 698	+ 262	26
1955	+ 2 948	1 226	+ 1 722	+ 1 245	+ 477	42
1956	+ 5 497	1 757	+ 3 740	+ 2 897	+ 843	32
1957	+ 7 699	2 660	+ 5 039	+ 4 271	+ 768	35
1958	+ 8 827	3 877	+ 4 950	+ 5 865	- 915	44
1959	+ 8 180	4 102	+ 4 078	+ 6 037	- 1 959	50

¹⁾ Vgl. Anm. ²⁾ bzw. ³⁾ zur Tabelle „Wichtige Posten der Zahlungsbilanz“ auf S. 43.

ten Vierteljahr von 1958. Der bis zum dritten Quartal 1959 zu beobachtende Rückgang des Überschusses wurde also fürs erste unterbrochen.

Betrachtet man zunächst die Entwicklung der Dienstleistungsbilanz, so fällt auf, daß sich hier der Überschub im Vergleich zum dritten Quartal besonders stark — nämlich von 226 Mio DM auf 766 Mio DM — erhöht hat. Zum größten Teil ist das eine saisonmäßige Erscheinung, weil die Reiseverkehrsbilanz, die einen der wichtigsten Bestandteile der Dienstleistungsbilanz bildet, in den Wintermonaten gewöhnlich günstiger abschließt als in den Hauptreisemonaten. Auch im vergangenen Vierteljahr ist der strukturelle Passivsaldo, den die Reiseverkehrsbilanz seit dem Jahre 1958 aufweist, von etwas über 300 Mio DM im dritten auf weniger als 20 Mio DM im vierten Quartal zurückgegangen. Die längerfristige Entwicklungstendenz kam jedoch nach wie vor darin zum Ausdruck, daß die Bilanz auch in diesen Monaten passiv blieb, während sie im vierten Quartal von 1958 einen Überschub von reichlich 80 Mio DM aufgewiesen hatte.

Im übrigen ist zu beachten, daß der Tendenz zur Passivierung der Dienstleistungsbilanz bisher ständig ein nichtkommerzieller Faktor, nämlich der Deviseneingang von seiten der fremden Truppendienststellen in der Bundesrepublik, entgegenwirkte. Die Deviseneinnahmen aus dieser Quelle stellten sich im vierten Quartal von 1959 auf fast 1,1 Mrd DM gegen 1,0 Mrd DM im Vorvierteljahr und knapp 1,06 Mrd DM im vierten Vierteljahr von 1958. Sie erreichten damit für das ganze Jahr 1959 einen Betrag von 4,1 Mrd DM gegen 3,9 Mrd DM im Jahre 1958, etwas weniger als 2,7 Mrd DM im Jahre 1957 und knapp 1,8 Mrd DM im Jahre 1956. Da der Gesamtüberschub der Dienst-

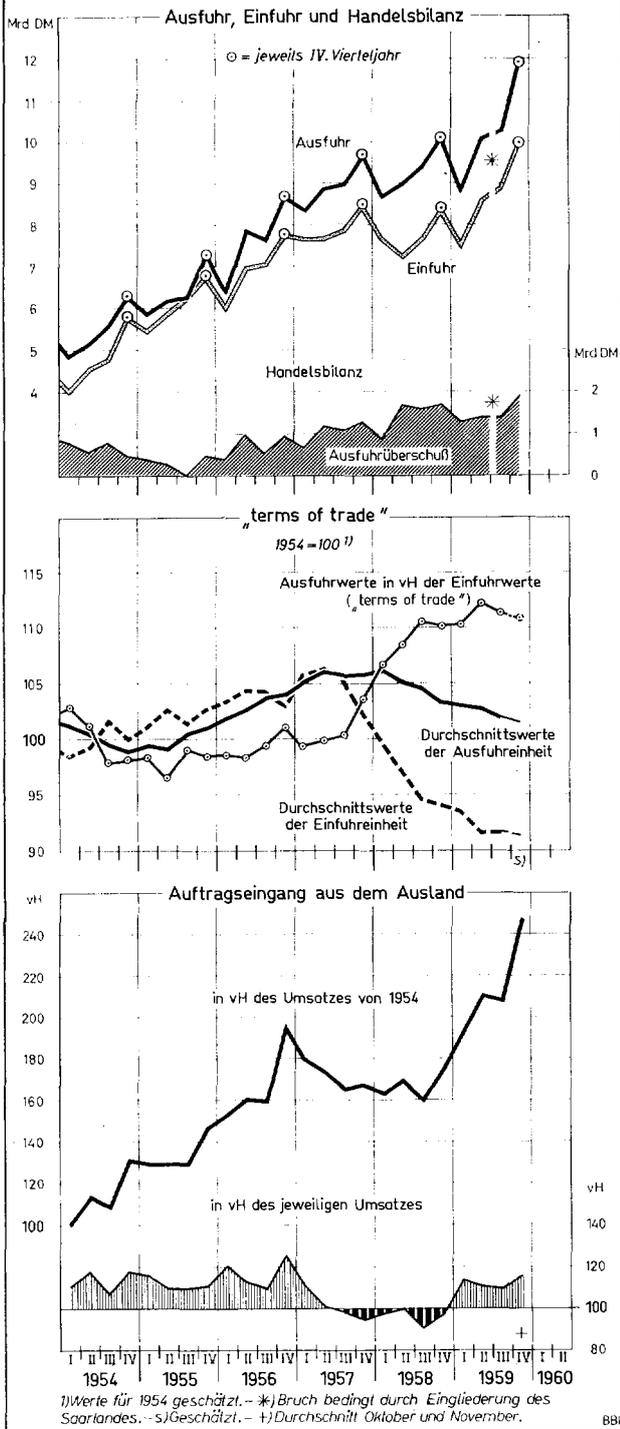
leistungsbilanz 1959 nur 2,1 Mrd DM betrug, wäre die Bilanz ohne die Deviseneinnahmen von den fremden Truppen also bereits mit 2 Mrd DM passiv gewesen, und der Überschub der Warenhandels- und Dienstleistungsbilanz hätte ohne sie nur knapp 4,1 Mrd DM anstatt beinahe 8,2 Mrd DM betragen. Überhaupt wurde die Entwicklung des Leistungsbilanzüberschusses in den letzten Jahren in sehr starkem Maße durch die Zunahme jener weitgehend politisch und nicht kommerziell bedingten Deviseneingänge beeinflusst. Läßt man nämlich die Deviseneinnahmen von den fremden Truppendienststellen außer Betracht, so erreichte der Leistungsbilanzüberschub bereits im Jahre 1957 mit 5,04 Mrd DM einen bisherigen Höhepunkt, von dem er im Jahre 1958 auf 4,95 Mrd DM und im Jahre 1959 auf den bereits erwähnten Betrag von 4,08 Mrd DM sank.

Was die Zahlungsbilanzentwicklung der letzten Monate anlangt, so verdient allerdings Beachtung, daß auch der Außenhandelsüberschub wieder etwas zugenommen hat, und zwar nicht nur im Vergleich zu den Sommermonaten (was weitgehend mit Saisoneinflüssen erklärt werden könnte), sondern — im Gegensatz zur Dienstleistungsbilanz — auch im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die genauen Ziffern sind den beigefügten Zahlenübersichten, vor allem der vorstehenden Tabelle über die wichtigsten Posten der Zahlungsbilanz zu entnehmen; der Ausfuhrüberschub stellte sich danach im vierten Quartal von 1959 auf reichlich 1,9 Mrd DM gegen 1,4 Mrd DM im Durchschnitt der vorangegangenen drei Vierteljahre und weniger als 1,7 Mrd DM im vierten Quartal von 1958.

Die Gründe hierfür liegen offensichtlich in einem erneuten starken Anstieg der Ausfuhr. Die Ausfuhr erreichte in den Monaten Oktober bis Dezember 1959 einen Betrag von 11,9 Mrd DM und übertraf damit den Stand der entsprechenden Vorjahrsmonate um nicht weniger als 18,4 vH, nachdem ihre jährliche Zuwachsrate im Jahre 1958 und im ersten Quartal 1959 nur rd. 3 vH und in den beiden Sommerquartalen durchschnittlich 11 vH betragen hatte. Obwohl die Steigerung der Einfuhr damit prozentual ungefähr Schritt hielt — die jährliche Zuwachsrate der Einfuhr stellte sich im vierten Quartal von 1959 sogar auf 18,9 vH —, ergab sich aus dieser Entwicklung wegen der absolut gesehen höheren Ausfuhr ein größerer Zuwachsbetrag für den Export und damit der erwähnte Anstieg des Ausfuhrüberschusses um etwa 270 Mio DM.

Innerwirtschaftliche Einflüsse spielten hierbei wahrscheinlich nur eine verhältnismäßig geringe Rolle. Selbstverständlich wäre es möglich gewesen, gewisse Einfuhrschränken noch früher und stärker zu öffnen, als

AUSSENHANDEL



es immerhin bereits der Fall war, und damit namentlich Ernährungsgütern aus dem Ausland einen breiteren Markt in der Bundesrepublik zu erschließen; vielleicht wäre die Einfuhr dann nicht nur prozentual, sondern auch absolut stärker gewachsen als die Ausfuhr, was

sicher nicht nur aus Zahlungsbilanzgründen, sondern auch im Hinblick auf die heimische Versorgungslage und die Preisentwicklung erwünscht gewesen wäre. Aber bei der Ausfuhr spielten binnenwirtschaftliche Momente bisher sicher kaum eine Rolle. So wäre es insbesondere abwegig, die neue starke Expansion des Exports mit den kreditpolitischen Maßnahmen vom September und Oktober in Zusammenhang zu bringen. Diese haben in den letzten Monaten des vergangenen Jahres sicher noch keinen — das „Exportventil“ öffnenden — Druck auf die heimische Absatzlage gezeitigt und konnten dies auch nicht, ganz abgesehen davon, daß sie in erster Linie die Bauwirtschaft treffen dürften, die kaum auf den Export ausweichen könnte.

Entscheidend für die beträchtliche Ausfuhrsteigerung der letzten Monate scheint vielmehr zu sein, daß sich große Teile des Auslandes seit dem Frühjahr oder der Mitte des vergangenen Jahres in einer kräftigen Konjunkturbelebung befinden und damit einen wachsenden Nachfragesog auf die deutsche Wirtschaft ausüben. Dieser Einfluß hatte schon geraume Zeit vor der Schwenkung der deutschen Kreditpolitik seine Schatten in der starken Zunahme des Auftragseingangs aus dem Ausland vorausgeworfen. Bereits im zweiten Vierteljahr 1959 war in der Industrie der Eingang an Auslandsbestellungen um 27 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im dritten Quartal ist dieser Satz auf 32 vH und im Oktober und November, den beiden letzten Monaten, für die Angaben vorliegen, weiter auf 42 vH gestiegen. Auf den besonderen Einfluß, den in diesem Rahmen der amerikanische Stahlstreik ausübte, ist mit Recht verschiedentlich hingewiesen worden. Die Bundesrepublik befindet sich also wieder in der Lage, daß eine starke Zunahme der heimischen Konjunktur zusammentrifft mit einem nicht minder kräftigen Anstieg der Auslandsnachfrage, die es vorläufig verhindert, daß die innere Expansion den Ausfuhrüberschuß herabdrückt, wie es sonst wahrscheinlich der Fall wäre. Es bleibt abzuwarten, ob sich hieran dadurch etwas ändern wird, daß — wie die verschiedenen Diskonterhöhungen in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten von Amerika zeigen — offenbar auch das Ausland entschlossen ist, den Gefahren einer Übersteigerung der heimischen Konjunktur entgegenzutreten und ob sich damit auf weitere Sicht eventuell auch ein Nachlassen der Auslandsnachfrage ergeben wird, die in den letzten Monaten in erheblichem Maße zur Anfachung der allgemeinen Konjunktur beigetragen hat.

Vorläufiger Überblick über die Zahlungsbilanz des Jahres 1959^{*)}

Wie den vorstehenden Ausführungen zur Außenwirtschaftslage zu entnehmen ist, wies die Zahlungsbilanzentwicklung des vergangenen Jahres zum Teil erhebliche Schwankungen auf. Deutlich lassen sich zwei Perioden unterscheiden: eine — die ersten drei Vierteljahre umfassende —, in der die Zahlungsbilanz durch beträchtliche Defizite gekennzeichnet war, und eine zweite — zeitlich fast mit dem vierten Quartal zusammenfallende —, in der sich wiederum Überschüsse ergaben, wenn diese auch erheblich geringer waren als die Defizite der ersten neun Monate. Trotz dieser gegenläufigen Tendenzen erscheint es angezeigt, an Hand der zur Zeit verfügbaren statistischen Unterlagen einen ersten, wenn auch noch nicht sehr detaillierten Überblick über die Zahlungsbilanz des Jahres 1959 als Ganzes zu geben und damit unsere früheren Jahresübersichten fortzusetzen. Eine stärker aufgegliederte und statistisch genauer fundierte Übersicht wird freilich erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein.

Devisenbilanz und zentrale Währungsreserven

Der Gesamtbestand der Bundesbank an Gold und Auslandsforderungen (einschließlich der längerfristigen Forderungen und der zweckgebundenen Guthaben) hat sich 1959 — trotz der starken Devisenzuflüsse im letzten Quartal des Jahres — um 2,1 Mrd DM vermindert; demgegenüber hatte er 1958 um 3,2 Mrd DM und in den Jahren 1956 und 1957 um jeweils 5,1 Mrd DM zugenommen. Die zentralen Währungsreserven sind damit zum ersten Male seit 1950 zurückgegangen.

Die Veränderungen, die die Gold- und Devisenbestände der Bundesbank im Verlauf des gesamten letzten

Jahres aufwies, betrafen — wie die Angaben der folgenden Tabelle erkennen lassen — vor allem den Bestand an beschränkt verwendbaren Auslandsforderungen. Dieser ist im Jahre 1959 um 2 Mrd DM auf 5 Mrd DM zurückgegangen, womit sich sein Anteil am Gesamtbestand der Währungsreserven auf 21,3 vH gegen 27,5 vH Ende 1958 verminderte. Der Goldbestand blieb demgegenüber praktisch das ganze Jahr über unverändert, und bei den uneingeschränkt verwendbaren Devisenreserven haben sich die Abgänge in den ersten drei Vierteljahren von 1959 und die Zugänge im letzten Quartal die Waage gehalten. Maßgeblich für die Abnahme der beschränkt verwendbaren Auslandsforderungen waren Rückzahlungen auf die Kredite, die der Ende 1958 aufgelösten Europäischen

^{*)} Alle in diesem Aufsatz enthaltenen Angaben schließen seit der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saarlandes die außenwirtschaftlichen Transaktionen dieses Gebietes ein (vgl. Anmerkung auf S. 42).

Tab. 1: Veränderungen des Goldbestandes und der Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank (netto)¹⁾
in Mio DM

Positionen	1954	1955	1956	1957	1958	1959		
						Insgesamt	1. bis 3. Vj.	4. Vj.
Veränderung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen insgesamt	+ 2 782	+ 1 852	+ 5 087	+ 5 121	+ 3 188	- 2 101	- 4 031	+ 1 930
davon:								
1) Gold	+ 1 261	+ 1 234	+ 2 413	+ 4 399	+ 411	- 8	- 76	+ 68
2) Uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen	+ 1 683	+ 450	+ 1 798	- 1 981	+ 1 992	- 80	- 2 394	+ 2 314
darunter:								
US-\$ (einschl. can. \$)	+ 1 908	+ 336	+ 1 543	- 1 184	+ 1 294	- 164	- 2 072	+ 1 908
3) Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen	- 162	+ 168	+ 876	+ 2 703	+ 785	- 2 013	- 1 561	- 452
darunter:								
a) Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU ²⁾	+ 272	+ 133	+ 703	+ 1 352	+ 355	- 1 438	- 976	- 462
b) Schuldverschreibungen der Weltbank	-	-	+ 73	+ 735	+ 431	+ 257	+ 257	-
c) Zweckgebundene Guthaben bei ausländischen Banken und zweckgebundene Geldmarktanlagen	-	-	+ 240	+ 792	- 61	- 618	- 618	-

¹⁾ Angaben über die Höhe des Bestandes der Bundesbank an Gold und Auslandsforderungen: s. Tab. VII, 3 im Statistischen Teil des vorliegenden Berichts. —
²⁾ Bis 1958: Veränderung der Kreditgewährung an die EZU.

Tab. 2: Währungsreserven und Einfuhr verschiedener Industrieländer

Länder	Währungsreserven am Jahresende in Mio US-\$			Jahreseinfuhr (cif) (Tatsächlicher Wert bzw. Jahresrate) in Mio US-\$			Währungsreserven in vH der Jahreseinfuhr bzw. der Jahresrate der Einfuhr		
	1957	1958	1959	1957	1958	1959 ¹⁾	1957	1958	1959
Ver. Staaten von Amerika ²⁾	22 857	20 582	19 510	14 297	13 986	16 247	160	147	120
Bundesrepublik Deutschland	5 644	6 321	5 767 ³⁾	7 547	7 413	8 369	75	85	69
Italien	1 532	2 321	3 300 ⁴⁾	3 674	3 169	3 222	42	73	102
Großbritannien	2 374	3 105	2 736 ⁵⁾	11 398	10 583	11 222	21	29	24
Schweiz	1 898	2 063	2 052 ⁶⁾	1 964	1 706	1 858	97	121	110
Kanada	1 836	1 948	1 876	6 346	5 790	6 398	29	34	29
Frankreich	645	1 050	1 720	6 174	5 604	5 086	10	19	34
Niederlande	1 056	1 493	1 355	4 106	3 625	3 891	26	41	35
Belgien-Luxemburg	1 132	1 484	1 322 ⁷⁾	3 432	3 129	3 356	33	47	39
Japan ⁷⁾	524	861	1 322	4 284	3 033	3 519	12	28	38
Österreich	510	665	679	1 128	1 074	1 121	45	62	61

Quelle: International Financial Statistics (ausgenommen Angaben für die Bundesrepublik Deutschland sowie Angaben über die Währungsreserven Italiens im Jahre 1959). — ¹⁾ Mit Ausnahme der Angaben für die Bundesrepublik Deutschland, für Großbritannien und für Frankreich handelt es sich um an Hand der effektiven Einfuhr von Januar bis Oktober 1959 (Italien) bzw. von Januar bis November 1959 (alle übrigen Länder) errechnete Jahresraten. — ²⁾ Währungsreserven: Nur Gold. — ³⁾ Einschl. der bilateralen Forderungen (netto) aus früheren Krediten an die EZU. — ⁴⁾ Stand Ende November 1959: An Hand von Teilangaben geschätzt (vgl. Anm. ³⁾). — ⁵⁾ Nur Gold und konvertierbare Auslandsforderungen. — ⁶⁾ Nur Schweizerische Nationalbank. — ⁷⁾ Währungsreserven: Ausschl. der Forderungen auf Zahlungsabkommenskonten (sog. „Open Account Balances“) und der Devisenbestände, die vom Finanzminister bei Geschäftsbanken deponiert sind (sog. „Treasury Holdings“) sowie der Goldbestände, deren Eigentümerschaft strittig ist.

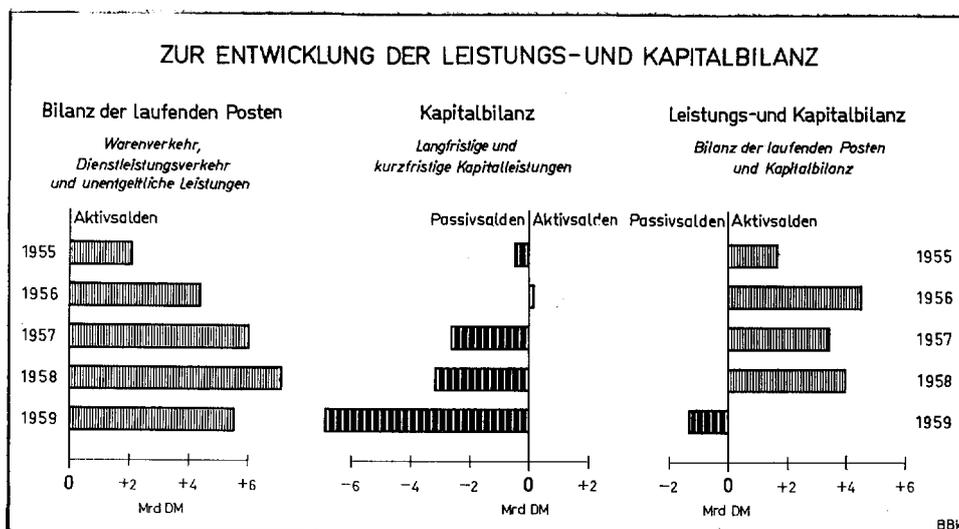
Zahlungsunion von der Bundesbank gewährt worden waren. Diese Forderungen haben von 4,7 Mrd DM zu Beginn des Jahres 1959, d. h. nach Durchführung der letzten EZU-Abrechnung Mitte Januar, auf knapp 3,2 Mrd DM am 31. Dezember 1959 abgenommen. Die Ausschüttung von liquiden Vermögenswerten der EZU an die Bundesrepublik im Zeitpunkt der EZU-Liquidation war daran mit 0,5 Mrd DM beteiligt. Entscheidend waren also die Tilgungszahlungen der früheren EZU-Mitgliedsländer auf die nunmehr bilateralen deutschen Forderungen. Diese Rückzahlungen stellten sich 1959 auf etwas mehr als eine Milliarde DM; sie entfielen fast zur Hälfte auf freiwillige Vorauszahlungen der Schuldnerländer. Weiterhin hat zur Abnahme der beschränkt verwendbaren Auslandsforderungen beigetragen, daß im abgelaufenen Jahr ein Teil der schon seit längerem bei der Bank von England gebundenen Guthaben für Waffenvorauszahlungen und für Tilgungen von Verpflichtungen aus der britischen Nachkriegswirtschaftshilfe abdisponiert wurde. Gestiegen ist dagegen der Bestand der Bundesbank an Schuldverschreibungen der Weltbank, und zwar um 257 Mio DM auf 1,5 Mrd DM Ende 1959. Der Gesamtbestand der Bundesbank an Währungsreserven stellte sich am 31. Dezember 1959 auf 23,8 Mrd DM; davon entfielen 11,1 Mrd DM auf Gold, 7,7 Mrd DM auf frei verfügbare Devisenreserven (hauptsächlich US-Dollar) und reichlich 5 Mrd DM auf gebundene oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen.

Bedingt durch die Abnahme der Währungsreserven und den gleichzeitigen Anstieg der Einfuhren hat sich für die Bundesrepublik das Verhältnis zwischen Währungsreserven und Einfuhr im vergangenen Jahr verschlechtert. Der Gesamtbestand an Gold und Auslandsforderungen betrug Ende 1959 69 vH der Einfuhren

des gleichen Jahres gegenüber 85 vH Ende 1958 und 75 vH Ende 1957. Wie die Angaben der vorstehenden Tabelle zeigen, in der die Relationen zwischen Währungsreserven und Einfuhr für eine Reihe von Industrieländern aufgeführt werden, rangiert die Bundesrepublik damit zwar nach wie vor — wenn auch mit erheblichem Abstand hinter den Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz — in der Spitzengruppe dieser Länder; allerdings ist sie im abgelaufenen Jahr auch von Italien übertroffen worden und überdies hat sich der Abstand gegenüber den sonstigen Ländern durchweg erheblich vermindert.

Leistungs- und Kapitalbilanz

In der *Leistungs- und Kapitalbilanz* (im einzelnen handelt es sich dabei um die Waren- und Dienstleistungsbilanz sowie um die Bilanz der unentgeltlichen Leistungen und die Bilanz des Kapitalverkehrs) hat sich im Jahre 1959 nach vorläufigen Berechnungen ein Defizit von knapp 1,4 Mrd DM ergeben, während im Jahr zuvor ein Überschuß von 4 Mrd DM zu verzeichnen war. Daß der Passivsaldo im Leistungs- und Kapitalverkehr niedriger war als das Defizit der Devisenbilanz, das sich aus der Veränderung der Devisenbestände der Bundesbank errechnet — 2,1 Mrd DM, wie erwähnt —, dürfte sich, soweit dies nicht mit Ungenauigkeiten in der Erfassung der einzelnen Zahlungsbilanzposten zusammenhängt, aus der Entwicklung der Zahlungsbedingungen im Außenhandel (terms of payment) erklären. Die deutschen Exporteure waren im vergangenen Jahr offensichtlich wiederum gezwungen, längere Zahlungsziele zu gewähren, als umgekehrt den deutschen Importeuren eingeräumt wurden; d. h. mit anderen Worten, daß der Passivsaldo der effektiven Kapitalbilanz tatsächlich noch größer war, als aus den statistisch erfaß-



ten Transaktionen zu ersehen ist. Immerhin war die Lücke zwischen Devisenbilanz und statistisch erfaßter Leistungs- und Kapitalbilanz mit rd. 740 Mio DM (vorläufig) etwas kleiner als 1958 (gut 800 Mio DM), wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß das Ergebnis des Jahres 1958 stark durch den Abfluß spekulativer

Gelder, die in den Sommer- und Herbstmonaten von 1957 zugeströmt waren, beeinflusst war.

Gliedert man die Leistungs- und Kapitalbilanz näher auf, so zeigt sich, daß ihre Passivierung nicht nur — wie vielfach angenommen wird — auf gestiegene Defizite im Sektor der unentgeltlichen Leistungen und des Ka-

Tab. 3: Zusammengefaßte Ergebnisse der Zahlungsbilanz (in Mio DM)

Positionen	1954	1955	1956	1957	1958	1959 ¹⁾		
						Insgesamt	1. bis 3. Vj.	4. Vj.
A. Leistungs- und Kapitalbilanz	+ 3 162	+ 1 683	+ 4 508	+ 3 421	+ 3 992	- 1 362	- 3 863	+ 2 501
I. Bilanz der laufenden Posten	+ 3 593	+ 2 134	+ 4 392	+ 6 053	+ 7 178	+ 5 544	+ 3 445	+ 2 099
1) Leistungsbilanz	+ 3 982	+ 2 948	+ 5 497	+ 7 699	+ 8 827	+ 8 180	+ 5 492	+ 2 688
a) Handelsbilanz ¹⁾	+ 2 698	+ 1 245	+ 2 897	+ 4 271	+ 5 865	+ 6 037	+ 4 115	+ 1 922
b) Dienstleistungsbilanz ²⁾	+ 1 284	+ 1 703	+ 2 600	+ 3 428	+ 2 962	+ 2 143	+ 1 377	+ 766
darunter:								
Einnahmen von fremden Truppen	(+ 1 022)	(+ 1 226)	(+ 1 757)	(+ 2 660)	(+ 3 877)	(+ 4 102)	(+ 3 007)	(+ 1 095)
2) Bilanz der unentgeltlichen Leistungen (eigene Leistungen: —)	- 389	- 814	- 1 105	- 1 646	- 1 649	- 2 636	- 2 047	- 589
II. Bilanz des Kapitalverkehrs (eigene Leistungen: —)	- 431	- 451	+ 116	- 2 632	- 3 186	- 6 906	- 7 308	+ 402
1) Langfristig	- 720	- 530	- 557	- 730	- 1 763	- 3 875	- 3 477	- 398
darunter:								
Saldo des Wertpapierhandels ³⁾ 4)	(.)	(.)	(+ 172)	(+ 564)	(+ 218)	(- 1 003)	(- 1 030)	(+ 27)
2) Kurzfristig	+ 289	+ 79	+ 673	- 1 902	- 1 423	- 3 031	- 3 831	+ 800
darunter:								
Vorauszahlungen für die Einfuhr von Verteidigungsgütern (Zunahme: —)	(-)	(-)	(- 236)	(- 1 929)	(- 626)	(- 2 109)	(- 1 746)	(- 363)
Veränderung der Devisenposition der Geschäftsbanken (Verbesserung: —)	(+ 328)	(+ 180)	(+ 911)	(- 24)	(- 727)	(- 1 029)	(- 2 067)	(+ 1 038)
B. Devisenbilanz (Veränderung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank; Zugang: +)	+ 2 782	+ 1 852	+ 5 087	+ 5 121	+ 3 188	- 2 101	- 4 031	+ 1 930
C. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler⁵⁾ (B - J. A)	- 380	+ 169	+ 579	+ 1 700	- 804	- 739	- 168	- 571

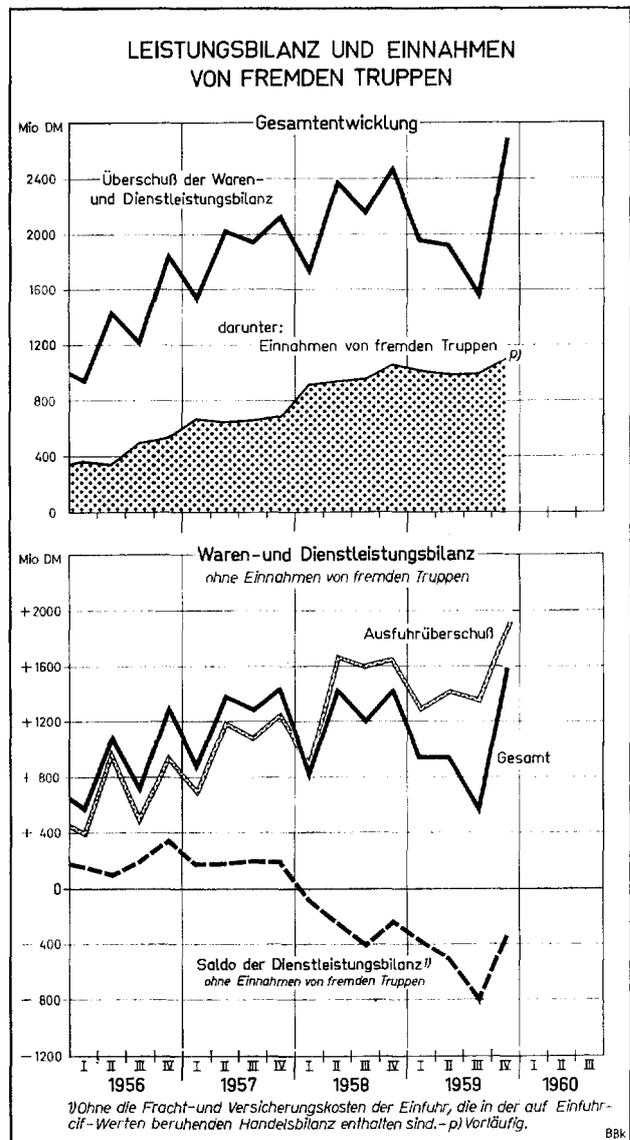
¹⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — ²⁾ Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. Außerdem wird hier im Gegensatz zu unseren sonstigen Zahlungsbilanzveröffentlichungen (z. B. Tab. VII, 2 und 5 im Statistischen Teil des vorliegenden Berichts) die Ausfuhr von Schiffs- und Flugzeugbedarf nicht den Dienstleistungen zugerechnet; die sonstigen den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen sind dagegen zusammen mit den Dienstleistungen erfaßt. — ³⁾ Saldo des Handels in inländischen und ausländischen Wertpapieren; für die Jahre 1954 und 1955 werden keine Salden ausgewiesen, weil über den Handel in ausländischen Wertpapieren erst ab Anfang 1956 gesonderte Angaben vorliegen, und zwar bis Mitte 1958 nur für notierte Papiere. — ⁴⁾ Nähere Angaben zur Entwicklung in den Jahren 1958 und 1959 s. Tabelle auf S. 45. — ⁵⁾ Hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — ⁶⁾ Vorläufig.

pitalverkehrs zurückzuführen ist, sondern daß auch der Überschuß der Leistungsbilanz gegenüber dem Vorjahr nicht unerheblich abgenommen hat.

Leistungsbilanz

Der Aktivsaldo der Waren- und Dienstleistungsbilanz betrug nach den vorläufigen Berechnungen im Jahre 1959 knapp 8,2 Mrd DM gegen 8,8 Mrd DM im Jahr zuvor; er hat sich damit um reichlich 7 vH vermindert. Hierfür war die Entwicklung des Dienstleistungsverkehrs maßgebend, während der Außenhandel mit einem gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhten Überschuß abschloß.

Der Aktivsaldo im Dienstleistungsverkehr betrug 1959 — ohne die im cif-Wert der Einfuhr und damit in der Handelsbilanz enthaltenen Ausgaben für Frachten und Versicherungen — etwas mehr als 2,1 Mrd DM gegen knapp 3 Mrd DM im vorangegangenen Jahr. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu beachten, daß im Rahmen der Dienstleistungsbilanz auch die Einnahmen verbucht werden, die die Bundesrepublik von den auf ihrem Gebiet stationierten Truppen der NATO-Mächte erzielt. Diese Einnahmen, die im wesentlichen von politischen und nicht von ökonomischen Faktoren abhängen, stellten sich im Jahre 1959, wie im Berichtsteil „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ bereits ausführlich dargelegt, auf 4,1 Mrd DM und machten damit nicht weniger als die Hälfte des gesamten Leistungsbilanzüberschusses aus, während sich die Relation für 1958 auf 44 vH, für 1957 auf 35 vH und für 1956 auf 32 vH stellte. Ohne sie wäre die Dienstleistungsbilanz 1959, ebenso wie schon 1958, passiv gewesen, und zwar mit knapp 2 Mrd DM gegen 900 Mio DM im Jahr zuvor; demgegenüber war 1957 in diesem Bereich noch ein Aktivsaldo von 770 Mio DM zu verzeichnen. Ausschlaggebend für die Verschlechterung der Dienstleistungsbilanz waren vor allem die Entwicklung der Reiseverkehrsbilanz sowie die gestiegenen Kapitalertragszahlungen an das Ausland. Die Bilanz des Reiseverkehrs wies nach vorläufigen Schätzungen im Jahre 1959 ein Defizit von mehr als einer halben Milliarde DM auf gegen 145 Mio DM im Jahre 1958 und einem Überschuß von knapp 500 Mio DM im Jahre 1957. Bei praktisch unveränderten Ausgaben von ausländischen Touristen im Bundesgebiet (1,9 Mrd DM) sind die Ausgaben deutscher Touristen im Ausland von gut 2 Mrd DM in 1958 auf 2,4 Mrd DM im Berichtsjahr gestiegen. Eine erhebliche Belastung resultierte auch aus der Entwicklung der Kapitalertragsbilanz. Bei Einnahmen in Höhe von annähernd 600 Mio DM (im Vorjahr rd. 420 Mio DM) und Ausgaben von mehr als 1,5 Mrd DM (gegen 1 Mrd DM im Jahre 1958) ergab



sich ein Passivsaldo von 940 Mio DM gegen 630 Mio DM im Vorjahr. Die Zunahme der Erträgniszahlungen an das Ausland war ausschließlich durch höhere Gewinne ausländischer Investoren aus ihren Vermögensanlagen im Bundesgebiet bedingt. Wenn sich die Dienstleistungsbilanz auf Grund der vorstehend geschilderten Entwicklungstendenzen nicht noch stärker verschlechtert hat, so erklärt sich das vor allem daraus, daß die Einnahmen für Transportleistungen, die einen wichtigen Posten auf der Eingangsseite der Bilanz darstellen, zugenommen haben, und zwar um schätzungsweise 260 Mio DM auf knapp 4 Mrd DM.

Der Außenhandelsüberschuß hat sich im Jahre 1959, wie erwähnt, leicht erhöht. Er betrug 6 Mrd DM gegen 5,9 Mrd DM im vorangegangenen Jahr und 4,3 Mrd DM im Jahre 1957. Die Zunahme im vergangenen Jahr dürfte ausschließlich darauf zurückzuführen sein, daß sich die Ziffern des Jahres 1959 seit dem Zeitpunkt der

Eingliederung des Saarlandes (6. Juli 1959) auch auf den Außenhandel dieses Gebietes beziehen. Der Außenhandel des Saarlandes mit dritten Ländern ist nämlich seiner Struktur nach aktiv, und der Warenverkehr zwischen dem Bundesgebiet und dem Saarland war zumindest vor der Eingliederung des Saarlandes passiv. Durch die Einbeziehung des Saarlandes in das Bundesgebiet hat sich der Aktivsaldo des deutschen Außenhandels also fürs erste tendenziell erhöht. Betrachtet man die Außenhandelsziffern so wie sie vorliegen — d. h. bezogen auf das jeweilige Erhebungsgebiet —, so zeigt sich, daß Einfuhr und Ausfuhr in fast gleichem Ausmaß gewachsen sind.

Tab. 4: Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Handelsbilanz			Veränderungen gegenüber dem Vorjahr			
	Ausfuhr (fob)	Einfuhr (cif)	Saldo	Wert		Volumen ¹⁾	
				Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
	Mio DM			vH			
1950	8 362	11 374	-3 012
1951	14 577	14 726	- 149	+ 74,3	+ 29,5	+ 39,5	+ 3,1
1952	16 909	16 203	+ 706	+ 16,0	+ 10,0	+ 9,8	+ 20,0
1953	18 526	16 010	+ 2 516	+ 9,6	- 1,2	+ 13,1	+ 11,6
1954	22 035	19 337	+ 2 698	+ 18,9	+ 20,8	+ 21,7	+ 22,9
1955	25 717	24 472	+ 1 245	+ 16,7	+ 26,6	+ 16,5	+ 23,9
1956	30 861	27 964	+ 2 897	+ 20,0	+ 14,3	+ 16,5	+ 12,4
1957	35 968	31 697	+ 4 271	+ 16,5	+ 13,3	+ 13,8	+ 12,3
1958	36 998	31 133	+ 5 865	+ 2,9	- 1,8	+ 3,6	+ 6,9
1959 P)	41 186	35 149	+ 6 037	+ 11,3	+ 12,9	+ 14,0	+ 18,0

¹⁾ Ausfuhr- und Einfuhrmengen zu Durchschnittswerten von 1954. — ²⁾ Vorläufig (Angaben zur Veränderung des Volumens geschätzt).

Die *Einfuhr* stellte sich 1959 auf 35,1 Mrd DM gegen 31,1 Mrd DM im vorangegangenen Jahr. Die Zunahme geht vor allem auf erhöhte Einfuhren von Halb- und Fertigwaren zurück, wobei die Entwicklung der Einfuhr von chemischen und elektrotechnischen Erzeugnissen aller Art, von Maschinen und Fahrzeugen sowie von NE-Metallen den entscheidenden Anteil hatte. Ebenfalls stark gestiegen sind die Importe von Gütern der Ernährungswirtschaft, und zwar hauptsächlich von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs wie Getreide und Obst. Die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen hat sich dagegen, insgesamt gesehen, nur wenig verändert, da — um nur die wichtigsten Tendenzen zu nennen — vermehrten Importen von Erdöl und Kautschuk niedrigere Steinkohleeinfuhren gegenüberstanden. Dem Werte nach hat die Einfuhr um 12,9 vH zugenommen, während sie im Vorjahr wertmäßig um 1,8 vH zurückgegangen war. Dem Volumen nach betrug die Zunahme sogar 18 vH gegenüber einer Erhöhung von 6,9 vH im Jahre 1958. Daß die Entwicklung des Einfuhrwertes auch im Jahre 1959 erheblich, wenn auch nicht mehr so stark wie im Vorjahr, hinter der des Volumens zurückblieb, erklärt sich daraus, daß

die Einfuhrpreise nochmals um 4,4 vH (bei einem Vergleich der bisher für die Monate Januar bis November vorliegenden Durchschnittswerte der Einfuhreinheit mit denen des Vorjahres) zurückgegangen sind, nachdem ihr Rückgang im Vorjahr sogar 8,2 vH betragen hatte. Allerdings stand das Jahresergebnis nur noch deshalb unter dem Einfluß von fallenden Preisen, weil der teilweise bis in die Sommermonate zu beobachtende Preisrückgang durch die Preiserhöhungen im weiteren Verlauf des Jahres nicht ausgeglichen wurde.

Die *Ausfuhr* hat sich im Jahre 1959 ebenfalls nicht unerheblich erhöht; sie betrug 41,2 Mrd DM gegen 37,0 Mrd DM im Vorjahr. Ihre Jahreszuwachsrate stellte sich auf 11,3 vH, womit sie erstmalig seit 1955 hinter der der Einfuhr zurückblieb. Abgesehen von gestiegenen Ausfuhren der Verbrauchsgüterindustrien (insonderheit der Textil- und Bekleidungsindustrie) erklärt sich die Zunahme vor allem aus der Entwicklung des Exports der Investitionsgüter- und der Grundstoffindustrien. Die Ausfuhrsteigerung beim Fahrzeugbau, bei der Eisen schaffenden Industrie sowie bei der chemischen und elektrotechnischen Industrie schlug dabei besonders zu Buche.

Bilanz der unentgeltlichen Leistungen

Die *Bilanz der unentgeltlichen Leistungen* wies 1959 ein Defizit auf, das mit 2,6 Mrd DM um eine Milliarde DM über das des Vorjahres hinausging. Die Zunahme beruhte zu einem großen Teil auf einmaligen Sonderleistungen, wie vor allem auf den Zahlungen an Frankreich, die im Zusammenhang mit der Rückgliederung des Saarlandes zu leisten waren (319 Mio DM¹⁾), sowie auf Zahlungen an Großbritannien in Höhe von 282 Mio DM, die praktisch einen Beitrag zu den Unterhaltskosten der im Bundesgebiet stationierten britischen Truppen darstellen. Daneben haben die Wiedergutmachungsleistungen an die im Ausland ansässigen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, die den bedeutendsten Einzelposten unter den laufenden unentgeltlichen bzw. einseitigen Leistungen darstellen, weiter zugenommen. Diese Zahlungen betragen 1959 etwas mehr als 1,3 Mrd DM gegen 1,1 Mrd DM im vorangegangenen Jahr; gegenüber dem Jahr 1955, in dem sie 350 Mio DM ausmachten, haben sie sich damit fast vervierfacht²⁾.

¹⁾ Insgesamt wurden an Frankreich 382 Mio DM gezahlt; bei der Differenz gegenüber der obengenannten Ziffer handelt es sich um Leistungen, die in der Kapitalbilanz erfaßt sind.

²⁾ Zu den unentgeltlichen Leistungen an das Ausland gehören auch die Beiträge der Bundesrepublik für den Entwicklungsfonds der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Auf Grund der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen wurden 1959 hierfür 189 Mio DM bereitgestellt, ein Betrag, der sich bis 1962 auf 840 Mio DM erhöhen wird. Eine Belastung der Zahlungsbilanz war hiermit bisher jedoch nicht verbunden, da die Mittel noch nicht abgerufen wurden und infolgedessen auf der Aktivseite der Kapitalbilanz wieder als ausländisches Guthaben erscheinen.

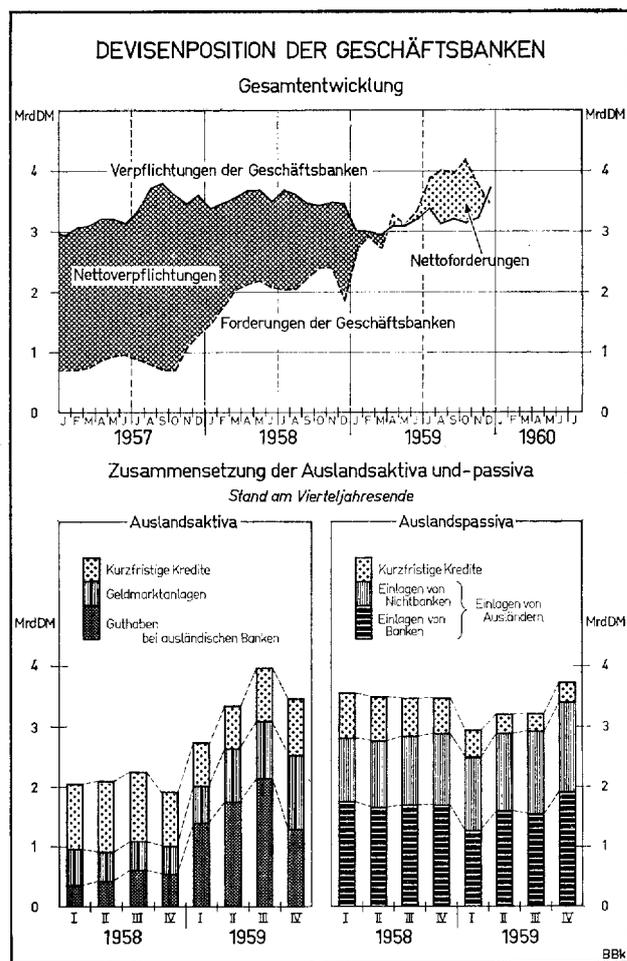
Kapitalbilanz

Von wesentlich größerer Bedeutung als die Veränderungen in der Bilanz des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen war die Entwicklung der *Kapitalbilanz*. Der Passivsaldo des Kapitalverkehrs hat sich 1959 auf 6,9 Mrd DM erhöht gegenüber 3,2 Mrd DM im Vorjahr und 2,6 Mrd DM im Jahre 1957. Wie im Berichtsteil „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ bereits erwähnt, haben auch hierzu umfangreiche Sonderzahlungen beigetragen, so insbesondere die vorzeitigen Rückzahlungen des Bundes in Höhe von 895 Mio DM auf seine aus der britischen und der amerikanischen Nachkriegswirtschaftshilfe stammenden Schulden und die Bareinzahlungen von 532 Mio DM auf Grund der Erhöhung der deutschen Quote beim Internationalen Währungsfonds und des Kapitalanteils bei der Weltbank.

Das Defizit der gesamten Kapitalbilanz (6,9 Mrd DM) entfiel zu 3,9 Mrd DM auf den langfristigen und zu 3,0 Mrd DM auf den kurzfristigen Kapitalverkehr. Betrachtet man zunächst die Komponenten des *längerfristigen Kapitalverkehrs*, so zeigt sich vor allem, daß dem Wertpapierverkehr mit dem Ausland eine entscheidende Bedeutung für die verstärkte Passivierung in diesem Sektor zukam. Der Anstieg des längerfristigen Nettokapitalexports um 2,1 Mrd DM auf 3,9 Mrd DM geht nämlich zu 1,2 Mrd DM auf die Entwicklung des Wertpapierhandels zurück: Die Käufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer betragen im Jahre 1959 — nach Abzug der gleichzeitigen Verkäufe — etwas mehr als 1,4 Mrd DM; sie gingen damit um eine Milliarde DM über die Nettokäufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer hinaus. Demgegenüber war im vorangegangenen Jahr im Wertpapiersektor ein Mittelzufluß von 200 Mio DM zu verzeichnen gewesen. Weitere Einzelheiten zur Entwicklung der Wertpapiertransaktionen zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland können der Tabelle auf S. 45 entnommen werden. Danach lag das Schwergewicht des Erwerbs von ausländischen Wertpapieren durch Deutsche bei Dividendenpapieren. Weiter sei erwähnt, daß die in festverzinslichen Wertpapieren verbrieften ausländischen Vermögensanlagen im Bundesgebiet im Jahre 1959 um annähernd 200 Mio DM zurückgingen, nachdem sie in den beiden vorangegangenen Jahren zusammen genommen noch um knapp 600 Mio DM gestiegen waren.

Das Defizit der Bilanz des *kurzfristigen Kapitalverkehrs* stellte sich 1959 auf 3,0 Mrd DM gegen 1,4 Mrd DM im Vorjahr. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die Entwicklung der Vorauszahlungen für die spätere Einfuhr von Rüstungsgütern zurückzuführen, die in der

Kapitalbilanz berücksichtigt werden, da sie der Sache nach eine Kreditgewährung an die Lieferländer darstellen. Diese Leistungen sind von 0,6 Mrd DM im Jahre 1958 auf 2,1 Mrd DM im Jahre 1959 gestiegen und erreichten damit wieder das Niveau, das sie bereits im Jahre 1957 mit mehr als 1,9 Mrd DM innegehabt hatten. Die Veränderungen in der Devisenposition der Geschäftsbanken, die den zweiten wichtigen Bestandteil der Bilanz des kurzfristigen Kapitalverkehrs bilden, führten 1959 — bei allerdings sehr unterschiedlicher Entwicklung im zeitlichen Verlauf des Jahres — zu einem Mittelabfluß von gut einer Milliarde DM gegen rd. 730 Mio DM im Jahre 1958. Nach Ausschaltung der Veränderungen, die sich im Auslandsstatus der Geschäftsbanken auf Grund der Eingliederung des Saarlandes ergaben, sind die kurzfristigen Auslandsaktiva der deutschen Geldinstitute im Jahre 1959 um 1,3 Mrd DM gewachsen, wobei die Guthaben bei ausländischen Banken um reichlich eine halbe Milliarde DM und die Geldmarktanlagen um gut 700 Mio DM zugenommen haben. Dem Anstieg der Auslandsforderungen stand eine Zunahme der Auslandsverbindlichkeiten um 280 Mio DM gegenüber, die ausschließlich



auf eine Erhöhung der Einlagen von Ausländern — und zwar sowohl der Einlagen von Banken als auch von Nichtbanken — zurückzuführen war. Demgegenüber sind die Verbindlichkeiten, die aus der Inanspruchnahme ausländischer kurzfristiger Kreditfazilitäten stammen, weiter abgebaut worden; sie beliefen sich am Ende des vergangenen Jahres auf nur noch 330 Mio DM gegen 580 Mio DM am 31. Dezember 1958 und etwas mehr als 1 Mrd DM zu Beginn des Jahres 1957, als sie ihren bisher höchsten Stand erreicht hatten.

Zusammengefaßte Ergebnisse der Kapitalbilanz

Gruppirt man die einzelnen Kapitaltransaktionen danach, ob sie die deutschen Investitionen im Ausland oder die ausländischen Vermögensanlagen im Bundesgebiet betreffen, so zeigt sich, daß das Defizit der gesamten Kapitalbilanz (6,9 Mrd DM) fast vollständig auf einem Anstieg der deutschen Kapitalanlagen im Ausland beruhte. Die langfristigen und kurzfristigen Auslandsinvestitionen der Bundesrepublik sind 1959 — gemessen an den der Zahlungsbilanz zugrunde liegenden Transaktionswerten — um insgesamt 6,7 Mrd DM gewachsen; davon entfielen 3,7 Mrd DM auf Leistungen der Privatwirtschaft (einschließlich des Bankenapparates) und 3,0 Mrd DM auf Investitionen und Kreditgewährungen der öffentlichen Hand. Die ausländischen Vermögensanlagen im Bundesgebiet haben dagegen um 0,2 Mrd DM abgenommen, wobei den Neuanlagen in der deutschen Privatwirtschaft (ebenfalls einschließlich der Geldinstitute) von annähernd 1 Mrd DM ein Abbau der kurz- und langfristigen Auslandsverschuldung der öffentlichen Hand in Höhe von 1,2 Mrd DM gegenüberstand. Der deutsche Nettokapitalexport des vergangenen Jahres, der sich als Saldo zwischen der Veränderung der deutschen Kapital-

Tab. 5: *Private und öffentliche Leistungen
im Kapitalverkehr mit dem Ausland*
in Mio DM

Positionen ¹⁾	1958	1959 ^{p)}		
		Ins- gesamt	1. bis 3. Vj.	4. Vj.
A. Deutsche Netto-Kapitalanlagen im Ausland insgesamt (Zunahme: —)	—3 210	—6 683	—6 258	— 425
a) Langfristiger Kapitalverkehr	—1 852	—3 197	—2 649	— 548
Privat	—1 119	—2 239	—1 819	— 420
Öffentlich	— 733	— 958	— 830	— 128
b) Kurzfristiger Kapitalverkehr	—1 358	—3 486	—3 609	+ 123
Privat ²⁾	— 648	—1 428	—1 914	+ 486
Öffentlich ³⁾	— 710	—2 058	—1 695	— 363
B. Ausländische Netto-Kapitalanlagen im Inland insgesamt (Zunahme: +)	+ 24	— 223	—1 050	+ 827
a) Langfristiger Kapitalverkehr	+ 89	— 678	— 828	+ 150
Privat	+ 591	+ 745	+ 533	+ 212
Öffentlich ⁴⁾	— 502	—1 423	—1 361	— 62
b) Kurzfristiger Kapitalverkehr	— 65	+ 455	— 222	+ 677
Privat ²⁾	— 83	+ 209	— 284	+ 493
Öffentlich	+ 18	+ 246	+ 62	+ 184
C. Saldo der gesamten Kapitalbilanz (A + B) (Netto-Kapitalexport: —)	—3 186	—6 906	—7 308	+ 402
Privat	—1 259	—2 713	—3 484	+ 771
Öffentlich	—1 927	—4 193	—3 824	— 369

¹⁾ Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligten inländischen Stellen angehören. — ²⁾ Einschl. der Veränderungen in der Devisenposition der Geschäftsbanken. — ³⁾ Einschl. der Vorauszahlungen für die spätere Einfuhr von Rüstungsgütern. — ⁴⁾ Einschl. der vorzeitigen Tilgungen im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens. — ^{p)} Vorläufig.

anlagen im Ausland und der ausländischen Kapitalanlagen im Bundesgebiet errechnet, ist somit hauptsächlich auf staatliche Leistungen zurückzuführen: Die Auslandszahlungen der öffentlichen Hand stellten sich per Saldo auf 4,2 Mrd DM gegen 1,9 Mrd DM im Jahre 1958. Immerhin ist beachtlich, daß sich der (niedrigere) Nettokapitalexport der Privatwirtschaft ebenfalls mehr als verdoppelt hat; er betrug 1959 2 710 Mio DM gegen 1 260 Mio DM im Vorjahr.

Statistischer Teil

I. Bankenstatistische Gesamtrechnungen	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank	58
2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	60
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	62
II. Deutsche Bundesbank	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf	63
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	63
3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute	64
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten	64
5. Mindestreservenstatistik	65
B. Ausweis der Deutschen Bundesbank	66
III. Kreditinstitute	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite	68
2. Teilzahlungskredite	74
3. Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen	74
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	75
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	75
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken	75
7. Einlagen von Nichtbanken	76
8. Umsätze im Sparverkehr	78
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmönatlichen Bankenstatistik	79
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute	80
2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen	92
IV. Zinssätze	
1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank	93
2. Die in den einzelnen Ländern geltenden Soll- und Habenzinsen	94
3. Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform	96
4. Geldmarktsätze in Frankfurt (Main) nach Monaten	96
5. Tagesgeldsätze in Frankfurt (Main) nach Bankwochen	96
V. Kapitalmarkt	
1. Auflegung und Absatz von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	97
2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	98
3. Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren	99
4. Absatz und Umlauf von Aktien	100
5. Umlauf der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparewertpapiere	100
6. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	100
7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien	101
8. Zinssätze und Emissionskurse	101
9. Wertpapier-Absatz nach Käufergruppen	102
10. Investment-Gesellschaften	102
11. Renditen festverzinslicher Wertpapiere	104
12. Index der Aktienkurse und Aktienrendite	104
13. Index der Börsenumsätze	104
14. Durchschnittskurse tarifbesteuert festverzinslicher Wertpapiere	105
15. Bausparkassen	106
16. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	107
VI. Öffentliche Finanzen	
1. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	108
2. Umlauf an öffentlichen Anleihen, verzinslichen Schatzanweisungen und Kassenobligationen	108
3. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren	109
4. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	110
5. Die Verschuldung des Bundes	111
6. Die Verschuldung der Länder	111
7. Ausgleichsforderungen	112
VII. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern	113
2. Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	115
3. Goldbestand und Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank	116
4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland	116
5. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	117
6. Bilaterale Forderungen der Bundesrepublik Deutschland aus früheren Krediten an die EZU	117
VIII. Produktion und Märkte	
1. Index der industriellen Produktion	118
2. Auftragseingang und Umsatz bei der Industrie	118
3. Arbeitsmarkt	119
4. Angaben über Steinkohlenbergbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft	119
5. Einzelhandelsumsätze	119
6. Großhandels- und Erzeugerpreise	120
7. Verbraucherpreise und Löhne	120
8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts	121
9. Masseneinkommen	121
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	122
X. Zinssätze im Ausland	
1. Diskontsätze	124
2. Geldmarktsätze	124

2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der

berechnet auf der Basis von Durchschnittsn

Mio

Zeit	Mittelzuflüsse (+) bzw. -abflüsse (-) bei den Kreditinstituten auf Grund									
	Bargeld- umlauf	Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank *)								Netto- Devisen- ankäufe bzw. -verkäufe der Deutschen Bundesbank
		insgesamt	deutsche öffentliche Stellen *)			andere inländische Einleger *) (Wirtschafts- unternehmen und Private)	ausländische Einleger			
			insgesamt	Bund (ohne Sonder- vermögen), Länder und Lasten- ausgleichs- behörden	sonstige öffentliche Stellen *)		insgesamt	darunter Dienst- stellen ehemaliger Besatzungs- mächte		
nach Jahren										
1957	-1 531	- 561	- 193	- 561	+ 368	+ 39	- 329	- 39	+ 46	+ 8 062
1958	-1 482	-2 081	-2 258	-1 816	- 442	- 201	+ 58	+ 119	+ 134	+ 5 503
1959	- 937	-2 877	-3 185	-3 249	+ 64	+ 71	+ 308	-	-	+ 3 388
nach Vierteljahren										
1957 1. Vi.	+ 584	- 838	- 863	-1 154	+ 291	+ 25	+ 39	- 14	- 19	+ 1 588
2. "	- 648	- 111	+ 55	- 4	+ 59	+ 27	- 22	- 144	- 151	+ 2 174
3. "	- 464	+ 167	+ 474	+ 576	- 102	- 58	- 13	- 294	-	+ 3 812
4. "	-1 003	+ 221	+ 141	+ 21	+ 120	+ 45	- 333	+ 413	+ 394	+ 4 888
1958 1. Vi.	+ 316	- 903	- 886	- 878	- 8	- 80	- 2	- 15	- 0	+ 677
2. "	- 285	- 123	- 215	- 106	- 109	+ 2	- 3	+ 95	+ 108	+ 1 896
3. "	- 364	- 382	- 453	- 371	- 82	- 174	+ 2	+ 69	+ 44	+ 1 566
4. "	-1 149	- 673	- 704	- 461	- 243	+ 51	+ 61	- 30	- 18	+ 1 364
1959 1. Vi.	+ 491	-1 129	-1 170	-1 187	+ 17	- 189	+ 41	-	-	- 315
2. "	- 227	+ 196	+ 92	+ 134	- 42	- 83	+ 104	-	-	+ 521
3. "	- 210	-1 457	-1 560	-1 323	- 237	- 185	+ 103	-	-	+ 834
4. "	- 991	- 487	- 547	- 873	+ 326	+ 528	+ 60	-	-	+ 2 348
nach Monaten										
1957 Jan.	+ 935	- 368	- 370	- 680	+ 310	- 10	- 14	+ 16	+ 14	+ 391
Febr.	- 98	- 127	- 187	- 97	+ 90	+ 15	+ 49	+ 11	+ 13	+ 529
März	- 253	- 343	- 306	- 377	+ 71	+ 20	+ 4	- 41	- 46	+ 668
April	- 448	+ 164	+ 210	+ 362	- 152	+ 5	- 23	- 23	- 12	+ 719
Mai	+ 26	+ 29	- 38	- 150	+ 112	+ 12	+ 6	+ 61	+ 45	+ 713
Juni	- 226	- 304	- 117	- 216	+ 99	+ 10	- 5	- 182	- 184	+ 742
Juli	- 111	+ 211	+ 315	+ 408	- 93	- 14	+ 31	- 135	- 135	+ 824
Aug.	- 149	+ 555	+ 575	+ 545	+ 30	- 30	- 4	- 16	-	+ 1 405
Sept.	- 204	- 599	- 416	- 377	- 39	- 14	- 40	- 143	-	+ 1 583
Okt.	- 48	- 97	- 155	- 132	- 23	- 19	- 218	+ 276	+ 260	+ 663
Nov.	- 143	+ 279	+ 312	+ 150	+ 162	+ 48	- 124	+ 91	+ 75	- 9
Dez.	- 812	+ 39	- 16	+ 3	- 19	+ 16	+ 9	+ 46	+ 59	- 166
1958 Jan.	+ 793	- 420	- 401	- 338	- 63	- 55	- 16	- 3	- 58	+ 107
Febr.	- 101	+ 57	+ 80	+ 132	- 52	- 1	+ 20	- 43	+ 5	+ 240
März	- 376	- 540	- 565	- 672	+ 107	- 24	- 6	+ 31	+ 53	+ 320
April	- 119	+ 718	+ 581	+ 611	- 30	- 22	+ 19	+ 118	+ 111	+ 490
Mai	- 104	+ 38	+ 39	+ 103	- 64	+ 48	- 11	+ 10	+ 17	+ 631
Juni	- 62	- 879	- 835	- 820	- 15	- 24	- 11	- 33	- 20	+ 775
Juli	- 170	+ 24	- 29	+ 66	- 95	- 213	+ 7	+ 46	+ 24	+ 567
Aug.	- 93	+ 200	+ 187	+ 201	- 14	+ 26	+ 0	+ 13	+ 1	+ 620
Sept.	- 101	- 606	- 611	- 638	+ 27	+ 13	- 5	+ 10	+ 19	+ 379
Okt.	- 94	- 64	- 97	- 106	+ 9	- 30	+ 19	+ 14	- 0	+ 522
Nov.	- 288	- 59	- 55	+ 6	- 61	+ 29	+ 25	- 29	- 21	+ 388
Dez.	- 767	- 550	- 552	- 361	- 191	+ 52	+ 17	- 15	+ 3	+ 454
1959 Jan.	+ 959	- 840	- 860	- 890	+ 30	- 276	+ 20	-	-	- 488
Febr.	+ 52	- 332	- 336	- 112	- 224	+ 38	+ 4	-	-	- 75
März	- 520	+ 43	+ 26	- 185	+ 211	+ 49	+ 17	-	-	+ 248
April	+ 125	+ 903	+ 859	+ 835	+ 24	- 100	+ 44	-	-	- 54
Mai	- 368	- 212	- 246	- 179	- 67	+ 44	+ 34	-	-	+ 381
Juni	+ 16	- 495	- 521	- 522	+ 1	- 27	+ 26	-	-	+ 194
Juli ^{*)}	- 252	- 414	- 449	- 193	- 256	- 239	+ 35	-	-	+ 553
Aug.	+ 9	- 42	- 69	- 112	+ 43	+ 46	+ 27	-	-	- 104
Sept.	+ 33	-1 001	-1 042	-1 018	- 24	+ 8	+ 41	-	-	+ 385
Okt.	- 108	- 208	- 239	- 480	+ 241	+ 198	+ 31	-	-	+ 453
Nov.	- 63	- 25	- 55	- 90	+ 35	+ 172	+ 30	-	-	+ 809
Dez.	- 820	- 254	- 253	- 303	+ 50	+ 158	- 1	-	-	+ 1 086

*) Seit Oktober 1959 werden in dieser Übersicht die bis dahin getrennt ausgewiesenen Zentralbankeinlagen von Nichtbanken einerseits und die Zentralbankkredite an Nicht-Positionen ergab sich daraus, daß nicht immer zu unterscheiden ist, ob die Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte, die bei der Berechnung der Liquiditäts-der Bundesbank geleistet wurden. Zur Sonderbehandlung der Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte vgl. die Bemerkungen im Monatsbericht für Januar 1957 sondern auf Durchschnittsn aus den vier Bankwochenstichtagen der einzelnen Monate basiert, da die Erfahrung gezeigt hat, daß diese die Liquiditätsveränderungen besser bzw. Jahresschlußmonate. — *) Die Veränderungen der betreffenden Positionen sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Mittelzufluß (+) bzw. -abfluß (-) *) Saldo aus Guthaben und aufgenommenen Kassenkrediten (ohne die im Rahmen der Offenmarktoperationen angekauften Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungs-reservenguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sich diese seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreservhaltung am Unternehmen und Privaten. — *) Schwebende Verrechnungen; Sonderkredite an den Bund für Beteiligung an internationalen Einrichtungen sowie Positionen, die den vorge-papiere. — *) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreservenguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. dazu Anm. *) — *) Ab Juli 1959 einsch.

Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute ^{x)}aus den vier Bankwochenstichtagen der Monate ^{o)}

DM

von Veränderungen in den untenstehenden Positionen ¹⁾

Sonstige Faktoren, netto ^{*)}			Offenmarkt-Käufe bzw. -Verkäufe der Deutschen Bundesbank			Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank			Zentralbankkredite an Kreditinstitute (Refinanzierungskredite)		zum Vergleich: Stand der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank im Durchschnitt des Zeitraums ^{*)}	Zeit
insgesamt	darunter Zentralbankkredite an Kreditanstalt für Wiederaufbau	Gesamtwirkung der vorgenannten Faktoren auf die Bankenliquidität	insgesamt	Geldmarkttitel des Bundes aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen der Bbk. (Mobilisierungstitel)	sonstige Titel ^{?)}	gesamt ^{*)}	zum Vergleich: Veränderung des Mindestreserve-Solls	Veränderung	Stand im Durchschnitt des Zeitraums			
nach Jahren												
+ 22	- 17	+ 5 992	- 3 119	- 3 352	+ 233	+ 1 694	+ 1 757	- 1 179	1 999,0	5 309,1	1957	
+ 423	- 14	+ 2 363	- 809	- 581	- 228	+ 927	+ 964	- 627	1 187,9	6 471,0	1958	
+ 40	- 17	- 386	+ 1 437	+ 1 412	+ 25	+ 1 344	+ 1 089	+ 293	971,8	7 239,2	1959	
nach Vierteljahren												
+ 5	- 27	+ 1 339	- 1 080	- 1 109	+ 29	- 212	+ 143	- 471	2 225,6	4 436,2	1. Vi. 1957	
- 103	+ 3	+ 1 312	- 920	- 889	- 31	+ 851	+ 882	+ 459	2 498,3	5 026,1	2. "	
+ 100	+ 5	+ 3 615	- 1 869	- 1 858	- 11	+ 581	+ 639	- 1 165	1 892,0	5 605,6	3. "	
+ 20	+ 2	- 274	+ 750	+ 504	+ 246	+ 474	+ 93	- 2	1 380,2	6 168,4	4. "	
+ 225	- 16	+ 315	- 611	- 570	- 41	- 211	+ 199	+ 85	1 412,6	6 170,4	1. Vi. 1958	
+ 204	- 4	+ 1 692	- 1 190	- 1 153	- 37	+ 327	+ 275	- 175	1 395,9	6 324,3	2. "	
- 31	+ 4	+ 789	- 295	- 299	+ 4	+ 68	+ 224	- 426	1 111,1	6 460,5	3. "	
+ 25	+ 2	- 433	+ 1 287	+ 1 441	- 154	+ 743	+ 266	- 111	831,9	6 928,9	4. "	
+ 155	- 7	- 798	+ 674	+ 679	- 5	- 82	+ 185	+ 42	883,0	6 899,3	1. Vi. 1959	
+ 38	- 5	+ 528	- 445	- 571	+ 126	- 19	+ 36	- 102	806,2	7 027,0	2. "	
- 107	- 8	- 940	+ 644	+ 672	- 28	- 17	+ 116	+ 279	869,5	7 068,8	3. "	
- 46	+ 3	+ 824	+ 564	+ 632	- 68	+ 1 462	+ 984	+ 74	1 328,5	7 961,5	4. "	
nach Monaten												
- 106	- 27	+ 852	- 733	- 707	- 26	- 313	+ 117	- 432	2 322,0	4 365,4	Jan. 1957	
+ 213	- 2	+ 517	- 200	- 288	+ 88	+ 58	- 12	- 259	2 068,5	4 444,8	Febr.	
- 102	+ 2	- 30	- 147	- 114	- 33	+ 43	+ 38	+ 220	2 286,4	4 498,5	März	
- 107	+ 8	+ 328	- 369	- 320	- 49	- 31	+ 88	+ 10	2 287,9	4 446,3	April	
+ 64	+ 12	+ 832	- 230	- 279	+ 49	+ 779	+ 719	+ 177	2 471,1	5 257,4	Mai	
- 60	- 17	+ 152	- 321	- 290	- 31	+ 103	+ 75	+ 272	2 735,9	5 374,6	Juni	
- 6	- 2	+ 918	- 631	- 608	- 23	- 84	+ 64	- 371	2 351,8	5 290,6	Juli	
+ 40	- 4	+ 1 851	- 990	- 971	- 19	+ 277	+ 139	- 584	1 767,2	5 569,1	Aug.	
+ 66	+ 11	+ 846	- 248	- 279	+ 31	+ 388	+ 436	- 210	1 557,0	5 957,2	Sept.	
- 30	- 17	+ 488	- 236	- 256	+ 20	+ 105	+ 97	- 147	1 410,0	6 061,7	Okt.	
+ 29	- 3	+ 156	+ 30	- 65	+ 95	- 49	- 24	- 235	1 175,1	6 012,9	Nov.	
+ 21	+ 22	- 918	+ 956	+ 825	+ 131	+ 418	+ 20	+ 380	1 555,4	6 430,7	Dez.	
+ 110	- 28	+ 590	- 657	- 438	- 219	- 298	+ 195	- 231	1 324,5	6 132,6	Jan. 1958	
+ 149	+ 10	+ 345	- 268	- 267	- 1	+ 26	- 19	- 51	1 273,2	6 158,5	Febr.	
- 34	+ 2	- 620	+ 314	+ 135	+ 179	+ 61	+ 23	+ 367	1 640,2	6 220,0	März	
+ 27	- 11	+ 1 116	- 768	- 687	- 81	+ 107	+ 118	- 241	1 399,2	6 326,9	April	
+ 151	+ 1	+ 716	- 509	- 412	- 97	+ 131	+ 82	- 76	1 323,4	6 278,5	Mai	
+ 26	+ 6	- 140	+ 87	- 54	+ 141	+ 89	+ 75	+ 142	1 465,1	6 367,4	Juni	
- 74	+ 17	+ 347	- 160	- 54	- 106	+ 30	+ 66	- 157	1 308,6	6 397,6	Juli	
+ 88	- 5	+ 815	- 340	- 387	+ 47	+ 151	+ 110	- 324	984,7	6 548,4	Aug.	
- 45	- 8	- 373	+ 205	+ 142	+ 63	- 113	+ 48	+ 55	1 040,1	6 435,4	Sept.	
- 3	- 8	+ 361	+ 137	+ 229	- 92	+ 252	+ 108	- 246	794,0	6 687,8	Okt.	
+ 128	- 3	+ 169	+ 84	+ 176	- 92	+ 233	+ 96	- 20	773,5	6 920,5	Nov.	
- 100	+ 13	- 963	+ 1 066	+ 1 036	+ 30	+ 258	+ 62	+ 155	928,1	7 178,3	Dez.	
- 78	- 24	- 447	+ 171	+ 247	- 76	- 364	+ 147	- 88	840,7	6 814,5	Jan. 1959	
+ 73	+ 7	- 282	+ 257	+ 274	- 17	- 28	+ 1	- 3	837,9	6 786,9	Febr.	
+ 160	+ 10	- 69	+ 246	+ 158	+ 88	+ 310	+ 37	+ 133	970,4	7 096,4	März	
+ 18	- 3	+ 992	- 958	- 912	- 46	- 230	- 173	- 264	706,3	6 865,8	April	
+ 4	- 10	- 195	+ 330	+ 212	+ 118	+ 273	+ 131	+ 138	844,2	7 138,3	Mai	
+ 16	+ 8	- 269	+ 183	+ 129	+ 54	- 62	+ 78	+ 24	868,2	7 076,8	Juni	
- 111	- 3	- 224	+ 427	+ 508	- 81	+ 71	+ 49	- 132	765,7	7 170,2	Juli ⁹⁾	
+ 76	+ 7	- 61	- 55	+ 24	- 79	- 215	- 242	- 99	666,4	6 954,7	Aug.	
- 72	- 12	- 655	+ 272	+ 140	+ 132	+ 127	+ 77	+ 510	1 176,4	7 081,6	Sept.	
+ 22	+ 9	+ 159	- 109	- 67	- 42	+ 176	+ 106	+ 126	1 302,1	7 257,3	Okt.	
+ 114	- 2	+ 835	- 138	- 256	+ 118	+ 828	+ 830	+ 131	1 433,0	8 084,7	Nov.	
- 182	- 4	- 170	+ 811	+ 955	- 144	+ 458	+ 48	- 183	1 250,3	8 542,6	Dez.	

banken andererseits zu einer „Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank“ zusammengefaßt. Die Notwendigkeit einer Saldierung beider Ströme von den übrigen Zahlungen der betreffenden Haushalte getrennt werden müssen, zu Lasten von Zentralbankguthaben oder durch Inanspruchnahme von Kassenkrediten S. 8. — Im übrigen wurden die in der Tabelle wiedergegebenen Veränderungszahlen nicht mehr, wie bisher, anhand von Monatsendständen der einzelnen Positionen ermittelt, widerspiegeln als die oft Zufallsschwankungen unterliegenden Monatsendstände. — ^{o)} Bei längeren Zeiträumen: Durchschnitte aus den vier Bankwochenstichtagen der Quartals für die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Ausweis der Deutschen Bundesbank. — ^{*)} Bis Juli 1957 einschl. der in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben. — ⁴⁾ Ab Mai 1958 einschl. der Mindest-1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbankeinlagen der Bundespost nicht mehr trennen lassen. — ⁵⁾ Bis Ende Juni 1958 einschl. der Einlagen von ausländischen Wirtschaftsnannten Faktoren nicht eindeutig zugerechnet werden können. — ⁷⁾ Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, Vorratsstellenwechsel und Privatkonten sowie Wert-Saarland; die durch die Eingliederung bedingten Veränderungen wurden ausgeschaltet.

3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute *)

Mio DM

Zeit	Kreditinstitute (ohne KfW) *)				Kreditanstalt für Wiederaufbau		
	insgesamt 1)	Wechsel- kredite 1)	Lombard- kredite	vorübergehend angekaufte Ausgleichs- forderungen*)	insgesamt	Kassen- kredite	Wertpapiere
1950 Dez.	5 201,9	4 235,4	360,6	605,9	368,7	368,7	—
1951 -	5 717,5	4 757,2	290,8	669,5	454,0	454,0	—
1952 -	4 128,4	3 389,0	253,5	485,9	468,4	268,5	199,9
1953 -	3 351,1	2 739,1	245,2	366,8	225,6	202,6	23,0
1954 -	3 339,0	2 837,7	265,1	236,2	207,3	195,2	12,1
1955 -	4 683,0	4 130,9	340,5	211,6	145,0	139,5	5,5
1956 -	3 127,1	2 723,7	220,7	182,7	58,6	46,6	12,0
1957 -	1 676,6	1 463,0	52,8	160,8	67,8	66,8	1,0
1958 -	960,3	769,6	63,9	126,8	3,8	3,8	—
1959 -	1 285,7	949,2	234,4	102,1	20,3	20,3	—
1957 Sept.	1 645,6	1 438,2	43,4	164,0	43,6	43,2	0,4
1957 Okt.	1 223,3	1 021,2	39,0	163,1	16,9	16,5	0,4
1957 Nov.	1 121,6	923,3	35,8	162,5	10,7	10,3	0,4
1957 Dez.	1 676,6	1 463,0	52,8	160,8	67,8	66,8	1,0
1958 Jan.	1 328,3	1 139,6	28,9	159,8	10,2	10,2	—
1958 Febr.	1 357,9	1 016,1	82,2	159,6	37,9	37,9	—
1958 März	1 509,2	1 324,7	30,0	154,5	25,1	25,1	—
1958 April	1 451,2	1 242,4	56,5	152,3	12,8	12,8	—
1958 Mai	1 144,4	969,7	23,5	151,2	13,2	13,2	—
1958 Juni	1 594,7	1 397,9	46,5	150,3	12,4	12,4	—
1958 Juli	1 086,5	914,3	23,0	149,2	24,6	24,6	—
1958 Aug.	1 110,8	941,8	20,8	148,2	33,0	33,0	—
1958 Sept.	865,7	701,2	22,4	142,1	30,9	30,9	—
1958 Okt.	708,1	543,8	24,3	140,0	16,2	16,2	—
1958 Nov.	969,9	805,2	25,8	138,9	10,8	10,8	—
1958 Dez.	960,3	769,6	63,9	126,8	3,8	3,8	—
1959 Jan.	990,6	860,7	23,7	106,2	0,2	0,2	—
1959 Febr.	820,2	635,4	78,7	106,1	15,1	15,1	—
1959 März	701,0	563,9	31,0	106,1	19,4	19,4	—
1959 April	769,3	634,4	29,0	105,9	26,4	26,4	—
1959 Mai	915,0	785,7	23,4	105,9	9,6	9,6	—
1959 Juni	812,8	677,3	31,7	103,8	0,3	0,3	—
1959 Juli	640,7	522,1	14,8	103,8	12,0	12,0	—
1959 Aug.	682,2	555,6	22,9	103,7	21,3	21,3	—
1959 Sept.	1 352,4	1 233,9	25,7	102,8	0,1	0,1	—
1959 Okt.	1 182,3	1 061,3	18,3	102,7	23,0	23,0	—
1959 Nov.	1 284,1	1 153,1	28,3	102,7	13,2	13,2	—
1959 Dez.	1 285,7	949,2	234,4	102,1	20,3	20,3	—

*) Ab Juli 1959 einschließlich Zentralbankkredite an saarländische Kreditinstitute. — 1) Einschließlich angekaufter Auslandswechsel und Exporttratten, aber ohne auf dem offenen Markt angekaufte Geldmarkttitel. — *) Mit Rückkaufverpflichtung der Kreditinstitute.

4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten *)

Mio DM

Zeit	Nichtbanken							Kredit- institute 1) 2)
	insgesamt		öffentliche Stellen 1)		ERP- Sonder- vermögen 1) 2)	Dienst- stellen der ehem. Besatzungs- mächte 3)	sonstige Einleger 4)	
	mit zeitweilig in Ausgleichs- forderungen angelegte(n) Beträge(n) 4)	ohne	Bund (ohne Sonder- vermögen), Länder und Lasten- ausgleichs- behörden	sonstige öffentliche Stellen 5)				
1950 Dez.	3 693,3	3 446,0	594,3	396,7	965,0	907,6	829,7	1 887,7
1951 -	3 997,3	2 990,0	1 191,8	223,0	1 312,8	997,3	272,4	2 675,0
1952 -	3 957,8	2 194,1	1 906,1	207,2	825,9	753,4	265,2	2 992,6
1953 -	4 935,3	1 704,2	3 181,4	373,2	496,7	639,3	244,7	3 286,9
1954 -	6 266,5	1 529,9	4 684,7	400,6	352,8	523,4	305,0	4 005,9
1955 -	7 003,5	3 420,7	5 949,7	274,3	272,2	265,5	241,8	4 502,2
1956 -	7 682,3	4 459,3	6 711,8	339,8	192,5	143,8	294,4	5 258,5
1957 -	5 097,3	4 017,1	4 017,1	431,4	167,8	140,6	340,4	7 108,9
1958 -	4 968,2	3 614,0	3 614,0	610,3	361,2	46,8	335,9	8 243,1
1959 -	2 260,8	1 161,3	1 161,3	677,3	200,4	—	221,8	9 343,8
1957 Sept.	6 285,6	4 912,8	4 912,8	314,6	246,5	501,4	310,3	5 622,6
1957 Okt.	5 901,4	4 739,9	4 739,9	302,9	177,5	199,3	481,8	5 340,9
1957 Nov.	4 956,7	4 104,3	4 104,3	164,9	161,0	132,0	394,5	5 397,0
1957 Dez.	5 097,3	4 017,1	4 017,1	431,4	167,8	140,6	340,4	7 108,9
1958 Jan.	5 146,3	4 170,3	4 170,3	271,0	190,2	70,8	444,0	5 453,4
1958 Febr.	4 671,3	3 702,2	3 702,2	205,8	218,1	146,3	398,9	5 438,4
1958 März	4 669,5	3 660,8	3 660,8	235,9	299,2	114,4	359,2	5 814,7
1958 April	3 966,9	3 307,4	3 307,4	32,8	248,5	92,5	285,7	5 921,2
1958 Mai	4 397,1	3 265,5	3 265,5	488,0	206,1	54,9	382,6	5 455,3
1958 Juni	5 220,0	3 870,3	3 870,3	603,9	326,7	70,5	348,6	5 989,5
1958 Juli	4 644,4	3 371,2	3 371,2	516,9	422,7	49,1	284,5	5 785,6
1958 Aug.	4 449,6	3 035,7	3 035,7	627,8	410,7	57,8	317,6	6 107,3
1958 Sept.	5 000,4	3 631,6	3 631,6	567,0	450,2	42,8	308,8	5 773,6
1958 Okt.	4 681,9	3 489,2	3 489,2	432,2	417,7	58,1	284,7	5 609,7
1958 Nov.	4 704,8	3 401,4	3 401,4	505,2	396,6	61,0	340,6	6 590,2
1958 Dez.	4 968,2	3 614,0	3 614,0	610,3	361,2	46,8	335,9	8 243,1
1959 Jan.	5 279,1	4 224,4	4 224,4	251,6	612,4	— 7)	190,7	6 289,1
1959 Febr.	5 087,3	3 971,4	3 971,4	339,9	580,4	—	195,6	6 160,9
1959 März	3 088,8	1 550,8	1 550,8	735,9	585,4	—	216,7	6 310,6
1959 April	1 876,7	784,3	784,3	287,9	619,8	—	184,7	6 032,6
1959 Mai	2 835,7	1 300,6	1 300,6	749,6	582,4	—	203,1	6 691,8
1959 Juni	2 918,8	1 345,2	1 345,2	571,7	780,1	—	221,8	6 559,5
1959 Juli	2 501,0	831,4	831,4	606,2	850,9	—	212,5	6 261,6
1959 Aug.	2 382,7	736,1	736,1	622,0	805,9	—	218,7	6 380,3
1959 Sept.	2 887,0	1 225,9	1 225,9	676,9	767,1	—	217,1	6 459,2
1959 Okt.	2 046,9	1 031,8	1 031,8	280,9	516,6	—	217,6	6 204,4
1959 Nov.	2 391,8	954,2	954,2	818,0	388,8	—	230,8	7 519,0
1959 Dez.	2 260,8	1 161,3	1 161,3	677,3	200,4	—	221,8	9 343,8

*) Ab Juli 1959 einschließlich der bei der Landeszentralbank im Saarland unterhaltenen Einlagen. — 1) Einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge. — 2) Bis 31. Juli 1957 nur „Gegenwertmittel“. — 3) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 4) Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank am 1. August 1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen. — 5) Ab Mai 1958 einschließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 4) in Tab. I, 2. — 6) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 5) in Tab. I, 2. — 7) Ab Januar 1959 dem „Auslandsgeschäft“ zugerechnet. — 8) Die bis Dezember 1958 hierin enthaltenen sonstigen ausländischen Einleger werden nunmehr im „Auslandsgeschäft“ erfaßt.

5. Mindestreservenstatistik

a) Reservesätze *)

Gültig ab:	Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern																		Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern				
	Sichtverbindlichkeiten												Befristete Verbindlichkeiten						Spar-einlagen		Sicht-verbind-lichkeiten	be-fristete Ver-bind-lichkeiten	Spar-ein-lagen
	Bankplätze						Nebenplätze						Reserveklasse 1 ¹⁾						Bank-plätze	Neben-plätze			
	Reserveklasse 1 ¹⁾												Reserveklasse 1 ¹⁾										
	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	Bank-plätze	Neben-plätze			
vH der reservspflichtigen Verbindlichkeiten ¹⁾																							
1948 1. Juli			10								10								5	5	Bis 30. 4. 1957 gleiche Sätze wie für Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern		
1. Dez.			15								10								5	5			
1949 1. Juni			12								9								5	5			
1. Sept.			10								8								4	4			
1950 1. Okt.			15								12								8	4			
1952 1. Mai	15	14	13	12	11	10	12	11	10	9	8	8	8	7	7,5	7	6,5	6	5,5	4	Gleiche Sätze wie für Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern 30 ²⁾ 20 ²⁾ 10 ²⁾		
1. Sept.	12	12	11	11	10	9	10	10	9	9	8	8	8	7	7	6	5	5	4	4			
1953 1. Febr.	11	11	10	10	9	9	9	9	8	8	8	8	7	7	6	6	5	5	4	4			
1955 1. Sept.	12	12	11	11	10	10	10	10	9	9	9	9	8	8	7	7	6	6	5	5			
1957 1. Mai	13	13	12	12	11	11	11	11	10	10	9	9	9	9	8	8	7	7	6	6			
1. Sept.	13	13	12	12	11	11	11	11	10	10	9	9	9	9	8	8	7	7	6	6			
1959 1. April	13	13	12	12	11	11	11	11	10	10	9	9	9	9	8	8	7	7	6	6			
1. Aug.	13	12	11	10	—	—	11,0	9	8	7	—	—	9	8	7	6	—	—	6	5			
1. Nov.	14,3	13,2	12,1	11,0	—	—	11,0	9,9	8,8	7,7	—	—	9,9	8,8	7,7	6,6	—	—	6,6	5,5			
1960 1. Jan.	15,6	14,4	13,2	12,0	—	—	12,0	10,8	9,6	8,4	—	—	10,8	9,6	8,4	7,2	—	—	7,2	6			

*) Vor dem 1. Mai 1954 galten für die Berliner Kreditinstitute zum Teil andere Bestimmungen. Die saarländischen Kreditinstitute sind ab 1. August 1959 mindestreservpflichtig.

1) Staffeln nach Reserveklassen:

1. Mai 1952 bis 31. Juli 1959				ab 1. August 1959			
Reserveklasse 1	2	3	4	Reserveklasse 1	2	3	4
"	"	"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"	"	"
"	"	"	"	"	"	"	"

Maßgebend für die Einstufung der Kreditinstitute in die einzelnen Reserveklassen sind ihre reservpflichtigen Verbindlichkeiten im jeweiligen Vormonat.

2) Diese Sätze gelten nur für den Zuwachs an mindestreservpflichtigen Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern seit dem 30. November 1959.

b) Reservehaltung der Kreditinstitute nach Bankengruppen und Reserveklassen *)

Beträge in Mio DM

Zeit	Gesamt	Bankengruppen										Reserveklassen							
		Kredit-banken	Groß-banken ¹⁾	davon				Giro-zentralen	Spar-kassen	Länd-liche Zentral-kassen und länd-liche Kredit-ge-nossen-schaften	Gewerb-liche Zentral-kassen	Gewerb-liche Kredit-ge-nossen-schaften	Alle übrigen reserve-pflichtigen Kredit-institute	1	2	3	4	5	6
				Staats-, Regional- und Lokal-banken	Privat-bankiers	Spezial-, Haus- und Branchen-banken	(100 Mio DM und mehr)							(50 bis unter 100 Mio DM)	(10 bis unter 50 Mio DM)	(5 bis unter 10 Mio DM)	(1 bis unter 5 Mio DM)	(unter 1 Mio DM)	
Reservspflichtige Verbindlichkeiten																			
1958 Dez.	74 705,2	28 610,1	16 379,1	9 765,2	2 133,7	332,1	3 529,9	31 140,6	5 858,8	108,0	4 669,5	788,3	37 327,2	4 514,7	14 979,7	5 574,3	6 813,7	5 495,6	
1959 Sept.	86 278,0	31 795,0	18 487,1	10 332,5	2 519,4	456,0	3 584,2	37 348,1	6 983,0	105,7	5 583,7	878,3	38 260,9	27 456,7	14 746,3	5 814,1	—	—	
Okt.	87 598,7	32 598,8	19 028,2	10 505,2	2 593,8	471,6	3 640,3	37 581,2	7 177,7	102,7	5 619,2	878,8	38 724,4	28 145,4	14 844,5	5 884,4	—	—	
Nov.	88 988,1	33 321,1	19 408,4	10 711,9	2 727,3	473,5	3 676,2	38 070,6	7 311,6	103,4	5 686,5	818,7	39 746,2	28 206,0	15 116,1	5 919,8	—	—	
Dez.	89 529,6	33 208,7	19 293,8	10 765,4	2 680,1	469,4	3 843,9	38 425,2	7 335,7	109,0	5 703,8	903,3	40 421,0	28 055,0	15 122,9	5 930,7	—	—	
Reserve-Soll																			
1958 Dez.	6 757,7	3 178,5	1 877,7	1 022,2	243,7	34,9	364,8	2 336,8	416,9	11,7	369,5	79,5	3 822,8	435,1	1 200,6	428,1	492,4	378,7	
1959 Sept.	6 983,5	3 101,6	1 859,8	971,7	230,1	40,0	346,8	2 618,3	419,2	9,1	410,0	78,5	3 546,4	2 113,1	990,8	333,2	—	—	
Okt.	7 089,6	3 183,6	1 914,2	989,9	237,4	42,1	350,0	2 626,8	430,4	8,9	411,4	78,5	3 590,6	2 166,3	995,3	337,4	—	—	
Nov.	7 919,6	3 577,0	2 147,5	1 108,2	275,5	45,8	393,2	2 922,2	481,9	9,8	457,6	77,9	4 055,3	2 377,2	1 114,8	372,3	—	—	
Dez.	7 967,9	3 557,4	2 129,8	1 112,5	268,9	46,2	414,9	2 955,8	482,3	10,5	458,4	88,6	4 117,8	2 365,8	1 111,4	372,9	—	—	
Durchschnittlicher Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservpflichtigen Verbindlichkeiten)																			
1958 Dez.	9,0	11,1	11,5	10,5	11,4	10,5	10,3	7,5	7,1	10,8	7,9	10,1	10,2	9,6	8,0	7,7	7,2	6,9	
1959 Sept.	8,1	9,8	10,1	9,4	9,1	8,8	9,7	7,0	6,0	8,6	7,3	8,9	9,3	7,7	6,7	5,7	—	—	
Okt.	8,1	9,8	10,1	9,4	9,2	8,9	9,7	7,0	6,0	8,7	7,3	8,9	9,3	7,7	6,7	5,7	—	—	
Nov.	8,9	10,7	11,1	10,3	10,1	9,7	10,7	7,7	6,6	9,5	8,0	9,5	10,2	8,4	7,4	6,3	—	—	
Dez.	8,9	10,7	11,0	10,3	10,0	9,8	10,8	7,7	6,6	9,6	8,0	9,8	10,2	8,4	7,3	6,3	—	—	
Überschubreserven																			
1958 Dez.	214,9	103,1	25,8	58,2	15,6	3,5	20,4	21,3	11,6	2,5	18,1	37,9	101,0	30,8	28,1	13,1	25,4	16,5	
1959 Sept.	100,2	38,8	6,0	19,2	10,8	2,8	3,9	11,5	7,1	0,6	10,8	27,5	19,5	33,6	29,9	17,2	—	—	
Okt.	208,8	125,1	39,1	57,3	24,9	3,8	2,7	17,5	7,5	1,4	11,7	42,9	88,7	70,8	34,0	15,3	—	—	
Nov.	95,6	47,5	16,0	17,1	12,6	1,8	7,3	12,4	5,2	0,5	9,6	13,1	34,2	24,3	24,4	12,7	—	—	
Dez.	268,3	143,2	53,1	66,0	20,0	4,1	27,4	23,3	11,3	2,3	17,6	43,2	127,5	70,0	49,7	21,1	—	—	
Überschubreserven in vH des Reserve-Solls																			
1958 Dez.	3,2	3,2	1,4	5,7	6,4	10,0	5,6	0,9	2,8	21,4	4,9	47,7	2,6	7,1	2,3	3,1	5,2	4,4	
1959 Sept.	1,4	1,3	0,3	2,0	4,7	7,0	1,1	0,4	1,7	6,6	2,6	35,0	0,5	1,6	3,0	5,2	—	—	
Okt.	2,9	3,9	2,0	5,8	10,5	9,0	0,8	0,7	1,7	15,7	2,8	54,6	2,5	3,3	3,4	4,5	—	—	
Nov.	1,2	1,3	0,7	1,5	4,6	3,9	1,9	0,4	1,1	5,1	2,1	16,8	0,8	1,0	2,2	3,4	—	—	
Dez.	3,4	4,0	2,5	5,9	7,4	8,9	6,6	0,8	2,3	21,9	3,8	48,8	3,1	3,0	4,5	5,7	—	—	
Überschubreserven in vH der Gesamtsumme der Überschubreserven																			
1958 Dez.	100,0	48,0	12,0	27,1	7,3	1,6	9,5	9,9	5,4	1,2	8,4	17,6	47,0	14,3	13,1	6,1	11,8	7,7	
1959 Sept.	100,0	38,7	6,0	19,1	10,8	2,8	3,9	11,5	7,1	0,6	10,8	27,4	19,5	33,5	29,8	17,2	—	—	
Okt.	100,0	59,9	18,7	27,5	11,9	1,8	1,3	8,4	3,6	0,7	5,6	20,5	42,5	33,9	16,3	7,3	—	—	
Nov.	100,0	49,7	16,7	17,9	13,2	1,9	7,7	13,0	5,4	0,5	10,0	13,7	35,8	25,4	25,5	13,3	—	—	
Dez.	100,0	53,4	19,8	24,6	7,5	1,5	10,2	8,7	4,2	0,9	6,5	16,1	47,5	26,1	18,5	7,9	—	—	

*) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserven der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, die sich seit Einführung der fakultativen zentralen Mindestreserverhaltung am 1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbankeinlagen der Bundespost praktisch nicht mehr trennen lassen. — *) Ab August 1959 einschließlich saarländische Kreditinstitute. —

1) Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Tochterinstitute.

langfristige Kredite *)

DM

Kredite an öffentliche Stellen					Kredite an Kreditinstitute								Monats- ende
Kurzfristige Kredite					Kurzfristige Kredite								
insgesamt		Debitoren (Kassen- kredite)	Wechsel- kredite	Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen des Bundes und der Länder	Mittel- fristige Kredite)	Lang- fristige Kredite)	Debitoren			Wechsel- kredite	Mittel- fristige Kredite)	Lang- fristige Kredite)	
mit Schatzwechsel(n) und unverzinsliche(n) Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	ohne Schatzwechsel(n) und unverzinsliche(n) Schatzanweisungen des Bundes und der Länder						insgesamt	insgesamt	darunter Akzept- kredite				
Girozentralen													
395,3	34,6	28,1	6,5	360,7	142,4	2 363,9	790,8	261,3	2,1	529,5	77,8	862,7	Dez. 1955
611,3	36,7	30,1	6,6	574,6	166,0	2 790,1 ⁶⁾	546,8	219,5	—	327,3	66,3	928,7 ⁶⁾	Dez. 1956
2 001,6	39,9	33,4	6,5	1 961,7	219,5	3 286,9	318,4	129,8	0,6	188,6	76,6	1 114,9	Dez. 1957
1 617,9	40,7	35,7	5,0	1 577,2	165,3	4 144,9	377,6	130,7	0,1	246,9	143,7	1 222,1	Dez. 1958
1 451,5	46,4	38,9	7,5	1 405,1	185,0	4 468,2	489,6	127,5	0,1	362,1	95,9	1 323,3	Juli 1959
1 414,6	34,0	27,0	7,0	1 380,6	185,3	4 502,2	443,5	127,6	0,1	315,9	98,0	1 347,0	Aug.
1 414,9	22,8	16,7	6,1	1 392,1	181,2	4 546,3	491,3	148,1	0,0	343,2	109,4	1 383,3	Sept.
1 733,2	24,0	19,0	5,0	1 709,2	177,9	4 587,4	439,0	124,2	0,1	314,8	133,4	1 427,6	Okt.
1 781,5	26,4	21,7	4,7	1 755,1	176,9	4 613,2	445,3	159,0	0,0	286,3	145,3	1 413,6	Nov.
Sparkassen													
135,4	68,9	62,8	6,1	66,5	137,5	1 351,2	90,8	15,6	—	75,2	41,3	300,5	Dez. 1955
207,7	108,4	103,0	5,4	99,3	173,6	1 811,9	94,2	18,6	—	75,6	35,3	319,7	Dez. 1956
237,2	80,6	74,9	5,7	156,6	341,0	2 143,9	110,1	18,1	—	92,0	40,7	426,7	Dez. 1957
216,2	75,9	70,8	5,1	140,3	363,4	2 763,6	156,2	25,0	—	131,2	34,6	653,7	Dez. 1958
170,8	65,8	60,2	5,6	105,0	360,6	3 137,7	184,0	25,5	—	158,5	38,9	792,0	Juli 1959
163,8	51,7	46,2	5,5	112,1	367,2	3 180,1	192,4	26,2	—	166,2	40,6	834,7	Aug.
168,4	57,1	52,3	4,8	111,3	373,4	3 222,9	196,0	27,8	—	168,2	40,0	852,3	Sept.
1 777	59,2	54,6	4,6	118,5	380,0	3 336,6	205,1	26,1	—	177,0	45,0	886,2	Okt.
177,5	54,7	50,7	4,0	122,8	380,9	3 386,1	203,9	28,3	—	175,6	44,4	908,8	Nov.
Zentralkassen⁺)													
15,4	0,4	0,4	—	15,0	0,8	0,5	588,0	306,4	7,3	281,6	45,2	344,2	Dez. 1955
8,3	1,1	1,1	—	7,2	0,1	0,5	561,4	309,8	7,3	251,6	39,8	424,5	Dez. 1956
37,5	0,9	0,9	—	36,6	0,6	0,9	420,6	231,8	0,2	188,8	36,5	546,0	Dez. 1957
49,2	1,8	1,8	—	47,4	0,6	0,9	336,2	200,8	—	135,4	28,7	673,0	Dez. 1958
27,9	2,8	2,8	—	25,1	0,3	0,7	360,4	201,1	—	159,3	27,0	744,2	Juli 1959
25,8	1,7	1,7	—	24,1	0,4	0,7	311,1	172,6	—	138,5	27,4	755,2	Aug.
25,7	1,6	1,6	—	24,1	0,3	0,7	309,3	176,4	—	132,9	24,8	761,7	Sept.
31,5	1,4	1,4	—	30,1	0,3	0,9	307,3	167,8	—	139,5	24,7	777,2	Okt.
41,4	1,8	1,8	—	39,6	0,3	0,9	330,8	198,7	—	132,1	27,2	784,1	Nov.
Gewerbliche Zentralkassen													
15,2	0,2	0,2	—	15,0	—	0,1	307,7	125,4	—	182,3	7,5	162,2	Dez. 1955
7,7	0,5	0,5	—	7,2	0,1	0,0	279,5	124,0	—	155,5	8,8	198,4	Dez. 1956
30,5	0,4	0,4	—	30,1	0,6	0,1	227,3	110,3	—	117,0	3,3	241,3	Dez. 1957
38,5	0,5	0,5	—	38,0	0,5	0,1	162,7	88,3	—	74,4	3,3	286,2	Dez. 1958
15,6	0,1	0,1	—	15,5	0,2	0,0	163,5	78,0	—	85,5	3,2	315,1	Juli 1959
14,6	0,1	0,1	—	14,5	0,3	0,1	148,3	75,6	—	72,7	3,0	317,6	Aug.
14,6	0,1	0,1	—	14,5	0,2	0,1	160,5	81,9	—	78,6	2,6	317,5	Sept.
20,6	0,1	0,1	—	20,5	0,2	0,1	166,5	74,6	—	91,9	2,2	327,9	Okt.
30,5	0,6	0,6	—	29,9	0,2	0,1	175,3	90,4	—	84,9	2,0	332,0	Nov.
Ländliche Zentralkassen													
0,2	0,2	0,2	—	0,0	0,8	0,4	280,3	181,0	7,3	99,3	37,7	182,1	Dez. 1955
0,6	0,6	0,6	—	—	0,0	0,5	281,9	185,8	7,3	96,1	31,0	226,1	Dez. 1956
7,0	0,5	0,5	—	6,5	0,0	0,8	193,3	121,5	0,2	71,8	33,2	304,7	Dez. 1957
10,7	1,3	1,3	—	9,4	0,1	0,8	173,5	112,5	—	61,0	25,4	386,8	Dez. 1958
12,3	2,7	2,7	—	9,6	0,1	0,7	196,9	123,1	—	73,8	23,8	431,1	Juli 1959
11,2	1,6	1,6	—	9,6	0,1	0,6	162,8	97,0	—	65,8	24,4	437,6	Aug.
11,1	1,5	1,5	—	9,6	0,1	0,6	148,8	94,5	—	54,3	22,2	444,2	Sept.
10,9	1,3	1,3	—	9,6	0,1	0,8	140,8	93,2	—	47,6	22,5	449,3	Okt.
10,9	1,2	1,2	—	9,7	0,1	0,8	155,5	108,3	—	47,2	25,2	452,1	Nov.
Kreditgenossenschaften⁺)													
3,0	2,1	1,5	0,6	0,9	4,2	21,7	21,5	5,0	—	16,5	2,5	0,3	Dez. 1955
7,8	2,1	2,1	0,7	4,6	3,6	38,3	8,2	5,5	—	2,7	3,5	0,5	Dez. 1956
13,4	4,5	3,6	0,9	8,9	9,3	48,2	9,3	6,8	—	2,5	1,3	1,2	Dez. 1957
9,7	5,1	4,2	0,9	4,6	11,5	62,7	12,9	8,8	—	4,1	1,0	1,4	Dez. 1958
8,2	5,3	4,3	1,0	2,9	6,0	69,3	10,7	6,7	—	4,0	0,5	1,4	Juli 1959
7,2	5,3	4,2	1,1	1,9	6,2	69,1	10,2	6,1	—	4,1	0,6	1,4	Aug.
8,2	5,3	4,4	0,9	2,9	7,0	69,3	10,4	6,2	—	4,2	0,6	1,5	Sept.
11,0	5,3	4,4	0,9	5,7	7,7	70,1	9,9	5,8	—	4,1	0,6	2,5	Okt.
11,5	5,3	4,5	0,8	6,2	8,2	71,1	12,4	6,7	—	5,7	0,6	2,4	Nov.
Gewerbliche Kreditgenossenschaften													
3,0	2,1	1,5	0,6	0,9	4,2	21,7	21,5	5,0	—	16,5	2,5	0,3	Dez. 1955
7,8	3,2	2,5	0,7	4,6	3,6	38,3	8,2	5,5	—	2,7	3,5	0,5	Dez. 1956
13,4	4,5	3,6	0,9	8,9	9,3	48,2	9,3	6,8	—	2,5	1,3	1,2	Dez. 1957
9,7	5,1	4,2	0,9	4,6	11,5	62,7	12,9	8,8	—	4,1	1,0	1,4	Dez. 1958
8,2	5,3	4,3	1,0	2,9	6,0	69,3	10,7	6,7	—	4,0	0,5	1,4	Juli 1959
7,2	5,3	4,2	1,1	1,9	6,2	69,1	10,2	6,1	—	4,1	0,6	1,4	Aug.
8,2	5,3	4,4	0,9	2,9	7,0	69,3	10,4	6,2	—	4,2	0,6	1,5	Sept.
11,0	5,3	4,4	0,9	5,7	7,7	70,1	9,9	5,8	—	4,1	0,6	2,5	Okt.
11,5	5,3	4,5	0,8	6,2	8,2	71,1	12,4	6,7	—	5,7	0,6	2,4	Nov.
Ländliche Kreditgenossenschaften⁶⁾)													
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1955
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1956
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1957
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1958
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juli 1959
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Aug.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Sept.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Okt.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Nov.

bedingte Abnahme durch Ausgliederung von durchlaufenden Krediten (langfristige Kredite an Nichtbanken rd. 560 Mio DM, langfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen Berichtspflicht für die ländlichen Kreditgenossenschaften. Während bis einschließlich Dezember 1954 diejenigen ländlichen Kreditgenossenschaften berichtspflichtig waren, die zum +) Gewerbliche und ländliche.

langfristige Kredite *)

DM

Kredite an öffentliche Stellen							Kredite an Kreditinstitute						Monats- ende
Kurzfristige Kredite							Kurzfristige Kredite						
insgesamt		Debitoren (Kassen- kredite)	Wechsel- kredite	Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen des Bundes und der Länder	Mittel- fristige Kredite 1)	Lang- fristige Kredite 4)	Debitoren				Mittel- fristige Kredite 2)	Lang- fristige Kredite 3)	
mit Schatzwechsel(n) und unverzinsliche(n) Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	ohne						insgesamt	insgesamt	darunter Akzept- kredite	Wechsel- kredite			
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
25.8	3.9	3.9	—	21.9	16.7	1 480.7	3.3	3.2	—	0.1	25.8	129.0	Dez. 1955
8.4	1.0	1.0	—	7.4	16.8	1 681.1	4.0	4.0	—	0.0	23.2	149.5	Dez. 1956
11.5	4.5	4.5	—	7.0	16.7	2 032.5	8.1	8.1	—	0.0	35.2	171.1	Dez. 1957
24.5	18.6	18.6	—	5.9	26.1	3 084.6	9.6	9.6	—	0.0	30.8	227.0	Dez. 1958
18.5	9.0	9.0	—	9.5	17.0	3 431.6	8.8	8.7	—	0.1	28.8	283.7	Juli 1959
16.3	6.8	6.8	—	9.5	16.7	3 435.2	6.6	6.5	—	0.1	56.6	284.9	Aug.
21.9	12.8	12.8	—	9.1	15.6	3 453.2	16.5	16.5	—	0.0	58.1	258.0	Sept.
10.7	1.6	1.6	—	9.1	14.7	3 494.5	8.8	8.8	—	—	59.3	258.3	Okt.
14.0	5.1	5.1	—	8.9	12.8	3 521.7	11.2	11.2	—	—	56.7	258.0	Nov.
Private Hypothekenbanken °)													
12.4	1.7	1.7	—	10.7	3.3	789.1	3.3	3.2	—	0.1	2.8	41.8	Dez. 1955
5.1	0.7	0.7	—	4.4	3.5	862.4	3.4	3.4	—	0.0	2.3	44.7	Dez. 1956
7.8	4.1	4.1	—	3.7	9.2	1 122.0	2.8	2.8	—	0.0	9.2	44.2	Dez. 1957
16.9	14.8	14.8	—	2.1	11.2	1 849.1	5.1	5.1	—	—	9.5	51.0	Dez. 1958
10.4	8.0	8.0	—	2.4	8.4	2 032.7	8.6	8.5	—	0.1	7.9	60.1	Juli 1959
8.3	5.9	5.9	—	2.4	8.2	2 036.4	6.5	6.5	—	0.0	7.6	60.4	Aug.
14.2	11.8	11.8	—	2.4	7.1	2 049.4	8.9	8.9	—	0.0	9.4	31.0	Sept.
3.4	1.0	1.0	—	2.4	6.2	2 067.3	3.6	3.6	—	—	10.8	30.9	Okt.
5.1	2.9	2.9	—	2.2	4.3	2 083.4	7.2	7.2	—	—	10.7	30.9	Nov.
Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
13.4	2.2	2.2	—	11.2	13.4	691.6	0.0	0.0	—	—	23.0	87.2	Dez. 1955
3.3	0.3	0.3	—	3.0	13.3	818.7	0.6	0.6	—	—	20.9	104.8	Dez. 1956
3.7	0.4	0.4	—	3.3	7.5	910.5	5.3	5.3	—	—	26.0	126.9	Dez. 1957
7.6	3.8	3.8	—	3.8	14.9	1 235.5	4.5	4.5	—	0.0	21.3	176.0	Dez. 1958
8.1	1.0	1.0	—	7.1	8.6	1 398.9	0.2	0.2	—	0.0	20.9	223.6	Juli 1959
8.0	0.9	0.9	—	7.1	8.5	1 398.8	0.1	0.0	—	0.1	49.0	224.5	Aug.
7.7	1.0	1.0	—	6.7	8.5	1 403.8	7.6	7.6	—	0.0	48.7	227.0	Sept.
7.3	0.6	0.6	—	6.7	8.5	1 427.2	5.2	5.2	—	—	48.5	227.4	Okt.
8.9	2.2	2.2	—	6.7	8.5	1 438.3	4.0	4.0	—	—	46.0	237.1	Nov.
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben													
175.7	127.2	127.2	—	48.5	22.4	1 253.2	553.1	132.3	2.0	420.8	320.4	7 530.8	Dez. 1955
292.2	212.3	188.1	24.2	79.9	21.9	1 588.2	447.2	183.5	0.6	263.7	268.9	8 887.4	Dez. 1956
1 530.1	385.8	342.5	43.3	1 144.3	37.1	1 209.8	393.8	200.7	—	193.1	399.2	10 074.8	Dez. 1957
2 110.3	270.2	270.2	14.8	1 825.3	60.4	982.5	184.6	64.2	—	120.4	190.9	10 600.1	Dez. 1958
2 547.2	324.1	313.9	10.2	2 231.1	137.9	1 852.6	327.6	52.6	—	275.0	168.6	10 953.8	Juli 1959
2 439.5	226.9	216.7	10.2	2 212.6	151.5	1 893.1	375.8	58.6	—	317.2	160.0	11 126.6	Aug.
2 706.0	342.0	342.0	0.0	2 364.0	157.2	2 154.2 ¹⁾	344.2	62.6	—	281.6	160.6	11 239.1	Sept.
2 741.4	309.1	308.9	0.2	2 432.3	164.8	2 277.6	326.4	56.4	—	270.0	180.1	11 312.4	Okt.
1 995.1	293.7	286.0	7.7	1 701.4	165.4	2 344.6	298.4	75.3	—	223.1	176.2	11 421.8	Nov.
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-Aktiengesellschaft und Berliner Industriebank AG +)													
2.0	0.1	0.1	—	1.9	1.0	354.6	142.9	—	—	142.9	2.8	3 199.0	Dez. 1955
2.2	1.2	1.2	—	1.0	0.9	681.3	73.9	0.5	—	73.4	0.8	3 311.6	Dez. 1956
2.1	0.1	0.1	—	2.0	0.1	415.9	63.2	0.6	—	62.6	0.6	3 343.7	Dez. 1957
0.0	0.0	0.0	—	—	10.5	201.7	20.7	0.0	—	20.7	—	3 356.1	Dez. 1958
0.2	0.2	0.2	—	—	46.6	610.1	15.6	—	—	15.6	—	3 319.9	Juli 1959
0.3	0.3	0.3	—	—	60.2	650.4	14.9	—	—	14.9	—	3 342.1	Aug.
0.1	0.1	0.1	—	—	65.9	835.4 ¹⁾	13.2	0.0	—	13.2	—	3 332.6	Sept.
0.1	0.1	0.1	—	—	71.6	942.2	13.3	0.0	—	13.3	—	3 359.8	Okt.
0.1	0.1	0.1	—	—	72.5	1 002.8	13.3	0.0	—	13.3	—	3 320.8	Nov.
Sonstige Kreditinstitute mit Sonderaufgaben +)													
173.7	127.1	127.1	—	46.6	21.4	898.6	410.2	132.3	2.0	277.9	317.6	4 331.8	Dez. 1955
290.0	211.1	186.9	24.2	78.9	21.0	906.9	373.3	183.0	0.6	190.3	268.1	5 575.8	Dez. 1956
1 528.0	385.7	342.4	43.3	1 142.3	37.0	793.9	330.6	200.1	—	130.5	338.6	6 731.1	Dez. 1957
2 110.3	285.0	270.2	14.8	1 825.3	49.9	780.8	163.9	64.2	—	99.7	190.9	7 244.0	Dez. 1958
2 547.0	323.9	313.7	10.2	2 231.1	91.3	1 242.5	312.0	52.6	—	259.4	168.6	7 833.9	Juli 1959
2 439.2	226.6	216.4	10.2	2 212.6	91.3	1 242.7	360.9	58.6	—	302.3	160.0	7 984.5	Aug.
2 705.9	341.9	341.9	0.0	2 364.0	91.3	1 318.8	331.0	62.6	—	268.4	160.6	8 106.5	Sept.
2 741.3	309.0	308.8	0.2	2 432.3	93.2	1 335.4	313.1	56.4	—	256.7	180.1	8 152.6	Okt.
1 995.0	293.6	285.9	7.7	1 701.4	92.9	1 341.8	285.1	75.3	—	209.8	176.2	8 201.0	Nov.
Teilzahlungskreditinstitute °)													
—	—	—	—	—	—	—	2.8	0.4	—	2.4	—	1.0	Dez. 1955
—	—	—	—	—	—	—	2.6	0.2	—	2.4	—	1.0	Dez. 1956
—	—	—	—	—	—	—	2.1	0.6	—	1.5	—	0.8	Dez. 1957
—	—	—	—	—	—	—	6.3	5.4	—	0.9	—	0.4	Dez. 1958
—	—	—	—	—	—	—	4.2	0.2	—	4.0	—	0.3	Juli 1959
—	—	—	—	—	—	—	5.7	0.1	—	5.6	—	0.7	Aug.
—	—	—	—	—	—	—	4.9	0.2	—	4.7	—	0.7	Sept.
—	—	—	—	—	—	—	6.6	0.1	—	6.5	—	0.7	Okt.
—	—	—	—	—	—	—	7.0	0.1	—	6.9	—	0.7	Nov.
Postscheck- und Postsparkassenämter °)													
609.5	—	—	—	609.5	—	626.6	45.7	—	—	45.7	—	48.6	Dez. 1955
850.2	—	—	—	850.2	—	731.6	111.5	—	—	111.5	—	57.4	Dez. 1956
1 018.4	—	—	—	1 018.4	—	890.8	11.5	—	—	11.5	—	76.3	Dez. 1957
1 077.2	—	—	—	1 077.2	—	1 129.0	44.7	—	—	44.7	—	63.5	Dez. 1958
840.0	—	—	—	840.0	—	1 293.2	134.5	—	—	134.5	—	48.1	Juli 1959
901.0	—	—	—	901.0	—	1 281.0	71.8	—	—	71.8	—	48.0	Aug.
932.0	—	—	—	932.0	—	1 281.0	100.0	—	—	100.0	—	47.7	Sept.
1 131.0	—	—	—	1 131.0	—	1 283.2	120.0	—	—	120.0	—	46.7	Okt.
1 056.0	—	—	—	1 056.0	—	1 281.0	70.0	—	—	70.0	—	46.4	Nov.

Beträge „Sonstige Kredite“. — Weitere Angaben über Teilzahlungskredite s. Tabelle III, A 2. — °) Quelle: Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Wechselkredite: Zur briefbanken. — +) Untergruppe der „Kreditinstitute mit Sonderaufgaben“.

2. Teilzahlungskredite

a) Teilzahlungskredite ¹⁾ nach Bankengruppen

Mio DM

Gruppen	1957	1958	1959			zum Vergleich Nov. 1958
	Dez.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	
Alle Bankengruppen	2 957.6	3 314.9	3 662.9	3 727.5	3 798.7	3 171.7
Teilzahlungskreditinstitute	1 739.0	2 049.4	2 244.7	2 295.8	2 371.3	1 930.0
Kreditinstitute (ohne Teilzahlungskreditinstitute)	1 218.6	1 265.5	1 418.2	1 431.7	1 425.4	1 241.7
davon						
Großbanken ²⁾	131.5	125.3	141.1	140.5	134.5	128.3
Staats-, Regional- und Lokalbanken	230.1	249.5	309.0	320.9	311.7	247.7
Privatbankiers	37.5	47.0	51.0	50.7	51.4	46.2
Girozentralen	122.4	125.2	140.2	137.1	139.8	117.9
Sparkassen	593.1	584.2	614.4	622.6	625.6	574.9
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	86.4	112.4	134.7	132.2	134.0	105.5
Ländliche Kreditgenossenschaften	17.0	21.4	26.3	27.1	27.8	20.6
Übrige Gruppen ³⁾	0.5	0.5	1.5	0.5	0.6	0.5

¹⁾ Kurz- und mittelfristig. — ²⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ³⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken, Zentralkassen, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben.

b) Verwendung und Höhe der Teilzahlungskredite ¹⁾ von Teilzahlungskreditinstituten

Verwendungszweck	1959						zum Vergleich	
	1. Vj.		2. Vj.		3. Vj.		3. Vj. 1958	
	Mio DM	Durchschnittl. Kreditbetrag in DM	Mio DM	Durchschnittl. Kreditbetrag in DM	Mio DM	Durchschnittl. Kreditbetrag in DM	Mio DM	Durchschnittl. Kreditbetrag in DM
Neu in Anspruch genommene Teilzahlungskredite insgesamt	673.8	620	871.6	608	803.1	639	701.0	562
davon entfallen auf Kredite zur Beschaffung von								
Maschinen zur Erstellung von Wirtschaftsgütern ²⁾	33.0	8 350	45.9	9 401	46.5	10 001	45.9	8 584
Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Anhänger	69.6	9 892	91.3	10 791	77.9	11 074	77.7	10 181
Handwerklichen und beruflichen Einrichtungen	30.8	4 132	33.7	3 484	35.3	3 926	25.7	2 781
Bekleidung, Textilhausrat, Fahrrädern, Nähmaschinen, Schreibmaschinen	107.2	185	148.9	186	120.8	187	120.1	175
Hauswirtschaftl. Maschinen und Geräten ³⁾	9.5	485	13.7	461	13.2	480	13.2	438
Möbeln	62.5	370	76.4	830	78.4	387	72.0	359
Personenkraftwagen und Motorrädern	91.3	913	102.0	382	105.2	879	93.5	820
Rundfunkgeräten	174.0	2 606	265.1	2 386	225.8	2 454	181.8	2 352
Sonstigen Gebrauchsgütern	64.7	704	53.1	644	52.3	618	44.8	647
Einkaufskredite	31.2	754	41.5	666	47.7	750	26.3	544
Nachrichtlich: An Händlerfirmen gewährte Einkaufskredite	192.2	4 672	199.8	4 786	152.5	4 673	102.1	4 789

¹⁾ Abweichend von der übrigen Kreditstatistik (auch der Tabelle a)) wird in dieser Tabelle nicht der Stand der ausstehenden Kredite zugrunde gelegt, sondern der Gesamtbetrag der im jeweiligen Zeitabschnitt neu in Anspruch genommenen Teilzahlungskredite. — ²⁾ Z. B. Textil-, landwirtschaftliche Maschinen. — ³⁾ Z. B. Ofen, Staubsauger, Waschmaschinen usw.

3. Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen ¹⁾

Mio DM

Monatsende	Wertpapiere							Konsortialbeteiligungen
	insgesamt ²⁾	Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder		Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Sonstige verzinsliche Wertpapiere ³⁾	Börsengängige Dividendenwerte	Sonstige Wertpapiere	
		insgesamt	darunter der Bundesbahn und Bundespost					
Alle Bankengruppen								
1956 Dez.	6 530.2	1 492.5	499.9	65.8	3 884.0	1 016.5	71.4	306.6
1957 Dez.	7 857.5	1 997.9	509.8	119.2	5 234.4	1 029.2	76.8	370.0
1958 Dez.	12 825.0	2 599.7	1 271.6	143.7	8 754.2	1 242.2	85.2	321.2
1959 Jan.	13 723.0	2 712.6	1 316.4	142.8	9 508.8	1 270.6	88.2	300.2
Febr.	14 248.7	2 794.9	1 392.2	143.3	9 902.7	1 322.0	85.8	331.7
März	14 465.5	2 839.0	1 392.5	147.5	10 110.9	1 285.6	82.5	356.3
April	15 290.1	3 109.7	1 499.9	143.7	10 641.5	1 302.2	93.0	310.7
Mai	15 884.6	3 252.3	1 627.7	145.8	11 074.4	1 317.9	94.2	341.2
Juni	16 045.2	3 091.8	1 474.2	146.4	11 343.0	1 365.6	98.4	328.7
Juli	16 517.8	2 939.5	1 314.5	145.1	11 850.6	1 389.6	193.0	337.4
Aug.	16 900.3	3 094.4	1 461.4	150.9	11 990.8	1 440.2	224.0	361.3
Sept.	17 157.8	3 123.2	1 480.0	155.7	12 184.4	1 470.8	223.7	437.6
Okt.	17 444.4	3 130.2	1 477.1	141.8	12 450.2	1 626.0	96.2	500.4
Nov.	17 790.3	3 192.2	1 486.4	146.0	12 712.6	1 638.0	101.5	377.8
Dez. ⁴⁾	17 700.3	3 127.3	1 488.1	406.4
Kreditbanken								
1958 Dez.	4 245.5	782.9	337.3	24.0	2 188.6	1 183.5	66.5	321.2
1959 Sept.	5 438.4	721.8	124.2	31.7	3 085.7	1 399.7	199.5	437.6
Okt.	5 605.2	717.3	106.1	18.8	3 246.1	1 551.4	71.6	500.4
Nov.	5 748.0	736.0	116.5	22.8	3 352.1	1 562.1	75.0	377.8
Großbanken ⁵⁾ +)								
1958 Dez.	2 342.4	466.4	228.7	11.7	1 092.6	740.1	31.6	226.1
1959 Sept.	2 911.4	354.6	49.2	8.9	1 673.0	838.4	36.5	292.2
Okt.	3 064.2	354.9	42.5	5.6	1 834.8	833.1	35.8	342.7
Nov.	3 166.0	357.8	47.5	8.8	1 886.1	877.0	36.3	276.8
Staats-, Regional- und Lokalbanken ⁶⁾ +)								
1958 Dez.	1 383.2	235.4	86.5	10.3	834.2	279.7	23.6	67.2
1959 Sept.	1 734.2	289.4	56.9	10.7	1 059.4	350.3	24.4	95.9
Okt.	1 732.4	283.9	46.0	10.5	1 053.4	362.1	22.5	101.3
Nov.	1 841.9	298.3	51.4	10.8	1 098.1	408.8	25.9	68.2
Privatbankiers ⁷⁾ +)								
1958 Dez.	475.0	73.0	20.3	2.0	235.4	154.5	10.1	27.9
1959 Sept.	724.3	67.6	14.6	11.3	308.0	200.6	136.8	49.5
Okt.	739.0	68.2	14.1	1.9	313.3	244.0	11.6	56.4
Nov.	672.0	69.6	14.1	2.5	323.3	264.7	11.9	32.8

¹⁾ S. auch Tabelle III B 1, Zwischenbilanzen, Aktiva, „Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen“. — ²⁾ Einschließlich Kassenobligationen. — ³⁾ Zentralkassen, Kreditgenossenschaften und Teilzahlungskreditinstitute. — ⁴⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ⁵⁾ Untergruppe der Kreditbanken. — ⁶⁾ Vorläufig.

8. Umsätze im Sparverkehr

Mio DM

Zeit	Spar- einlagen- bestand zu Beginn des Berichts- zeitraums	Gut- schriften	Last- schriften 1)	Saldo der Gut- und Last- schriften 2)	Zinsen	Spareinlagenbestand am Ende des Berichtszeitraums	
						insgesamt	darunter steuer- begünstigte Spar- einlagen
Alle Bankengruppen							
1950	3 076,4	3 567,8	2 627,0	+ 940,8	93,5	4 110,7	278,5
1951	4 110,7	4 014,8	3 170,7	+ 844,1	132,9	5 087,7	611,8
1952	5 087,7	6 414,4	4 101,7	+ 2 312,7	180,9	7 581,3	972,1
1953	7 581,3	9 761,7 3)	6 070,2	+ 3 691,5	273,7	11 546,5	1 531,5
1954	11 546,5	14 336,5 3)	9 115,8	+ 5 220,7	457,4	17 224,6	2 318,6
1955	17 224,6	14 717,7 3)	11 161,1	+ 3 556,6	592,3	21 373,5	2 524,6
1956	21 373,5	16 319,1	14 416,6	+ 2 102,5	799,6	24 275,6	2 917,4
1957	24 275,6	19 847,0	15 756,9	+ 4 090,1	1 022,6	29 388,3	3 785,3
1958	29 388,3	23 859,2	18 285,4	+ 5 573,8	1 140,1	36 102,2	4 156,8
1957 1. Hj.	24 275,6	9 464,7	7 295,0	+ 2 169,7	124,6	26 569,9	3 535,0
2. "	26 569,9	10 382,3	8 461,9	+ 1 920,4	898,0	29 388,3	3 785,3
1958 1. Vj.	29 388,3	5 723,5	3 925,4	+ 1 798,1	122,1	31 308,5	3 926,6
April	31 308,5	1 816,4	1 357,7	+ 458,7	1,1	31 768,3	3 971,9
Mai	31 768,3	1 746,7	1 354,5	+ 392,2	1,3	32 161,8	4 017,4
Juni	32 161,8	1 801,3	1 355,1	+ 446,2	2,1	32 610,1	4 111,5
Juli	32 610,1	2 007,2	1 543,0	+ 464,2	3,4	33 077,7	4 136,7
Aug.	33 077,7	1 833,7	1 374,0	+ 459,7	1,5	33 538,9	4 176,7
Sept.	33 538,9	1 926,5	1 424,6	+ 501,9	1,7	34 042,5	4 209,0
Okt.	34 042,5	2 083,3	1 473,0	+ 610,3	2,0	34 654,8	4 240,0
Nov.	34 654,8	1 990,2	1 732,3	+ 267,9	11,3	34 934,0	3 972,6
Dez.)	34 934,0	2 930,4	2 755,8	+ 174,6	993,6	36 102,2	4 156,8
1959 Jan.	36 102,2	2 714,1	1 848,6	+ 865,5	97,1	37 064,8	4 136,2
Febr.	37 064,8	2 101,5	1 333,6	+ 767,9	9,1	37 841,8	4 152,3
März	37 841,8	2 062,0	1 574,5	+ 487,5	4,0	38 333,3	4 182,6
April	38 333,3	2 442,5	1 785,0	+ 657,5	1,1	38 991,9	4 215,0
Mai	38 991,9	2 016,1	1 537,2	+ 478,9	1,1	39 471,9	4 251,1
Juni	39 471,9	2 298,1	1 771,4	+ 526,7	2,9	40 001,5	4 295,4
Juli	40 001,5	2 677,5	2 200,4	+ 477,1	4,6	40 483,2	3 921,5
Aug.	40 483,2	2 348,6	1 741,4	+ 607,2	1,6	41 092,0	3 910,2
Sept.	41 092,0	2 284,9	1 696,9	+ 588,0	1,7	41 681,7	3 925,5
Okt.	41 681,7	2 531,6	1 737,1	+ 794,5	1,7	42 477,9	3 954,8
Nov.	42 477,9	2 201,4	1 779,8	+ 421,6	8,7	42 908,2	3 980,5
Dez.)	42 908,2	2 998,2	2 778,2	+ 220,0	1 140,2	44 268,4	4 044,7
Kreditbanken 4)							
1958	4 615,0	3 745,1	2 836,8	+ 908,3	175,1	5 698,4	1 396,8
1959 Sept.	6 512,5	397,6	277,6	+ 120,0	0,5	6 633,0	1 265,8
Okt.	6 633,0	421,9	265,3	+ 156,6	0,4	6 790,0	1 277,4
Nov.	6 790,0	401,2	305,7	+ 95,5	6,6	6 892,1	1 290,5
Großbanken 5) +)							
1958	2 504,7	2 187,4	1 656,2	+ 531,2	92,2	3 128,1	909,4
1959 Sept.	3 738,3	240,8	169,2	+ 71,6	0,3	3 810,2	825,3
Okt.	3 810,2	263,2	163,7	+ 99,5	0,2	3 909,9	832,1
Nov.	3 909,9	265,8	192,7	+ 73,1	0,8	3 983,8	841,9
Staats-, Regional- und Lokalbanken +)							
1958	1 822,0	1 342,9	1 020,7	+ 322,2	70,9	2 215,1	390,5
1959 Sept.	2 371,7	135,1	92,3	+ 42,8	0,2	2 414,7	354,0
Okt.	2 414,7	133,8	87,0	+ 46,8	0,1	2 461,6	358,3
Nov.	2 461,6	116,8	95,5	+ 21,3	5,8	2 488,7	361,5
Privatbankiers +)							
1958	277,5	208,1	157,0	+ 51,1	11,6	340,2	93,1
1959 Sept.	386,1	21,0	15,7	+ 5,3	0,0	391,4	83,0
Okt.	391,4	24,1	14,2	+ 9,9	0,0	401,3	83,4
Nov.	401,3	18,1	17,2	+ 0,9	0,0	402,2	83,5
Sparkassen							
1958	18 665,3	14 830,0	11 341,5	+ 3 488,5	728,3	22 882,1	2 156,5
1959 Sept.	25 992,2	1 378,4	1 022,3	+ 356,1	0,8	26 349,1	2 078,5
Okt.	26 349,1	1 570,4	1 080,5	+ 489,9	0,9	26 839,9	2 093,5
Nov.	26 839,9	1 344,9	1 094,6	+ 250,3	1,5	27 091,7	2 102,4
Gewerbliche Kreditgenossenschaften							
1958	2 342,1	1 876,8	1 419,6	+ 457,2	93,3	2 892,6	397,3
1959 Sept.	3 278,1	179,7	133,6	+ 46,1	0,1	3 324,3	378,3
Okt.	3 324,3	195,8	138,0	+ 57,8	0,2	3 382,3	379,4
Nov.	3 382,3	170,9	140,2	+ 30,7	0,4	3 413,4	382,1
Ländliche Kreditgenossenschaften 5)							
1958	1 797,9	1 272,1	953,7	+ 318,4	72,5	2 188,8	180,5
1959 Sept.	2 462,6	124,6	86,0	+ 38,6	0,0	2 501,2	178,3
Okt.	2 501,2	150,3	91,3	+ 59,0	0,0	2 560,2	179,6
Nov.	2 560,2	117,9	93,4	+ 24,5	0,1	2 584,8	180,3
Postsparkassenämter							
1958	1 822,4	2 043,8	1 644,9	+ 398,9	64,3	2 285,6	—
1959 Sept.	2 651,5	195,2	170,8	+ 24,4	0,2	2 676,1	—
Okt.	2 676,1	178,8	155,6	+ 23,2	0,2	2 699,5	—
Nov.	2 699,5	155,4	140,1	+ 15,3	0,2	2 715,0	—
Alle übrigen Gruppen 6)							
1958	145,6	91,5	88,9	+ 2,6	6,5	154,7	25,6
1959 Sept.	195,1	9,4	6,4	+ 3,0	0,0	198,1	24,6
Okt.	198,1	14,2	6,5	+ 7,7	0,0	205,8	25,0
Nov.	205,8	11,2	5,7	+ 5,5	0,0	211,3	25,2

1) Einschließlich der nicht gesondert erfaßbaren Lastschriften auf Konten von Vertriebenen und Altsparen. — 2) Der Saldo der echten Sparkapitalneubildung läßt sich in den Jahren 1953 und 1954 wegen der Umstellung und Auszahlung der Guthaben von Vertriebenen und Altsparen nicht exakt ermitteln; s. auch Anmerkung 1). — 3) Entschädigungsgutschriften für Altsparguthaben und Ausgleichsgutschriften für Sparguthaben Vertriebener 1953 664,0 Mio DM, 1954 1 200,7 Mio DM, 1955 186,5 Mio DM; in den Folgejahren nur noch geringe Zugänge aus dieser Quelle. — 4) Die in den Kreditbanken enthaltenen Spezial-, Haus- und Branchebanken werden wegen ihres geringen Spareinlagenbestandes nachstehend nicht gesondert aufgeführt. — 5) Teilerhebung bei rd. 1 450 Instituten. Angaben über den Spareinlagenbestand für alle ländlichen Kreditgenossenschaften s. Tabelle III A 4. — 6) Girozentralen, Zentralkassen, Hypothekendarlehen und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. — 7) Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — + Untergruppe der Kreditbanken. — *) Vorläufig.

2. Zahl der Kreditinstitute
und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen

Stand Ende Dezember 1958

Bankengruppen	Gesamtzahl der Kreditinstitute	davon berichten im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen	Die im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute verteilen sich nach ihrer Bilanzsumme ¹⁾ auf folgende Größenklassen:										
			unter 500 Tsd DM	500 Tsd DM bis unter 1 Mio DM	1 Mio DM bis unter 5 Mio DM	5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	10 Mio DM bis unter 25 Mio DM	25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	100 Mio DM bis unter 500 Mio DM	500 Mio DM bis unter 1 Mrd DM	1 Mrd DM und mehr	
Kreditbanken	351	328	21	23	75	56	38	40	27	35	5	8	
Großbanken ²⁾	6	6	—	—	—	—	—	—	—	3	—	3	
Staats-, Regional- und Lokalbanken	81	79	—	1	9	10	10	15	9	15	5	5	
Privatbankiers	232	212	21	22	57	45	23	17	16	11	—	—	
Spezial-, Haus- und Branchebanken	32	31	—	—	9	1	5	8	2	6	—	—	
Girozentralen	11	11	—	—	—	—	—	—	—	—	2	9	
Sparkassen	857	856	—	1	64	131	283	192	112	60	12	1	
Zentralkassen	17	17	—	—	—	—	—	—	2	14	1	—	
Gewerbliche Zentralkassen	5	5	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	
Ländliche Zentralkassen	12	12	—	—	—	—	—	—	2	9	1	—	
Kreditgenossenschaften	11 524	2 193	13	71	1 630	282	149	34	12	2	—	—	
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	752	747	13	20	348	190	132	31	11	2	—	—	
Ländliche Kreditgenossenschaften	10 772	1 446	—	51	1 282	92	17	3	1	—	—	—	
Hypothekenbanken und Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	47	47	—	—	1	4	4	4	4	15	7	8	
Private Hypothekenbanken	29	29	—	—	1	2	1	2	2	12	7	2	
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	18	18	—	—	—	2	3	2	2	3	—	6	
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	23	23	1	—	1	4	1	—	3	3	2	8	
Teilzahlungskreditinstitute	210	174	23	16	63	22	26	16	4	4	—	—	
Sonstige Kreditinstitute	44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Postscheck- und Postsparkassenämter	14	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
insgesamt ³⁾	13 098	3 663	58	111	1 834	499	501	286	164	133	29	34	
					Mio DM								
nachrichtlich:													
Bilanzsumme ^{1) 2)}	182 914 ³⁾	180 046,8	17,7	91,0	4 484,8	3 566,3	8 004,0	10 133,8	11 002,2	28 386,2	19 030,9	90 561,9	

¹⁾ In der Zwischenbilanz ausgewiesene Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und eigene Ziehungen im Umlauf. — ²⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ³⁾ In den kursiv gedruckten Zahlen sind die Postscheck- und Postsparkassenämter nicht enthalten. — ⁴⁾ Geschätzt.

IV. Zinssätze

1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank *)

a) Diskont- und Lombardsätze
sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreservesolls

Gültig ab	Diskontsatz ¹⁾	Lombardsatz	Sonderzins für Kreditinstitute bei Unterschreitung des Mindestreservesolls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli	5	6	1
1. Dez.			3
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	
14. Juli	4	5	
1950 27. Okt.	6 ²⁾	7	
1. Nov.			1
1951 1. Jan.			3
1952 29. Mai	5 ⁴⁾	6	
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	
1953 8. Jan.	4	5	
11. Juni	3 1/2	4 1/2	
1954 20. Mai	3	4	
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	
19. Mai	5 1/2 ⁵⁾	6 1/2	
6. Sept.	5	6	
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	
19. Sept.	4	5	
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	
27. Juni	3	4	
1959 10. Jan.	2 3/4	3 3/4	
4. Sept.	3	4	
23. Okt.	4	5	

*) Bis 31. 7. 1957 Sätze der Bank deutscher Länder bzw. der Landeszentralbanken.
¹⁾ Zugleich Zinssatz für Kassenkredite an die öffentliche Hand und an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (s. auch Anm. ²⁾ und ⁴⁾). Der Diskontsatz für Wechsel, die auf fremde Valuta lauten, wurde gemäß ZBR-Beschluß vom 3. August 1948 zunächst einheitlich auf 3 % festgesetzt. Mit Beschluß vom 9./10. November 1949 ermächtigte der Zentralbankrat das Direktorium, für solche Wechsel unterschiedliche Sätze in Anlehnung an die Diskontsätze der ausländischen Notenbanken festzusetzen. Das gleiche gilt für DM-Wechsel, die im Ausland akzeptiert worden sind (ZBR-Beschluß vom 22./23. März 1950), und für Exporttratten (ZBR-Beschluß vom 15./16. November 1950 und vom 23./24. Mai 1951) (vgl. auch Anm. ⁵⁾). — ²⁾ Solawechsel aus der Exportförderungsaktion der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden nach der Diskonterhöhung vom 27. Oktober 1950 weiterhin zum Vorzugsatz von 4 % diskontiert (ZBR-Beschluß vom 29./30. November 1950); diese Zinsvergünstigung wurde durch ZBR-Beschluß vom 7./8. November 1951 aufgehoben und konnte nur noch für Solawechsel aus Krediten in Anspruch genommen werden, die bis einschließlich 7. November 1951 gewährt oder zugesagt waren. — ³⁾ Lt. ZBR-Beschluß vom 20. Dezember 1950 wurde der Zinssatz für Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Wirkung vom 27. Oktober 1950, soweit es sich um Kredite an die Landwirtschaft, an die Seeschifffahrt und für den Wohnungsbau handelte, auf 4 %, soweit es sich um Kredite für sonstige Verwendungszwecke handelte, auf 5 1/2 % festgesetzt. — ⁴⁾ Seit 29. Mai 1952 bestand nur noch die in Anmerkung ³⁾ erwähnte Sonderregelung für die zur Finanzierung der Landwirtschaft, der Seeschifffahrt und des Wohnungsbaus bestimmten Kredite, die bis zu ihrer Abwicklung mit 4 % abgerechnet wurden. — ⁵⁾ Ab 19. Mai 1956 auch Diskontsatz für Auslandswechsel, Auslandsschecks, DM-Akzente von Ausländern und Exporttratten.

b) Sätze für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt

% p. a.

Gültig ab	Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn mit Laufzeit von		Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost mit Laufzeit von				Vorratsstellen-Wechsel mit Laufzeit von	
	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen	1/2 Jahr	1 Jahr	1 1/2 Jahren	2 Jahren	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen
	1956 20. Jan.	3 1/4	3 3/8	4 1/2	4 3/4	5	5 1/4	3 1/2
24. Jan.	3 1/4	3 3/8	4 1/2	4 3/4	5	5 1/4	3 1/2	3 5/8
8. März	3 1/4	4 1/8	5 1/4	5 1/2	5 1/2	6	4 1/4	4 1/8
26. März	3 1/4	4	5	5 1/4	5 1/2	6	4 1/4	4 1/8
27. April	4 1/8	4 1/4	5	5 1/4	5 1/2	6 1/4	4 3/8	4 1/2
22. Mai	5 1/8	5 1/4	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	5 1/8	5 1/2
5. Juni	5 1/4	5 3/8	6	6 1/4	6 1/2	6 3/4	5 1/2	5 3/8
6. Sept.	4 3/4	4 7/8	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 7/8	5
23. Nov.	4 3/8	4 3/4	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 3/4	4 7/8
28. Nov.	4 1/2	4 3/4	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 3/4	4 7/8
4. Dez.	4 3/8	4 3/4	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 3/4	4 7/8
1957 3. Jan.	4 1/2	4 3/4	5 3/4	6	6 1/4	6 1/2	4 3/4	4 7/8
4. Jan.	4 3/8	4 1/2	5 1/2	5 3/4	6	6 1/4	4 3/4	4 7/8
11. Jan.	4 1/8	4 1/4	5 1/8	5 3/4	5 3/4	6 1/4	4 1/4	4 3/8
30. Jan.	4 1/8	4 1/4	5	5 1/4	5 1/2	6	4 1/4	4 3/8
4. März	4 1/4	4 3/8	5	5 1/4	5 1/2	6	4 3/8	4 3/8
7. März	4 3/8	4 1/2	5 1/4	5 1/2	5 3/4	6	4 1/8	4 3/8
18. März	4 1/4	4 3/8	5	5 1/4	5 1/2	6	4 3/8	4 3/8
15. April	4 1/4	4 3/8	5 1/4	5 1/2	5 3/4	6	4 1/2	4 3/8
5. Juli	4 1/8	4 1/4	5	5 1/4	5 1/2	6	4 1/4	4 3/8
12. Aug.	4	4 1/8	4 3/4	5	5 1/4	6	4 1/8	4 3/8
22. Aug.	3 7/8	4	4 3/4	4 3/4	5	5 1/4	4 1/8	4 3/8
24. Aug.	3 3/4	3 7/8	4 1/2	4 3/4	4 3/4	5 1/4	3 7/8	4 1/8
27. Aug.	3 3/8	3 3/4	4 1/2	4 3/4	4 3/4	5 1/4	3 7/8	4 1/8
2. Sept.	3 7/8	4	4 1/2	4 3/4	4 3/4	5 1/4	4 1/8	4 1/8
6. Sept.	4	4 1/8	4 1/2	4 3/4	4 3/4	5 1/4	4 1/8	4 1/8
19. Sept.	3 3/8	3 3/4	4 1/2	4 3/4	4 3/4	5 1/4	3 7/8	4 1/8
27. Sept.	3 3/4	3 7/8	4 1/4	4 1/2	4 1/2	5	3 7/8	4
3. Okt.	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 3/4	4 3/4	5 1/4	3 7/8	4
18. Okt.	3 1/2	3 3/8	4	4 1/4	4 1/2	4 3/4	3 1/2	3 3/8
24. Okt.	3 3/8	3 1/2	3 7/8	4 1/2	4 1/2	4 3/4	3 3/8	3 1/2
9. Nov.	3 1/4	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 1/2	4 3/4	3 3/8	3 3/8
29. Nov.	3 3/8	3 1/2	3 7/8	4 1/2	4 1/2	4 3/4	3 3/8	3 3/8
4. Dez.	3 1/2	3 3/8	4	4 1/2	4 1/2	4 3/4	3 3/8	3 3/8
27. Dez.	3 3/8	3 3/8	4 1/8	4 1/4	4 1/2	4 3/4	3 3/8	3 3/8
1958 6. Jan.	3 3/8	3 3/8	3 3/4	4 1/4	4 1/2	4 3/4	3 3/8	3 3/8
17. Jan.	3 1/4	3 3/8	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 3/4	3 3/8	3 3/8
15. April	3 1/8	3 1/4	3 1/2	3 3/8	3 7/8	4 1/8	3 1/4	3 3/8
30. Mai	3 1/8	3 1/4	3 1/2	3 3/8	3 3/4	4	3 1/4	3 3/8
27. Juni	2 3/8	2 3/4	3	3 1/8	3 1/4	3 3/4	2 3/4	2 3/8
11. Juli	2 1/2	2 3/8	3	3 1/8	3 1/4	3 3/4	2 3/4	2 3/8
11. Aug.	2 3/8	2 1/2	2 3/8	3	3 1/4	3 3/4	2 3/4	2 3/8
28. Okt.	2 1/4	2 1/8	2 3/8	2 3/4	2 3/4	3 1/4	2 3/4	2 3/8
1959 10. Jan.	2 1/8	2 1/8	2 3/8	2 3/4	2 3/4	3 1/4	2 3/4	2 3/8
9. April	2	2 1/8	2 1/2	2 3/4	2 3/4	3	2 1/2	2 3/8
15. April	2 1/8	2	2 1/2	2 3/4	2 3/4	3	2 1/2	2 3/8
4. Sept.	2 3/8	2 1/2	2 3/4	3	3 1/4	3 1/2	2 1/2	2 3/8
23. Sept.	2 1/2	2 3/8	2 3/4	3	3 1/4	3 1/2	2 3/8	2 3/8
30. Sept.	2 3/8	2 3/4	3	3 1/8	3 3/8	3 3/8	2 3/4	2 3/8
16. Okt.	2 1/2	2 3/8	2 3/4	3 1/8	3 3/8	3 3/8	2 3/4	2 3/8
23. Okt.	3 1/2	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 1/4	4 1/2	3 3/8	3 3/8
28. Okt.	3 1/2	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 1/4	4 1/2	3 3/8	3 3/8
21. Dez.	3 3/8	3 3/4	4	4 1/4	4 3/8	4 1/2	3 3/4	3 3/8

Sollzinsen der Kreditinstitute seit 23. Oktober 1959, Habenzinsen (ohne Spareinlagen)

	Baden-Württemberg ²⁾		Bayern ²⁾		Berlin ²⁾		Bremen ²⁾		Hamburg ³⁾	
Sollzinsen in % p. a.										
D = Diskontsatz, zur Zeit 4 L = Lombardsatz, zur Zeit 5										
Kreditkosten	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite ⁴⁾										
Zinsen	L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %	
Kreditprovision	1/4 % p. M.	8 1/2	1/4 % p. M.	8 1/2	1/4 % p. M.	8 1/2	1/4 % p. M.	8 1/2	1/4 % p. M.	8 1/2
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	L + 1/2 %		L + 1 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %	
Überziehungsprovision	1/8 % p. T.	10	1/8 % p. T.	11	1/8 % p. T.	10	1/8 % p. T.	10	1/8 % p. T.	10
2. Akzeptkredite (Normalbedingungen)										
Zinsen	D + 1/2 %		D + 1/2 %		D + 1/2 %		D + 1/2 %		D + 1/2 %	
Akzeptprovision	1/4 % p. M.	7 1/2	1/4 % p. M.	7 1/2	1/4 % p. M.	7 1/2	1/4 % p. M.	7 1/2	1/4 % p. M.	7 1/2
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von 20 000,— DM und höher										
Zinsen	D + 1/2 %		D + 1 1/2 %		D + 1 %		D + 1/2 % - 1 %		D + 1 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	6	1 % p. M.	6 7/10	1/4 % p. M.	6 1/2	1/8 % p. M.	6 - 6 1/2	1/8 % p. M.	6 1/2
b) Abschnitte von 5 000,— DM bis unter 20 000,— DM										
Zinsen	D + 1/2 %		D + 1 1/2 %		D + 1 %		D + 1/2 % - 1 %		D + 1 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	6	1 % p. M.	6 7/10	1/4 % p. M.	6 1/2	1/8 % p. M.	6 - 6 1/2	1/8 % p. M.	6 1/2
c) Abschnitte von 1 000,— DM bis unter 5 000,— DM										
Zinsen	D + 1 %		D + 1 1/2 %		D + 1 %		D + 1/2 % - 1 %		D + 1 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	6 1/2	1/8 % p. M.	7	1/4 % p. M.	7	1/8 % p. M.	6 1/2 - 7	1/8 % p. M.	7
d) Abschnitte unter 1 000,— DM										
Zinsen	D + 1 %		D + 1 1/2 %		D + 1 %		D + 1/2 % - 1 %		D + 1 %	
Diskontprovision	1/4 % p. M.	7	1/4 % p. M.	7 1/2	1/4 % p. M.	8	1/4 % p. M.	7 1/2 - 8	1/4 % p. M.	8
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Kreditprovision										
5. Umsatzprovision	keine Angabe		1/8 % pro Semester, mindest. vom 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/2 - 1 % vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens 1 % p. a. vom Kreditbetrag		1/2 % d. größeren Seite abzüglich Saldo vortrag, mindestens 1/2 % pro Semester a. Kreditbetrag		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942	
6. Minstdiskontspesen	2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM	
7. Domizilprovision	1/2 % p. M. mind. —,50 DM		nicht festgesetzt		nicht festgesetzt		1/2 % p. M.		nicht festgesetzt	
Habenzinsen ⁷⁾ in % p. a.										
Einlagenzinssätze										
1. für täglich fällige Gelder										
a) in provisionsfreier Rechnung	1/2		1/2		1/2		1/2		1/2 ⁸⁾	
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1		1		1		1		1	
2. Spareinlagen										
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist ⁹⁾										
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 3/4		3 3/4		3 3/4		3 3/4		3 3/4	
2) von 12 Monaten und darüber	4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2	
3. für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von										
a) 1 bis weniger als 3 Monaten	2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4	
b) 3 bis weniger als 6 Monaten	2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4	
c) 6 bis weniger als 12 Monaten	3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4	
d) 12 Monaten und darüber	4		4		4		4		4	
4. Festgelder mit einer Laufzeit von										
a) 30 bis 89 Tagen	2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4	
b) 90 bis 179 Tagen	2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4	
c) 180 bis 359 Tagen	3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4	
d) 360 Tagen und darüber	4		4		4		4		4	
5. Zinsvoraus ¹⁰⁾	1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionsätzen, Sondersätze oder Verschreitungen in begründeten Fällen mit Genehmigung der zuständigen Bankaufsichtsbehörde zulässig. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Der errechnete Gesamtzinssatz stimmt mit den effektiven Kredit unter dem angegebenen Satz, während die Kosten für den in Anspruch genommenen Kredit über diesen Satz hinausgehen können. Gemäß § 2 des Sollzinsabkommens dürfen schwebend gewährten Kredit vom Höchst-Sollsaldo berechnet werden. — ⁴⁾ Bei Abschnitten unter 1 000,— DM ist unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch schaft. Als Nichtbankierkundschaft im Sinne des § 3 des Mantelvertrages vom 22. 12. 1936 gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — ⁵⁾ Girokonten bis erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung. — ⁶⁾ Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Bankenaufsicht und Kapitalgesellschaften, Privatbankiers und Personalgesellschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 60 Mio DM ab April 1954 die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen höchstens

geltenden Soll- und Habenzinsen¹⁾

der Kreditinstitute seit 20. November 1959, Zinsen für Spareinlagen seit 1. Januar 1960

Hessen ²⁾		Niedersachsen ²⁾		Nordrhein-Westfalen ²⁾		Rheinland-Pfalz ²⁾		Saarland		Schleswig-Holstein ²⁾	
Sollzinsen in ‰ p. a.											
D = Diskontsatz, zur Zeit 4						L = Lombardsatz, zur Zeit 5					
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	8 1/2	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	8 1/2	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	8 1/2	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	8 1/2	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	8 1/2	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	8 1/2
L + 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. T.	10	L + 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. T.	10	L + 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. T.	10	L + 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. T.	10	L + 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. T.	10	L + 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. T.	10
D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/2	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/2	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/2	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/2	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/2	D + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	7 1/2
D + 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	6	L + 1/2 ‰ 1/24 ‰ p. M.	6	D + 1 1/2 ‰ 1/24 ‰ p. M.	6	D + 1 1/2 ‰ 1/24 ‰ p. M.	6	D + 1 1/2 ‰ 1/24 ‰ p. M.	6	D + 1 ‰ 1/6 ‰ p. M.	6 1/2
D + 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	6 1/2	L + 1/2 ‰ 1/12 ‰ p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 ‰ 1/12 ‰ p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 ‰ 1/24 - 1/12 ‰ p. M.	6 - 6 1/2	D + 1 1/2 ‰ 1/12 ‰ p. M.	6 1/2	D + 1 ‰ 1/6 ‰ p. M.	6 1/2
D + 1 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7	L + 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7	D + 1 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7	D + 1 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7	D + 1 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7	D + 1 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7
D + 1 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7	L + 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7 1/2 ³⁾	D + 1 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7 ⁵⁾	D + 1 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7 ⁵⁾	D + 1 1/2 ‰ 1/6 ‰ p. M.	7 ⁵⁾	D + 1 ‰ 1/6 ‰ p. M.	8 ⁶⁾
L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	8 1/2	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	8 1/2	L + 1/2 ‰ 1/4 ‰ p. M.	8 1/2	keine Festsetzung	
Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942				1/6 ‰ pro Semester		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942					
2,— DM 1/2 ‰/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 ‰/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 ‰/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 ‰/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 ‰/100 mind. —,50 DM		2,— DM nicht festgesetzt	
Habenzinsen ⁷⁾ in ‰ p. a.											
1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
1/6 — 1/2	1/6 — 1/2	1/6 — 1/2	1/6 — 1/2	1/6 — 1/2	1/6 — 1/2	1/6 — 1/2	1/6 — 1/2	1/6 — 1/2	1/6 — 1/2	1/6 — 1/2	1/6 — 1/2

günstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — *) Normalsätze, Überkreditkosten nur dann überein, wenn der zugesagte Kredit voll in Anspruch genommen wird. Wird die Kreditsusage nur teilweise ausgenutzt, so liegen die Kosten für den zugesagten nämlich die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im voraus oder bei stiller Bearbeitunggebühr von 1,— DM bis 2,— DM in Ansatz zu bringen. — *) Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — *) Diese Höchstsätze gelten gegenüber der Nichtbankierkundsum Beträge von 10 000,— DM bei den Hamburger Abrechnungsbanken bleiben zinsfrei. — *) Bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist darf die Kündigung in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden enthaltenen Voraussetzungen dürfen von den Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 40 Mio DM, um die aufgeführten Sätze überschritten werden; ausführliche Bekanntgabe der Sätze siehe Sondertabelle in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, September 1955, S. 84.

3. Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform

a) Höchst-Sollzinsen^{*)}

0/0 p.a.

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz	Kosten für Kredite in laufender Rechnung		Kosten für Akzeptkredite	Kosten für Wechselkredite ²⁾ in Abschnitten von				
			zugesagte Kredite ¹⁾	Kontoüberziehungen		20 000 DM und höher	5 000 DM bis unter 20 000 DM	1 000 DM bis unter 5 000 DM	unter 1 000 DM	
1948 1. Juli	5	6	9	10 1/2	8	6 1/2	-	-	-	-
1. Sept.			9 1/2	11	8 1/2-9 1/2	7	-	-	-	-
15. Dez.			9	10 1/2	8	6 1/2	7 1/2	7 1/2	8	8 1/2
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8	8 1/2
14. Juli	4	5	8 1/2	10	7 1/2-8 1/2 ³⁾	6	6 1/2	7	7 1/2	8
1950 27. Okt.	6	7	10 1/2	12	9 1/2	6	6 1/2	7	7 1/2	8
1952 29. Mai	4	5	9 1/2	11	8 1/2	6 1/2	7 1/2	8	9	9
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8	8 1/2
1953 8. Jan.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7 1/2	8
11. Juni	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	7	7 1/2
1954 20. Mai	3	4	7 3/4	8 1/4	6 1/2	5	5 1/2	6	6	6
1. Juli			7	8	6	5 1/2	6	6 1/2	7	7 1/2
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	7	7 1/2
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8	8 1/2
19. Mai	5 1/2	6 1/2	10	11 1/2	9	7 1/2	8	8 1/2	9	9 1/2
6. Sept.	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8	8
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8	8 1/2
19. Sept.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7 1/2	8
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	7	7 1/2
27. Juni	3	4	7 1/2	8 1/2	6 1/2	5	5 1/2	6	6	6
21. Juli			7 1/4	8 3/4	6 1/4	4 3/4	5 1/4	6	6 1/2	7
1959 10. Jan.	2 3/4	3 3/4	7 1/2	8 1/2	6 1/2	5	5 1/2	6	6	6
4. Sept.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7	7
23. Okt.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7	7

^{*)} Amtliche Sätze für Kredite an Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Die hier wiedergegebenen Zinssätze sind zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern lauten die Sätze gleich. — ¹⁾ Der errechnete Gesamtzinssatz stimmt mit den effektiven Kreditkosten nur dann überein, wenn der zugesagte Kredit voll in Anspruch genommen wird. Wird die Kreditzusage nur teilweise ausgenutzt, so liegen die Kosten für den zugesagten Kredit unter dem angegebenen Satz, während die Kosten für den in Anspruch genommenen Kredit über diesen Satz hinausgehen können. Gemäß § 2 des Sollzinsabkommens dürfen nämlich die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchstzinsaldo berechnet werden. — ²⁾ Ohne Domizilprovision. — ³⁾ Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 1/2 %. — ⁴⁾ Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 %.

b) Höchst-Habenzinsen^{*)}

0/0 p.a.

Gültig ab	Täglich fällige Gelder		Spareinlagen		Kündigungsgelder ¹⁾				Festgelder ¹⁾				Postspar-einlagen
	in provisions-freier Rechnung	in provisions-pflichtiger Rechnung	mit gesetzlicher Kündigungsfrist	mit vereinbarter Kündigungsfrist	1 Monat bis weniger als 3 Monate	3 Monate bis weniger als 6 Monate	6 Monate bis weniger als 12 Monate ²⁾	12 Monate und darüber ²⁾	30 bis 89 Tage	90 bis 179 Tage	180 bis 359 Tage	360 Tage und darüber	
1948 1. Sept.	1	2	2 1/2	3	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 ³⁾
1949 1. Sept.	1	1 1/2	2 1/2	3	2 1/4	2 1/2	2 7/8	3 3/4	2 1/4	2 1/2	2 3/4	3 1/2	2 1/4
1950 1. Juli	1	1 1/2	2 1/2	3	2 1/4	2 1/2	2 7/8	3 3/4	2 1/4	2 1/2	2 3/4	3 1/2	2 1/4
1. Dez.	1	1 1/2	3	3 1/2	3 1/2	3 1/2	4 1/8	4 3/4	3 1/2	3 7/8	4 1/4	4 5/8	2 1/4 ⁴⁾
1952 1. Sept.	1	1 1/2	3	3 1/2	3	3	3 3/8	3 7/8	3	3 3/8	3 3/8	4 1/8	2 3/4
1953 1. Febr.	1 1/4	1 1/2	3	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 3/8	3 3/4	2 1/2	2 7/8	3 1/4	3 5/8	2 3/4
1. Juli	1 1/4	1 1/4	3	3 1/2	2 1/2	2 1/2	3 1/8	3 1/2	2 1/2	2 5/8	3	3 3/8	2 3/4
1954 1. Juli	1 1/2	1	3	3 1/4	2	2 1/2	2 7/8	3 1/4	2	2 3/8	2 3/4	3 1/8	2 3/4
1955 4. Aug.	3/4	1 1/4	3	3 1/2	2 3/8	2 3/4	3 1/4	3 3/4	2 3/8	2 3/4	3 1/8	3 5/8	2 3/4
1956 16. März	1	1 1/2	3	4	3 3/8	3 3/4	4 1/4	4 5/8	3 3/8	3 3/4	4 1/4	4 5/8	2 3/4
19. Mai	1 1/2	2	3 1/2	4	4 1/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	5 1/2	2 3/4 ⁵⁾
1. Okt.	1 1/4	1 3/4	3 1/2	4 1/2	4 1/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	5 1/2	3 1/4
1957 1. Febr.	1	1 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	5 1/2	3 1/4 ⁶⁾
17. Okt.	3/4	1 1/4	3 1/2	4 1/4	3 3/8	3 3/4	4 1/4	5 1/4	3 3/8	3 3/4	4 1/4	5 1/4	3 1/2
1958 10. Febr.	1/2	1	3 1/4	4	2 7/8	2 3/4	3 1/4	4 1/2	2 7/8	3	3 3/4	4 1/2	3 1/2
21. Juli	1/2	1	3	3 1/4	2 3/8	2 1/2	3	3 7/8	2 3/8	2 3/4	3	3 7/8	3
20. Nov.	1/2	1	3	3 1/4 ⁷⁾	4 7)	2	2 1/2	3 1/2	2	2 1/2	3	3 1/2	3
1959 1. Febr.	3/8	3/4	3	3 1/4	4	1 1/2	2	2 1/2	3 1/4	1 1/2	2	2 1/2	3 1/4
20. Nov.	1/2	1	3	3 1/4	4	2 1/4	2 3/4	3 1/4	4	2 1/4	2 3/4	3 1/4	4
1960 1. Jan.	1/2	1	3 1/2	3 3/4	4 1/2	2 1/4	2 3/4	3 1/4	4	2 1/4	2 3/4	3 1/4	4

^{*)} Amtliche Sätze für Einlagen von Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Die hier wiedergegebenen Sätze sind zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern lauten die Sätze gleich. — ¹⁾ Für größere Einlagenbeträge (ab 50 000,— DM bzw. 1 000 000,— DM) wurden vom 1. 7. 1950 bis zum 19. 11. 1958 höhere Zinssätze vergütet. — ²⁾ Soweit für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten und mehr höhere Zinssätze als für Festgelder mit der entsprechenden Laufzeit gelten, dürfen die Sätze nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei Einlagen mit Kündigungsfrist von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten mindestens 3 Monate, bei Einlagen mit Kündigungsfrist von 12 Monaten und darüber mindestens 6 Monate — jeweils gerechnet vom Tage der Vereinbarung — kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für Festgelder vergütet werden. — ³⁾ Ab 1. 7. 1949 = 2 1/4 %. — ⁴⁾ Ab 1. 1. 1951 = 2 3/4 %. — ⁵⁾ Ab 1. 7. 1956 = 3 1/4 %. — ⁶⁾ Ab 1. 5. 1957 = 3 1/2 %. — ⁷⁾ Ab 20. 11. 1958 darf bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung.

4. Geldmarktsätze¹⁾ in Frankfurt (Main) nach Monaten

0/0 p.a.

Zeit	Diskontsatz	Tagesgeld ²⁾	Monatsgeld ²⁾	Dreimonatsgeld ²⁾
1958 Febr.	3 1/2	3 1/4 — 4	3 3/8 — 3 5/8	3 5/8 — 3 7/8
März	3 1/2	3 1/8 — 3 3/4	3 3/8 — 3 5/4	3 7/8 — 4
April	3 1/2	3 — 4 1/8	3 3/8 — 3 5/8	3 3/8 — 4
Mai	3 1/2	3 1/8 — 3 3/8	3 3/8 — 3 5/8	3 1/2 — 3 3/4
Juni	3 1/2 ³⁾	3 — 3 3/8	3 3/8 — 4	3 3/8 — 3 3/4
Juli	3	2 3/8 — 3 1/8	3 — 3 1/8	3 1/8 — 3 3/8
Aug.	3	2 1/4 — 2 7/8	2 3/4 — 3	3 3/8
Sept.	3	2 3/8 — 3 1/8	2 7/8 — 3 1/8	3 — 3 1/4
Okt.	3	2 — 3 1/8	2 1/2 — 3	4
Nov.	3	2 1/2 — 3 1/4	2 3/4 — 3	-
Dez.	3	2 1/4 — 3	3 — 3 7/8	3 1/4 — 3 3/4
1959 Jan.	3 ⁴⁾	2 — 2 3/4	2 3/8 — 2 5/8	2 3/8 — 3
Febr.	2 5/4	2 3/8 — 3 1/2	2 1/2 — 2 5/8	2 3/4 — 3
März	2 5/4	2 — 2 7/8	2 3/8 — 3	2 7/8 — 3 1/8
April	2 5/4	1 3/4 — 2 7/8	2 1/4 — 2 3/4	2 1/2 — 2 7/8
Mai	2 5/4	2 1/4 — 2 7/8	2 3/8 — 2 3/4	2 3/4 — 2 7/8
Juni	2 5/4	2 — 3	2 1/2 — 2 3/4	2 1/4 — 3
Juli	2 5/4	1 3/4 — 2 3/4	2 1/8 — 2 3/8	2 1/2 — 2 7/8
Aug.	2 5/4	2 1/4 — 3 1/8	2 1/2 — 2 3/8	2 1/2 — 3 1/4
Sept.	2 5/4 ⁵⁾	2 1/2 — 3 1/8	2 1/2 — 3	2 1/2 — 3 1/4
Okt.	3 ⁶⁾	1 1/2 — 3 1/4	2 3/4 — 3 1/4	3 1/2 — 4
Nov.	4	3 3/4 — 4 1/8	3 3/8 — 4 1/8	4 1/2 — 4 3/4
Dez.	4	3 — 4 1/8	4 3/4 — 4 7/8	4 3/8 — 4 7/8

¹⁾ Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden. — ²⁾ Jeweils niedrigster und höchster Satz während des Monats. — ³⁾ Ab 27. 6. 1958 = 3 %. — ⁴⁾ Ab 10. 1. 1959 = 2 3/4 %. — ⁵⁾ Ab 4. 9. 1959 = 3 %. — ⁶⁾ Ab 23. 10. 1959 = 4 %.

5. Tagesgeldsätze¹⁾ in Frankfurt (Main) nach Bankwochen

0/0 p.a.

Zeit	Niedrigster Satz	Höchster Satz
1959 Aug. 1.—7.	2 1/8	2 1/2
8.—15.		
16.—23.	2 1/4	2 3/8
24.—31.	2 1/4	2 3/4
Sept. 1.—7.	2 1/2	2 7/8
8.—15.	2 3/8	2 3/4
16.—23.	2 3/8	2 7/8
24.—30.	2 3/8	3 1/8
Oct. 1.—7.	2 7/8	3 1/8
8.—15.	2 3/8	2 7/8
16.—23.	1 1/2	2 3/8
24.—31.	1 1/2	3 1/4
Nov. 1.—7.	3 3/4	4
8.—15.	3 7/8	4
16.—23.	4	4 1/8
24.—30.	3 7/8	4 1/8
Dez. 1.—7.	3 7/8	4 1/8
8.—15.	3 3/4	4
16.—23.	3 3/4	4 1/8
24.—31.	3	3 7/8
1960 Jan. 1.—7.	3 5/8	4
8.—15.	3 3/4	4 1/8
16.—23.	3 7/8	4 1/8

¹⁾ Tagesgeldsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden.

2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren

Mio DM Nominalwert

Zeit	Neugeschäft nach der Währungsreform								Altgeschäft ²⁾		Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	
	davon								Umtausch- und Altsparpapiere			
	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten						Anleihen ausländischer Emittenten	insgesamt				darunter Kassenobligationen
	Pfandbriefe (einschl. Schiffspfandbriefe)	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen)	Anleihen der öffentlichen Hand	Sonstige Schuldverschreibungen						
Tilgung												
1948 2. Halbjahr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1949	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1950	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1951	0,2	0,0	—	—	—	—	—	0,2	—	—	—	
1952	0,5	0,1	—	—	0,8	—	—	8,8	—	—	—	
1953	0,3	0,8	—	—	—	—	—	37,3	—	—	—	
1954	0,7	1,2	30,0	3,0	—	—	—	81,9	—	—	—	
1955	2,0	5,6	0,1	34,5	32,0	0,4	—	74,6	—	—	—	
1956	11,5	20,4	53,3	31,1	292,2	0,4	—	415,9	—	—	—	
1957	21,8	32,1	53,3	53,2	586,4	0,3	—	747,1	—	136,2	883,3	
1958	60,3	100,4	93,6	102,0	259,8	0,4	—	616,5	—	80,1	696,6	
1959	231,5	223,1	109,4	305,8	603,2	3,8	—	1 476,8	—	106,3	1 583,1	
1957 Juli	1,8	0,1	0,0	27,1	9,0	0,0	—	38,0	—	—	42,5	
Aug.	1,6	0,3	0,1	6,0	3,0	—	—	11,0	—	—	13,2	
Sept.	0,9	1,9	0,0	0,9	26,9	—	—	30,6	—	—	45,9	
1957 Okt.	5,8	2,3	—	3,8	10,2	—	—	22,1	—	—	79,4	
Nov.	—	0,9	—	0,1	493,3	—	—	494,3	—	—	500,3	
Dez.	5,2	20,1	—	4,0	10,0	0,1	—	39,4	—	—	45,0	
1958 Jan.	1,9	1,7	53,2	9,5	14,7	0,1	—	81,1	—	—	83,9	
Febr.	1,2	2,0	0,0	1,3	27,0	—	—	31,5	—	—	32,5	
März	4,0	0,9	—	2,5	10,0	—	—	17,4	—	—	23,9	
April	0,6	1,5	0,0	5,4	26,8	—	—	34,3	—	—	49,4	
Mai	0,4	0,3	—	0,0	43,8	—	—	44,5	—	—	48,0	
Juni	0,7	3,0	0,1	0,5	42,9	0,1	—	47,3	—	—	51,7	
Juli	1,6	10,6	0,0	8,2	10,2	0,0	—	30,6	—	—	44,8	
Aug.	0,2	0,6	—	1,1	1,3	—	—	3,2	—	—	6,5	
Sept.	4,4	45,5	0,0	2,1	37,8	—	—	89,8	—	—	96,6	
Okt.	1,5	10,5	0,0	59,3	31,4	—	—	102,7	—	—	115,3	
Nov.	1,1	0,4	—	1,5	3,6	—	—	6,6	—	—	12,9	
Dez.	42,7	23,4	40,3	10,6	10,3	0,2	—	127,5	—	—	131,1	
1959 Jan.	13,4	17,6	55,6	31,2	6,3	—	—	124,1	—	—	128,8	
Febr.	4,1	7,3	0,2	3,5	0,4	—	—	15,5	—	—	19,1	
März	21,6	32,9	0,0	—	23,2	—	—	77,7	—	—	80,2	
April	20,3	25,1	0,1	3,0	8,6	—	—	57,1	—	—	58,9	
Mai	7,2	5,8	0,5	31,1	3,5	—	—	48,1	—	—	54,5	
Juni	25,8	41,2	8,5	23,2	401,0	—	—	499,7	—	—	508,3	
Juli ³⁾	34,7	0,6	0,1	33,1	113,1	0,1	—	181,7	—	—	193,1	
Aug.	2,2	1,1	1,1	5,4	0,2	0,0	—	10,0	—	—	16,5	
Sept.	12,1	42,8	0,4	40,4	0,0	—	—	95,7	—	—	109,6	
Okt.	31,5	22,2	0,2	45,8	0,1	—	—	99,8	—	—	108,2	
Nov.	12,4	0,3	0,3	19,1	39,0	3,5	—	74,6	—	—	90,3	
Dez.	46,2	26,2	42,4	70,0	7,8	0,2	—	192,8	—	—	205,6	
Netto-Absatz¹⁾												
1948 2. Halbjahr	6,3	2,3	—	10,0	—	—	—	18,6	—	—	—	
1949	201,1	33,0	19,9	95,7	420,4	—	—	770,1	—	—	—	
1950	210,7	99,2	96,2	53,2	217,1	0,1	—	676,5	—	—	—	
1951	467,8	158,9	1,9	61,7	56,9	—	—	747,2	—	—	—	
1952	627,6	161,2	219,8	129,5	410,8	—	—	1 548,9	—	—	—	
1953	1 043,1	428,6	224,6	396,2	738,3	—	—	2 864,6	—	—	—	
1954	2 238,1	1 000,2	34,9	788,5	543,7	3,7	—	4 609,1	—	—	—	
1955	1 379,7	1 020,5	257,6	397,5	551,2	— 0,4	—	3 606,1	—	—	—	
1956	1 026,7	595,7	— 39,1	532,6	32,8	— 0,4	—	2 148,3	—	—	—	
1957	1 139,3	1 093,1	211,9	877,9	104,5	9,7	21,0	3 457,4	— 46,6	—	3 410,8	
1958	1 558,5	2 237,2	328,5	1 549,9	1 742,9	1,6	92,0	7 510,6	102,0	408,3	7 918,9	
1959	2 711,9	2 027,2	720,7	612,9	1 937,0	— 3,0	344,6	8 351,3	1 295,2	287,8	8 639,1	
1957 Juli	96,5	79,9	41,9	92,0	63,1	— 0,0	—	173,4	—	—	380,0	
Aug.	80,4	108,7	46,1	88,6	24,7	0,0	—	348,5	—	— 0,5	348,0	
Sept.	149,7	157,8	3,6	103,8	— 1,9	—	21,0	434,0	—	— 7,6	441,6	
1957 Okt.	149,0	159,6	10,0	90,2	89,3	—	—	498,1	—	— 49,6	448,5	
Nov.	129,1	156,5	57,0	55,4	— 396,5	0,0	—	1,5	—	— 3,5	— 2,0	
Dez.	107,1	105,4	22,7	48,5	74,1	9,9	—	367,7	—	— 3,8	363,9	
1958 Jan.	184,6	165,4	— 49,9	96,4	157,1	— 0,1	—	553,5	—	— 13,0	566,5	
Febr.	156,9	292,8	6,3	200,7	59,8	—	—	716,5	—	— 1,5	718,0	
März	131,8	246,7	22,5	191,4	62,5	—	—	654,9	—	— 1,1	653,8	
April	109,4	252,8	148,1	55,5	224,6	—	—	790,4	80,0	— 5,4	785,0	
Mai	80,7	80,7	7,0	306,0	312,6	—	—	787,0	—	— 1,2	785,8	
Juni	71,0	110,4	2,5	158,1	57,5	— 0,1	—	399,4	—	— 72,9	472,3	
Juli	137,6	296,3	44,8	136,4	236,2	— 0,0	—	851,3	—	— 44,5	895,8	
Aug.	117,5	248,0	97,1	118,9	25,1	—	—	606,6	20,0	— 67,1	673,7	
Sept.	126,3	159,7	12,9	32,9	— 11,4	—	—	320,4	—	— 62,8	383,2	
Okt.	158,2	149,5	69,9	50,7	595,0	0,0	50,0	1 073,3	—	— 43,6	1 116,9	
Nov.	157,7	110,4	4,7	73,5	32,8	2,0	—	381,1	2,0	— 35,9	417,0	
Dez.	126,8	124,5	— 37,4	129,4	— 8,9	— 0,2	42,0	376,2	—	— 74,7	450,9	
1959 Jan.	422,4	378,8	6,0	148,8	430,1	—	12,0	1 398,1	200,0	— 98,6	1 496,7	
Febr.	224,8	225,9	1,0	96,5	151,0	—	0,0	811,8	50,0	— 42,3	854,1	
März	151,7	144,3	131,7	3,8	29,2	—	112,6	460,7	20,0	— 56,8	517,5	
April	195,4	220,9	52,2	116,8	433,8	—	220,0	1 239,1	81,0	— 56,2	1 295,3	
Mai	157,7	214,0	81,7	224,9	387,0	—	—	1 065,3	194,1	— 17,6	1 082,9	
Juni	208,6	145,0	9,6	26,8	— 399,6	—	—	— 9,6	10,0	— 3,7	— 5,9	
Juli ³⁾	293,2	200,7	134,6	— 30,3	128,8	— 0,1	—	726,9	369,4	— 1,0	725,9	
Aug.	215,2	99,4	54,6	119,6	209,8	— 0,0	—	698,6	51,3	— 1,7	700,3	
Sept.	199,0	64,1	109,0	— 40,4	10,5	—	—	342,2	15,3	— 5,8	336,4	
Okt.	159,8	49,9	4,4	— 45,8	183,7	0,8	—	352,8	183,8	— 0,1	352,9	
Nov.	232,1	148,4	62,4	30,9	292,5	— 3,5	—	762,8	32,3	— 20,1	782,9	
Dez.	252,0	135,8	73,5	— 38,7	80,2	— 0,2	—	502,6 ⁴⁾	88,0	— 2,5	500,1	

¹⁾ Bruttoabsatz minus Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der Tilgung über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten (bzw. im Altgeschäft nach dem Wertpapierbereinigungsgesetz oder auf Grund von anderen Entschädigungsgesetzen anerkannten) Betrag. — ²⁾ Statistisch erfaßt erst ab Januar 1957. — ³⁾ Ab Juli 1959 einschl. des Neugeschäfts im Saarland. — ⁴⁾ Einschl. einzelner Nachmeldungen für zurückliegende Berichtszeiträume (16,0 Mio DM Pfandbriefe, 35,7 Mio DM Kommunalobligationen, 0,1 Mio DM Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten).

7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien
aufgeteilt nach Wirtschaftsgruppen der Emittenten
Mio DM Nominalwert

Wirtschaftsgruppe der Emittenten	Industrie-Obligationen						Aktien					
	1948, 2. Hj. bis 1955	1956	1957	1958	1959 Januar bis Dezember	seit der Währungsreform insgesamt	1948, 2. Hj. bis 1955	1956	1957	1958	1959 Januar bis Dezember	seit der Währungsreform insgesamt
1) Land- und Forstwirtschaft, Binnen- und Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	1,8	—	1,0	0,9	—	3,7
2) Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	497,1	45,0	112,6	391,0	260,0	1 305,7	138,6	226,0	330,1	53,6	57,1	805,4
3) Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	391,7	55,0	272,5	217,5	100,0	1 036,7	82,2	131,2	62,0	82,8	129,0	487,2
4) Energiewirtschaft und Versorgungsbetriebe	619,7	90,1	324,2	317,0	288,9	1 639,9	430,4	215,1	230,8	83,6	117,8	1 077,7
5) Stahl- und Eisenbau, Maschinen-, Fahrzeug-, Schiffbau, Eisen-, Stahl- und Blechwarengewerbe, Feinmechanik, Optik und Elektrotechnik	189,1	114,1	34,8	125,6	50,0	513,6	594,9	377,1	301,9	127,5	139,0	1 540,4
6) Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Kohlenwertstoff- und Gummiindustrie, Kunststoffe	185,0	197,7	165,0	464,5	171,0	1 183,2	441,3	517,5	464,3	318,1	435,1	2 176,3
7) Nahrungs-, Genuß- und Futtermittelgewerbe	7,1	—	4,0	—	—	11,1	72,2	38,8	41,3	46,0	40,4	238,7
8) Sonstige verarbeitende Gewerbe (Feinkeramik, Glas, Sägerei, Holz, Papier, Leder, Textil, Bekleidung)	33,7	41,8	—	42,6	—	118,1	147,1	40,9	32,1	17,4	28,4	265,9
9) Bau- und Bauhilfsgewerbe	37,2	—	—	3,7	3,8	44,7	22,6	4,3	1,4	4,8	0,4	33,5
10) Wohnungs- und Grundstückswesen	—	—	—	—	—	—	102,7	24,8	17,1	16,7	29,3	190,6
11) Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	—	—	—	21,6	8,8	14,8	4,8	0,5	50,5
12) Handel-, Geld- und Versicherungswesen	—	20,0 ¹⁾	18,0 ¹⁾	15,0 ¹⁾	45,0 ¹⁾	98,0	633,0	204,7	113,8	273,4	204,9	1 429,8
13) Verkehrswirtschaft	10,0	—	—	75,0	—	85,0	100,5	48,3	21,1	108,2	74,6	352,7
14) Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	—	—	—	—	—	—	4,6	—	—	1,7	0,7	7,0
insgesamt	1 970,6	563,7	931,1	1 651,9	918,7	6 036,0	2 793,5	1 837,5	1 631,7	1 139,5	1 257,2	8 659,4

¹⁾ Schuldverschreibungen von Handelsunternehmen.

8. Zinssätze und Emissionskurse

Wertpapierart / Emissionskurs	Zinssätze (%)								Zusammen	Zinssätze (%)								Zusammen
	3 1/2 bis unter 4	4 bis unter 4 1/2	4 1/2 bis unter 5	5 bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 und höher	3 1/2 bis unter 4		4 bis unter 4 1/2	4 1/2 bis unter 5	5 bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 und höher			
abgesetzte, tarifbesteuerte Wertpapiere +) (Mio DM Nominalwert)																		
I) Schuldverschreibungen inländischer Emittenten																		
1) Pfandbriefe ¹⁾ und Kommunalobligationen																		
davon zum Emissionskurs																		
unter 94																		
von 94 bis unter 95																		
95 " " 96																		
96 " " 97																		
97 " " 98																		
98 " " 99																		
99 " " 100																		
100 " " 101																		
101 " " 102																		
102 " " 103																		
103 und höher																		
2) Industrie-Obligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen)																		
davon zum Emissionskurs																		
unter 97																		
von 97 bis unter 98																		
98 " " 99																		
99 " " 100																		
100																		
3) Anleihen der öffentlichen Hand																		
davon zum Emissionskurs																		
unter 97																		
von 97 bis unter 98																		
98 " " 99																		
99 " " 100																		
100																		
4) Schuldverschreibungen v. Spezialkreditinstituten und sonstige																		
davon zum Emissionskurs																		
unter 95																		
von 95 bis unter 96																		
96 " " 97																		
97 " " 98																		
98 " " 99																		
99 " " 100																		
100 und höher																		
II) Anleihen ausländischer Emittenten																		
davon zum Emissionskurs																		
unter 97																		
von 97 bis unter 98																		
98 " " 99																		
99 " " 100																		
100																		
Zusammen	—	—	88,0	195,7	210,0	149,4	0,4	643,5	—	—	32,3	69,5	482,0	253,6	0,0	837,4		

¹⁾ Einschl. Schiffspfandbriefe. — ²⁾ Kassenobligationen. — ³⁾ Ohne Nachmeldungen. — +) Einschließlich des Neugeschäfts im Saarland.

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere																	
	insgesamt						darunter:											
							Pfandbriefe ¹⁾ und Kommunal-Obligationen					Schuldverschreibungen inländischer						
	Inländische Erwerber						Inländische Erwerber					Industrie-Obligationen						
Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	
Mio DM ²⁾																		
1958 ³⁾	432,0	2 599,0	322,1	506,5	109,7	3 969,3	313,2	1 598,8	74,4	62,9	5,5	2 054,9	13,9	204,0	105,8	249,0	51,7	624,6
1959 ^{7)P)}	1 099,5	6 641,3	885,1	931,5	185,8	9 743,2	816,1	3 783,4	361,1	229,1	4,0	5 193,7	48,9	310,0	168,6	304,6	55,9	888,0
1959 Jan.	102,3	1 100,2	140,3	166,0	13,3	1 522,2	55,5	693,2	55,7	27,6	0,1	822,2	30,3	41,7	32,7	67,1	8,2	180,0
Febr.	36,8	593,3	90,9	90,4	15,9	827,3	32,8	373,5	37,0	18,7	0,2	462,1	1,5	23,5	27,9	40,7	6,4	100,0
März	64,6	377,3	43,1	48,3	5,1	538,4	46,0	269,2	19,6	14,6	1,1	350,5	3,8	—	—	—	—	3,8
April	139,2	778,1	160,9	163,8	54,2	1 296,2	62,1	358,4	25,0	15,9	0,3	461,7	5,6	50,1	20,6	33,1	10,4	119,8
Mai	162,1	684,8	96,6	133,0	20,1	1 096,6	96,6	243,0	28,9	14,1	2,1	384,7	5,8	106,7	36,8	82,0	12,0	243,4
Juni	83,4	312,2	59,2	30,2	0,8	485,8	67,6	295,5	42,2	15,2	0,1	420,6	0,4	13,5	16,0	15,0	0,7	45,7
Juli ⁸⁾	120,4	736,3	30,3	21,5	0,1	908,6	118,4	359,4	29,8	21,5	0,1	529,2	—	2,8	—	—	—	2,8
Aug.	68,4	457,9	73,5	92,2	16,6	708,6	38,7	246,2	16,3	16,7	0,0	317,9	0,8	38,0	25,7	50,0	10,5	125,0
Sept.	42,0	358,1	18,4	18,9	0,5	437,9	40,9	251,5	11,6	14,0	0,0	318,0	—	—	—	—	—	—
Okt.	45,2	372,1	20,7	14,6	0,0	452,6	42,2	186,7	19,9	14,6	0,0	263,4	—	—	—	—	—	—
Nov.	49,4	510,3	85,6	122,2	58,6	826,1	30,3	314,8	18,8	29,3	0,0	393,2	0,1	14,6	3,4	13,3	7,3	38,7
Dez. ^{9)P)}	170,9	332,3	56,9	30,5	0,5	591,1	170,3	163,7	47,5	27,0	0,0	408,5	0,6	18,9	5,4	3,4	0,5	28,8
vH ⁴⁾																		
1958 ³⁾	11	65	8	13	3	100	15	78	4	3	0	100	2	33	17	40	8	100
1959 ^{7)P)}	11	68	9	10	2	99	16	73	7	4	0	100	6	35	19	34	6	97
1959 Jan.	7	72	9	11	1	100	7	83	7	3	0	100	17	23	18	37	5	100
Febr.	4	72	11	11	2	100	7	81	8	4	0	100	2	23	28	41	6	100
März	12	70	8	9	1	100	13	77	6	4	0	100	100	—	—	—	—	100
April	11	60	12	13	4	100	14	78	5	3	0	100	5	42	17	27	9	100
Mai	15	62	9	12	2	98	25	63	7	4	1	100	2	44	15	34	5	95
Juni	17	65	12	6	0	99	16	70	10	4	0	100	1	30	35	33	1	91
Juli ⁸⁾	13	81	3	3	0	100	22	68	6	4	0	100	—	100	—	—	—	100
Aug.	10	65	10	13	2	100	12	78	5	5	0	100	1	30	21	40	8	100
Sept.	10	82	4	4	0	100	13	79	4	4	0	100	—	—	—	—	—	—
Okt.	10	82	5	3	0	100	16	71	8	5	0	100	—	—	—	—	—	—
Nov.	6	62	10	15	7	99	8	80	5	7	0	100	0	38	9	34	19	77
Dez. ^{9)P)}	29	56	10	5	0	92	42	40	12	6	0	100	2	65	19	12	2	92

¹⁾ Soweit aufteilbar. Erfasst wird nur der erste Verkauf (bei Bankschuldverschreibungen in der Regel der Verkauf durch das Emissionsinstitut selbst, bei Anleihen der Verkauf durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Aus den in Tsd DM gemeldeten Originalzahlen errechnet. Summe des aufteilbaren Absatzes = 100 vH. — ³⁾ Summe des aufteilbaren Absatzes in vH

10. Investment-

Gesellschaft	Fonds	Inventarwert										Anzahl der			
		1959 ¹⁾										1956 ¹⁾			
		1956 ¹⁾	1957 ¹⁾	1958 ¹⁾	1959 ¹⁾	July	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	1956 ¹⁾	1957 ¹⁾	1958 ¹⁾	
		Tsd DM													Stück
Allgemeine Deutsche Investment-GmbH München-Düsseldorf	Adifonds	—	—	87 793	135 179	140 057	145 828	131 657	124 365	127 757	135 179	—	—	848 942	
	Fondak	11 476	31 239	119 376	209 378	189 406	200 084	182 073	174 451	190 835	209 378	40 763	317 863 ²⁾	786 353	
	Fondis	22 436	30 269	54 452	121 431	115 730	124 264	114 243	110 560	114 981	121 431	201 533	262 722	306 986	
	Fondra	3 315	5 449	26 793	38 304	40 253	40 621	37 817	36 600	38 215	38 304	18 001	28 577	202 129 ³⁾	
Anlage-Gesellschaft für Französische Aktienwerte mbH Düsseldorf	Agefra-Fonds	—	—	—	120 423	—	77 407	79 481	84 773	100 731	120 423	—	—	—	
	Investa	—	84 163	255 084	497 564	449 404	493 032	460 364	449 844	459 612	497 564	—	817 820	1 607 789	
Deutsche Gesellschaft für Wertpapier-sparen mbH Frankfurt (Main)	Interinvest	—	—	—	83 081	72 681	77 949	75 920	77 570	79 449	83 081	—	—	—	
	Concentra	51 767	128 970	292 842	504 382	427 866	476 008	445 144	436 609	469 678	504 382	537 000	1 304 000	1 970 000	
Deutscher Investment-Trust, Gesellschaft für Wertpapier-anlagen mbH Frankfurt (Main)	Industria	—	—	—	122 096	114 820	126 487	113 712	110 348	115 251	122 096	—	—	—	
	Thesaurus	—	—	84 100	108 203	110 238	117 619	105 092	99 862	105 130	108 203	—	—	890 000	
Deutsche Kapital-anlagegesellschaft mbH, Düsseldorf	Dekafonds I	8 563	17 830	58 414	136 769	112 808	127 642	121 659	119 637	125 015	136 769	85 792	161 929	354 956	
	Europa- und Übersee Kapitalanlage-gesellschaft mbH Frankfurt (Main)	Europa-fonds I	—	—	—	55 770	48 766	51 170	48 136	50 800	52 790	55 770	—	—	—
Union-Investment-Gesellschaft mbH Frankfurt (Main)	Unitfonds	9 112	17 096	65 497	126 121	113 243	126 315	116 477	115 379	116 810	126 121	201 549	384 558	1 000 123	
	Uscafonds	1 415	2 130	4 998	7 777	6 690	6 673	6 415	6 496	6 404	7 777	13 609	23 831	45 629	
Zusammen		108 084	317 146	1 049 349	2 266 478	1 941 962	2 191 099	2 038 190	1 997 294	2 102 658	2 266 478				

¹⁾ Stand am Jahresende. — ²⁾ Stand am Monatsende. — ³⁾ Durchschnitt im Monat. — ⁴⁾ Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vorjahresstand infolge Ausgabe von je zwei Gratisanteilen bisherigen Besitzer von Fondra-Zertifikaten (im Juni 1958). — ⁵⁾ Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vormonatsstand bzw. Vorjahresstand infolge Ausgabe von je einem Gratisanteil (im Juni 1959); e) Fondak-Zertifikaten (im November 1959).

nach Käufergruppen ¹⁾

noch: Festverzinsliche Wertpapiere																			Aktionen	Zeit
darunter:																				
Anleihen der öffentlichen Hand						Anleihen ausländischer Emittenten						Inländische Erwerber								
Inländische Erwerber						Inländische Erwerber						Inländische Erwerber							Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes
Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes			
Mio DM ²⁾																				
79.4	639.3	91.3	124.3	29.1	963.4	0.7	30.6	9.9	31.6	19.2	92.0	129.6	161.1	79.7	37.8	152.6	560.9	1958 ^{x)}		
120.1	3 872.1	221.3	251.4	75.3	2 540.2	4.1	152.2	75.0	76.9	36.4	344.6	179.6	402.0	154.1	160.8	287.9	1 184.4	1959 ^{7)p)}		
11.8	333.3	36.6	51.2	3.5	436.4	—	8.4	3.6	—	—	12.0	7.5	5.3	7.6	2.5	24.7	47.6	Jan. 1959		
1.4	150.0	—	—	—	151.4	1.1	45.2	26.0	31.0	9.3	112.6	11.0	97.3	13.9	0.1	1.6	123.9	Febr.		
4.1	30.9	7.1	9.7	0.7	52.4	—	—	—	—	—	—	0.7	24.5	11.1	33.1	2.0	71.4	März		
38.5	248.8	69.7	68.9	16.5	442.4	3.0	98.7	45.4	45.9	27.1	220.0	13.8	16.4	1.5	2.3	0.1	34.1	April		
37.8	297.1	22.2	28.5	4.8	390.5	—	—	—	—	—	—	—	2.0	3.3	1.8	2.9	9.9	Mai		
1.4	—	—	—	—	1.4	—	—	—	—	—	—	18.8	35.2	0.5	1.7	10.7	66.8	Juni		
—	241.9	—	—	—	241.9	—	—	—	—	—	—	14.0	35.0	52.6	74.3	173.5	349.4	Juli ⁶⁾		
—	138.1	31.4	25.4	6.1	210.0	—	—	—	—	—	—	21.0	41.9	9.3	9.9	10.4	92.5	Aug.		
—	10.5	—	—	—	10.5	—	—	—	—	—	—	30.5	22.8	12.4	1.9	40.1	107.7	Sept.		
—	183.8	—	—	—	183.8	—	—	—	—	—	—	4.6	104.7	3.0	4.6	8.7	125.6	Okt.		
16.1	149.6	54.4	67.7	43.7	331.5	—	—	—	—	—	—	—	10.6	0.5	4.5	1.8	17.4	Nov.		
—	88.0	—	—	—	88.0	—	—	—	—	—	—	70.0	8.8	41.9	24.6	16.0	161.3	Dez. ^{8)p)}		
vH ⁴⁾																				
8	66	10	13	3	100	1	33	11	34	21	100	22	29	14	7	28	100	1958 ^{x)}		
5	73	9	10	3	100	1	44	22	22	11	100	15	34	13	14	24	94	1959 ^{7)p)}		
3	76	8	12	1	100	—	70	30	—	—	100	16	11	16	5	52	64	Jan. 1959		
1	99	—	—	—	100	1	40	23	28	8	100	9	79	11	0	1	99	Febr.		
8	59	13	19	1	100	—	—	—	—	—	—	1	34	16	46	3	89	März		
9	56	16	15	4	100	1	45	21	21	12	100	41	48	4	7	0	100	April		
10	76	6	7	1	100	—	—	—	—	—	—	—	20	33	18	29	100	Mai		
100	—	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	28	53	1	2	16	100	Juni		
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	4	10	15	21	50	99	Juli ⁶⁾		
4	66	15	12	3	100	—	—	—	—	—	—	23	45	10	11	11	99	Aug.		
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	28	21	12	2	7	100	Sept.		
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	4	83	2	4	7	81	Okt.		
5	45	16	21	13	100	—	—	—	—	—	—	—	61	3	26	10	97	Nov.		
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	43	6	26	15	70	98	Dez. ^{8)p)}		

das Emissions-Konsortium): Weiterverkäufe bleiben unberücksichtigt. Aufteilung bei Aktien zum Teil geschätzt. — ²⁾ Einschließlich Schiffspfandbriefe. — ³⁾ Differenzen in den Summen des Gesamtabsatzes. — ⁴⁾ Ab Juli 1959 einschließlich Saarland. — ⁵⁾ Einschl. Nachmeldungen. — ⁶⁾ Ohne Nachmeldungen. — ^{x)} 2. Halbjahr. — ^{p)} Vorläufig.

Gesellschaften

ausgegebenen Anteile							Ausgabe-Preis pro Anteil									
1959 ¹⁾	1959 ²⁾						1956 ¹⁾	1957 ¹⁾	1958 ¹⁾	1959 ¹⁾	1959 ³⁾					
	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.					Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Stück							DM									
794 400	864 380	861 452	836 948	816 994	807 238	794 400	—	—	107,90	176,90	161,69	172,98	162,08	153,63	162,65	171,71
1 652 702 ⁶⁾	789 489	787 335	776 798	766 178	1 602 939 ⁶⁾	1 652 702	294,50	102,90 ⁶⁾	158,30	131,90 ⁶⁾	241,91	257,—	243,41	229,61	—	128,95
831 900 ⁶⁾	841 065	849 711	847 419	839 888	839 255	831 900	116,50	120,60	185,—	151,80 ⁶⁾	137,93	149,17	139,11	131,67	141,03	147,23
204 642	217 324	215 667	212 312	211 575	213 072	204 642	191,75	198,50	138,— ⁵⁾	194,50	187,24	193,57	184,69	176,61	184,61	191,43
1 081 800	—	813 200	834 650	830 450	930 400	1 081 800	—	—	—	116,60	—	100,68	98,64	104,03	110,35	111,98
3 779 531 ⁶⁾	3 599 522	3 667 769	3 673 820	3 687 353	3 734 504	3 779 531	—	106,90	164,40	136,90 ⁶⁾	124,60	138,53	129,21	122,81	127,10	132,71
908 569	843 964	894 595	893 150	892 758	894 905	908 569	—	—	—	96,00	89,02	91,09	88,85	90,16	91,67	94,21
4 208 805 ⁶⁾	3 964 232	4 056 084	4 091 981	4 113 939	4 144 590	4 208 805	100,25	103,—	154,20	124,30 ⁶⁾	107,64	120,01	111,93	106,82	113,93	120,47
785 494	825 454	831 377	807 931	798 539	790 166	785 494	—	—	—	161,30	138,50	154,46	145,28	139,43	148,04	155,69
671 779	745 484	737 611	716 909	698 198	689 637	671 779	—	—	98,20	167,10	146,87	164,10	151,24	143,35	153,76	162,52
1 057 035 ⁶⁾	935 254	979 998	1 004 995	1 019 843	1 031 577	1 057 035	103,20	114,20	170,60	134,00 ⁶⁾	120,36	132,71	124,17	117,94	124,30	130,22
373 600	363 000	364 500	371 000	380 500	380 500	373 600	—	—	—	155,60	134,34	145,69	135,87	133,74	142,55	149,21
1 165 524	1 095 066	1 118 652	1 120 421	1 138 926	1 150 502	1 165 524	47,50	46,70	68,80	113,70	104,50	116,20	108,76	103,53	105,36	110,57
68 673	55 547	56 954	56 894	57 405	58 394	68 673	109,20	93,90	116,20	120,10	126,27	124,61	119,75	118,87	117,80	119,24

an die bisherigen Besitzer von Fondak-Zertifikaten (Ende Januar 1957). — ⁵⁾ Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vorjahrsstand infolge Ausgabe von je einem Gratisanteil an die an die bisherigen Besitzer von a) Fondis-Zertifikaten (im April 1959); b) Investa-Zertifikaten (im Mai 1959); c) Concentra-Zertifikaten (im Juni 1959); d) Dekafonds-I-Zertifikaten

11. Renditen festverzinslicher Wertpapiere ¹⁾

vH

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	im Umlauf befindliche Wertpapiere ²⁾						im Monat der Auflegung abgesetzte Wertpapiere ³⁾					
							Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand
1959 Jan.	5,8	5,8	5,9	5,6	5,7	5,8	5,6	5,6	5,4	5,6	5,6	5,6	5,6	5,6				
Febr.	5,7	5,8	5,8	5,5	5,7	5,6	5,4	5,2	5,2	—	—	5,3	—	5,6				
März	5,7	5,8	5,8	5,6	5,8	5,6	5,3	5,3	5,2	5,3	—	—	—	5,2				
April	5,7	5,8	5,8	5,6	5,8	5,6	5,2	5,2	5,2	—	—	5,2	—	5,2				
Mai	5,8	5,8	5,8	5,7	5,9	5,7	5,2	5,2	5,3	—	—	5,2	—	5,2				
Juni	5,8	5,8	5,8	5,8	5,9	5,7	5,3	5,3	5,3	—	—	5,2	—	—				
Juli	5,7	5,8	5,7	5,6	5,7	5,6	5,3	5,3	5,4	—	—	—	—	—				
Aug.	5,7	5,8	5,7	5,6	5,6	5,5	5,3	5,2	5,4	5,2	5,2	5,2	—	5,2				
Sept.	5,8	5,8	5,8	5,7	5,8	5,8	5,4	5,5	5,6	5,3	—	—	—	—				
Okt.	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	6,0	5,7	5,7	5,8	—	—	—	—	—				
Nov.	5,9	5,9	5,9	5,8	5,9	6,1	6,0	6,0	5,8	5,9	5,9	5,9	6,1	—				
Dez.	6,0	5,9	6,0	5,9	6,2	6,2	6,0	6,1	5,9	6,0	5,9	5,9	—	—				

¹⁾ Alle tarifbesteuerten festverzinslichen Wertpapiere (ohne Kassenobligationen und sonstige mittelfristige Papiere). Berechnet unter Zugrundelegung folgender Laufzeiten: der kürzesten bei hochverzinslichen, vorzeitig kündbaren Papieren, der jeweiligen bei nicht vorzeitig kündbaren gesamtfristigen Anleihen, in allen anderen Fällen der mittleren Laufzeit. — ²⁾ Alle börsennotierten Wertpapiere, gewogen mit Umlaufbeträgen zu Nominalwerten. — ³⁾ Gewogen mit den abgesetzten Beträgen zu Nominalwerten.

12. Index der Aktienkurse ¹⁾ und Aktienrendite

Bundesgebiet außer Berlin und Saarland

Zeit	Index der Aktienkurse; 31. 12. 1953 = 100					Rendite ²⁾ %
	Gesamt	Grundstoffindustrien	Metallverarbeitende Industrien	Sonstige verarbeitende Industrien	Übrige Wirtschaftsgruppen	
1950 ²⁾	56,4	38,3	69,0	66,6	60,1	..
1951	80,3	60,7	92,8	96,2	78,6	..
1952	99,0	97,0	105,0	103,8	90,7	..
1953	89,1	90,2	93,5	86,8	87,3	2,87
1954	124,7	130,5	120,8	124,5	119,0	2,65
1955	195,6	200,5	203,4	192,3	186,7	3,10
1956	187,2	183,4	195,5	187,3	186,1	4,15
1957	185,5	184,2	189,0	185,4	185,1	4,64
1958	238,8	208,7	258,3	250,7	253,2	3,29
1959	409,3	315,2	492,2	438,0	448,9	2,19
1956 Mai	189,5	184,0	200,8	192,0	185,7	3,77
Juni	185,2	180,5	195,3	186,1	183,3	3,93
Juli	183,3	176,8	192,5	185,3	183,3	4,08
Aug.	177,8	171,0	186,5	180,4	178,0	4,16
Sept.	181,4	176,9	188,8	182,8	180,4	3,97
Okt.	184,2	180,9	190,5	183,4	184,9	4,09
Nov.	180,0	176,1	185,3	180,0	181,5	4,24
Dez.	183,2	180,8	188,3	182,4	184,1	4,15
1957 Jan.	184,0	181,4	188,7	183,1	185,2	4,30
Febr.	179,5	171,6	184,2	178,5	181,4	4,36
März	181,7	180,5	184,0	180,0	184,2	4,34
April	184,3	184,4	186,4	182,8	184,5	4,48
Mai	181,1	180,6	184,0	180,2	180,6	4,66
Juni	177,6	177,2	181,1	176,1	177,7	5,00
Juli	181,1	180,2	185,6	180,6	179,5	4,78
Aug.	187,6	186,2	191,6	188,9	184,7	4,69
Sept.	192,7	193,5	196,0	192,2	189,7	4,64
Okt.	190,0	189,8	192,9	189,7	188,4	4,70
Nov.	192,5	190,5	195,4	194,4	191,0	4,64
Dez.	194,3	189,6	197,9	198,1	193,8	4,64
1958 Jan.	200,2	192,7	204,6	206,0	200,2	4,44
Febr.	205,0	191,9	211,5	214,1	207,2	4,58
März	204,5	188,8	212,1	215,0	208,0	4,50
April	212,6	192,8	221,8	225,0	218,6	4,41
Mai	213,9	189,5	226,9	225,7	224,7	4,53
Juni	223,5	195,4	242,0	234,5	236,9	4,28
Juli	230,3	196,8	251,1	243,6	247,1	4,20
Aug.	246,3	207,6	269,4	259,6	268,9	3,89
Sept.	262,9	220,1	288,9	278,0	287,2	3,59
Okt.	278,2	234,8	310,9	292,2	299,6	3,40
Nov.	295,6	249,6	331,4	308,7	319,9	3,37
Dez.	292,7	244,2	328,8	306,4	319,8	3,29
1959 Jan.	309,4	251,6	350,5	329,5	338,2	3,22
Febr.	315,3	249,7	357,7	339,9	348,2	3,25
März	315,8	245,3	360,9	342,2	351,8	3,22
April	333,5	263,0	383,3	358,7	367,4	3,22
Mai	356,7	271,6	422,8	390,3	388,8	2,93
Juni	395,4	299,1	469,0	432,5	433,8	2,66
Juli	451,4	343,7	533,7	483,6	507,4	2,38
Aug.	508,2	391,5	615,2	539,2	560,0	2,15
Sept.	481,2	365,8	602,2	503,9	531,5	2,33
Okt.	458,2	351,9	570,5	483,5	497,8	2,41
Nov.	432,9	366,8	605,0	516,1	519,1	2,33
Dez.	504,2	382,0	636,1	536,5	542,9	2,19

¹⁾ Die Monatsdurchschnitte sind aus den Kursnotierungen an den 4 Bankstichtagen jeden Monats errechnet worden. — ²⁾ Der Jahresdurchschnitt 1950 ist aus Kursen am Monatsende errechnet worden. — ³⁾ Stand vom Jahres- bzw. Monatsende. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

13. Index der Börsenumsätze ¹⁾

Bundesgebiet außer Berlin und Saarland; 1954 = 100

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere		Aktien	
	Nominalwerte	Kurswerte ²⁾	Nominalwerte	Kurswerte ²⁾
1953	91,0	89,6	33,6	24,2
1954	100,0	100,0	100,0	100,0
1955	229,0	231,6	156,0	220,6
1956	421,4	404,5	121,1	157,4
1957	354,2	325,4	121,3	151,6
1958	624,6	619,4	212,2	348,2
1959	769,2	796,9	280,3	773,2
1955 Dez.	330,7	332,2	138,8	195,9
1956 Jan.	437,8	441,2	121,5	166,9
Febr.	295,1	289,7	138,7	188,0
März	308,8	302,6	141,5	192,8
April	464,1	453,9	165,5	225,6
Mai	838,4	812,7	125,0	163,2
Juni	346,0	330,3	130,1	166,6
Juli	446,6	425,2	103,0	128,8
Aug.	490,8	462,8	102,0	124,0
Sept.	391,1	366,9	113,2	144,5
Okt.	403,9	379,4	109,6	136,2
Nov.	311,1	290,6	107,9	132,3
Dez.	323,3	299,4	94,8	119,4
1957 Jan.	343,3	317,1	106,7	130,9
Febr.	256,5	234,4	95,8	116,6
März	287,5	261,3	103,2	128,0
April	284,7	257,5	101,8	126,4
Mai	313,6	283,8	87,8	107,0
Juni	287,8	260,8	125,0	146,9
Juli	387,5	351,2	208,0	258,9
Aug.	408,7	374,0	133,2	169,4
Sept.	393,1	362,5	164,0	210,8
Okt.	458,6	427,4	109,7	139,1
Nov.	444,6	415,6	111,3	145,6
Dez.	384,6	359,4	109,4	141,6
1958 Jan.	712,1	673,8	173,3	237,4
Febr.	446,6	427,0	177,6	237,9
März	558,4	536,3	119,3	163,6
April	547,4	530,2	161,3	231,1
Mai	643,1	628,4	147,0	207,5
Juni	718,1	705,7	208,1	309,9
Juli	831,7	830,9	232,4	354,2
Aug.	693,6	702,7	243,8	401,5
Sept.	623,0	638,8	271,4	484,2
Okt.	617,5	630,4	310,3	585,1
Nov.	578,4	591,7	316,7	603,4
Dez.	525,1	537,4	184,9	362,0
1959 Jan.	1 187,5	1 230,3	276,6	565,5
Febr.	801,8	836,0	227,7	466,0
März	684,0	715,3	184,5	390,5
April	804,4	838,9	326,5	719,5
Mai	497,5	518,4	238,5	583,3
Juni	630,7	656,0	363,3	992,3
Juli	792,9	823,8	369,7	1 128,6
Aug.	797,9	830,9	367,9	1 241,5
Sept.	972,0	1 007,8	272,7	852,2
Okt.	882,4	905,9	254,6	766,9
Nov.	553,6	564,6	219,9	688,5
Dez.	626,1	635,0	261,8	883,2

¹⁾ Wertpapierumsätze, in der amtlichen Börsenzeit getätigt. — ²⁾ Errechnet aus gewogenen Durchschnittskurswerten sämtlicher an den Börsen notierten Wertpapiere.

16. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen *) 1)

(ohne Sterbekassen, Krankenversicherungsunternehmen und die kleineren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen)

Mio DM

Jahres- bzw. Vierteljahres- ende	Zahl der erfaßten Institute	Vermögens- anlagen insgesamt	Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuld- forderungen	Schuldschein- forderungen und Darlehen	Wert- papiere	Betelli- gungen	Darlehen und Voraus- zahlungen auf Ver- sicherungs- scheine	Grund- stücke	Ausgleichs- forderungen
Alle erfaßten Versicherungsunternehmen 2)									
1951	394	5 934,6	676,4	723,3	319,3	34,4	76,9	453,8	3 650,5
1952	442	7 150,9	919,0	1 079,1	462,5	37,9	115,0	558,9	3 978,5
1953	452	8 717,6	1 244,0	1 594,1	766,9	49,3	154,5	782,8	4 126,0
1954	471	10 307,9	1 545,8	2 190,5	1 201,6	78,2	174,5	951,0	4 166,3
1955	476	11 830,3	1 847,4	2 686,6	1 604,9	107,3	197,0	1 158,2	4 228,9
1956	477	13 417,7	2 210,7	3 375,1	1 938,9	169,8	225,2	1 401,1	4 096,9
1957	479	15 484,2	2 671,5	4 190,7	2 439,9	275,9	258,4	1 590,8	4 057,0
1958	478	17 863,4	3 065,6	4 777,7	3 380,9	309,7	270,8	1 836,0	4 222,7
1958 2. Vj.	422	16 431,4	2 838,4	4 340,2	2 873,7	290,9	261,8	1 662,6	4 163,8
3. "	422	17 074,2	2 942,0	4 526,1	3 138,2	297,3	266,7	1 727,8	4 176,1
4. "	422	17 771,8	3 051,6	4 758,8	3 354,2	306,7	270,8	1 830,3	4 199,4
1959 1. Vj.	422	18 489,3	3 105,0	4 977,8	4 977,8	293,7	274,2	1 829,1	4 228,4
2. "	425	19 268,9	3 171,9	5 333,6	4 068,4	310,7	279,3	1 904,3	4 200,7
3. "	423	20 029,4	3 258,2	5 614,5	4 346,2	323,2	285,5	1 992,6	4 209,2
Lebensversicherungsunternehmen									
1951	92	3 313,0	565,5	441,5	156,1	2,5	76,8	264,0	1 806,6
1952	92	3 933,9	747,2	639,0	208,2	4,5	114,6	323,5	1 896,9
1953	93	4 927,9	1 008,4	996,7	317,5	9,3	152,6	472,6	1 970,8
1954	92	5 790,6	1 251,0	1 405,3	453,6	26,1	171,5	544,7	1 938,4
1955	94	6 774,5	1 494,0	1 844,7	619,7	36,6	191,9	657,4	1 930,2
1956	96	7 794,7	1 784,8	2 318,0	715,8	49,6	220,1	803,5	1 902,9
1957	95	9 062,7	2 166,2	2 851,2	969,6	62,7	245,6	907,5	1 859,9
1958	93	10 485,8	2 462,1	3 283,1	1 345,7	89,1	256,0	1 061,4	1 988,4
1958 2. Vj.	93	9 581,9	2 300,3	2 920,9	1 127,5	76,6	248,8	953,6	1 954,2
3. "	93	9 981,6	2 386,2	3 058,5	1 238,2	81,5	253,3	993,2	1 970,7
4. "	93	10 485,8	2 462,1	3 283,1	1 345,7	89,1	256,0	1 061,4	1 988,4
1959 1. Vj.	93	10 920,0	2 506,1	3 470,7	1 510,9	73,9	258,9	1 054,5	2 045,0
2. "	93	11 294,1	2 555,1	3 674,3	1 608,0	75,3	263,4	1 101,1	2 016,9
3. "	91	11 719,5	2 624,7	3 910,5	1 687,8	79,4	269,0	1 158,6	1 989,5
Pensionskassen 3)									
1951	172	1 570,0	61,5	159,5	44,8 4)	- 4)	-	18,7	1 285,5
1952	220	1 870,3	94,1	222,3	71,8 4)	- 4)	-	25,7	1 456,4
1953	226	2 098,7	132,5	337,7	106,1 4)	- 4)	-	33,8	1 488,6
1954	243	2 439,8	182,7	502,2	139,2 4)	- 4)	-	49,3	1 566,4
1955	241	2 661,3	233,4	532,5	166,2 4)	- 4)	-	72,8	1 656,4
1956	238	2 885,0	284,6	686,1	231,2 4)	- 4)	-	105,3	1 577,8
1957	241	3 250,5	344,7	885,4	231,3	3,5	0,0	125,2	1 660,4
1958	244	3 572,9	420,4	988,6	315,9	5,6	0,0	139,1	1 703,3
1958 2. Vj.	188	3 350,2	367,8	926,3	253,5	3,7	0,0	120,9	1 678,0
3. "	188	3 419,2	381,0	957,1	273,2	2,7	0,0	127,7	1 677,5
4. "	188	3 481,3	406,4	969,7	289,2	2,6	0,0	133,4	1 680,0
1959 1. Vj.	188	3 520,3	412,4	978,1	320,6	2,6	0,0	140,1	1 666,5
2. "	191	3 711,5	428,3	1 084,3	372,5	5,6	0,0	151,0	1 669,8
3. "	191	3 862,7	442,5	1 127,1	426,5	5,6	0,0	155,2	1 705,8
Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen 5)									
1951	103	817,0	41,8	79,4	91,9	16,6	0,1	142,1	445,1
1952	103	1 044,6	65,3	131,9	143,0	16,8	0,4	176,5	510,7
1953	105	1 310,5	86,0	158,4	252,5	19,8	1,9	239,1	552,8
1954	107	1 574,6	94,9	170,0	432,6	22,9	3,0	312,4	538,8
1955	111	1 825,2	99,5	190,1	590,4	36,7	5,1	376,9	526,5
1956	111	2 079,0	120,4	244,9	710,4	70,0	5,1	423,9	504,3
1957	111	2 373,7	137,9	305,2	891,9	115,7	12,8	476,9	433,3
1958	111	2 860,0	161,2	347,7	1 239,3	121,5	14,8	539,7	435,8
1958 2. Vj.	111	2 647,4	149,3	342,8	1 094,5	118,1	13,0	498,8	430,9
3. "	111	2 760,9	154,1	350,8	1 179,8	119,9	13,4	514,8	428,1
4. "	111	2 860,0	161,2	347,7	1 239,3	121,5	14,8	539,7	435,8
1959 1. Vj.	111	3 060,1	164,9	369,7	1 430,5	123,1	15,3	535,5	421,1
2. "	111	3 230,0	166,6	411,3	1 536,3	127,0	15,9	553,4	419,5
3. "	111	3 339,6	169,2	405,9	1 614,5	133,8	16,5	579,8	419,9
Rückversicherungsunternehmen									
1951	27	234,6	7,6	42,9	26,5	15,3	-	29,0	113,3
1952	27	302,1	12,4	85,9	39,5	16,6	-	33,2	114,5
1953	28	380,5	17,1	101,3	90,8	20,2	-	37,3	113,8
1954	29	502,9	17,2	113,0	176,2	29,2	-	44,6	122,7
1955	30	569,3	20,5	119,3	228,6	34,0	-	51,1	115,8
1956	32	659,0	20,9	126,1	281,5	50,2	-	68,4	111,9
1957	32	797,3	22,7	148,9	347,1	94,0	-	81,2	103,4
1958	30	944,7	21,9	158,3	480,0	93,5	-	95,8	95,2
1958 2. Vj.	30	851,9	21,0	150,2	398,2	92,5	-	89,3	100,7
3. "	30	912,5	20,7	159,7	447,0	93,2	-	92,1	99,8
4. "	30	944,7	21,9	158,3	480,0	93,5	-	95,8	95,2
1959 1. Vj.	30	988,9	21,6	159,3	519,1	94,1	-	99,0	95,8
2. "	30	1 033,3	21,9	163,7	551,6	102,8	-	98,8	94,5
3. "	30	1 107,6	21,8	171,0	617,4	104,4	-	99,0	94,0

Quelle: Geschäftsberichte und Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen. — *) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 2) 1951 und 1952 Vermögensanlagen im Bundesgebiet ohne Berlin, ab 1953 einschl. Berlin, ab 1956 auch einschl. der Vermögensanlagen im Ausland. — 3) Alle Lebensversicherungsunternehmen, alle Pensionskassen (bei den Vierteljahresendständen jedoch nur die größeren Kassen), die größeren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen und alle Rückversicherungsunternehmen. — 4) Die Jahresendstände sind bei allen Pensionskassen erfaßt, die Vierteljahresendstände nur bei den größeren Pensionskassen, auf die rd. 99 vH der Vermögensanlagen aller Pensionskassen entfallen. — 5) Bis 1956 sind die Beteiligungen in den Wertpapierbeständen enthalten. — 6) Nur die größeren Unternehmen, auf die rd. 95 vH der Vermögensanlagen aller aufsichtspflichtigen Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen entfallen.

4. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts *)

Mio DM

Zeit	Kasseneingänge	Kassenausgänge	Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (-) ¹⁾	Kumulativer Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (-) jeweils vom Beginn des Rechnungsjahres	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-)		Nachrichtlich:	
					der Kassenmittel	der Kreditmarktverschuldung	Einnahmen aus Münzgutschriften	Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (-) nach Abzug der Münzgutschriften
Rechnungsjahre								
1950/51	.	.	- 619	- 619	+ 178	+ 921 ²⁾	.	.
1951/52	16 322	16 757	- 435	- 435	+ 198	+ 132 ²⁾	234	- 669
1952/53	20 734	19 879	+ 855	+ 855	+ 1 237	+ 383	312	+ 543
1953/54	22 042	20 301	+ 1 741	+ 1 741	+ 1 436	+ 304	84	+ 1 657
1954/55	23 566	22 563	+ 1 003	+ 1 003	+ 1 063	+ 61	35	+ 968
1955/56	26 726	23 867	+ 2 859	+ 2 859	+ 2 441	+ 418	36	+ 221
1956/57	28 710	28 403	+ 307	+ 307	+ 79	+ 217	86	+ 162
1957/58	29 911	32 704	- 2 793	- 2 793	- 3 084	+ 307	76	- 2 869
1958/59	31 614	34 640	- 3 026	- 3 026	- 2 788	+ 179	79	- 3 105
1951/52 1. Rvi.	3 218	3 655	- 437	- 437	- 204	+ 187	114	- 551
2. "	3 901	4 005	- 104	- 541	+ 1	+ 72	69	- 173
3. "	4 587	4 303	+ 284	- 257	+ 335	+ 26	8	+ 276
4. "	4 616	4 794	- 178	- 435	+ 330	+ 152	43	- 221
1952/53 1. Rvi.	4 670	4 532	+ 138	+ 138	+ 237	+ 99	105	+ 33
2. "	5 293	4 867	+ 426	+ 564	+ 476	+ 50	98	+ 328
3. "	5 584	5 313	+ 271	+ 835	+ 61	+ 210	67	+ 204
4. "	5 187	5 167	+ 20	+ 855	+ 462	+ 442	42	- 22
1953/54 1. Rvi.	5 204	5 462	- 258	- 258	- 254	+ 4	36	- 294
2. "	5 671 ⁴⁾	4 682	+ 989	+ 731	+ 912	- 77	26	+ 963
3. "	5 679 ⁴⁾	4 810	+ 869	+ 1 600	+ 743	- 124	12	+ 857
4. "	5 488 ⁴⁾	5 347	+ 141	+ 1 741	+ 34	- 107	10	+ 131
1954/55 1. Rvi.	5 375	5 083	+ 292	+ 292	+ 259	- 33	12	+ 280
2. "	5 900	5 729 ⁵⁾	+ 171	+ 463	+ 359	+ 189	9	+ 2 823
3. "	6 313	5 692	+ 621	+ 1 084	+ 634	+ 13	8	+ 613
4. "	5 979	6 059	- 80	+ 1 004	- 188	- 108	6	- 86
1955/56 1. Rvi.	5 997	5 747	+ 250	+ 250	- 111	- 361	4	+ 246
2. "	6 720	5 895	+ 825	+ 1 075	+ 825	-	10	+ 815
3. "	7 008	6 014	+ 994	+ 2 069	+ 988	- 6	8	+ 986
4. "	7 001	6 211	+ 790	+ 2 859	+ 739	+ 51	14	+ 776
1956/57 1. Rvi.	7 006	6 318	+ 688	+ 688	+ 627	- 54	16	+ 672
2. "	7 165	6 874	+ 291	+ 979	+ 221	- 56	20	+ 271
3. "	7 283	7 836	- 553	+ 426	- 556	- 11	35	- 588
4. "	7 256	7 375	- 119	+ 307	- 213	- 96	14	- 133
1957/58 1. Rvi.	7 118	7 855	- 737	- 737	- 722	- 0	16	- 753
2. "	7 230	8 410	- 1 180	- 1 917	- 1 211	- 0	23	- 1 203
3. "	7 900	8 221	- 321	- 2 238	- 700	- 399	30	- 351
4. "	7 663	8 218	- 555	- 2 793	- 451	+ 92	7	- 562
1958/59 1. Rvi.	7 626	7 612	+ 14	+ 14	+ 140	+ 126	9	+ 5
2. "	7 850	7 797	+ 53	+ 67	+ 111	+ 53	13	+ 40
3. "	8 250	8 172	+ 78	+ 145	+ 46	-	49	+ 29
4. "	7 888	11 059	- 3 171	- 3 026	- 3 085	-	8	- 3 179
1959/60 1. Rvi.	8 208	8 935	- 727	- 727	- 257	+ 536	10	- 737
2. "	8 809	9 901	- 1 092	- 1 819	+ 133	+ 1 230	38	- 1 130
3. "	9 108	9 431	- 323	- 2 142	- 37	+ 295	27	- 350
1957/58 April	2 283	2 526	- 243	- 243	- 233	- 0	5	- 248
Mai	2 056	2 366	- 310	- 553	- 281	- 0	5	- 315
Juni	2 779	2 963	- 184	- 737	- 208	- 0	6	- 190
Juli	2 261	2 878	- 617	- 1 354	- 625	- 0	9	- 626
Aug.	2 183	2 826	- 643	- 1 997	- 636	- 0	7	- 650
Sept.	2 787	2 707	+ 80	- 1 917	+ 49	- 0	7	+ 73
Okt.	2 608	2 570	+ 38	- 1 879	+ 56	- 0	10	+ 28
Nov.	2 280	2 687	- 407	- 2 286	- 755	- 391	8	- 415
Dez.	3 012	2 964	+ 48	- 2 238	- 2	- 7	12	+ 36
Jan.	2 754	2 440	+ 314	- 1 924	+ 345	+ 29	0	+ 313
Feb.	2 040	2 689	- 649	- 2 573	- 619	-	4	- 653
März	2 870	3 090	- 220	- 2 793	- 177	+ 63	3	- 223
1958/59 April	2 503	2 481	+ 22	+ 22	+ 7	-	2	+ 20
Mai	2 308	2 559	- 251	- 229	- 213	-	1	- 252
Juni	2 815	2 572	+ 243	+ 14	+ 346	+ 126	6	+ 237
Juli	2 607	2 502	+ 105	+ 119	+ 62	-	6	+ 99
Aug.	2 345	2 706	- 361	- 242	- 261	+ 53	4	- 365
Sept.	2 898	2 589	+ 309	+ 67	+ 310	-	3	+ 306
Okt.	2 654	2 598	+ 56	+ 123	+ 41	-	26	+ 30
Nov.	2 415	2 571	- 156	- 33	- 142	-	11	- 167
Dez.	3 181	3 003	+ 178	+ 145	+ 147	-	12	+ 166
Jan.	2 934	2 537	+ 397	+ 542	+ 450	-	2	+ 395
Feb.	2 109	2 724	- 615	- 73	- 607	-	4	- 619
März	2 845	5 798	- 2 953	- 3 026	- 2 928	-	2	- 2 955
1959/60 April	2 684	2 931	- 247	- 247	- 231	+ 59	1	- 248
Mai	2 442	2 806	- 364	- 611	+ 6	+ 349	2	- 366
Juni	3 082	3 198	- 116	- 727	- 32	+ 128	7	- 123
Juli	2 906	3 734	- 828	- 1 555	+ 52	+ 870	29	- 857
Aug.	2 665	2 858	- 193	- 1 748	+ 49	+ 235	2	- 195
Sept.	3 238	3 309	- 71	- 1 819	+ 32	+ 125	7	- 78
Okt.	2 893	2 907	- 14	- 1 833	+ 250	+ 266	14	- 28
Nov.	2 650	2 829	- 179	- 2 012	- 27	+ 128	8	- 187
Dez.	3 565	3 695	- 130	- 2 142	- 260	- 99	5	- 135

*) Ab 6. Juli 1959 einschl. Saarland. — Bei den in dieser Tabelle nachgewiesenen Kassentransaktionen handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwart- und Steg-Konten). Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen die Kasseneingänge bzw. -ausgänge deshalb ab, weil sie nicht im Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern im Zeitpunkt des effektiven Ein- und Ausgangs erfaßt werden und weil aus den Eingängen die Schuldauflagen bzw. aus den Ausgängen die Aufwendungen für Schuldentilgung (einschl. des Rückkaufs von Schuldverschreibungen) ausgeschaltet werden. — ¹⁾ Die seit April 1956 zu beobachtenden Unterschiede zwischen der Veränderung des Saldos von Kassenmitteln und Kreditmarktverschuldung und den Kassenüberschüssen bzw. -fehlbeträgen ergeben sich aus der Weiterleitung der Lastenausgleichsabgaben über das Konto der Bundeshauppkasse. — ²⁾ Von dem Gesamtbetrag der Kreditaufnahme wurden 124 Mio DM nicht zur Finanzierung des Kassendefizits, sondern für die Abdeckung von Defiziten auf den Gegenwartskonten verwendet. — ³⁾ Zur Finanzierung des Kassenfehlbetrags standen außer dem Rückgriff auf Kassenmittel und der Zunahme der Kreditmarktverschuldung 106 Mio DM aus der Rückzahlung des unter ²⁾ genannten Betrages zur Verfügung. — ⁴⁾ Einschl. der beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Kredite: August 50 Mio DM; Oktober 41 Mio DM; Dezember 125 Mio DM; März 35 Mio DM. — ⁵⁾ Darunter 255 Mio DM für den Rückkauf der im Vorjahr beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Anleihe. — Differenzen in den Summen durch Runden.

5. Die Verschuldung des Bundes ohne Verschuldung bei anderen öffentlichen Stellen Mio DM

Stand am Monatsende	Inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform								Verpflichtungen aus				Auslandsverschuldung ⁶⁾	
	Gesamt ¹⁾	Kredite der Deutschen Bundesbank		Kredite		Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen ⁴⁾	Kassenobligationen	Anleihen ⁵⁾ und Prämien-Schatzanweisungen	Ausgleichsforderungen ²⁾				
		für den Gesamthaushalt ³⁾	für Einzahlungen an internationale Einrichtungen ³⁾	der Kreditanstalt für Wiederaufbau	des Lastenausgleichsfonds					Gesamt	davon für Zwecke der Offenmarktpolitik umgewandelt in			4% Ab-lösungsschuld von 1957 ⁵⁾
											Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen		
1950 Dez.	1 077.1	578.4	—	—	—	498.7	—	—	—	6 212.7	—	—	—	·
1951 Dez.	1 339.8	—	—	—	—	608.2	697.8	—	33.8	6 880.4	—	—	—	·
1952 Dez.	1 228.2	—	183.0	—	—	110.6	751.0	—	183.6	7 821.5	—	—	—	·
1953 Dez.	1 474.6	—	183.0	—	—	78.7	674.9	—	538.0	7 867.8	—	—	—	·
1954 Dez.	1 536.2	—	—	—	—	65.0	542.0	—	538.5	8 005.1	—	—	—	7 745.6
1955 Dez.	1 061.1	—	390.7	—	—	—	138.0	—	532.4	8 129.3	264.0	784.3	—	8 078.9
1956 März	1 010.1	—	390.7	—	—	—	94.0	—	525.4	8 129.7	282.0	1 293.6	—	8 138.7
1956 Juni	955.8	—	390.7	—	—	—	94.0	—	471.1	8 065.8	211.0	1 237.6	—	8 124.6
1956 Sept.	899.6	—	390.7	—	—	—	—	—	414.9	8 073.2	382.0	1 139.2	—	8 028.7
1956 Dez.	888.3	—	390.8	—	—	—	94.0	—	403.5	8 081.9	366.2	1 062.9	—	8 055.8
1957 März	792.8	—	390.8	—	—	—	—	—	402.0	10 693.8	328.3	2 309.3	—	8 075.6
1957 Juni	792.3	—	390.8	—	—	—	—	—	401.5	10 691.4	313.8	3 135.1	—	8 060.5
1957 Sept.	792.0	—	390.8	—	—	—	—	—	401,2	10 689.1	609.0	4 638.8	—	7 971.9
1957 Dez.	390.8	—	390.8	—	—	—	—	—	0	10 698.2	292.5	3 949.1	—	7 981.5
1958 März	483.2	—	483.2	—	—	—	—	—	—	10 618.4	294.2	5 237.7	—	7 993.3
1958 Juni	609.2	—	609.2	—	—	—	—	—	—	10 714.3	299.1	5 906.6	68.4	7 981.1
1958 Sept.	661.7	—	661.7	—	—	—	—	—	—	10 767.0	494.5	6 181.1	237.2	7 991.7
1958 Dez.	661.7	—	661.7	—	—	—	—	—	—	10 856.0	364.4	4 050.1	394.2	7 798.0
1959 Jan.	661.7	—	661.7	—	—	—	—	—	—	10 856.0	900.0	4 276.6	·	·
1959 Febr.	661.7	—	661.7	—	—	—	—	—	—	10 856.0	549.5	4 054.8	·	·
1959 März	661.7	—	661.7	—	—	—	—	—	—	10 924.0	427.3	4 452.2	572.6	7 781.4
1959 April	720.3	58.6	661.7	—	—	—	—	—	—	10 924.0	577.7	4 995.1	·	·
1959 Mai	1 069.9	408.2	661.7	—	325.0	160.0	—	—	—	10 924.0	460.3	4 799.5	·	·
1959 Juni	1 197.6	535.9	661.7	—	325.0	260.0	—	—	—	10 967.0	359.8	4 672.8	642.8	6 869.2
1959 Juli	2 067.6	610.8	661.7	325.0	160.0	—	143.1	167.0	—	10 967.0	362.9	4 291.6	·	·
1959 Aug.	2 302.7	688.7	675.6	325.0	260.0	40.0	146.4	167.0	—	10 968.0	402.2	4 224.6	·	·
1959 Sept.	2 427.7	57.0 ⁷⁾	1 175.2	325.0	110.0	425.5	167.5	167.5	—	11 057.0	341.6	4 019.8	667.7	6 717.4
1959 Okt.	2 693.4	60.0 ⁷⁾	1 181.3	325.0	80.0	547.5	167.5	332.1	—	11 058.0	819.0	4 504.5	·	·
1959 Nov.	2 822.0	70.3 ⁷⁾	1 181.3	325.0	80.0	353.7	167.5	345.0	—	11 058.0	472.0	4 122.3	·	·
1959 Dez.	2 722.8	244.9	1 210.7	325.0	—	65.2	230.6	347.5	—	11 061.0	439.3	2 606.2	·	·

¹⁾ Im Gegensatz zu den Angaben in Tab. VI, 2 ohne die vorzeitig zurückgekauften Anleihestücke. — ²⁾ Buchkredite (vgl. § 20 Abs. 1 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank). — ³⁾ Zinslose Darlehen gemäß § 20 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank. — ⁴⁾ Einschließlich der an die Länder für Finanzausgleichszahlungen weitergegebenen unverzinslichen Schatzanweisungen. — ⁵⁾ Vgl. hierzu Tab. VI, 7. — Die Veränderungen des Gesamtbetrages sind durch Berichtigung der Umstellungsrechnungen, durch Tilgungen und — ab Januar 1957 — durch den Übergang der Verpflichtungen aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken auf den Bund gemäß § 38 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bedingt. — ⁶⁾ Gemäß Angaben der Bundesschuldenverwaltung. — ⁷⁾ Vorschub für Ersparnisicherungsgesetz; im Ausweis der Deutschen Bundesbank mit dem Kassenbestand des Bundes saldiert.

6. Die Verschuldung der Länder ohne Verschuldung bei anderen öffentlichen Stellen Mio DM

Stand am Monatsende	Inlandsverschuldung										Auslandsverschuldung	Gesamte Verschuldung (einschl. Auslandsverschuldung)
	Gesamte Inlandsverschuldung	Verpflichtungen aus Ausgleichsforderungen ¹⁾	Neuverschuldung seit der Währungsreform									
			Gesamt	Buchkredite der Deutschen Bundesbank	Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen	Steuer-gutscheine ²⁾	Verzinsl. Schatzanweisungen u. Kassenobligationen	Anleihen ³⁾	Übrige Kreditmarkt-schulden ⁴⁾		
1950 Dez.	12 738.8	12 107.2	631.6	168.6	260.2	2.8	50.0	—	—	150.0	·	·
1951 Dez.	13 154.3	12 375.0	779.3	168.0	137.8	44.9	163.6	15.0	—	250.0	·	·
1952 Dez.	13 537.1	12 481.0	1 056.1	50.3	66.3	102.4	162.0	229.3	5.8	440.0	·	·
1953 Dez.	13 993.0	12 563.2	1 429.8	41.6	24.3	128.3	147.6	255.0	313.0	520.0	·	·
1954 Dez.	14 299.5	12 540.1	1 759.4	60.8	16.8	89.2	193.5	250.1	619.0	530.0	178.8	14 478.3
1955 März	14 411.1	12 568.3	1 842.8	29.0	15.1	93.6	227.9	238.2	619.0	620.0	178.0	14 589.1
1955 Juni	14 439.2	12 554.1	1 885.1	14.0	12.5	129.9	182.7	237.0	619.0	690.0	178.1	14 617.3
1955 Sept.	14 641.4	12 564.8	2 076.6	80.6	10.6	149.5	169.4	237.0	749.5	680.0	177.4	14 818.8
1955 Dez.	14 743.4	12 564.3	2 179.1	205.8	30.6	149.5	141.1	237.4	744.7	670.0	179.2	14 922.6
1956 März	14 683.3	12 597.5	2 085.8	—	6.5	319.4	136.2	49.2	894.5	680.0	192.1	14 875.4
1956 Juni	14 674.1	12 534.1	2 140.0	11.3	6.4	374.3	123.0	47.0	858.0	720.0	202.4	14 876.5
1956 Sept.	14 725.1	12 515.9	2 209.2	44.1	6.3	381.0	114.2	45.0	868.6	750.0	199.8	14 924.9
1956 Dez.	14 867.5	12 486.9	2 380.6	101.8	—	409.7	138.0	29.3	931.8	770.0	183.6	15 051.1
1957 März	12 523.4	9 934.8	2 588.6	24.7	25.0	460.7	160.7	29.3	1 058.2	830.0	204.5	12 727.9
1957 Juni	12 688.2	9 903.5	2 784.7	34.5	—	592.9	198.1	56.1	1 033.1	870.0	187.4	12 875.6
1957 Sept.	12 798.2	9 880.7	2 917.5	61.5	—	614.9	209.9	56.1	1 045.1	930.0	183.2	12 981.4
1957 Dez.	13 060.2	9 835.3	3 224.9	83.8	—	661.3	236.5	55.4	1 137.9	1 050.0	183.1	13 243.3
1958 März	13 552.0	9 839.0	3 713.0	46.0	—	597.3	251.7	55.4	1 327.6	1 435.0	180.6	13 732.6
1958 Juni	13 305.8	9 675.0	3 630.8	52.0	—	461.9	248.1	35.9	1 242.9	1 590.0	180.3	13 861.1
1958 Sept.	13 539.1	9 675.0	3 864.1	30.0	—	397.2	233.8	35.9	1 447.2	1 720.0	179.6	13 718.7
1958 Dez.	13 803.5	9 614.0	4 189.5	69.1	—	311.1	234.5	32.0	1 512.8	2 030.0	179.3	13 982.8
1959 März	13 972.1	9 614.0	4 358.1	4.0	—	308.9	261.7	30.4	1 573.1	2 180.0	165.7	14 137.8
1959 Juni	14 173.4	9 559.0	4 614.4	15.8	—	250.4	269.3	30.3	1 768.6	2 280.0	165.7	14 339.1
1959 Sept.	14 154.7	9 559.0	4 595.7	3.7	—	189.1	277.9	40.3	1 764.7	2 320.0	165.4	14 320.1
1959 Dez.	·	9 499.0	·	·	—	·	256.0	53.2	1 683.0	·	·	·

¹⁾ Vgl. hierzu Tab. VI, 7. — Die Veränderungen des Gesamtbetrages sind durch Tilgungen, durch Berichtigungen der Umstellungsrechnungen und — ab Januar 1957 — durch den Übergang der Verpflichtungen aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken auf den Bund gemäß § 38 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bedingt. — ²⁾ Einschließlich Berliner Schuldverschreibungen. — ³⁾ Im Gegensatz zu den Angaben in Tab. VI, 2 ohne die im eigenen Bestand der Emittenten befindlichen Anleihestücke. — ⁴⁾ Zum überwiegenden Teil bei Banken und in gewissem Umfang bei Versicherungen aufgenommene Direktkredite. Beträge teilweise geschätzt.

7. Ausgleichsforderungen *)

Mio DM

	Alle Gläubiger	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute ¹⁾	Versicherungsunternehmen	Bausparkassen	Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen ²⁾
I. Die bisherige Entwicklung						
1. Zugeteilte Ausgleichsforderungen ³⁾	21 436	8 675 ⁴⁾	7 570	5 125	66	—
2. Bestandsminderungen						
a) lineare und vorzeitige Tilgungen	792	—	488	300	4	—
b) Rückkäufe der Schuldner ⁵⁾	84	—	83	1	—	—
3. Saldo 1 -/. 2	20 560	8 675	6 999	4 824	62	—
4. Gläubigerwechsel						
a) Verkäufe an den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen	—	—	./. 210	./. 45	./. 5	+ 200
b) vorübergehende Verkäufe an die Deutsche Bundesbank (abzüglich Rückkäufe)	—	+ 102	./. 102	./. 0	—	—
c) Saldo der Käufe und Verkäufe zwischen anderen Gläubigergruppen	—	—	+ 211	./. 209	./. 2	—
5. Bestand Ende Dezember 1959	20 560	8 777 ⁶⁾	6 898	4 570	55	260
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	3 046	3 046 ⁶⁾	—	—	—	—
II. Der Bestand Ende Dezember 1959 gegliedert nach Zinstypen und Schuldnern						
1. Gliederung nach Zinstypen						
a) unverzinsliche Ausgleichsforderungen	65	—	57	—	—	8
b) 3 %ige ..	14 560	8 230	6 188	—	—	142
c) 3 1/2 %ige ..	4 878	0	213	4 559	55	51
d) 4 1/2 %ige ..	499	—	440	—	—	59
e) 3 %ige Sonderausgleichsforderungen	11	—	—	11	—	—
f) unverzinsliche Schuldverschreibung ⁷⁾	547	547	—	—	—	—
2. Gliederung nach Schuldnern						
a) Bund	11 061	8 675	480	1 852	—	54
b) Länder	9 499	102	6 418	2 718	55	206
3. Gesamt (1a bis 1f + 2a + 2b)	20 560	8 777 ⁶⁾	6 898	4 570	55	260
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	3 046	3 046 ⁶⁾	—	—	—	—
<p>*) Die Zahlen beruhen im wesentlichen auf einer Sondererhebung zum 31. 10. 1957, deren Ergebnisse soweit möglich auf den derzeitigen Stand fortgeschrieben wurden. — ¹⁾ Einschließlich Postscheck- und Postsparbankämter, sowie im Gegensatz zur Monatlichen Bilanzstatistik einschließlich der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme Ende 1953 weniger als 500 000,— DM betrug. — ²⁾ Gemäß § 8 ff. des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. 6. 1956. — ³⁾ Einschließlich der Ausgleichsforderungen, die den Instituten nach dem Stand ihrer Umstellungsrechnungen noch zuzuteilen sind. — ⁴⁾ Einschließlich unverzinslicher Schuldverschreibung; vgl. Anm. ⁷⁾. — ⁵⁾ Rückkäufe durch einige Länder überwiegend zur Finanzierung von Investitionsprogrammen. — ⁶⁾ Der im Ausweis der Deutschen Bundesbank vom 31. 12. 1959 (Tabelle II B) ausgewiesene Bestand von 5 731 Mio DM ergibt sich aus der Differenz zwischen dem unter I. 5. und II. 3. angegebenen Betrag von 8 777 Mio DM und dem für Zwecke der Offenmarktpolitik in Geldmarkttitel umgewandelten Teil der Ausgleichsforderungen in Höhe von 3 046 Mio DM. — ⁷⁾ Unverzinsliche Schuldverschreibung des Bundes wegen Geldausstattung Berlins.</p>						

VII. Außenwirtschaft

1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern *)

Mio DM

Ländergruppe und Land		1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959			1958
		insgesamt						Nov.	Dez.P)	Jan./Nov.	Jan./Nov.
Alle Länder	Einfuhr	16 010,4	19 337,1	24 472,4	27 963,9	31 696,9	31 133,1	3 088,3	3 665,0	31 483,9	28 255,5
	Ausfuhr	18 525,6	22 035,2	25 716,8	30 861,0	35 968,0	36 998,0	3 799,2	4 281,0	36 904,9	33 540,2
	Saldo	+ 2 515,2	+ 2 698,1	+ 1 244,4	+ 2 897,1	+ 4 271,1	+ 5 864,9	+ 710,9	+ 616,0	+ 5 421,0	+ 5 284,7
I. EWA-Länder ¹⁾	Einfuhr	10 733,1	12 393,6	15 637,4	16 991,4	18 578,2	19 046,3	2 068,7	...	20 462,8	17 344,1
	Ausfuhr	13 514,1	16 017,3	18 821,2	22 288,8	25 467,9	25 652,0	2 575,5	...	25 284,6	23 352,3
	Saldo	+ 2 781,0	+ 3 623,7	+ 3 183,8	+ 5 297,4	+ 6 889,7	+ 6 605,7	+ 506,8	...	+ 4 821,8	+ 6 008,2
davon:											
A. EWG-Länder	Einfuhr	4 363,2	5 051,8	6 723,7	6 985,6	7 804,3	8 326,3	1 046,6	...	9 607,0	7 596,1
	Ausfuhr	5 652,1	6 627,7	7 592,5	9 310,7	10 756,8	10 355,8	1 068,0	...	10 544,0	9 481,9
	Saldo	+ 1 288,9	+ 1 575,9	+ 868,8	+ 2 325,1	+ 2 952,5	+ 2 029,5	+ 21,4	...	+ 937,0	+ 1 885,8
davon:											
Belgien-Luxemburg ²⁾	Einfuhr	1 036,1	1 028,4	1 530,9	1 500,7	1 476,8	1 574,5	185,4	...	1 765,9	1 433,6
	Ausfuhr	1 364,0	1 665,9	1 821,1	2 211,3	2 554,5	2 554,5	216,0	...	2 344,1	2 349,3
	Saldo	+ 327,9	+ 637,5	+ 290,2	+ 710,6	+ 1 058,5	+ 980,0	+ 30,6	...	+ 578,2	+ 915,7
Frankreich ³⁾	Einfuhr	1 331,4	1 652,6	2 375,3	2 254,1	2 512,4	2 550,5	351,2	...	3 077,0	2 321,9
	Ausfuhr	1 387,3	1 558,8	1 910,2	2 561,0	2 971,0	2 947,9	335,9	...	3 071,4	2 701,5
	Saldo	+ 55,9	- 93,8	- 465,1	+ 306,9	+ 458,6	+ 397,4	- 15,3	...	- 5,6	+ 379,6
Italien	Einfuhr	743,8	843,1	1 043,5	1 222,9	1 552,8	1 697,6	205,6	...	1 969,9	1 564,3
	Ausfuhr	1 240,4	1 340,5	1 433,8	1 656,1	1 999,4	1 853,4	201,0	...	1 993,9	1 695,2
	Saldo	+ 496,6	+ 497,4	+ 390,3	+ 433,2	+ 446,6	+ 155,8	- 4,6	...	+ 24,0	+ 130,9
Niederlande (einschl. Nied.-Neu-Guinea)	Einfuhr	1 251,8	1 527,7	1 774,0	2 006,1	2 262,0	2 503,7	304,4	...	2 793,9	2 276,3
	Ausfuhr	1 659,2	2 061,3	2 425,7	2 879,4	3 249,3	2 997,8	314,9	...	3 132,2	2 733,9
	Saldo	+ 407,4	+ 533,6	+ 651,7	+ 873,3	+ 987,3	+ 494,1	+ 10,5	...	+ 338,3	+ 457,6
Übrige Länder	Einfuhr	0,1	0,0	0,0	1,8	0,3	0,0	0,0	...	0,3	0,0
	Ausfuhr	1,2	1,2	1,7	2,9	1,8	2,2	0,2	...	2,4	2,0
	Saldo	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 0,2	...	+ 2,1	+ 2,0
B. Sterling-Länder	Einfuhr	2 410,9	2 863,5	3 444,3	3 812,6	4 152,1	3 998,1	367,3	...	4 095,8	3 652,9
	Ausfuhr	2 198,4	2 595,7	3 230,9	3 846,4	4 957,7	4 953,0	438,7	...	4 672,0	4 473,8
	Saldo	- 212,5	- 267,8	- 213,4	+ 33,8	+ 505,6	+ 954,9	+ 71,4	...	+ 576,2	+ 820,9
davon:											
Großbritannien ⁴⁾	Einfuhr	936,3	1 245,6	1 302,3	1 669,5	1 680,7	2 008,1	196,1	...	2 127,3	1 817,8
	Ausfuhr	1 079,7	1 188,4	1 390,2	1 677,0	1 872,6	1 965,6	192,0	...	1 994,1	1 776,8
	Saldo	+ 143,4	- 57,2	+ 87,9	+ 7,5	+ 191,9	- 42,5	- 4,1	...	- 133,2	- 41,0
Indien	Einfuhr	166,3	152,7	268,2	189,2	252,2	191,6	16,3	...	167,2	175,3
	Ausfuhr	277,0	374,8	589,8	819,0	1 126,4	1 173,4	60,7	...	856,6	1 056,5
	Saldo	+ 110,7	+ 222,1	+ 321,6	+ 629,8	+ 874,2	+ 981,8	+ 44,4	...	+ 689,4	+ 881,2
Australischer Bund	Einfuhr	275,0	350,6	411,4	508,0	565,6	375,9	30,1	...	407,5	348,7
	Ausfuhr	150,6	251,4	290,3	296,1	312,2	373,4	41,9	...	391,7	338,0
	Saldo	- 124,4	- 99,2	- 121,1	- 211,9	- 253,4	- 2,5	+ 11,8	...	- 15,8	- 10,7
Übrige Sterling-Länder	Einfuhr	1 033,3	1 114,6	1 462,4	1 445,9	1 653,6	1 422,5	124,8	...	1 393,8	1 311,1
	Ausfuhr	691,1	781,1	960,6	1 054,3	1 346,5	1 440,6	144,1	...	1 429,6	1 302,5
	Saldo	- 342,2	- 333,5	- 501,8	- 391,6	- 307,1	+ 18,1	+ 19,3	...	+ 35,8	- 8,6
C. Andere EWA-Länder	Einfuhr	3 959,0	4 478,3	5 469,4	6 193,2	6 621,8	6 721,9	657,8	...	6 760,0	6 095,1
	Ausfuhr	5 663,6	6 793,9	7 997,8	9 131,7	10 053,4	10 343,2	1 068,8	...	10 068,6	9 396,6
	Saldo	+ 1 704,6	+ 2 315,6	+ 2 528,4	+ 2 938,5	+ 3 431,6	+ 3 621,3	+ 414,0	...	+ 3 308,6	+ 3 301,5
davon:											
Dänemark	Einfuhr	436,8	498,9	723,0	844,1	905,9	1 042,3	95,9	...	1 082,4	925,8
	Ausfuhr	760,5	923,0	887,3	1 021,5	1 055,5	1 109,6	152,0	...	1 278,7	994,3
	Saldo	+ 323,7	+ 424,1	+ 164,3	+ 177,4	+ 149,6	+ 67,3	+ 56,1	...	+ 196,3	+ 68,5
Griechenland	Einfuhr	136,9	150,2	189,4	215,7	252,4	229,7	24,7	...	201,9	217,5
	Ausfuhr	155,5	239,9	251,2	335,9	415,2	467,1	25,7	...	367,7	435,1
	Saldo	+ 18,6	- 89,7	+ 61,8	+ 120,2	+ 162,8	+ 237,4	+ 1,0	...	+ 165,8	+ 217,6
Norwegen	Einfuhr	247,4	313,1	347,8	437,7	453,2	479,9	29,6	...	479,2	439,1
	Ausfuhr	572,6	636,2	598,5	827,9	853,3	1 066,3	66,3	...	943,5	975,2
	Saldo	+ 325,2	+ 323,1	+ 250,7	+ 390,2	+ 400,1	+ 586,4	+ 36,7	...	+ 464,3	+ 536,1
Österreich	Einfuhr	407,3	565,3	696,9	780,5	902,3	915,8	89,6	...	901,0	840,2
	Ausfuhr	667,9	1 034,2	1 359,1	1 416,5	1 761,3	1 847,2	183,4	...	1 755,7	1 673,7
	Saldo	+ 260,6	+ 468,9	+ 662,2	+ 636,0	+ 859,0	+ 931,4	+ 93,8	...	+ 854,7	+ 833,5
Portugal ⁵⁾	Einfuhr	183,6	178,4	208,5	228,5	210,7	244,3	21,1	...	227,2	223,4
	Ausfuhr	208,6	294,3	335,8	393,9	440,4	451,3	38,6	...	390,2	411,9
	Saldo	+ 25,0	+ 115,9	+ 127,3	+ 165,4	+ 229,7	+ 207,0	+ 17,5	...	+ 163,0	+ 188,5
Schweden	Einfuhr	810,8	903,6	1 103,4	1 275,5	1 486,2	1 410,8	126,5	...	1 381,3	1 278,2
	Ausfuhr	1 172,7	1 475,6	1 779,3	1 956,4	2 168,7	2 265,9	259,6	...	2 034,8	2 046,7
	Saldo	+ 361,9	+ 572,0	+ 675,9	+ 680,9	+ 682,5	+ 853,1	+ 133,1	...	+ 653,5	+ 768,5
Schweiz	Einfuhr	584,9	694,2	846,3	958,6	1 041,6	1 167,3	136,6	...	1 287,3	1 057,7
	Ausfuhr	1 082,3	1 250,7	1 525,5	1 871,5	2 206,4	2 062,2	228,7	...	2 151,1	1 879,0
	Saldo	+ 497,4	+ 556,5	+ 679,2	+ 912,9	+ 1 164,8	+ 894,9	+ 92,1	...	+ 863,8	+ 821,3
Spanien ⁶⁾	Einfuhr	334,4	315,0	415,7	443,9	481,8	510,5	50,0	...	427,5	455,8
	Ausfuhr	338,4	321,2	388,0	463,5	427,0	459,5	37,3	...	401,1	424,9
	Saldo	+ 4,0	+ 6,2	- 27,7	+ 19,6	- 54,8	- 51,0	- 12,7	...	- 26,4	- 30,9
Türkei	Einfuhr	327,4	301,2	282,7	281,9	205,4	223,3	42,7	...	344,4	200,9
	Ausfuhr	427,4	331,3	513,3	391,5	266,7	277,5	41,9	...	421,9	249,9
	Saldo	+ 100,0	+ 30,1	+ 230,6	+ 109,6	+ 61,3	+ 54,2	- 0,8	...	+ 77,5	+ 49,0
Übrige Länder	Einfuhr	494,8	559,2	659,7	730,1	690,5	504,4	38,1	...	427,8	456,5
	Ausfuhr	288,5	292,8	379,5	492,6	530,2	378,7	35,3	...	323,9	305,9
	Saldo	- 206,3	- 266,4	- 280,2	- 237,5	- 160,3	- 125,7	- 2,8	...	- 103,9	- 150,6

noch: 1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern^{*)}

Mio DM

Ländergruppe und Land		1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959			1958
		insgesamt						Nov.	Dez.	Jan./Nov.	Jan./Nov.
II. Dollar-Länder¹⁾		Einfuhr 2 949,0	3 752,1	5 576,4	6 892,3	9 018,0	7 657,2	562,7	...	6 372,8	6 929,8
		Ausfuhr 2 323,8	2 788,2	3 437,3	4 202,1	5 135,7	5 072,8	593,3	...	5 750,9	4 552,6
davon:		Saldo — 625,2	— 963,9	— 2 139,1	— 2 690,2	— 3 882,3	— 2 584,4	+ 30,6	...	— 621,9	— 2 377,2
A. Ver. Staaten von Amerika (einschl. abhäng. Gebiete)		Einfuhr 1 658,0	2 236,8	3 209,6	3 997,9	5 671,6	4 219,0	308,8	...	3 480,3	3 822,2
		Ausfuhr 1 248,9	1 236,8	1 625,7	2 090,7	2 523,1	2 702,5	360,2	...	3 412,8	2 401,5
		Saldo — 409,1	— 1 000,0	— 1 583,9	— 1 907,2	— 3 148,5	— 1 516,5	+ 51,4	...	— 67,5	— 1 420,7
B. Kanada		Einfuhr 466,9	395,4	492,7	670,4	759,6	964,7	45,1	...	605,4	885,7
		Ausfuhr 126,4	173,2	229,6	361,0	396,0	437,5	57,8	...	508,2	407,7
		Saldo — 340,5	— 222,2	— 263,1	— 309,4	— 363,6	— 527,2	+ 12,7	...	— 97,2	— 478,0
C. Lateinamerikanische Länder		Einfuhr 746,9	1 007,1	1 713,9	1 968,9	2 257,3	2 192,7	185,3	...	2 079,5	1 963,4
		Ausfuhr 835,2	1 123,1	1 339,3	1 585,7	1 847,6	1 730,8	160,8	...	1 547,9	1 567,7
		Saldo + 88,3	+ 116,0	— 374,6	— 383,2	— 409,7	— 461,9	— 24,5	...	— 531,6	— 395,7
darunter:											
Chile		Einfuhr (109,6)	(150,5)	(351,4)	(376,7)	(369,7)	(367,8)	(41,8)	...	(416,0)	(324,7)
		Ausfuhr (118,7)	(131,7)	(160,7)	(157,2)	(215,2)	(173,3)	(20,7)	...	(215,6)	(153,7)
		Saldo (+ 9,1)	(— 18,8)	(— 190,7)	(— 219,5)	(— 154,5)	(— 194,5)	(— 21,1)	...	(— 259,6)	(— 171,0)
Kolumbien		Einfuhr (109,2)	(169,6)	(206,4)	(183,3)	(182,8)	(199,0)	(21,7)	...	(198,0)	(179,2)
		Ausfuhr (155,5)	(230,2)	(262,2)	(276,8)	(204,3)	(189,6)	(14,5)	...	(140,8)	(176,7)
		Saldo (+ 46,3)	(+ 60,6)	(+ 55,8)	(+ 93,5)	(+ 21,5)	(— 9,4)	(— 7,2)	...	(— 57,2)	(— 2,5)
Mexiko		Einfuhr (119,5)	(221,6)	(382,1)	(437,1)	(269,5)	(284,0)	(29,5)	...	(275,0)	(246,4)
		Ausfuhr (127,3)	(148,2)	(155,4)	(219,0)	(259,1)	(269,8)	(29,8)	...	(269,4)	(239,5)
		Saldo (+ 7,8)	(— 73,4)	(— 226,7)	(— 218,1)	(— 10,4)	(— 14,2)	(+ 0,3)	...	(— 5,6)	(— 6,9)
Venezuela		Einfuhr (81,6)	(80,0)	(132,7)	(210,7)	(334,2)	(452,3)	(18,7)	...	(367,6)	(401,9)
		Ausfuhr (147,2)	(244,8)	(324,0)	(370,5)	(556,0)	(492,6)	(44,8)	...	(482,6)	(445,9)
		Saldo (+ 65,6)	(+ 164,8)	(+ 191,3)	(+ 159,8)	(+ 221,8)	(+ 40,3)	(+ 26,1)	...	(+ 115,0)	(+ 44,0)
D. Andere Dollar-Länder		Einfuhr 77,2	112,8	160,2	255,1	329,5	280,8	23,5	...	207,6	258,5
		Ausfuhr 113,3	255,1	242,7	164,7	369,0	202,0	14,5	...	282,0	175,7
		Saldo + 36,1	+ 142,3	+ 82,5	— 90,4	+ 39,5	— 78,8	— 9,0	...	+ 74,4	— 82,8
III. Sonstige Länder¹⁾		Einfuhr 2 307,8	3 170,7	3 234,0	4 041,0	4 067,3	4 398,5	453,5	...	4 614,4	3 953,0
		Ausfuhr 2 611,6	3 096,3	3 275,5	4 139,4	5 122,9	6 071,1	598,8	...	5 657,5	5 451,1
		Saldo + 303,8	— 74,1	+ 41,5	+ 98,4	+ 1 055,6	+ 1 672,6	+ 145,3	...	+ 1 043,1	+ 1 498,1
davon:											
A. Osteuropäische Länder		Einfuhr 279,0	359,0	536,0	894,0	1 054,2	1 199,6	136,2	...	1 201,4	1 046,2
		Ausfuhr 225,2	339,4	513,2	924,8	992,2	1 164,6	150,6	...	1 122,5	1 006,4
		Saldo — 53,8	— 19,6	— 22,8	+ 30,8	— 62,0	— 35,0	+ 14,4	...	— 78,9	— 39,8
davon:											
Albanien, Bulgarien		Einfuhr 20,8	35,4	17,6	33,0	37,2	56,8	5,7	...	56,9	51,4
		Ausfuhr 11,7	17,9	20,9	28,4	61,6	58,1	13,7	...	154,4	51,0
		Saldo — 9,1	— 17,5	+ 3,3	— 4,6	+ 24,4	+ 1,3	+ 8,0	...	+ 97,5	— 0,4
Polen		Einfuhr 74,4	58,0	117,6	240,6	198,4	298,1	32,2	...	300,2	250,9
		Ausfuhr 64,5	78,0	115,8	298,7	275,1	331,1	28,5	...	256,8	295,0
		Saldo — 9,9	+ 20,0	— 1,8	+ 58,1	+ 76,7	+ 33,0	— 3,7	...	— 43,4	+ 44,1
Rumänien		Einfuhr 7,2	44,7	44,7	59,5	98,7	122,6	10,1	...	90,2	110,2
		Ausfuhr 41,4	49,4	55,7	50,4	71,3	93,9	5,4	...	62,4	88,3
		Saldo + 34,2	+ 4,7	+ 11,0	— 9,1	— 27,4	— 28,7	— 4,7	...	— 27,8	— 21,9
Sowjetunion		Einfuhr 65,7	93,1	150,9	223,5	409,1	386,4	43,6	...	392,3	335,7
		Ausfuhr 7,0	52,8	111,9	288,9	250,1	303,2	71,5	...	298,1	238,7
		Saldo — 58,7	— 40,3	— 39,0	+ 65,4	— 159,0	— 83,2	+ 27,9	...	— 94,2	— 97,0
Tschechoslowakei		Einfuhr 65,7	61,6	118,4	194,0	205,2	207,4	25,3	...	204,7	183,9
		Ausfuhr 32,6	42,6	63,2	160,0	230,9	257,2	19,3	...	225,7	223,6
		Saldo — 33,1	— 19,0	— 55,2	— 34,0	+ 25,7	+ 49,8	— 6,0	...	+ 21,0	+ 39,7
Ungarn		Einfuhr 45,2	66,2	86,8	143,4	105,6	128,3	19,3	...	157,1	114,1
		Ausfuhr 68,0	98,7	145,7	98,4	103,2	121,1	12,2	...	125,1	109,8
		Saldo + 22,8	+ 32,5	+ 58,9	— 45,0	— 2,4	— 7,2	— 7,1	...	— 32,0	— 4,3
B. Übrige europäische Länder		Einfuhr 342,7	427,7	520,6	537,1	591,0	592,0	53,8	...	553,5	526,2
		Ausfuhr 445,9	444,9	544,1	623,2	746,7	824,9	101,6	...	917,0	747,1
		Saldo + 103,2	+ 17,2	+ 23,5	+ 86,1	+ 155,7	+ 232,9	+ 47,8	...	+ 363,5	+ 220,9
davon:											
Finnland		Einfuhr 196,5	238,7	363,0	327,1	354,6	385,3	35,3	...	378,2	337,2
		Ausfuhr 155,8	186,7	311,1	426,5	421,1	485,3	59,2	...	542,1	434,6
		Saldo — 40,7	— 52,0	— 51,9	+ 99,4	+ 66,5	+ 100,0	+ 23,9	...	+ 163,9	+ 97,4
Jugoslawien		Einfuhr 146,2	189,0	157,6	210,0	236,4	206,7	18,5	...	175,3	189,0
		Ausfuhr 290,1	258,2	233,0	196,7	325,6	339,6	42,4	...	374,9	312,5
		Saldo + 143,9	+ 69,2	+ 75,4	— 13,3	+ 89,2	+ 132,9	+ 23,9	...	+ 199,6	+ 123,5
C. Lateinamerikanische Länder		Einfuhr 726,7	1 340,2	996,5	1 251,6	1 112,4	985,0	91,3	...	966,7	900,7
		Ausfuhr 973,7	1 023,6	770,2	812,9	1 080,7	1 230,1	119,7	...	1 161,5	1 114,6
		Saldo + 247,0	+ 316,6	+ 226,3	+ 438,7	+ 31,7	+ 245,1	+ 28,4	...	+ 194,8	+ 213,9
D. Afrikanische Länder		Einfuhr 188,7	189,4	193,7	188,0	155,6	147,9	14,6	...	184,0	138,2
		Ausfuhr 265,4	236,9	263,4	306,9	348,5	342,7	36,6	...	348,9	310,8
		Saldo + 76,7	+ 47,5	+ 69,7	+ 118,9	+ 192,9	+ 194,8	+ 22,0	...	+ 164,9	+ 172,6
E. Asiatische Länder		Einfuhr 770,7	854,1	987,2	1 170,3	1 154,1	1 474,0	157,6	...	1 708,8	1 341,7
		Ausfuhr 701,4	1 051,5	1 184,6	1 471,6	1 954,8	2 508,8	190,3	...	2 107,6	2 272,2
		Saldo — 69,3	+ 197,4	+ 197,4	+ 301,3	+ 800,7	+ 1 034,8	+ 32,7	...	+ 398,8	+ 930,5
IV. Schiffsbedarf und nicht ermittelte Länder		Einfuhr 20,5	21,0	24,6	39,2	33,4	31,1	3,4	...	33,9	28,6
		Ausfuhr 76,1	133,4	182,8	230,7	241,5	202,1	31,6	...	211,9	184,2
		Saldo + 55,6	+ 112,4	+ 158,2	+ 191,5	+ 208,1	+ 171,0	+ 28,2	...	+ 178,0	+ 155,6

^{*)} Spezialhandel: Einfuhr aus Herstellungsländern, Ausfuhr nach Verbrauchsländern. Ab 6. 7. 1959 einschl. Saarland. — ¹⁾ Zugehörigkeit der Länder zu den Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — ²⁾ Einschl. der Gebiete in Übersee. — ³⁾ Bis 5. 7. 1959 einschl. Saarland. — Quelle: Statistisches Bundesamt. — ^{p)} Vorläufig.

2. Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz*)

Mio DM

Zeit	I. Leistungs- und Kapitalbilanz												II. Saldo der Devisenbilanz (Zugang: —)	III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler 4)
	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der unentgeltlichen Leistungen (eigene: —)	Saldo der Kapitalleistungen (eigene: —, fremde: +) 4)						Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz			
	Ins-gesamt	Warenhandel 1)	Dienstleistungs-verkehr 2)		Saldo der gesamten Kapital-leistungen	Saldo der langfristigen Kapitalleistungen			Saldo der kurzfristigen Kapitalleistungen					
						Ins-gesamt	Privat	Öffent-lich	Ins-gesamt	Privat		Öffent-lich		
1950	-2 496	-3 062	+ 566	+2 086	+ 206	+ 458	.	+ 458	- 252	- 252	-	- 204	+ 564	- 360
1951	+ 765	- 215	+ 980	+1 572	+ 87	- 149	-	- 149	+ 236	+ 236	-	+2 424	-2 038	- 386
1952	+2 335	+ 629	+1 706	+ 198	- 22	- 339	- 16	- 323	+ 317	+ 478	- 161	+2 511	-2 761	+ 250
1953	+4 130	+2 395	+1 735	- 251	+ 55	- 429	- 61	- 368	+ 484	+ 408	+ 76	+3 934	-3 614	- 320
1954	+3 982	+2 533	+1 449	- 389	- 431	- 720	- 266	- 454	+ 289	+ 314	- 25	+3 162	-2 782	- 380
1955	+2 948	+1 061	+1 887	- 814	- 451	- 530	- 230	- 300	+ 79	+ 168	- 89	+1 683	-1 852	+ 169
1956	+5 497	+2 666	+2 831	-1 105	+ 116	- 557	+ 129	- 686	+ 673	+ 893	- 220	+4 508	-5 087	+ 579
1957	+7 699	+4 088	+3 611	-1 646	-2 632	- 730	+ 129	- 859	-1 902	- 2	-1 900	+3 421	-5 121	+1 700
1958	+8 827	+5 609	+3 218	-1 649	-3 186	-1 763	- 528	-1 235	-1 423	- 731	- 692	+3 992	-3 188	- 804
1959 ^{p)}	+8 180	+5 680	+2 500	-2 636	-6 906	-3 875	-1 494	-2 381	-3 031	-1 219	-1 812	-1 362	+2 101	- 739
1956 1. Vj.	+ 957	+ 365	+ 592	- 227	- 223	- 127	- 95	- 32	- 96	- 87	- 9	+ 507	- 613	+ 106
2. "	+1 445	+ 931	+ 514	- 261	+ 277	- 193	- 105	- 88	+ 470	+ 462	+ 8	+1 461	-1 544	+ 83
3. "	+1 235	+ 459	+ 776	- 296	+ 239	- 54	+ 286	- 340	+ 293	+ 311	- 18	+1 178	-1 707	+ 529
4. "	+1 860	+ 911	+ 949	- 321	- 177	- 183	+ 43	- 226	+ 6	+ 207	- 201	+1 362	-1 223	- 139
1957 1. Vj.	+1 564	+ 691	+ 873	- 343	- 780	- 110	+ 11	- 121	- 670	+ 19	- 689	+ 441	- 844	+ 403
2. "	+2 039	+1 147	+ 892	- 424	- 868	- 136	+ 24	- 160	- 732	- 153	- 579	+ 747	-1 458	+ 711
3. "	+1 958	+1 025	+ 933	- 461	+ 501	- 293	+ 135	- 428	+ 794	+ 928	- 134	+1 998	-3 383	+1 385
4. "	+2 138	+1 225	+ 913	- 418	-1 485	- 191	- 41	- 150	-1 294	- 796	- 498	+ 235	+ 564	- 799
1958 1. Vj.	+1 769	+ 863	+ 906	- 476	-1 466	- 194	+ 40	- 234	-1 272	- 736	- 536	- 173	+ 52	+ 121
2. "	+2 386	+1 627	+ 759	- 454	- 454	- 479	- 161	- 318	- 238	- 120	- 118	+1 215	-1 293	+ 78
3. "	+2 178	+1 539	+ 639	- 386	- 612	- 412	- 9	- 403	- 200	- 236	+ 36	+1 180	- 975	- 205
4. "	+2 494	+1 580	+ 914	- 333	- 391	- 678	- 398	- 280	+ 287	+ 361	- 74	+1 770	- 972	- 798
1959 1. Vj.	+1 969	+1 250	+ 719	- 643	-4 236	-1 341	- 515	- 826	-2 895	-1 352	-1 543	-2 910	+2 943	- 33
2. "	+1 930	+1 348	+ 582	- 611	-1 377	-1 049	- 558	- 491	- 328	- 393	+ 65	- 58	+ 423	- 365
3. "	+1 593	+1 264	+ 329	- 793	-1 695	-1 087	- 213	- 874	- 608	- 453	- 155	- 895	+ 665	+ 230
4. " ^{p)}	+2 688	+1 818	+ 870	- 589	+ 402	- 398	- 208	- 190	+ 800	+ 979	- 179	+2 501	-1 930	- 571
1957 Jan.	+ 117	- 112	+ 229	- 111	- 148	+ 7	+ 23	- 16	- 155	- 71	- 84	- 142	- 263	+ 405
Febr.	+ 582	+ 282	+ 300	- 108	- 99	- 28	+ 14	- 42	- 71	+ 110	- 181	+ 375	- 465	+ 90
März	+ 865	+ 521	+ 344	- 124	- 533	- 89	- 26	- 63	- 444	- 20	- 424	+ 208	- 116	- 92
April	+ 533	+ 263	+ 270	- 206	- 140	+ 1	+ 77	- 76	- 141	+ 3	- 144	+ 187	- 550	+ 363
Mai	+ 824	+ 530	+ 294	- 124	- 193	- 51	- 40	- 11	- 142	- 63	- 79	+ 507	- 643	+ 136
Juni	+ 682	+ 354	+ 328	- 94	- 535	- 86	- 13	- 73	- 449	- 93	- 356	+ 53	- 265	+ 212
Juli	+ 582	+ 318	+ 264	- 154	+ 161	- 44	+ 41	- 85	+ 205	+ 278	- 73	+ 589	- 859	+ 270
Aug.	+ 806	+ 464	+ 342	- 186	+ 407	- 54	+ 90	- 144	+ 461	+ 481	- 20	+1 027	-1 461	+ 434
Sept.	+ 570	+ 243	+ 327	- 121	- 67	- 195	+ 4	- 199	+ 128	+ 169	- 41	+ 382	-1 063	+ 681
Okt.	+ 629	+ 340	+ 289	- 116	- 305	- 3	+ 46	- 49	- 302	- 189	- 113	+ 208	- 87	- 121
Nov.	+ 724	+ 395	+ 329	- 157	- 718	- 34	- 23	- 11	- 684	- 506	- 178	- 151	+ 269	- 118
Dez.	+ 785	+ 490	+ 295	- 145	- 462	- 154	- 64	- 90	- 308	- 101	- 207	+ 178	+ 382	- 560
1958 Jan.	+ 142	- 150	+ 292	- 160	- 490	- 34	- 7	- 27	- 456	- 374	- 82	- 508	+ 64	+ 444
Febr.	+ 841	+ 530	+ 311	- 153	- 626	- 37	- 0	- 37	- 589	- 174	- 415	+ 62	+ 209	- 271
März	+ 786	+ 483	+ 303	- 163	- 350	- 123	+ 47	- 170	- 227	- 188	- 39	+ 273	- 221	- 52
April	+ 840	+ 558	+ 282	- 177	- 198	- 132	- 68	- 64	- 66	+ 14	- 80	+ 465	- 370	- 95
Mai	+ 858	+ 607	+ 251	- 131	- 62	- 4	+ 7	- 11	- 58	- 35	- 23	+ 665	- 570	- 95
Juni	+ 688	+ 462	+ 226	- 146	- 457	- 343	- 100	- 243	- 114	- 99	- 15	+ 85	- 353	+ 268
Juli	+ 646	+ 458	+ 188	- 106	+ 198	- 7	+ 96	- 103	+ 205	+ 198	+ 7	+ 738	- 491	- 247
Aug.	+ 735	+ 515	+ 220	- 163	- 333	- 209	- 41	- 168	- 124	- 81	- 43	+ 239	- 308	+ 69
Sept.	+ 797	+ 566	+ 231	- 117	- 477	- 196	- 64	- 132	- 281	- 353	+ 72	+ 203	- 176	- 27
Okt.	+ 932	+ 605	+ 329	- 132	- 380	- 88	- 70	- 18	- 292	- 187	- 105	+ 420	- 250	- 170
Nov.	+ 790	+ 427	+ 363	- 97	- 141	- 253	- 251	- 2	+ 112	+ 49	+ 63	+ 552	- 376	- 176
Dez.	+ 772	+ 550	+ 222	- 104	- 130	- 337	- 77	- 260	+ 467	+ 499	- 32	+ 798	- 346	- 452
1959 Jan.	+ 395	+ 208	+ 187	- 199	-1 458	- 287	- 228	- 59	-1 171	-1 268	+ 97	-1 262	+ 856	+ 406
Febr.	+ 988	+ 627	+ 361	- 123	- 859	- 283	- 179	- 104	- 576	- 222	- 354	+ 6	+ 359	- 365
März	+ 586	+ 415	+ 171	- 321	-1 919	- 771	- 108	- 663	-1 148	+ 138	-1 286	-1 654	+1 728	- 74
April	+ 490	+ 358	+ 132	- 181	- 914	- 359	- 274	- 85	- 555	- 534	- 21	- 605	+ 748	- 143
Mai	+ 658	+ 495	+ 163	- 149	+ 126	- 132	- 39	- 93	+ 258	+ 162	+ 96	+ 635	- 553	- 82
Juni	+ 782	+ 495	+ 287	- 281	- 589	- 558	- 245	- 313	- 31	- 21	- 10	- 88	+ 228	- 140
Juli	+ 357	+ 342	+ 15	- 465	- 439	- 199	- 22	- 177	- 240	- 133	- 107	- 547	+ 138	+ 409
Aug.	+ 542	+ 398	+ 144	- 194	- 715	- 268	- 151	- 117	- 447	- 402	- 45	- 367	+ 313	+ 54
Sept.	+ 694	+ 524	+ 170	- 134	- 541	- 620	- 40	- 580	+ 79	+ 82	- 3	+ 19	+ 214	- 233
Okt.	+ 923	+ 559	+ 364	- 183	- 434	- 98	- 74	- 24	- 336	- 285	- 51	+ 306	- 308	+ 2
Nov.	+1 000	+ 676	+ 324	- 130	+ 295	- 68	- 62	- 6	+ 363	+ 421	- 58	+1 165	- 961	- 204
Dez. ^{p)}	+ 765	+ 583	+ 182	- 276	+ 541	- 232	- 72	- 160	+ 773	+ 843	- 70	+1 030	- 661	- 369

*) Vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) einschl. der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland jedoch ohne die bis dahin in der Zahlungsbilanz erfaßten Transaktionen des Saarlandes mit dem übrigen Bundesgebiet. Die durch die wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes bedingte Veränderung des Standes der Auslandsforderungen und -verpflichtungen des Bundesgebiets am 6. 7. 1959 ist mangels vollständiger statistischer Unterlagen nicht berücksichtigt. — 1) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob; ohne die Ausfuhr von Schiffs- und Flugzeugbedarf, die dem Dienstleistungsverkehr zugerechnet wird; einschl. Ergänzungen (darunter Transithandel, der hier von Anfang 1959 ab wegen Änderung des statistischen Erhebungsverfahrens für eine Übergangszeit nicht erfaßt werden kann). — 2) Aufgliederung s. Tab. VII, 5. — 3) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten (vgl. außerdem Anm. 1)). — 4) Für die Aufgliederung der Kapitalleistungen in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligten inländischen Stellen angehören. — 5) Veränderung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen und -verpflichtungen der Deutschen Bundesbank; ab Januar 1959 einschl. der Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskonten sowie einschl. der Veränderungen des größten Teils der Verpflichtungen aus „Einlagen ausländischer Einleger“ (vgl. Anm. 2) zu Tab. VII, 3). — 6) Als Differenz zwischen dem Saldo der Devisenbilanz und dem Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz errechnet (bei günstiger Devisenbilanz: +, bei ungünstiger Devisenbilanz: -); die Abweichungen zwischen beiden Salden sind hauptsächlich durch Veränderungen in den terms of payment bedingt. — p) Vorläufig.

3. Goldbestand und Auslandsforderungen¹⁾ der Deutschen Bundesbank^{o)}

Mio DM

Jahres- bzw. Monatsende ²⁾	Goldbestand und uneingeschränkt ver- wendbare Auslandsforderungen (netto)			Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)				
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter			
		Gold- bestand	US- \$ (einschl. can. \$)		Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU (bis Ende 1958: Kredite an die EZU)	Schuld- verschrei- bungen der Weltbank	Zweck- gebundene Guthaben bei aus- ländischen Banken und zweck- gebundene Geldmarkt- anlagen	Konsoli- dierungs- kredite an aus- ländische Zentral- banken
1952	+ 2 750	+ 587	+ 2 088	+ 1 885	+ 1 061	—	—	—
1953	+ 5 330	+ 1 367	+ 3 545	+ 2 828	+ 1 782	—	—	+ 146
1954	+ 8 274	+ 2 628	+ 5 453	+ 2 656	+ 2 054	—	—	+ 304
1955	+ 9 958	+ 3 862	+ 5 789	+ 2 824	+ 2 187	—	—	+ 403
1956	+ 14 169	+ 6 275	+ 7 332	+ 3 700	+ 2 890	+ 73	+ 240	+ 384
1957	+ 16 587	+ 10 674	+ 6 148	+ 6 403	+ 4 242	+ 808	+ 1 032	+ 265
1958	+ 18 990	+ 11 085	+ 7 442	+ 7 188	+ 4 597	+ 1 239	+ 971	+ 175
1959	+ 18 779	+ 11 077	+ 7 278	+ 5 069	+ 3 159	+ 1 496	+ 353	+ 321
1956 März	+ 10 443	+ 4 212	+ 5 882	+ 2 952	+ 2 315	—	—	+ 281
1956 Juni	+ 11 811	+ 4 635	+ 6 648	+ 3 128	+ 2 502	—	—	+ 354
1956 Sept.	+ 13 201	+ 5 436	+ 7 253	+ 3 445	+ 2 579	+ 73	+ 238	+ 403
1956 Dez.	+ 14 169	+ 6 275	+ 7 332	+ 3 700	+ 2 890	+ 73	+ 240	+ 383
1957 März	+ 14 903	+ 7 379	+ 6 823	+ 3 810	+ 3 218	+ 73	+ 70	+ 352
1957 Juni	+ 16 011	+ 8 523	+ 6 646	+ 4 160	+ 3 571	+ 73	+ 171	+ 327
1957 Sept.	+ 17 576	+ 10 077	+ 6 690	+ 5 978	+ 4 028	+ 493	+ 953	+ 384
1957 Dez.	+ 16 587	+ 10 674	+ 6 148	+ 6 403	+ 4 242	+ 808	+ 1 032	+ 349
1958 März	+ 16 674	+ 10 333	+ 6 245	+ 6 264	+ 4 202	+ 808	+ 897	+ 283
1958 Juni	+ 17 348	+ 10 814	+ 6 101	+ 6 883	+ 4 447	+ 1 123	+ 915	+ 265
1958 Sept.	+ 18 283	+ 10 907	+ 7 265	+ 6 923	+ 4 287	+ 1 323	+ 1 002	+ 245
1958 Dez.	+ 18 990	+ 11 085	+ 7 442	+ 7 188	+ 4 597	+ 1 239	+ 971	+ 241
1959 Jan.	+ 18 446	+ 11 248	+ 7 263	+ 6 647	+ 4 186	+ 1 378	+ 971	+ 236
1959 Febr.	+ 18 091	+ 11 248	+ 6 995	+ 6 643	+ 4 182	+ 1 378	+ 963	+ 240
1959 März	+ 16 656	+ 11 248	+ 5 766	+ 6 350	+ 4 121	+ 1 378	+ 707	+ 224
1959 April	+ 16 109	+ 11 248	+ 5 142	+ 6 149	+ 3 921	+ 1 378	+ 707	+ 223
1959 Mai	+ 16 694	+ 11 272	+ 5 618	+ 6 117	+ 3 912	+ 1 378	+ 706	+ 213
1959 Juni	+ 16 842	+ 11 355	+ 5 661	+ 5 741	+ 3 813	+ 1 378	+ 441	+ 195
1959 Juli	+ 16 770	+ 11 428	+ 5 625	+ 5 675	+ 3 763	+ 1 378	+ 441	+ 188
1959 Aug.	+ 16 676	+ 11 427	+ 5 356	+ 5 456	+ 3 674	+ 1 378	+ 353	+ 192
1959 Sept.	+ 16 397	+ 11 009	+ 5 370	+ 5 521	+ 3 621	+ 1 496	+ 353	+ 192
1959 Okt.	+ 16 827	+ 11 028	+ 5 654	+ 5 399	+ 3 484	+ 1 496	+ 353	+ 192
1959 Nov.	+ 17 788	+ 11 029	+ 6 441	+ 5 399	+ 3 482	+ 1 496	+ 353	+ 192
1959 Dez.	+ 18 779	+ 11 077	+ 7 278	+ 5 069	+ 3 159	+ 1 496	+ 353	+ 175

o) Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand und die Auslandsforderungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätskurs angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen; so können in der Zahlungsbilanz zur Zeit mangels statistischer Unterlagen über die Umsätze noch nicht alle in der Position „Einlagen ausländischer Einleger“ des Bundesbankausweises erfaßten Verpflichtungen berücksichtigt werden; von Anfang 1959 ab ist jedoch der größte Teil dieser Verpflichtungen einbezogen.

1) Guthaben auf laufenden Fremdwährungskonten und Ausländer-DM-Konten sowie befristete oder nur beschränkt verwendbare Forderungen; abzüglich der entsprechenden Verpflichtungen. — 2) In den Jahren 1952 und 1953 einschl. bestimmter Forderungen und Verbindlichkeiten, wie z. B. konsolidierter Clearingschulden, deren Veränderungen in den Zahlungsbilanztabellen nicht der Devisen-, sondern der Kapitalbilanz zugerechnet wurden.

4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland *)

Stand am Ende des Berichtszeitraums

Mio DM

Jahres- bzw. Monatsende	Saldo der Forderungen und Verpflichtungen	Forderungen					Verpflichtungen					
		Insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken		Geldmarkt- anlagen	Kurzfristige Kredite		Insgesamt	Einlagen von Ausländern		Kurzfristige Kredite	
			Täglich fällige Gelder	Termin- gelder		Ausländische Währung	DM		Ausländische Währung	DM	Ausländische Währung	DM
1955	— 1 399	524	312	7	1	35	169	1 923	62	1 413	448	0
1956	— 2 310	715	362	13	4	35	301	3 025	52	2 063	904	6
1957	— 2 287	1 320	307	20	448	22	523	3 607	50	2 602	930	25
1958	— 1 560	1 919	431	128	481	55	824	3 479	91	2 811	537	40
1959 P)	— 276	3 465	939	358	1 246	224	698	3 741	333	3 075	317	16
1957 März	— 2 336	768	362	14	4	16	372	3 104	108	1 967	1 007	22
1957 Juni	— 2 168	986	396	12	0	29	549	3 154	107	2 112	923	12
1957 Sept.	— 3 089	723	269	20	0	21	413	3 812	38	2 795	949	30
1957 Dez.	— 2 287	1 320	307	20	448	22	523	3 607	50	2 602	930	25
1958 März	— 1 526	2 055	342	26	610	31	1 046	3 581	82	2 741	721	37
1958 Juni	— 1 413	2 102	407	35	474	40	1 146	3 515	90	2 693	702	30
1958 Sept.	— 1 211	2 263	491	112	493	53	1 114	3 474	112	2 751	580	31
1958 Dez.	— 1 560	1 919	431	128	481	55	824	3 479	91	2 811	537	40
1959 Jan.	— 308	2 721	520	815	611	151	624	3 029	110	2 422	447	50
1959 Febr.	— 58	2 954	522	979	713	151	589	3 012	111	2 410	432	59
1959 März	— 208	2 747	486	916	620	143	582	2 955	96	2 403	398	58
1959 April	+ 187	3 292	469	1 213	823	152	635	3 105	116	2 546	385	58
1959 Mai	+ 12	3 123	503	1 035	817	170	598	3 111	150	2 608	318	35
1959 Juni	+ 145	3 356	662	1 099	890	161	544	3 211	203	2 690	285	33
1959 Juli	+ 492	3 890	862	1 326	916	160	626	3 398	242	2 847	285	24
1959 Aug.	+ 877	4 024	896	1 312	1 012	173	631	3 147	228	2 636	268	15
1959 Sept.	+ 762	3 977	903	1 255	950	149	720	3 215	261	2 670	267	17
1959 Okt.	+ 1 028	4 201	1 153	1 152	970	164	762	3 173	270	2 613	266	24
1959 Nov.	+ 579	3 804	1 059	938	917	178	712	3 225	271	2 656	282	16
1959 Dez. P)	— 276	3 465	939	358	1 246	224	698	3 741	333	3 075	317	16

*) Ab Ende Juli 1959 einschl. der Forderungen und Verpflichtungen der saarländischen Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland, jedoch ohne die bis Ende Juni 1959 erfaßten Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken des übrigen Bundesgebietes gegenüber dem Saarland. — P) Vorläufig.

5. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland*) +)

Mio DM

Positionen	1956	1957	1958	1957		1958		1959								
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	
Dienstleistungen insgesamt ¹⁾																
Einnahmen	8 047	10 157	11 272	2 844	2 490	2 661	2 733	2 958	2 920	2 744	2 887	3 194	1 045	1 050	967	
Ausgaben	5 216	6 546	8 054	1 911	1 577	1 755	1 974	2 319	2 006	2 025	2 305	2 865	875	686	643	
Saldo	+ 2 831	+ 3 611	+ 3 218	+ 933	+ 913	+ 906	+ 759	+ 639	+ 914	+ 719	+ 582	+ 329	+ 170	+ 364	+ 324	
1) Reiseverkehr																
Einnahmen	1 553	1 864	1 898	708	395	319	525	623	431	330	527	630	179	151	119	
Ausgaben	1 079	1 381	2 043	550	235	293	512	889	349	412	633	954	275	172	109	
Saldo	+ 474	+ 483	- 145	+ 158	+ 160	+ 26	+ 13	- 266	+ 82	- 82	- 106	- 324	- 96	- 21	+ 10	
2) Transport insgesamt ^{2) 3)}																
Einnahmen	3 343	3 963	3 734	1 031	980	930	896	934	974	920	942	1 048	351	375	346	
Ausgaben	3 343	3 963	3 734	1 031	980	930	896	934	974	920	942	1 048	351	375	346	
Saldo	+ 2 371	+ 2 728	+ 2 387	+ 707	+ 649	+ 603	+ 558	+ 592	+ 634	+ 589	+ 595	+ 655	+ 217	+ 269	+ 207	
darunter: Seefrachten																
Einnahmen	1 999	2 482	2 269	635	617	598	541	554	576	593	568	626	217	235	221	
Hafendienste ⁴⁾																
Einnahmen	582	613	567	157	157	140	135	137	155	129	148	161	48	52	44	
Ausgaben	683	847	889	213	221	231	216	221	221	231	238	254	89	57	97	
Saldo	- 101	- 234	- 322	- 56	- 64	- 91	- 81	- 84	- 66	- 102	- 90	- 93	- 41	- 5	- 53	
3) Versicherungen ^{5) 3)}																
Einnahmen	166	199	234	47	57	59	58	54	63	61	62	68	22	23	23	
Ausgaben	134	153	233	40	44	48	47	60	78	62	78	79	26	26	26	
Saldo	+ 32	+ 46	+ 1	+ 7	+ 13	+ 11	+ 11	- 6	- 15	- 1	- 16	- 11	- 4	- 3	- 3	
4) Kapitalerträge insgesamt																
Einnahmen	295	409	416	139	98	133	54	151	78	185	100	164	37	43	34	
Ausgaben	731	804	1 048	251	152	240	252	209	347	315	351	506	122	64	57	
Saldo	- 436	- 395	- 632	- 112	- 54	- 107	- 198	- 58	- 269	- 130	- 251	- 342	- 85	- 21	- 23	
darunter: Zinszahlungen im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens ⁶⁾																
Ausgaben	288	228	233	74	33	83	43	76	31	92	29	63	5	2	7	
5) Regierung insgesamt ⁶⁾																
Einnahmen	1 760	2 662	3 879	659	687	924	938	958	1 059	1 022	986	1 003	369	370	365	
Ausgaben	200	291	388	63	74	82	93	97	116	110	90	138	70	31	64	
Saldo	+ 1 560	+ 2 371	+ 3 491	+ 596	+ 613	+ 842	+ 845	+ 861	+ 943	+ 912	+ 896	+ 865	+ 299	+ 339	+ 301	
darunter: Leistungen für ausländische militärische Dienststellen ⁷⁾																
Einnahmen	1 757	2 660	3 877	659	686	923	938	958	1 058	1 021	985	1 001	367	370	364	
6) Verschiedene Dienstleistungen insgesamt																
Einnahmen	930	1 060	1 111	260	273	296	262	238	315	226	270	281	87	88	80	
Ausgaben	2 100	2 682	2 995	683	741	765	732	722	776	795	806	795	248	287	248	
Saldo	- 1 170	- 1 622	- 1 884	- 423	- 468	- 469	- 470	- 484	- 461	- 569	- 536	- 514	- 161	- 199	- 168	
darunter: Provisionen, Werbe- und Messekosten																
Einnahmen	167	168	170	41	43	43	40	40	47	39	38	41	13	13	15	
Ausgaben	917	1 048	1 085	264	291	292	272	243	278	259	279	277	90	101	86	
Saldo	- 750	- 880	- 915	- 223	- 248	- 249	- 232	- 203	- 231	- 220	- 241	- 236	- 77	- 88	- 71	
Lizenzen und Patente (einschl. Filmgeschäfte)																
Einnahmen	95	112	142	28	23	36	34	31	41	36	38	48	22	11	15	
Ausgaben	387	415	487	97	107	126	114	117	130	129	130	132	37	53	43	
Saldo	- 292	- 303	- 345	- 69	- 84	- 90	- 80	- 86	- 89	- 93	- 92	- 84	- 15	- 42	- 28	
Arbeitsentgelte, Renten und Pensionen																
Einnahmen	149	182	175	46	45	39	43	43	50	30	33	20	6	7	8	
Ausgaben	317	389	485	97	116	109	117	123	136	128	158	142	48	46	42	
Saldo	- 168	- 207	- 310	- 51	- 71	- 70	- 74	- 80	- 86	- 98	- 125	- 122	- 42	- 39	- 34	
Bauleistungen, Montagen u. Ausbesserungen																
Einnahmen	153	236	215	48	66	53	42	58	62	49	63	65	20	16	22	
Ausgaben	93	162	192	35	40	43	39	49	61	49	50	63	19	26	25	
Saldo	+ 60	+ 74	+ 23	+ 13	+ 26	+ 10	+ 3	+ 9	+ 1	- 0	+ 13	+ 2	+ 1	- 10	- 3	

*) Vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) einschl. der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland, jedoch ohne die bis dahin in der Zahlungsbilanz erfaßten Transaktionen des Saarlandes mit dem übrigen Bundesgebiet. — +) Aufgliederung der Position „Dienstleistungsverkehr“ der Tabelle „Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz“ (Tab. VII, 2), für die Zeiträume, über die bereits vollständige Unterlagen vorliegen. — 1) Vgl. Anmerkungen 2), 3) und 4). — 2) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 3) Einschl. Einnahmen der deutschen Seeschifffahrt und der deutschen Versicherungsunternehmen von deutschen Exporteuren und Importeuren. Soweit es sich dabei um Zahlungen deutscher Exporteure handelt, führen diese zu entsprechenden Einnahmen der Exporteure im Rahmen von Ausfuhr-cif-Abschlüssen; handelt es sich dagegen um Zahlungen deutscher Importeure, sind diese im cif-Wert der Einfuhr als Ausgaben erfaßt. — 4) Einschl. der Ausfuhr von Schiffs- und Flugzeugbedarf. — 5) Ohne die auf den inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Zinszahlungen im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens. — 6) Von Regierungsstellen des In- und Auslands in Anspruch genommene bzw. erbrachte Leistungen, die nicht in anderen Zahlungsbilanzpositionen ausgewiesen sind. — 7) Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte.

6. Bilaterale Forderungen der Bundesrepublik Deutschland aus früheren Krediten an die EZU

Mio DM

Länder	Stand nach Durchführung der Liquidation der EZU	Tilgungen								Stand am 31.12.1959
		1. Vj. 1959 ¹⁾	2. Vj. 1959	3. Vj. 1959	4. Vj. 1959	Okt. 1959	Nov. 1959	Dez. 1959	Insgesamt	
Belgien-Luxemburg	251	—	—	—	134	116	—	18	134	117
Dänemark	205	—	6	—	—	—	—	—	6	199
Frankreich										
Forderungen ohne Sonderkredit	703	35	35	35	35	—	—	35	140	563
Forderungen aus dem Sonderkredit	525	—	—	—	214	—	—	214	214	311
Griechenland	46	—	4	1	2	—	—	2	7	39
Großbritannien	1 125	—	—	88	—	—	—	—	88	1 037
Island	17	—	0	—	2	—	—	2	2	15
Italien	178	—	178	—	—	—	—	—	178	—
Niederlande	261	—	—	—	—	—	—	—	—	261
Norwegen	220	6	16	9	9	—	—	9	40	180
Österreich	59	24	5	30	—	—	—	—	59	—
Portugal	80	—	13	7	7	—	—	7	27	53
Schweden	229	—	9	20	20	20	—	—	49	180
Schweiz	226	—	38	—	37	—	—	37	76	151
Türkei	61	—	4	2	2	1	0	1	8	53
Insgesamt	4 186	65	308	192	462	137	2	323	1 027	3 159

¹⁾ Die erste Tilgungszahlung erfolgte im Februar 1959.

8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts

Bundesgebiet außer Berlin und Saarland
in jeweiligen Preisen
Mio DM

Positionen	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957 ¹⁾	1958 ²⁾
I. Entstehung des Bruttosozialprodukts									
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	8 518	10 333	11 161	11 184	11 398	12 140	12 893	14 346	...
Bergbau	2 855	3 507	4 121	5 122	5 391	5 627	8 553	9 340	...
Energiewirtschaft	1 071	1 285	1 618	1 444	1 731	1 973	5 953	6 118	...
Verarbeitendes Gewerbe	27 769	37 291	37 902	40 263	45 369	51 855	55 953	60 118	...
Baugewerbe	4 693	5 283	5 754	6 802	7 401	9 300	10 315	10 291	...
Handel	10 607	12 669	13 160	13 499	14 386	17 516	19 653	21 074	...
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5 555	6 480	7 238	7 738	8 550	10 179	11 235	12 032	...
Banken und Privatversicherungen	2 171	2 698	2 931	3 227	3 714	4 523	5 254	6 099	...
Wohnungsvermittlung	1 007	728	722	1 094	1 335	1 484	1 820	2 024	...
Staat	7 128	8 160	9 469	10 294	11 079	12 180	13 729	15 008	...
Sonstige Dienstleistungen	4 881	5 608	6 284	7 051	7 778	8 979	10 222	11 003	...
Summe der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	76 255	94 042	100 360	107 718	118 132	135 756	149 627	161 335	...
Scheingewinne (-) bzw. -verluste (+) und statistische Fehler	-1 800	-2 900	+ 900	+1 050	- 650	- 800	-1 100	- 500	...
Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten ± Saldo der Erwerbs- und Vermöenseinkommen zwischen In- und Ausland	74 455	91 142	101 260	108 768	117 482	134 956	148 527	160 835	169 300
	+ 49	+ 64	+ 180	+ 144	- 457	- 682	- 626	- 578	- 400
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkeinkommen) + Indirekte Steuern ³⁾ - Subventionen	74 504 13 091 490	91 206 17 184 830	101 440 20 293 850	108 912 21 695 320	117 025 23 063 130	134 274 26 115 217	147 901 28 545 651	160 257 30 876 1 617	168 900 32 600 1 400
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen + Abschreibungen	87 105 10 095	107 560 12 040	120 883 13 317	130 287 13 463	139 958 13 992	160 172 15 428	175 795 17 605	189 516 20 084	200 100 22 200
Bruttosozialprodukt	97 200	119 600	134 200	143 750	153 950	175 600	193 400	209 600	222 300
II. Verwendung des Bruttosozialprodukts									
1. Privater Verbrauch	61 845	72 108	79 111	86 067	92 328	102 340	114 460	123 000	130 000
2. Staatlicher Verbrauch Ziviler Aufwand Verteidigungsaufwand ⁴⁾	9 970 4 380	11 580 6 150	13 550 7 510	15 060 6 320	16 400 5 950	17 880 6 040	20 120 5 350	21 650 6 350	23 800 6 200
Staatlicher Verbrauch insgesamt	14 350	17 730	21 060	21 380	22 350	23 920	25 470	28 000	30 000
3. Bruttoinvestitionen Ausstattungsinvestitionen Bauinvestitionen Bruttoanlageinvestitionen Vorratsinvestitionen	9 410 9 045 18 455 3 721	11 860 10 400 22 260 5 243	13 800 11 670 25 470 5 122	14 745 13 920 28 665 2 129	16 960 15 245 32 205 1 724	21 115 18 653 39 770 5 306	23 400 20 900 44 300 2 590	24 100 23 000 46 100 4 200	25 800 23 400 49 200 4 200
Bruttoinvestitionen insgesamt	22 176	27 503	30 592	30 794	33 929	45 076	46 890	50 300	53 400
4. Saldo der Waren- und Dienstleistungsbilanz ⁵⁾ Ausfuhr Einfuhr	11 828 12 999	19 308 17 049	23 084 19 647	26 311 20 802	31 720 26 377	37 369 33 099	44 564 37 984	53 035 44 735	55 400 46 500
Außenbeitrag	-1 171	+2 259	+3 437	+5 509	+5 343	+4 264	+6 580	+8 300	+8 900
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	97 200	119 600	134 200	143 750	153 950	175 600	193 400	209 600	222 300

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Erste vorläufige Ergebnisse. — ³⁾ Einschl. der Einnahmen des Staates aus dem Preisausgleich und der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung. — ⁴⁾ Bis 5. 5. 1955 Besatzungskosten. — ⁵⁾ Mit dem Ausland, West-Berlin und der sowjetisch besetzten Zone.

9. Masseneinkommen

Bundesgebiet außer Berlin und Saarland

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter		Abzüge		Nettolöhne und -gehälter (1 · / · 3)		Beamtenpensionen netto ¹⁾		Sozialrenten und Unterstützungen		Masseneinkommen (5 + 7 + 9)	
	Mio DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mio DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mio DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mio DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mio DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mio DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH
1950	39 807	.	5 067	.	34 740	.	2 065	.	9 513	.	46 318	.
1951	48 362	+ 21,5	6 825	+ 34,7	41 537	+ 19,6	2 375	+ 15,0	10 618	+ 11,6	54 530	+ 17,7
1952	53 824	+ 11,3	7 971	+ 16,8	45 853	+ 10,4	2 974	+ 25,2	12 297	+ 15,8	61 124	+ 12,1
1953	59 154	+ 9,9	8 534	+ 7,1	50 620	+ 10,4	3 324	+ 11,8	13 460	+ 9,5	67 404	+ 10,3
1954	64 882	+ 9,7	9 117	+ 6,8	55 765	+ 10,2	3 654	+ 9,9	14 103	+ 4,8	73 522	+ 9,1
1955	73 771	+ 13,7	10 533	+ 15,5	63 238	+ 13,4	3 967	+ 8,6	15 983	+ 13,3	83 188	+ 13,1
1956	82 905	+ 12,4	12 101	+ 14,9	70 804	+ 12,0	4 347	+ 9,6	18 008	+ 12,7	93 159	+ 12,0
1957	89 509	+ 8,0	12 709	+ 5,0	76 800	+ 8,5	4 698	+ 8,1	22 751	+ 26,3	104 249	+ 11,9
1958	96 400	+ 7,7	14 557	+ 14,5	81 843	+ 6,6	5 069	+ 7,9	25 742	+ 13,1	112 654	+ 8,1
1957 1. Vi.	20 230	+ 8,7	2 470	- 3,6	17 760	+ 10,7	1 116	+ 10,2	4 909	+ 6,7	23 785	+ 9,8
2. "	22 465	+ 8,0	3 166	+ 4,7	19 299	+ 8,5	1 109	+ 5,5	5 816	+ 29,3	26 224	+ 12,4
3. "	22 935	+ 7,4	3 317	+ 5,5	19 618	+ 7,8	1 170	+ 10,4	5 831	+ 36,4	26 619	+ 13,1
4. "	23 879	+ 7,9	3 756	+ 11,4	20 123	+ 7,2	1 303	+ 6,5	6 195	+ 35,7	27 621	+ 12,2
1958 1. Vi.	21 760	+ 7,6	3 039	+ 23,0	18 721	+ 5,4	1 275	+ 14,2	6 789	+ 38,3	26 785	+ 12,6
2. "	24 200	+ 7,7	3 679	+ 16,2	20 521	+ 6,3	1 239	+ 11,7	6 232	+ 7,2	27 992	+ 6,7
3. "	24 820	+ 8,2	3 865	+ 16,5	20 955	+ 6,8	1 244	+ 6,3	6 232	+ 6,9	28 431	+ 6,8
4. "	25 620	+ 7,3	3 974	+ 5,8	21 646	+ 7,6	1 311	+ 0,6	6 489	+ 4,7	29 446	+ 6,6
1959 1. Vi.	23 300	+ 7,1	3 049	+ 0,3	20 251	+ 8,2	1 356	+ 6,4	6 897	+ 1,6	28 504	+ 6,4
2. "	25 840	+ 6,8	3 768	+ 2,4	22 072	+ 7,6	1 275	+ 2,9	6 416	+ 3,0	29 763	+ 6,3
3. " ^{p)}	26 530	+ 6,9	4 031	+ 4,3	22 499	+ 7,4	1 279	+ 2,8	6 415	+ 2,9	30 193	+ 6,2

¹⁾ Nach Abzug direkter Steuern. — ^{p)} Vorläufig.

IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

Kassa-Kurse in DM

Zeit	Amsterdam			Brüssel			Kopenhagen			Lissabon		
	100 hfl			100 bfrs			100 dkr			100 Esc		
	Parität 110,526 DM			Parität 8,40 DM			Parität 60,8066 DM			Parität 14,609 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1959												
Dez. 1.	110,46	110,35	110,57	8,339	8,329	8,349	60,445	60,385	60,505	14,568	14,548	14,588
2.	110,46	110,35	110,57	8,341	8,331	8,351	60,425	60,365	60,485	14,562	14,542	14,582
3.	110,45	110,34	110,56	8,342	8,332	8,352	60,41	60,35	60,47	14,562	14,542	14,582
4.	110,445	110,335	110,555	8,342	8,332	8,352	60,365	60,305	60,425	14,544	14,524	14,564
5.	110,47	110,36	110,58	8,343	8,333	8,353	60,39	60,33	60,45	14,544	14,524	14,564
7.	110,47	110,36	110,58	8,342	8,332	8,352	60,37	60,31	60,43	14,54	14,52	14,56
8.	110,58	110,47	110,69	8,346	8,336	8,356	60,445	60,385	60,505	14,555	14,535	14,575
9.	110,61	110,50	110,72	8,344	8,334	8,354	60,45	60,39	60,51	14,561	14,541	14,581
10.	110,57	110,46	110,68	8,342	8,332	8,352	60,425	60,365	60,485	14,561	14,541	14,581
11.	110,59	110,48	110,70	8,343	8,333	8,353	60,445	60,385	60,505	14,561	14,541	14,581
12.	110,62	110,51	110,73	8,341	8,331	8,351	60,46	60,40	60,52	14,561	14,541	14,581
14.	110,61	110,50	110,72	8,341	8,331	8,351	60,47	60,41	60,53	14,561	14,541	14,581
15.	110,61	110,50	110,72	8,339	8,329	8,349	60,475	60,415	60,535	14,563	14,543	14,583
16.	110,605	110,495	110,715	8,339	8,329	8,349	60,45	60,39	60,51	14,561	14,541	14,581
17.	110,62	110,51	110,73	8,339	8,329	8,349	60,445	60,385	60,505	14,555	14,535	14,575
18.	110,62	110,51	110,73	8,339	8,329	8,349	60,45	60,39	60,51	14,555	14,535	14,575
21.	110,61	110,50	110,72	8,34	8,33	8,35	60,42	60,36	60,48	14,544	14,524	14,564
22.	110,62	110,51	110,73	8,338	8,328	8,348	60,41	60,35	60,47	14,546	14,526	14,566
23.	110,60	110,49	110,71	8,338	8,328	8,348	60,425	60,365	60,485	14,546	14,526	14,566
24.	110,62	110,51	110,73	8,341	8,331	8,351	60,43	60,37	60,49	14,546	14,526	14,566
28.	110,615	110,505	110,725	8,342	8,332	8,352	60,41	60,35	60,47	14,545	14,525	14,565
29.	110,62	110,51	110,73	8,343	8,333	8,353	60,41	60,35	60,47	14,54	14,52	14,56
30.	110,58	110,47	110,69	8,345	8,335	8,355	60,45	60,39	60,51	14,545	14,525	14,565
31.	110,615	110,505	110,725	8,35	8,34	8,36	60,45	60,39	60,51	14,545	14,525	14,565
1960												
Jan. 2.	110,625	110,515	110,735	8,356	8,346	8,366	60,45	60,39	60,51	14,545	14,525	14,565
4.	110,60	110,49	110,71	8,353	8,343	8,363	60,465	60,405	60,525	14,557	14,537	14,577
5.	110,595	110,485	110,705	8,367	8,357	8,377	60,445	60,385	60,505	14,555	14,535	14,575
6.	110,60	110,49	110,71	8,36	8,35	8,37	60,425	60,365	60,485	14,551	14,531	14,571
7.	110,60	110,49	110,71	8,351	8,341	8,361	60,395	60,335	60,455	14,56	14,54	14,58
8.	110,59	110,48	110,70	8,35	8,34	8,36	60,365	60,305	60,425	14,551	14,531	14,571
9.	110,58	110,47	110,69	8,35	8,34	8,36	60,37	60,31	60,43	14,551	14,531	14,571
11.	110,57	110,46	110,68	8,35	8,34	8,36	60,365	60,305	60,425	14,551	14,531	14,571
12.	110,52	110,41	110,63	8,353	8,343	8,363	60,345	60,285	60,405	14,551	14,531	14,571
13.	110,49	110,38	110,60	8,36	8,35	8,37	60,345	60,285	60,405	14,544	14,524	14,564
14.	110,475	110,365	110,585	8,358	8,348	8,368	60,33	60,27	60,39	14,544	14,524	14,564
15.	110,48	110,37	110,59	8,359	8,349	8,369	60,33	60,27	60,39	14,544	14,524	14,564
Zeit	London			Mailand/Rom			Montreal			New York		
	1 £			1000 Lit			1 kan \$			1 US-\$		
	Parität 11,76 DM			Parität 6,720 DM			Parität —			Parität 4,20 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1959												
Dez. 1.	11,684	11,674	11,694	6,722	6,712	6,732	4,3882	4,3832	4,3932	4,1714	4,1664	4,1764
2.	11,678	11,668	11,688	6,721	6,711	6,731	4,378	4,373	4,383	4,1714	4,1664	4,1764
3.	11,672	11,662	11,682	6,721	6,711	6,731	4,375	4,37	4,38	4,1714	4,1664	4,1764
4.	11,661	11,651	11,671	6,722	6,712	6,732	4,3825	4,3775	4,3875	4,1714	4,1664	4,1764
5.	11,666	11,656	11,676	6,722	6,712	6,732	4,383	4,378	4,388	4,1714	4,1664	4,1764
7.	11,662	11,652	11,672	6,721	6,711	6,731	4,383	4,378	4,388	4,1714	4,1664	4,1764
8.	11,673	11,663	11,683	6,722	6,712	6,732	4,392	4,387	4,397	4,1714	4,1664	4,1764
9.	11,68	11,67	11,69	6,717	6,707	6,727	4,3842	4,3792	4,3892	4,1714	4,1664	4,1764
10.	11,674	11,664	11,684	6,716	6,706	6,726	4,3839	4,3789	4,3889	4,1714	4,1664	4,1764
11.	11,677	11,667	11,687	6,716	6,706	6,726	4,3835	4,3785	4,3885	4,1714	4,1664	4,1764
12.	11,677	11,667	11,687	6,718	6,708	6,728	4,385	4,380	4,390	4,1714	4,1664	4,1764
14.	11,68	11,67	11,69	6,714	6,704	6,724	4,385	4,38	4,39	4,1714	4,1664	4,1764
15.	11,683	11,673	11,693	6,72	6,71	6,73	4,39	4,385	4,395	4,1714	4,1664	4,1764
16.	11,677	11,667	11,687	6,721	6,711	6,731	4,3855	4,3805	4,3905	4,1714	4,1664	4,1764
17.	11,675	11,665	11,685	6,722	6,712	6,732	4,383	4,378	4,388	4,1714	4,1664	4,1764
18.	11,676	11,666	11,686	6,721	6,711	6,731	4,387	4,382	4,392	4,1710	4,1660	4,1760
21.	11,67	11,66	11,68	6,719	6,709	6,729	4,387	4,382	4,392	4,17	4,165	4,175
22.	11,667	11,657	11,677	6,72	6,71	6,73	4,3918	4,3868	4,3968	4,17	4,165	4,175
23.	11,668	11,658	11,678	6,716	6,706	6,726	4,391	4,386	4,396	4,17	4,165	4,175
24.	11,668	11,658	11,678	6,718	6,708	6,728	4,39	4,385	4,395	4,17	4,165	4,175
28.	11,666	11,656	11,676	6,715	6,705	6,725	4,3933	4,3883	4,3983	4,17	4,165	4,175
29.	11,667	11,657	11,677	6,715	6,705	6,725	4,38	4,375	4,385	4,17	4,165	4,175
30.	11,675	11,665	11,685	6,72	6,71	6,73	4,381	4,376	4,386	4,17	4,165	4,175
31.	11,675	11,665	11,685	6,721	6,711	6,731	4,382	4,377	4,387	4,17	4,165	4,175
1960												
Jan. 2.	11,676	11,666	11,686	6,721	6,711	6,731	4,381	4,376	4,386	4,17	4,165	4,175
4.	11,683	11,673	11,693	6,721	6,711	6,731	4,377	4,372	4,382	4,1705	4,1655	4,1755
5.	11,678	11,668	11,688	6,721	6,711	6,731	4,371	4,366	4,376	4,1707	4,1657	4,1757
6.	11,676	11,666	11,686	6,721	6,711	6,731	4,367	4,362	4,372	4,1709	4,1659	4,1759
7.	11,675	11,665	11,685	6,72	6,71	6,73	4,371	4,366	4,376	4,1709	4,1659	4,1759
8.	11,674	11,664	11,684	6,719	6,709	6,729	4,3759	4,3709	4,3809	4,1707	4,1657	4,1757
9.	11,673	11,663	11,683	6,72	6,71	6,73	4,379	4,374	4,384	4,1706	4,1656	4,1756
11.	11,673	11,663	11,683	6,716	6,706	6,726	4,3765	4,3715	4,3815	4,1706	4,1656	4,1756
12.	11,669	11,659	11,679	6,714	6,704	6,724	4,373	4,368	4,378	4,1705	4,1655	4,1755
13.	11,669	11,659	11,679	6,716	6,706	6,726	4,376	4,371	4,381	4,1704	4,1654	4,1754
14.	11,669	11,659	11,679	6,716	6,706	6,726	4,3775	4,3725	4,3825	4,1704	4,1654	4,1754
15.	11,67	11,66	11,68	6,716	6,706	6,726	4,375	4,370	4,380	4,1704	4,1654	4,1754

noch: IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse
Kassa-Kurse in DM

Zeit	Oslo			Paris			Stockholm			Wien			Zürich		
	100 nkr			100 ffrs a)	100 NF b)		100 skr			100 S			100 sfr		
	Parität 58,80 DM			a)	b)		Parität 81,1875 DM			Parität 16,1538 DM			Parität 96,0479 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1959															
Dez.															
1.	58,415	58,355	58,475	0,8506	0,8496	0,8516	80,51	80,43	80,59	16,093	16,073	16,113	96,095	95,995	96,195
2.	58,40	58,34	58,46	0,8506	0,8496	0,8516	80,525	80,445	80,605	16,087	16,067	16,107	96,055	95,955	96,155
3.	58,385	58,325	58,445	0,8505	0,8495	0,8515	80,52	80,44	80,60	16,079	16,059	16,099	96,06	95,96	96,16
4.	58,335	58,275	58,395	0,8504	0,8494	0,8514	80,53	80,45	80,61	16,073	16,053	16,093	96,05	95,95	96,15
5.	58,37	58,31	58,43	0,8506	0,8496	0,8516	80,54	80,46	80,62	16,075	16,055	16,095	96,09	95,99	96,19
7.	58,35	58,29	58,41	0,8505	0,8495	0,8515	80,53	80,45	80,61	16,074	16,054	16,094	96,265	96,165	96,365
8.	58,42	58,36	58,48	0,8509	0,8499	0,8519	80,53	80,45	80,61	16,082	16,062	16,102	96,41	96,31	96,51
9.	58,41	58,35	58,47	0,8503	0,8493	0,8513	80,53	80,45	80,61	16,076	16,056	16,096	96,48	96,38	96,58
10.	58,38	58,32	58,44	0,8501	0,8491	0,8511	80,535	80,455	80,615	16,075	16,055	16,095	96,50	96,40	96,60
11.	58,40	58,34	58,46	0,8500	0,8490	0,8510	80,54	80,46	80,62	16,075	16,055	16,095	96,51	96,41	96,61
12.	58,41	58,35	58,47	0,8501	0,8491	0,8511	80,545	80,465	80,625	16,077	16,057	16,097	96,66	96,56	96,76
14.	58,405	58,345	58,465	0,8501	0,8491	0,8511	80,535	80,455	80,615	16,076	16,056	16,096	96,68	96,58	96,78
15.	58,42	58,36	58,48	0,8499	0,8489	0,8509	80,54	80,46	80,62	16,075	16,055	16,095	96,595	96,495	96,695
16.	58,39	58,33	58,45	0,8499	0,8489	0,8509	80,54	80,46	80,62	16,077	16,077	16,097	96,61	96,51	96,71
17.	58,38	58,32	58,44	0,8500	0,8490	0,8510	80,535	80,455	80,615	16,074	16,054	16,094	96,62	96,52	96,72
18.	58,39	58,33	58,45	0,8498	0,8488	0,8508	80,545	80,465	80,625	16,073	16,053	16,093	96,64	96,54	96,74
21.	58,355	58,295	58,415	0,8500	0,8490	0,8510	80,53	80,45	80,61	16,068	16,048	16,088	96,61	96,51	96,71
22.	58,35	58,29	58,41	0,8498	0,8488	0,8508	80,53	80,45	80,61	16,065	16,045	16,085	96,66	96,56	96,76
23.	58,36	58,30	58,42	0,8497	0,8487	0,8507	80,54	80,46	80,62	16,065	16,045	16,085	96,70	96,60	96,80
24.	58,33	58,27	58,39	0,8501	0,8491	0,8511	80,535	80,455	80,615	16,066	16,046	16,086	96,69	96,59	96,79
28.	58,35	58,29	58,41	0,8496	0,8486	0,8506	80,52	80,44	80,60	16,06	16,04	16,08	96,635	96,535	96,735
29.	58,35	58,29	58,41	0,8497	0,8487	0,8507	80,51	80,43	80,59	16,06	16,04	16,08	96,65	96,55	96,75
30.	58,37	58,31	58,43	0,8497	0,8487	0,8507	80,515	80,435	80,595	16,056	16,036	16,076	96,37	96,27	96,47
31.	58,35	58,29	58,41	0,8493	0,8483	0,8503	80,48	80,40	80,56	16,052	16,032	16,072	96,465	96,365	96,565
1960															
Jan.															
2.	58,35	58,29	58,41	84,98	84,88	85,08	80,51	80,43	80,59	16,05	16,03	16,07	96,49	96,39	96,59
4.	58,375	58,315	58,435	85,00	84,90	85,10	80,505	80,425	80,585	16,051	16,031	16,071	96,41	96,31	96,51
5.	58,35	58,29	58,41	85,03	84,93	85,13	80,51	80,43	80,59	16,052	16,032	16,072	96,35	96,25	96,45
6.	58,35	58,29	58,41	85,01	84,91	85,11	80,52	80,44	80,60	16,053	16,033	16,073	96,41	96,31	96,51
7.	58,345	58,285	58,405	85,00	84,90	85,10	80,515	80,435	80,595	16,053	16,033	16,073	96,435	96,335	96,535
8.	58,32	58,26	58,38	85,01	84,91	85,11	80,51	80,43	80,59	16,051	16,031	16,071	96,415	96,315	96,515
9.	58,33	58,27	58,39	85,00	84,90	85,10	80,51	80,43	80,59	16,052	16,032	16,072	96,44	96,34	96,54
11.	58,33	58,27	58,39	85,00	84,90	85,10	80,505	80,425	80,585	16,049	16,029	16,069	96,43	96,33	96,53
12.	58,31	58,25	58,37	84,915	84,815	85,015	80,51	80,43	80,59	16,048	16,028	16,068	96,51	96,41	96,61
13.	58,30	58,24	58,36	84,95	84,85	85,05	80,505	80,425	80,585	16,047	16,027	16,067	96,455	96,355	96,555
14.	58,29	58,23	58,35	84,92	84,82	85,02	80,515	80,435	80,595	16,046	16,026	16,066	96,44	96,34	96,54
15.	58,30	58,24	58,36	84,92	84,82	85,02	80,515	80,435	80,595	16,044	16,024	16,064	96,45	96,35	96,55

a) Bis 31. 12. 1959. — b) Seit 1. 1. 1960 (1 NF entspricht 100 ffrs).

